

Schefold, Bertram (Ed.)

**Book**

## Deutsche Nationalökonomie in der Zwischenkriegszeit. Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie VIII

Schriften des Vereins für Socialpolitik, No. 115/VIII

**Provided in Cooperation with:**

Verein für Socialpolitik / German Economic Association

*Suggested Citation:* Schefold, Bertram (Ed.) (1989) : Deutsche Nationalökonomie in der Zwischenkriegszeit. Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie VIII, Schriften des Vereins für Socialpolitik, No. 115/VIII, ISBN 978-3-428-46648-1, Duncker & Humblot, Berlin, <https://doi.org/10.3790/978-3-428-46648-1>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/285618>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>

**Schriften des Vereins für Socialpolitik**

---

**Band 115/VIII**

# **Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie VIII**

**Von**

**Gerd Hardach, Ernst Heuß, Carl-Ludwig Holtfrerich,  
Heinz Kurz, Adolph Lowe, Klaus Novy,  
Gertrud Pütz-Neuhauser**

**Herausgegeben von Bertram Schefold**



**Duncker & Humblot · Berlin**

**Schriften des Vereins für Socialpolitik**  
**Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften**  
**Neue Folge Band 115/VIII**

**SCHRIFTEN DES VEREINS FÜR SOCIALPOLITIK**

**Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften**

**Neue Folge Band 115/VIII**

---

**Studien zur Entwicklung  
der ökonomischen Theorie VIII**



**Duncker & Humblot · Berlin**



# **Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie VIII**

**Von**

**Gerd Hardach, Ernst Heuß, Carl-Ludwig Holtfrerich,  
Heinz Kurz, Adolph Lowe, Klaus Novy,  
Gertrud Pütz-Neuhauser**

**Herausgegeben von Bertram Schefold**



**Duncker & Humblot · Berlin**

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

**Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie** / hrsg. von  
Bertram Schefold. – Berlin: Duncker u. Humblot.

(Schriften des Vereins für Socialpolitik, Gesellschaft für Wirtschafts-  
und Sozialwissenschaften; N. F., Bd. 115)

Teilw. hrsg. von Fritz Neumark. – Teilw. hrsg. von Harald Scherf

NE: Scherf, Harald [Hrsg.]; Neumark, Fritz [Hrsg.]; Schefold, Bertram  
[Hrsg.]; Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften:

Schriften des Vereins ...

8. Von Gerd Hardach ... – 1989

ISBN 3-428-06648-0

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen  
Wiedergabe und der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten

© 1989 Duncker & Humblot GmbH, Berlin 41

Satz: Hagedornsatz, Berlin 46

Druck: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin 61

Printed in Germany

ISSN 0505-2777

ISBN 3-428-06648-0

## Vorwort

Am 10. und 11. März 1988 traf sich der Dogmenhistorische Ausschuß des Vereins für Socialpolitik in Berlin, um über die Entwicklung der deutschen Nationalökonomie in der Zwischenkriegszeit zu sprechen. Die Sitzungen fanden im Clubhaus der Freien Universität statt. Herr C. L. Holtfrerich hatte es freundlicherweise übernommen, den Rahmen zu planen. Eine erste Gruppe von Referaten behandelte die allgemeine Entwicklung der theoretischen Diskussion in Deutschland. Heinz Kurz sprach über „Die deutsche Nationalökonomie zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts zwischen Klassik und Neoklassik“. Er vertrat die Ansicht, daß der Einfluß der historischen Schule zu einem Zurückbleiben der ökonomischen Theorie in Deutschland geführt hatte. Herr Kurz belegte, daß über gut zwei Jahrzehnte zu Beginn des Jahrhunderts klassische und neoklassische Schulen nebeneinander rivalisierten, und deshalb theoretische Debatten von der Auseinandersetzung über den Wertbegriff geprägt waren. Für die Klassik stützte er sich vor allem auf deren namhaftesten Vertreter Bortkiewicz, daneben aber auch auf Oppenheimer, Lederer und andere. Für den Aufstieg der neoklassischen Theorie waren besonders Schumpeters „Wesen und Hauptinhalt“, Cassels „Theoretische Sozialökonomie“ und natürlich Wicksell und die Österreicher maßgebend. In einem anschließenden lebhaften Streitgespräch sahen sich mehrere Mitglieder veranlaßt, die Verdienste der historischen Schule in Schutz zu nehmen. Manche zogen es vor, die Theoriegeschichte selbst für Deutschland als Abfolge einer klassischen und neoklassischen Theorie zu interpretieren. Man bemühte sich auch um eine schärfere Differenzierung innerhalb der „Schulen“.

Herr E. Heuß wandte sich nun der Frage zu, wie die Entstehungsbedingungen der modernen Nationalökonomie in den zwanziger und dreißiger Jahren auf die gegenwärtigen Vorstellungen von ökonomischer Theorie in Deutschland nachwirkten. Er wies darauf hin, daß originelle Beiträge aus Deutschland heute erst wieder behandelt werden, nachdem sie zuvor nach den Vereinigten Staaten exportiert wurden (Beispiel: Standorttheorie). Er bedauerte besonders, daß v. Stackelberg kein längeres Wirken vergönnt war; gegenüber der englischen Kapitaltheorie hätte die österreichische ihre Stand behaupten sollen.

Eine zweite Gruppe von Referaten behandelte die Konjunkturtheorie in der Untersuchungsepoche. Der Vorsitzende trug dazu ein Referat von Adolph Lowe vor über: „Die Konjunkturtheorie in Deutschland in den zwanziger Jahren“, welches Herr Lowe kurz zuvor (und kurz vor seinem 95. Geburtstag) in Wolfenbüttel auf Band gesprochen hatte. Dieses Referat verband einen Bericht über das eigene Leben und Wirken Lowes in der Zeit zwischen dem Ersten

Weltkrieg und seiner Emigration (unter besonderer Berücksichtigung seiner Arbeiten über Konjunkturtheorie und seines Aufbaus der konjunkturtheoretischen Abteilung am Kieler Institut) mit einer theoretischen Reflexion über die Konjunkturtheorie vor dem Einbruch der dreißiger Jahre. Lowe war bemüht, dieses Thema nicht aus moderner Sicht zu behandeln, sondern wie es ihm damals erschien und er selbst darauf reagierte. Diese Blickweise half sehr, Besonderheiten der alten Konjunkturtheorie zu verstehen und speziell die Konjunkturtheorien von Marx, Schumpeter und Sombart besser zu begreifen, deren Begriffsrahmen sich vom modernen stark unterscheidet. Frau G. Pütz-Neuhauser, die über die „Entwicklung der Konjunkturtheorie im deutschen Sprachraum in der Zwischenkriegszeit“ sprach, ging von Schumpeters Übersicht über diese Epochen in seiner „History of Economic Analysis“ aus und setzte sich vor allem mit seiner These auseinander, wonach alle wichtigen Gedanken der Konjunkturtheorie der zwanziger Jahre schon vor dem Ersten Weltkrieg entwickelt worden seien. Demnach wären die Fortschritte der Konjunkturtheoretiker in der Zwischenkriegszeit eher als gering einzuschätzen. Sie betrachtete die These dann kritisch, indem sie auf die Überinvestitionstheorie und die monetäre Konjunkturtheorie näher einging. Unter den doch neuen Elementen hob sie besonders die Beiträge zu einer dynamischen Wirtschaftstheorie hervor.

Die Diskussion führte zur Frage, inwieweit die größere Schärfe der Theoriebildung, die vor dem Zweiten Weltkrieg mit den Beiträgen von Keynes und Harrod gewonnen wurde, sich auch zwangsläufig mit einem Verlust gegenüber der Synthese von Konjunkturtheorie und Entwicklung des Wirtschaftssystems, wie sie sich beispielsweise bei Marx, Spiethoff, Sombart andeutete, verband. Während A. Lowe die Konjunkturen unter den bestehenden Bedingungen weder für vorhersehbar noch für steuerbar gehalten hatte (und deshalb später eine Mikrosteuerung, vorbereitet durch seine Instrumentalanalyse, postulierte), hielt Schumpeter die Konjunktur zwar nicht für steuerbar, doch immerhin vorhersehbar. Der keynesianische Lenkungsoptimismus entwickelte sich erst später.

Herr Holtfrerich, der sich im Rahmen der monetären Konjunkturtheorie mit Wicksell, Schumpeter, Hahn, Mises und Hayek befaßte, demonstrierte die Genesis dieses Ansatzes im Werk von Wicksell und seine Modifikation durch Schumpeters Theorie des technischen Fortschritts. Er zeigte, wie Hahn dem „inflationistischen“ Kredit eine produktionsvermehrnde Wirkung einräumte, ohne aber später in der beginnenden Wirtschaftskrise daraus die naheliegende konjunkturpolitische Konsequenz zu ziehen. Er diskutierte schließlich Mises und Hayek als die typischen und bahnbrechenden Vertreter der monetären Konjunkturtheorie im engeren Sinne.

Im Gespräch wurde besonders auf die Beiträge von Spiethoff, Haberler, Lautenbach und auf die problematische Einordnung Schumpeters in die monetären Theorien eingegangen. Über die Prioritäten bei einzelnen Entdeckungen wurden interessante Informationen zusammengetragen, beispiels-



weise betreffend den frühen Beitrag von Spiethoff aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg.

Der Entwicklung der monetären Konjunkturtheorie entsprach eine Parallele von Geldtheorie und Geldpolitik. Dazu sprach G. Hardach über „Der lange Abschied vom Gold: Geldtheorie und Geldpolitik in Deutschland, 1905 bis 1933“. Hier wurde besonders der Weg vom Metallismus zum Nominalismus parallel zur Entwicklung der monetären Institutionen skizziert. Das Werk Knapps begründete einen „deutschen Sonderweg“ beim Erreichen nominalistischer Positionen. Während aber Knapp Geltung des Geldes und Geldwert noch strikt voneinander trennen wollte, zwang dann die Inflation zu einer integrierten Behandlung beider Probleme. Zu den in Deutschland frühesten Durchbrüchen zu einer Inflationstheorie gehört das Frühwerk des jungen Fritz Neumark. Der wichtigste deutschsprachige Geldtheoretiker der Zeit aber war Joseph A. Schumpeter, der sich mit seinem sehr weiten Geldbegriff bemühte, die Geldtheorie in die allgemeine Wirtschaftstheorie zu integrieren. Das Referat schloß mit einer Gegenüberstellung der quantitätstheoretischen Ansätze mit denen der „Zahlungsbilanztheorie“ (Helfferich) und der nun folgenden Rekonstruktion und schließlich Auflösung des Goldstandards mit der Konjunkturtheorie. Damit wurde eine anregende Auseinandersetzung über den Zusammenhang von theoretischer und institutioneller Entwicklung provoziert.

Die hier abgedruckten Referate sind im Lichte der intensiven Diskussionen teilweise wesentlich überarbeitet worden. Aufgenommen wurden auch die — dem Wechsel des Mediums entsprechend — stärker abgewandelten Ausführungen von Herrn K. Novy, der am gemeinsamen Abend einen ansprechenden Lichtbildervortrag über gemeinwirtschaftliche und genossenschaftliche Siedlungen in Berlin in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg und in der Zwischenkriegszeit gehalten hatte. Für die meisten Mitglieder waren die Information über die Zahl und Vielfalt der genossenschaftlichen Versuche und ihre kontrastreichen architektonischen Formen neu und bereichernd. Es wurde auch gezeigt, wie der Nationalsozialismus die Genossenschaften zentralisierte (eine Zentralisierung, die z. T. nie mehr zurückgenommen wurde), während sonst als Wohn- und Siedlungsform nun Einfamilienhäuser propagiert wurden.

Die Arbeit des Ausschusses wird im kommenden Jahr mit einer Tagung über F. List fortgesetzt.

*Bertram Schefold*



## **Inhaltsverzeichnis**

<b>Die deutsche theoretische Nationalökonomie zu Beginn des 20. Jahrhunderts zwischen Klassik und Neoklassik</b>	
Von <i>Heinz D. Kurz</i> , Graz .....	11
<b>Die theoretische Nationalökonomie im deutschsprachigen Raum vor und nach 1945</b>	
Von <i>Ernst Heuß</i> , Erlangen-Nürnberg .....	63
<b>Konjunkturtheorie in Deutschland in den Zwanziger Jahren</b>	
Von <i>Adolph Lowe</i> , Wolfenbüttel .....	75
<b>Zur Entwicklung der Konjunkturtheorie im deutschen Sprachraum in der Zwischenkriegszeit</b>	
Von <i>Gertrud Pütz-Neuhauser</i> , Salzburg .....	87
<b>Zur Entwicklung der monetären Konjunkturtheorien: Wicksell, Schumpeter, Hahn, Mises und Hayek</b>	
Von <i>Carl-Ludwig Holtfrerich</i> , Berlin .....	103
<b>Der lange Abschied vom Gold: Geldtheorie und Geldpolitik in Deutschland, 1905–1933</b>	
Von <i>Gerd Hardach</i> , Marburg .....	141
<b>Die Produktion von ästhetischer Monotonie und Vielfalt. Zur Praxis der Gemeinwirtschaftstheorie im Wohnungssektor</b>	
Von <i>Klaus Novy</i> , Berlin .....	171





# Die deutsche theoretische Nationalökonomie zu Beginn des 20. Jahrhunderts zwischen Klassik und Neoklassik \*

Von Heinz D. Kurz, Graz

## I. Einleitung

1. Die vorliegende Arbeit befaßt sich mit der im ersten Drittel dieses Jahrhunderts in Deutschland bzw. im deutschsprachigen Raum wiederauflebenden wirtschaftstheoretischen Diskussion. Das dabei verfolgte Interesse konzentriert sich ganz auf die Entwicklung auf dem Gebiet der Wert-, Preis- und Verteilungstheorie und die Auseinandersetzung zwischen Vertretern des *klassischen* sowie des hier im Vorgriff auf den später sich einbürgenden Sprachgebrauch *neoklassisch* genannten Ansatzes. Das Adjektiv ‚neoklassisch‘ findet sich im zu behandelnden Schrifttum erst gegen Ende der betrachteten Periode und auch dann nur vereinzelt und unter direktem Bezug auf die marshallianische Version der Marginalanalyse.<sup>1</sup> In der zeitgenössischen Literatur sind die Bezeichnungen objektiv(istisch)e Wertlehre, Arbeitswertlehre oder Produktionskostentheorie für die klassische und subjektiv(istisch)e Wertlehre, Nutzwertlehre oder Grenznutzentheorie für die neoklassische Position gebräuchlich.

2. Worin besteht die jeweilige Einheit in der auch zur damaligen Zeit üppigen Vielfalt an klassischen und neoklassischen Beiträgen zum Thema Wert, Preis und Einkommensverteilung? Wir gehen von einer modernen Fassung des Unterschieds von Klassik und Neoklassik aus. Zwar wird sich zeigen, daß die zeitgenössischen theoretischen Entwürfe nur selten nahtlos in das vorgelegte Schema passen. Gleichwohl leistet dieses Schema gute klassifikatorische Dienste und findet — trotz aller Divergenzen im einzelnen — eine gelegentlich erstaunliche Entsprechung zumindest in den am weitesten entwickelten Versionen der betrachteten alternativen Ansätze.

---

\* Wertvolle Hinweise und Hilfestellungen bei der Anfertigung der Arbeit verdanke ich Adolph Lowe, der mir sein reiches Wissen und sicheres Urteil bei mehreren Gesprächen, um die ich ihn gebeten habe, freizügig zur Verfügung gestellt hat. Zu danken habe ich des weiteren Dorothea Schmidt-Rohr für mancherlei Unterstützung sowie den Mitgliedern des Dogmenhistorischen Ausschusses, die mir in der Diskussion zahlreiche nützliche Anregungen gegeben haben. Alle verbliebenen Fehler sowie die abgegebenen Bewertungen sind selbstverständlich von mir allein zu verantworten.

<sup>1</sup> Der Begriff der Neoklassik wurde bekanntlich von Veblen in einem Aufsatz aus dem Jahr 1900 geprägt, aber es dauerte bis nach dem zweiten Weltkrieg, daß sich der Begriff allgemein durchsetzte. Vgl. T. *Aspromourgos*, On the origins of the term ‚neoclassical‘, Cambridge Journal of Economics, Vol. 10 (1986), S. 265–270.

Als *klassisch* seien solche Ansätze bezeichnet, in denen alle Nichtarbeitseinkommen surplustheoretisch und die relativen Preise reproduktionskostentheoretisch erklärt werden. Die klassische Analyse geht bei der Untersuchung des Zusammenhangs von Einkommensverteilung und Preissystem typischerweise von drei Sätzen von Daten aus: (1) der realen Lohnrate, d. h. den Mengen der den Reallohn konstituierenden Waren (bzw. im Fall heterogener Arbeit dem Vektor der Reallohnsätze), (2) dem von den verschiedenen Waren während eines Jahres produzierten Mengen und (3) den sozio-technischen Bedingungen der Produktion.<sup>2</sup> Auf der Grundlage dieser Daten läßt sich die Größe des gesellschaftlichen Überschußprodukts ermitteln, welches in Form von Profit oder Grundrente an Kapital- bzw. Bodenbesitzer fließt. Unter Bedingungen der freien Konkurrenz kommt es der klassischen Sicht zufolge zu einer Tendenz zum Ausgleich der Profitrate sowie der Vergütungssätze für jede Art von ‚primärem‘ Input in der Produktion. Das System der ‚natürlichen‘, ‚normalen‘ oder ‚Produktionspreise‘ stellt die Verteilung des Surplus zwischen Kapitaleignern und Grundbesitzern sowie zwischen den verschiedenen Sektoren der Ökonomie sicher. Die Betrachtungsweise ist diejenige der ‚langen Periode‘ bzw. ‚normalen Position‘, die gekennzeichnet ist durch die vollständige wechselseitige Anpassung von effektiver Nachfrage einerseits und Produktionskapazität andererseits. Ein Charakteristikum des klassischen Ansatzes besteht darin, daß die Untersuchung der Bestimmungsgründe der Profitrate und relativen Preise sowie diejenige der Outputhöhe, Beschäftigung und Akkumulation in voneinander getrennten Schritten erfolgt.

Als *neoklassisch* hingegen seien alle Ansätze bezeichnet, die sämtliche Preise und Mengen der verschiedenen Güter sowie der Leistungen der sogenannten ‚Produktionsfaktoren‘ simultan und auf *symmetrische* Weise mittels der einander gegenüberstehenden ‚Kräfte des Angebots und der Nachfrage‘ bestimmen. Die neoklassische Analyse geht typischerweise von folgenden drei Sätzen von Daten aus: (1) den Präferenzen bzw. Zielfunktionen der Akteure, Haushalte und Unternehmungen, (2) den technischen Alternativen in der Produktion der verschiedenen Güter und (3) der sogenannten ‚Erstausrüstung‘ der Ökonomie mit Ressourcen aller Art sowie der Verteilung der Eigentumsrechte daran unter den Haushalten. Für alternative, parametrisch vorgegebene Niveaus der Preise der verschiedenen Güter bzw. Faktorleistungen bei Konstanz jeweils aller anderen Preise erhält man Angebots- und Nachfragefunktionen bzw. -korrespondenzen zwischen Menge und Preis des jeweiligen Gutes bzw. der Faktorleistung. Der gleichgewichtige Preisvektor ist jener, der simultan alle Produkt- und Faktormärkte räumt. Die neoklassische Theorie bestimmt daher — anders als die klassische Theorie — alle Preise und Mengen, einschließlich der Einkom-

---

<sup>2</sup> Vgl. hierzu P. Garegnani, Surplus approach to value and distribution, in: The New Palgrave, Bd. 4, 1987, S. 560–574, sowie B. Schefold, Nachfrage und Zufuhr in der klassischen Ökonomie, in: F. Neumark (Hrsg.), Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie, Bd. I, Berlin 1981, S. 53–91; wiederabgedruckt in B. Schefold (Hrsg.), Ökonomische Klassik im Umbruch, Frankfurt 1986.

mensverteilung und der Beschäftigungsniveaus der verschiedenen Faktoren, mittels eines universell angewendeten Erklärungsprinzips: des Prinzips von Angebot und Nachfrage. Profit und Rente werden demzufolge, ähnlich wie der Lohn, als Preise für Faktorleistungen begriffen, welche wie alle Preise unter den Bedingungen freier Konkurrenz relative Knappheiten zum Ausdruck bringen.

3. Angesichts der Fülle des verfügbaren Materials und Unterschiedlichkeit der angetroffenen Ansätze ist eine Konzentration auf einige wenige Aspekte der zur Diskussion stehenden Kontroverse nötig. Wegen seiner aus heutiger Sicht geringeren Bekanntheit wird der Erörterung des klassischen Ansatzes am Beispiel zeitgenössischer Darstellungen größerer Raum gewidmet.

Die Arbeit ist wie folgt gegliedert. Teil II skizziert die Lage der nationalökonomischen Forschung und Lehre in Deutschland um die Jahrhundertwende. Die Jahrzehnte umspannende Vorherrschaft der historischen Schule hatte bewirkt, daß der Sinn für die reine Theorie und das Niveau derselben auf einem Tiefstand waren; Schumpeter charakterisiert die Situation in polemischer Übertreibung als ‚economics without thinking‘. Hieraus erklären sich auch die Anlaufschwierigkeiten der Diskussion, als im ersten Jahrzehnt, vor allem stimuliert durch die Vorgänge im Ausland, das Interesse an reiner Theorie wieder zu erwachen begann und eine zunehmende Zahl von Ökonomen theoretische Studien trieb. Teil III gibt einen kurzen Überblick über einige besonders bemerkenswerte Entwicklungslinien. Abschnitt 1 behandelt Beiträge zur klassischen Theorie, Abschnitt 2 solche zur neoklassischen. Abschnitt 3 befaßt sich etwas näher mit der vom Theoretischen Ausschuß des Vereins für Socialpolitik zu Beginn der dreißiger Jahre angestregten Debatte zum Thema ‚Probleme der Wertlehre‘. Teil IV ist einer näheren Erörterung ausgewählter Beiträge klassisch inspirierter Autoren gewidmet. Abschnitt 1 behandelt die klassische Methode der langen Periode oder normalen Position. In Abschnitt 2 geht es um das Verhältnis von Arbeitswerten und ‚natürlichen‘ Preisen sowie um die surplustheoretische Bestimmung der allgemeinen Profitrate. Der dritte Abschnitt beschäftigt sich mit der Frage des Verhältnisses der klassischen Theorie und der Grenznutzentheorie aus der Sicht von Autoren, die dem klassischen Standpunkt zuneigen. Teil V wendet sich der neoklassischen Theorie zu. Abschnitt 1 befaßt sich mit der These, der neoklassische Ansatz sei allgemeiner als der klassische; insbesondere sei er imstande, das sogenannte klassische Wertparadoxon zu lösen. Abschnitt 2 behandelt das Grundprinzip der neoklassischen Verteilungstheorie in der Darstellung Schumpeters und die Rolle von Nachfragekurven nach Faktoren darin.<sup>3</sup>

---

<sup>3</sup> Zum Verhältnis von Klassik und Neoklassik vgl. auch P. Kalmbach und H. D. Kurz, *Klassik, Neoklassik und Neuklassik*, Jahrbuch für Ökonomie und Gesellschaft, Bd. 1 (1983), S. 57–102.

## II. Die Ausgangslage

4. „Was ich der historischen Schule deutscher Nationalökonomien zum Vorwurf mache, ist nicht, daß sie die Geschichte der Volkswirtschaft als Hilfswissenschaft der politischen Ökonomie betreibt, sondern, daß ein Theil ihrer Anhänger über historischen Studien die politische Ökonomie selbst aus den Augen verloren hat.“<sup>4</sup> Mengers Hoffnung, der von ihm entfachte Methodenstreit werde wie ein reinigendes Gewitter wirken und der reinen Theorie in Forschung und Lehre den gebührenden Platz in unserem Fach, der ihr von Schmoller und dessen Anhängern verwehrt wurde, zurückzugewinnen, hat sich nicht erfüllt. Die mit großer Schärfe und zuweilen galliger Bitterkeit geführte Auseinandersetzung hatte vielmehr eine weitere Verhärtung der Fronten und eine auf sämtlichen Ebenen akademischen Tuns spürbare Verfestigung der Lagermentalität zur Folge. Der angegriffene Goliath wehrte sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln, mit dem Erfolg, daß sich seine Vorherrschaft bis zum Beginn des ersten Weltkriegs hielt und auch in der Zwischenkriegszeit noch nachklang.

Für wie bedeutsam man auch immer die Verdienste der historischen Schule halten mag<sup>5</sup>, hinsichtlich des Studiums der reinen Theorie war ihre Wirkung verhängnisvoll: Die deutsche Nationalökonomie befand sich — von wenigen, weiter unten zu behandelnden Ausnahmen abgesehen — auf dem besten Weg in die Bedeutungslosigkeit. „Der Sinn für theoretisches Arbeiten überhaupt ging verloren, mit dem Ergebnis, daß die einfachsten wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht mehr verstanden wurden.“<sup>6</sup> Vielerorts war die Nationalökonomie nicht mehr „als ein Gemisch von Empirie und Ethik und oft nicht mehr als ein Geschwätz.“<sup>7</sup> Während die ältere Generation noch über ein bescheidenes, in der

---

<sup>4</sup> C. Menger, *Die Irrthümer des Historismus in der deutschen Nationalökonomie*, Wien 1884, S. 25.

<sup>5</sup> Zur Zeit sind verschiedenenorts Bemühungen im Gange, die Leistungen der historischen Schule der Vergessenheit zu entreißen und vor dem Hintergrund der Erfolge bzw. Mißerfolge der wirtschaftstheoretischen Arbeit der letzten Jahrzehnte neu zu bewerten. Interessant sind des weiteren Versuche, die Wirkung des historischen Ansatzes in der neueren Wirtschaftswissenschaft nachzuweisen. Vgl. jüngst E. Craver und A. Leijonhufvud, *Economics in America: the Continental Influence*, History of Political Economy, Vol. 19 (1987), S. 173 ff., die u. a. den Versuch unternehmen, den Einfluß der 'jüngeren' historischen Schule auf die Entwicklung der wirtschaftshistorischen und empirischen Forschung in den Vereinigten Staaten auszuloten. In diesem Zusammenhang vgl. auch W. J. Barber, *Should the American Economic Association have Toasted Simon Newcomb at its 100th Birthday Party?*, Journal of Economic Perspectives, Vol. 1 (1987), S. 179 ff., der sich mit dem Richtungsstreit zwischen Vertretern der induktiven und der deduktiven Methode zur Zeit der Gründung der American Economic Association im Jahr 1885 und der Rolle Richard T. Elys, der treibenden Kraft bei der Gründung, befaßt.

<sup>6</sup> E. Schneider, *Einführung in die Wirtschaftstheorie*, IV. Teil, Tübingen 1962, S. 326.

<sup>7</sup> E. Preiser, *Walter Eucken in memoriam*, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 162 (1950), S. 241. Vgl. hierzu auch die Philippika Ludwig Pohles, *Die gegenwärtige Krisis in der deutschen Volkswirtschaftslehre*, Leipzig 1911.



vorhergehenden Periode erworbenes theoretisches Rüstzeug meist klassischen Zuschnitts verfügte, trat zu Beginn des Jahrhunderts „die völlige Unterbrechung theoretischer ‚Ausbildung‘ — die später durch nichts mehr zu ersetzen ist, mag man sich auch ‚prinzipiell‘ zu einer gewissen Theoriefreundlichkeit durchringen — in voller Schärfe hervor.“<sup>8</sup> Die elementaren Werkzeuge theoretischer Analyse wurden nicht mehr beherrscht. Soweit Entwicklungen im Ausland überhaupt zur Kenntnis genommen wurden, stand ihnen die große Mehrzahl der deutschen Fachvertreter verständnislos gegenüber. Abgeschnitten von der aufblühenden internationalen Diskussion wirtschaftstheoretischer Fragen stürzten sie sich in „stoffwütige Kleinmeisterei“<sup>9</sup>.

5. Das volle Ausmaß des eingetretenen Schadens wurde erst sichtbar, als im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts, vor allem unter dem Einfluß der verschiedenen Strömungen der Marginalanalyse, eine Gegenbewegung einsetzte und es zu einer Wiederbelebung des Interesses an reiner Theorie kam. Über das entstehende Schrifttum schreibt Schumpeter, daß es „sicher manche zweifellose Talentprobe, aber ebenso sicher die bedauerlichsten Fehlgriffe enthält.“ Er fährt fort:

„Alles ist in dieser Literatur möglich. Die elementarsten Fehler, Fehler, die eben nichts anderes sind als Fehler und von keinem ‚Standpunkt‘ aus gehalten werden können, kommen massenhaft vor und bleiben unbemerkt und ungerügt. Die ältesten, zum Teil vorwissenschaftlichen Anschauungen können gefahrlos aufgetischt werden. Mißverständnisse, wie sie beim ersten Studium einer Theorie leicht vorkommen, haben sich zu ernstgenommenen, stets wiederholten, für entscheidend gehaltenen ‚Einwendungen‘ kristallisiert.“<sup>10</sup>

Welche Art von Hindernissen der Verständigungsmöglichkeit selbst der Theorie gegenüber Aufgeschlossenen im Weg standen, mag ein Exempel verdeutlichen. Weit verbreitet und tief verwurzelt war die Gegnerschaft gegen formal-mathematische Darstellungen, und selbst numerische Beispielsrechnungen zur Illustration eines Arguments zogen nicht selten bissige Kritik auf sich. So nimmt Robert Liefmann, zeitweise und nicht ohne Grund zur wirtschaftstheoretischen Avantgarde Deutschlands zählend, in seinen „Grundsätzen der Volkswirtschaftslehre“ aus dem Jahr 1917 ein von Rudolf Hilferding in dessen „Finanzkapital“<sup>11</sup> benutztes harmloses Zahlenbeispiel der einfachen Reproduktion zum Anlaß eines polemischen Ausfalls gegen ‚mathematische‘ Spielereien. Der Glaube, bei den wirtschaftlichen Prozessen habe man es mit Quantitätsgrö-

<sup>8</sup> J. A. Schumpeter, Das Grundprinzip der Verteilungstheorie, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 42 (1916/17), S. 3.

<sup>9</sup> E. Salin, Geschichte der Volkswirtschaftslehre, 4. Aufl., Bern, Tübingen 1951, S. 154.

<sup>10</sup> J. A. Schumpeter, a. a. O., S. 3; vgl. ähnlich seine History of Economic Analysis, New York 1954, S. 853f.

<sup>11</sup> R. Hilferding, Das Finanzkapital. Zuerst in: Marx-Studien, Bd. III, Wien 1910, S. 304ff.

ßen zu tun und die grundlegenden ökonomischen Vorgänge ließen sich in Gleichungsform bringen, stelle den ‚Höhepunkt der Irrtümer‘ dar und sei Ausdruck einer ‚rein materialistischen Auffassung‘. Die Attacke gipfelt in dem Ausruf: „Noch schlimmer ist es aber, daß niemand den Unsinn merkte, der darin liegt. Unsere ganze Nationalökonomie steckt so tief im Materialismus, daß zahlreiche Nationalökonomien, wie Clark, Fisher, Schumpeter, v. Bortkiewicz, Tugan-Baranowski u. a., noch neuerdings ganze Bücher auf dieser Grundlage veröffentlichen konnten. Es wird noch angestrengtester Arbeit bedürfen, bis wir aus allen damit verbundenen Irrtümern herauskommen.“<sup>12</sup> Was im übrigen Liefmanns eigenen Beitrag zur Theorie und insbesondere sein ‚Gesetz des Ausgleichs der Grenzerwerbserträge‘ anbelangt, so handelt es sich hierbei im wesentlichen um eine umständlich formulierte, nicht widerspruchsfreie Fassung der österreichischen Doktrin. Obzwar er von seinen Kritikern wiederholt auf diesen Tatbestand hingewiesen wurde, hat er Zeit seines Lebens hartnäckig jede Nähe zu letzterer bestritten und auf die Eigenständigkeit seiner eigenen gepocht.<sup>13</sup>

Kurz gesagt: Der Stand theoretischer Kenntnisse war im allgemeinen dürftig, gemeinhin akzeptierte professionelle Standards gab es kaum, Voreingenommenheiten der verschiedensten Art behinderten die Diskussion. Die Fähigkeit, im Streit der Argumente die Spreu vom Weizen zu trennen, war anfangs nur gering ausgeprägt. Wahrhaft innovative Beiträge waren selten und überdies der Gefahr ausgesetzt, nicht beachtet zu werden.

6. In der oben zitierten Passage aus Liefmanns Buch wird ein weiteres deutlich. Bei keinem der von ihm erwähnten Ökonomen handelt es sich um einen geborenen Reichsdeutschen. Tatsächlich sind bis auf wenige Ausnahmen alle wesentlichen wirtschaftstheoretischen Impulse in Deutschland von Ausländern, einige wenige davon auf deutschen Lehrstühlen, ausgegangen. Sollte Marxens böses Wort, bei den deutschen Ökonomen handele es sich um „bloße Schüler, Nachbeter und Nachtreter, Kleinhausierer des ausländischen Großgeschäfts“<sup>14</sup>, jemals gültig gewesen sein, so vielleicht am ehesten mit Blick auf die hier zur Diskussion stehende Periode.

Erich Schneider geht so weit, zu sagen, daß erst mit der Berufung Schumpeters nach Bonn im Jahr 1925 „[z]um ersten Male ... wieder nach Jahrzehnten an einer deutschen Universität Theorie gelehrt wurde.“<sup>15</sup> Diese Aussage ist schon

<sup>12</sup> R. Liefmann, Grundsätze der Volkswirtschaftslehre, Stuttgart, Berlin 1917, Bd. I, S. 249.

<sup>13</sup> Zur Kritik Liefmanns vgl. z. B. A. Amonn, Der Stand der reinen Theorie, in: Die Wirtschaftswissenschaft nach dem Kriege. Festgabe für Lujo Brentano zum 80. Geburtstag M. J. Bonn und M. Palyi (Hrsg.), München, Leipzig 1925, S. 299ff.; J. A. Schumpeter, History ..., a. a. O., S. 854; und W. Vleugels, Zur Verteidigung der Wertlehre, in: Probleme der Wertlehre, Teil I, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 183/I, hrsg. von L. v. Mises und A. Spiethoff, München, Leipzig 1931, S. 267f.

<sup>14</sup> Nachwort zur 2. Auflage des 1. Bandes von Das Kapital, Marx-Engels-Werke, Bd. 23, S. 21.

deshalb problematisch, weil, wie Schneider auch anmerkt, Arthur Spiethoff, der für die Berufung Schumpeters verantwortlich war, sich ausbedungen hatte, das Gebiet der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre, welches ökonomische Theorie einschloß, allein zu vertreten. Schumpeter war nach seinem Scheitern als Finanzminister und anschließend als Privatbankier in Österreich in einer überaus schlechten Verhandlungsposition und mußte wohl oder übel dem der jüngeren historischen Schule zuzurechnenden Spiethoff das Feld der Theorie zumindest offiziell überlassen. Aber dieses Vorkommnis selbst wirft ein bezeichnendes Licht darauf, wie es um die Lage der Theorie an deutschen Universitäten bestellt war.

Schumpeter war zweifellos nicht der erste oder gar einzige, der sich um die Wiederbelebung der Wirtschaftstheorie im damaligen Deutschland Verdienste erwarb. Und es waren auch nicht nur Ökonomen des Auslands wie Böhm-Bawerk, Wieser, Wicksell oder Cassel, die mit ihren Beiträgen die wirtschaftstheoretische Diskussion im Land anfachten. Schumpeter selbst nennt in seinen Schriften eine Handvoll Namen von Reichsdeutschen, allen voran Franz Oppenheimer, über den er sagt, daß dieser „mehr als irgend jemand dazu getan hat, in Deutschland wieder Interesse für theoretische Arbeit zu erwecken.“<sup>16</sup> Oppenheimer habilitierte sich 1909 bei Adolph Wagner und Gustav Schmoller in Berlin. Er war ein Mann von universeller Bildung, ein mitreißender Lehrer und origineller, ein weites Feld sozialwissenschaftlicher und -politischer Themen beackender Denker. Gleichwohl mußte er ein ganzes Jahrzehnt warten, bis er den Status eines Privatdozenten hinter sich lassen und eine an der Universität Frankfurt speziell für ihn eingerichtete Stiftungsprofessur übernehmen konnte.<sup>17</sup>

Bevor wir uns mit einzelnen Beiträgen näher befassen, ist es angebracht, einen groben Überblick über die sich im ersten Drittel des Jahrhunderts in Deutschland abspielenden Auseinandersetzungen zwischen Vertretern der Klassik und der Neoklassik zu geben.

### III. Abriß der Entwicklung

7. Um die Jahrhundertwende dominierte ohne Frage die historische Schule. „Man studierte ‚Schmoller‘ und ‚Philippovich‘ so gut wie ‚Adam Smith‘ oder ‚Roscher‘“<sup>18</sup> — gemeint sind zunächst Schmollers „Grundriss der allgemeinen

<sup>15</sup> E. Schneider, Joseph A. Schumpeter — Leben und Werk eines großen Sozialökonomen, Tübingen 1970, S. 49.

<sup>16</sup> J. A. Schumpeter, Das Bodenmonopol. Eine Entgegnung auf Dr. Oppenheimers Artikel, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 44 (1917/18), S. 502; ähnlich Schumpeter, History . . . , a. a. O., S. 854. Vgl. auch E. Preiser, Politische Ökonomie im 20. Jahrhundert, München 1970, S. 221.

<sup>17</sup> Vgl. A. Lowe, In memoriam Franz Oppenheimer, Year Book of the Leo Baeck Institute, Vol. 10, London 1965, S. 137–149.

<sup>18</sup> A. Günther, Krisis der Wirtschaft und der Wirtschaftswissenschaft, Dresden 1921, S. 47.

Volkswirtschaftslehre“<sup>19</sup> und Philippovichs „Grundriss der politischen Oekonomie“<sup>20</sup>. Philippovichs Lehrbuch war äußerst populär, vielleicht nicht zuletzt deshalb, weil es neben zahlreichen sonstigen schätzenswerten Eigenschaften den historisch-ethischen Standpunkt Schmollers und den grenznutzentheoretischen Mengers in friedlicher Koexistenz präsentierte. Jedenfalls kam die damalige Studentenschaft in Deutschland vor allem über dieses Werk mit der Grenznutzenschule in Berührung.

Das klassische Erbe (oder was vom jeweiligen Autor dafür gehalten wurde) bekam der Studierende u. a. über Werke wie Wilhelm Roschers „Grundlagen der Nationalökonomie“ nahegebracht, das erstmals 1854 publiziert wurde und 1924, mehr als ein Vierteljahrhundert nach Roschers Tod, seine 26. Auflage erfuhr. Wilbrandt prägte für die darin vorgestellte Komposition die Formel: „Historische Sauce über einem klassischen Gericht.“<sup>21</sup> Bedeutende Anhänger des klassischen und insbesondere Ricardoschen Ansatzes waren Ökonomen wie Karl Diehl, Heinrich Dietzel, Wilhelm Lexis und in gewissem Sinn auch Adolph Wagner sowie Adolf Weber.<sup>22</sup> An Dietzels 1895 geäußelter und später u. a. von Adolf Weber wiederholten Auffassung, das theoretische Lehrgebäude der Klassiker gleiche einer starken Festung, die ihre Feinde nicht einnehmen können, sollte sich schon bald die Kritik der allmählich erstarkenden Grenznutzenschule entzünden.

Die Situation zu Beginn des Jahrhunderts war demnach gekennzeichnet durch das Nebeneinander klassischer und neoklassischer Denktraditionen, welches zum Miteinander wurde, sobald es um das Verhältnis zum gemeinsamen Gegner, der übermächtigen historischen Schule, ging. Die in innertheoretischen Kontroversen zum Ausdruck kommende Schärfe und Polemik wurde abgefedert durch wechselseitige Respektbezeugung der Disputanten. Man gab sich die Honneurs und wußte sich einig im Kampf gegen den Historismus. Über das Verhältnis von Klassik und Neoklassik herrschte insgesamt große Unklarheit. Das Meinungsspektrum reichte von der These der grundsätzlichen Unvereinbarkeit der beiden bis zu derjenigen ihrer wechselseitigen harmonischen Ergänzung. Daneben gab es verschiedene, von Schumpeter ‚Guerilleros‘ genannte Ökonomen, die sowohl den klassischen als auch den neoklassischen Ansatz ablehnten und gänzlich eigene Wege zu gehen versuchten.<sup>23</sup>

<sup>19</sup> Bd. I und II, München, Leipzig 1900 bzw. 1904 (1. Aufl.).

<sup>20</sup> 1. Aufl., 1893–1907.

<sup>21</sup> Zitiert nach A. Kruse, Geschichte der volkswirtschaftlichen Theorien, Berlin 1959, S. 161.

<sup>22</sup> Vgl. insbesondere K. Diehl, Sozialwissenschaftliche Erläuterungen zu D. Ricardos Grundgesetzen der Volkswirtschaft und Besteuerung, Leipzig 1905, und H. Dietzel, Theoretische Sozialökonomik, Leipzig 1895.

<sup>23</sup> Als Beispiel sei Friedrich v. Gottl-Ottilienfeld genannt; vgl. die zusammenfassende Darstellung seiner Position in seinem Aufsatz: Meine Ablehnung der Wertlehre, in: Probleme der Wertlehre, Teil I, S. 133 ff.

## 1. Beiträge zur klassischen Tradition

8. Große Verdienste um die Präzisierung des klassischen Ansatzes in der Wert- und Verteilungstheorie gebühren Ladislaus von Bortkiewicz. Bortkiewicz, einer in St. Petersburg lebenden polnischen Familie entstammend, war ein Schüler von Wilhelm Lexis.<sup>24</sup> Im Jahre 1901 erhielt er eine außerordentliche Professur für Nationalökonomie und Statistik an der Universität Berlin, erst 1920 daselbst ein Ordinariat. Er war ein führender Vertreter der theoretischen Statistik und ein eminenter Wirtschaftstheoretiker. Gleichwohl stand er in Berlin ganz im Schatten von Schmoller und Wagner, nicht zuletzt deshalb, weil sein Talent als Lehrer zu wünschen übrig ließ. Aber er war einer der wenigen Professoren reichsdeutscher Universitäten, die sich in die internationale Diskussion einzuschalten wußten und Spuren hinterließen. Bemerkenswert ist, daß er gleichermaßen gut mit dem klassischen und neoklassischen Schrifttum vertraut war. Mit großer Gründlichkeit rezipierte er die jeweils neueste Literatur und deckte schonungslos logische Schnitzer und theoretische Konfusionen auf. Weder Marx noch Böhm-Bawerk, Walras oder Pareto kamen ungeschoren davon.<sup>25</sup> Was insbesondere seine in den Jahren 1906 und 1907 veröffentlichten Beiträge zur Wert- und Preisrechnung bei Marx und den klassischen Ökonomen betrifft<sup>26</sup>, so hatte Bortkiewicz den unschätzbaren Vorteil, daß ihm die einschlägige, um die Jahrhundertwende außerordentlich fruchtbare russische Literatur zugänglich war. Bortkiewicz zehrte vor allem von der bahnbrechenden Neufassung der Ricardoschen Werttheorie durch V. K. Dmitriev<sup>27</sup>, dessen überragende Leistung er neidlos anerkannte. Seine Auseinandersetzung mit den beiden rivalisierenden werttheoretischen Richtungen kulminierte im 1921 veröffentlichten Aufsatz über ‚Objektivismus und Subjektivismus in der Werttheorie‘<sup>28</sup>, in welchem er eine vermittelnde Stellung bezog.

Bortkiewicz erging es wenig besser als Dmitriev. Im ‚eigenen‘ Land zählt der Prophet bekanntlich wenig. Das von ihm meisterlich verwendete algebraische Darstellungs- und Beweismittel überforderte die meisten seiner Zeitgenossen.

<sup>24</sup> Vgl. die Nachrufe von O. Anderson in der Zeitschrift für Nationalökonomie, Bd. 3 (1932), S. 242ff., und J. A. Schumpeter im Economic Journal, Vol. 42 (1932), S. 338ff.

<sup>25</sup> Zur Bedeutung der Bortkiewicz'schen Kritik an Walras vgl. kürzlich D. A. Walker, Walras's Theorie of Tatonnement, Journal of Political Economy, Vol. 95 (1987), S. 762ff.

<sup>26</sup> L. v. Bortkiewicz, Wertrechnung und Preisrechnung im Marxschen System, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 23 (1906), S. 1–50, und Bd. 25 (1907), S. 10–51 sowie S. 445–488; Zur Berichtigung der grundlegenden theoretischen Konstruktion von Marx im 3. Band des ‚Kapital‘, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 34 (1907), S. 319–335.

<sup>27</sup> Dmitriev's Studie wurde im Jahr 1898 veröffentlicht; vgl. auch die deutsche Fassung: David Ricardos Werttheorie. Versuch einer strengen Analyse, in: B. Schefold (Hrsg.), Ökonomische Klassik im Umbruch, a. a. O., S. 63ff. Über russische Arbeiten zur Wert- und Zinstheorie um die Jahrhundertwende informiert H.-J. Seraphim, Neuere russische Wert- und Kapitalzinstheorien, Berlin, Leipzig 1925.

<sup>28</sup> In: Ekonomisk Tidskrift, Bd. 21 (1921), S. 1–22.

Überdies kehrte das Gros der marxistischen Ökonomen in dieser Zeit dem Feld der Wert- und Preistheorie den Rücken und widmete sich für wichtiger erachteten Themen, wie Akkumulation, Krise und Imperialismus. Noch schlechter als Bortkiewicz erging es freilich Georg Charasoff, einem in Tiflis geborenen Russen, der 1901 an der Mathematischen Fakultät der Universität Heidelberg promovierte und 1909 und 1910 zwei umfängliche Bücher über die Marxsche ökonomische Analyse veröffentlichte.<sup>29</sup> Charasoffs Werk, das zentrale Resultate der modernen, sich der linearen Algebra bedienenden Reformulierungen der klassischen und Marxschen Theorie vorwegnahm, blieb damals so gut wie unbeachtet und wurde im Grunde erst in allerjüngster Zeit ‚entdeckt‘.<sup>30</sup>

9. Ein weiterer bedeutender Erneuerer des klassischen Ansatzes in der Wert- und Verteilungstheorie war Franz Oppenheimer. Aus seinem reichen Schaffen ist im hier interessierenden Zusammenhang vor allem seine erstmalig 1910 veröffentlichte „Theorie der reinen und politischen Ökonomie“ zu nennen.<sup>31</sup> Die darin angestellten Überlegungen zur Bestimmung der ‚natürlichen‘ oder, wie Oppenheimer sagt, ‚statischen‘ Preise bewegen sich weitgehend in den bekannten arbeitswerttheoretischen Bahnen und bieten wenig Neues.<sup>32</sup> Neu ist hingegen die vorgetragene Erklärung der Ursache und Höhe des Kapitalprofits über die sogenannte ‚Bodensperre‘. Dies ist Oppenheimers spezifische Antwort auf die in der damaligen Zeit besonders heftig umstrittene, von Böhm-Bawerk schließlich auf ‚Macht oder ökonomisches Gesetz?‘ zugespitzte Frage.<sup>33</sup> Gleich Böhm-Bawerk vertritt Oppenheimer die Auffassung, daß gesellschaftliche Macht nicht außerhalb und gegen, sondern innerhalb und durch die ökonomischen Gesetze wirke. Im Unterschied zu diesem ist er jedoch der Ansicht, daß die Wirkung der Macht von Dauer sei, was sich in der modernen kapitalistischen Wirtschaft in einer langfristig positiven Profitrate manifestiere. Oppenheimers in der surplustheoretischen Tradition der Klassiker und Marxens stehende

<sup>29</sup> G. Charasoff, Karl Marx über die menschliche und kapitalistische Wirtschaft. Eine neue Darstellung seiner Lehre, Berlin 1909, sowie: Das System des Marxismus. Darstellung und Kritik, Berlin 1910.

<sup>30</sup> Vgl. M. Egidi und G. Giliberti, La teoria oggettiva dei prezzi, Economia Politica, Bd. 1 (1984), S. 43–61. Eine mathematische Darstellung der wesentlichen im 1910 publizierten Werk enthaltenen Aussagen haben jüngst H. Duffner und T. Huht vorgenommen; vgl. ihren Aufsatz: Georg Charasoff's Contribution to the Theory of Value, Output and Prices of Production, Bremen 1987.

<sup>31</sup> Das Buch sollte später den 3. Band seines vier Doppelbände umfassenden „Systems der Soziologie“ bilden, ein Werk, das neben ökonomischen wirtschafts- und sozialgeschichtliche, soziologische und politikwissenschaftliche Abhandlungen enthält und das in bezug auf Stoffumfang und -beherrschung mit dem Werk Max Webers vergleichbar ist; vgl. A. Lowe, a. a. O., S. 141. Eine zusammenfassende Darstellung von Oppenheimers Wert- und Verteilungstheorie findet sich in seinem Aufsatz: Die ökonomische Theorie des Wertes, in: Probleme der Wertlehre, Teil I, S. 147–175.

<sup>32</sup> Tatsächlich ignoriert Oppenheimer ebenso wie nach ihm Lederer, auf den gleich noch einzugehen ist, die von Bortkiewicz erzielten Resultate zur Wert- und Preisthematik.

<sup>33</sup> Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, Bd. 23 (1914), S. 205–271.



Profiterklärung verlangt den Nachweis, daß der Reallohn ‚auf Dauer und im Durchschnitt‘ unter der Nettoproduktivität der Arbeit liegt, was wiederum eine permanente Tendenz zum Angebotsüberschuß auf dem Arbeitsmarkt voraussetzt. Da Oppenheimer die auf die Malthussche Bevölkerungstheorie zurückgreifende klassische Begründung der fraglichen Tendenz ebenso verwirft wie die mit der arbeiterfreisetzenden Wirkung des technischen Fortschritts argumentierende Marxens, muß er einen neuen Weg einschlagen. An dessen Anfang steht die Feststellung eines Quasimonopols an Grund und Boden.

10. Emil Lederer, aus Pilsen stammend, wurde 1918 nach Heidelberg berufen und trat 1931 die Nachfolge Sombarts in Berlin an, wo er bis zu seiner Emigration im Jahr 1933 wirkte.<sup>34</sup> Er zählte zu den führenden akademischen Sozialisten im Deutschland der zwanziger Jahre. Seine undogmatische Haltung und Aufgeschlossenheit gegenüber anderen Ansätzen als dem eigenen verschafften ihm auch bei seinen Gegnern Respekt und Anerkennung. In seinen erstmals 1922 veröffentlichten „Grundzügen der ökonomischen Theorie“ stellt er sich einerseits fest auf den Standpunkt der Marxschen Wert- und Mehrwerttheorie und verteidigt dessen Produktionspreislehre gegen die kurz nach Erscheinen des von Engels herausgegebenen dritten Bandes von „Das Kapital“ geschriebene und weithin akzeptierte Kritik Böhm-Bawerks.<sup>35</sup> Andererseits räumt er der Gebrauchswert- bzw. Grenznutzentheorie die subsidiäre Rolle der Bestimmung der Mengen der konsumierten Waren und damit der Produktionsstruktur ein. Arbeitswert- und Grenznutzenprinzip kommen dieser Sicht zufolge genau voneinander scheidbare und einander wechselseitig ergänzende Aufgaben zu.

Lederer ist nicht der erste, der diese Interpretation des Verhältnisses der beiden werttheoretischen Richtungen vornimmt — sie findet sich bereits in der früheren, zumal der ‚revisionistischen‘ Literatur —, aber er entwickelt sie mit besonderer Klarheit. In gewisser Weise drückt sich in ihr die defensive und, wie sich zeigen sollte, letztlich nicht haltbare Position aus, in die der klassische Standpunkt gegenüber der geschwind an Boden gewinnenden Neoklassik geraten war. Tatsächlich wurde von neoklassischer Seite aus das in der obigen Interpretation enthaltene ‚Friedensangebot‘ ausgeschlagen. Ihre führenden Vertreter waren aufs Ganze aus. In der von Repräsentanten der Wiener Schule dominierten mündlichen Aussprache im Theoretischen Ausschuß des Vereins für Socialpolitik zum Thema ‚Probleme der Wertlehre‘ gelegentlich der Generalversammlung 1932 in Dresden schließlich spricht Ludwig von Mises von der Grenznutzentheorie als der ‚herrschenden Lehre‘ und fügt hinzu: „Man wird ... zugestehen müssen, daß es heute nur noch *eine* Nationalökonomie gibt. Das gilt, wie ich ausdrücklich festhalten möchte, auch für das deutsche Sprachgebiet.“<sup>36</sup>

<sup>34</sup> Vgl. R. A. Dickler, Emil Lederer, in: The New Palgrave, Bd. 3, 1987, S. 157f.

<sup>35</sup> E. v. Böhm-Bawerk, Zum Abschluß des Marxschen Systems, in: Staatswissenschaftliche Arbeiten. Festgaben für Karl Knies, hrsg. von O. v. Boenigk, Berlin 1896. Wiederabdruck in: F. Eberle (Hrsg.), Aspekte der Marxschen Theorie, Bd. 1, Frankfurt 1973, S. 25–129.



Bei dieser Feststellung handelt es sich zwar ohne Zweifel um eine Übertreibung, allerdings um eine, die den Stand der Dinge auf dem Gebiet der Wert- und Verteilungstheorie zu Beginn der dreißiger Jahre der Tendenz nach richtig wiedergibt. Wenden wir uns jetzt in einem kurzen Überblick einigen der besonders markanten Stationen auf dem Weg dorthin zu.

## 2. Import und Diffusion neoklassischer Ansätze

11. Im Jahr 1908 erscheint Schumpeters voluminöses Werk „Das Wesen und der Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie“. Es ist, wie sein Verfasser im Vorwort schreibt, auf die spezielle Situation in Deutschland gemünzt und soll „die Theorie anderer Länder der deutschen Wissenschaft näher ... bringen.“<sup>37</sup> Im Grunde handelt es sich um eine Art ‚Marshall-Plan‘ zur Rettung der darniederliegenden deutschen theoretischen Nationalökonomie. Vielleicht sollte richtiger von einem ‚Walras-Plan‘ die Rede sein, denn im Buch geht es in der Hauptsache um die Walrassche Theorie des allgemeinen wirtschaftlichen Gleichgewichts — Schumpeter zufolge die *Magna Charta* der theoretischen Ökonomik. Schumpeter plädiert für ein sich an den sogenannten exakten Wissenschaften orientierendes Profil der Nationalökonomie und bricht eine Lanze für den Gebrauch der Mathematik als einem unverzichtbaren Hilfsmittel zur Untersuchung und Darstellung allseitiger ökonomischer Interdependenz.<sup>38</sup> Kurioserweise hält er sich selbst nicht an seine eigene Vorgabe, was nicht unerheblich zum beachtlichen Umfang des Werks beiträgt. Maffeo Pantaleoni, von Vilfredo Pareto, dem Schumpeter ein Exemplar zugeschickt hatte, das dieser aus Mangel an Deutschkenntnissen nicht lesen konnte, um ein Urteil gebeten, antwortet: „Das Buch ist ziemlich weitschweifig, aber gut. Es ist nützlich, sehr nützlich für die Deutschen, enthält aber nichts Neues. Deinen *Manuale* scheint er nicht zu kennen.“<sup>39</sup>

---

<sup>36</sup> Probleme der Wertlehre, Teil II, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 183/II, hrsg. von L. v. Mises und A. Spiethoff, München, Leipzig 1933, S. 12 und 9f., Hervorhebung von v. Mises. Das Thema war von v. Mises angeregt worden, der auch den Vorbereitungsband organisiert hatte. Für letzteren waren Darstellungen und kritische Würdigungen der wichtigsten im deutschen Sprachraum vertretenen werttheoretischen Ansätze eingeworben worden. Die versammelten Autoren sind L. v. Mises, O. Morgenstern und O. Spann (Wien), V. Furlan (Basel), W. Kromphardt (Münster), R. Liefmann (Freiburg i. Br.), F. v. Gottl-Ottlienfeld und H. Zeisl (Berlin), F. Oppenheimer (Frankfurt a.M.) und W. Vleugels (Königsberg). Den Vorsitz der mündlichen Aussprache in Dresden hatte E. Lederer (Berlin).

<sup>37</sup> J. A. Schumpeter, a. a. O., S. XX.

<sup>38</sup> Schumpeter hatte bereits seinen zwei Jahre vorher erschienenen Aufsatz: Über die mathematische Methode der theoretischen Ökonomie, Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, Bd. 15 (1906), S. 30–49, der Verteidigung der *Jevonsschen* Auffassung: „If Economics is to be a science at all, it must be a mathematical one“ gewidmet.

<sup>39</sup> Zitiert nach E. Schneider, Joseph A. Schumpeter, a. a. O., S. 19.

Obzwar Schumpeters „Wesen und Hauptinhalt“ im deutschen Sprachraum eher verhalten bis kritisch aufgenommen wird, so ist damit doch eine Brücke zu den neueren Entwicklungen auf dem Gebiet der Wirtschaftstheorie im Ausland geschlagen, die in den folgenden Jahren von einer wachsenden Zahl von Ökonomen beschritten werden sollte. Das Buch begründet Schumpeters Ruf eines führenden Theoretikers des deutschen Sprachraums.

Acht Jahre später erscheint seine Abhandlung über „Das Grundprinzip der Verteilungstheorie“, in dem er den von Tugan-Baranowsky<sup>40</sup> erhobenen und vielfach geteilten Vorwurf zurückweist, die Grenznutzentheorie leiste zwar als Wert- und Preislehre gute Dienste, versage aber am Verteilungsproblem. Schumpeter vertritt darin den uns heute geläufigen Standpunkt, wonach die neoklassische Theorie *simultan* alle Güterpreise, einschließlich der Vergütungssätze der sogenannten Produktionsfaktoren, und alle Gütermengen, einschließlich der Beschäftigungsmengen der Faktoren, bestimmt. Die Verteilungstheorie ist dieser Sicht zufolge integraler Bestandteil der Preis-, Output- und Beschäftigungstheorie. Schumpeter dreht den Spieß in der bekannten, erst jüngst wieder praktizierten Weise<sup>41</sup> um und wirft den Kritikern der Neoklassik vor, ihr Gegenentwurf sei, sofern er überhaupt in sich schlüssig ist, dieser als Spezialfall subsumierbar. Wir werden weiter unten Gelegenheit haben, auf Schumpeters höchst interessante und vor dem Hintergrund der kapitaltheoretischen Debatte der sechziger und siebziger Jahre gleichermaßen aktuelle Überlegungen näher einzugehen.<sup>42</sup>

12. In seinem Beitrag „Der Anteil Deutschlands an der nationalökonomischen Forschung seit dem Weltkrieg“ in der Brentano-Festschrift aus dem Jahr 1925 stellt Adolf Weber fest:

„Man hätte vielleicht erwarten können, daß das neu erwachte theoretische Interesse in Reichsdeutschland der österreichischen Grenznutzentheorie zugute gekommen wäre. Aber ihr Einfluß bleibt bei uns nach wie vor verhältnismäßig gering. . . . Vielleicht hat zu dem Mißerfolg der Österreicher in Deutschland in neuester Zeit kaum etwas so sehr beigetragen, wie die scharfsinnigen, systematischen Darstellungen der Volkswirtschaftslehre, die F. v. Wieser vom Standpunkt der Grenznutzenlehre veröffentlichte. Hier zeigt sich an einem glänzenden Beispiel, wie trotz allen Scharfsinns und umfassenden Wissens die Grenznutzentheorie im Grunde überraschend steril ist.“<sup>43</sup>

<sup>40</sup> Vgl. dessen *Soziale Theorie der Verteilung*, Berlin 1913.

<sup>41</sup> So F. H. *Hahn*, der mit seinem Aufsatz: *The neo-Ricardians*, *Cambridge Journal of Economics*, Vol. 6, 1982, S. 353–374, die kapitaltheoretische Kritik der Neoklassik im Anschluß an die Arbeiten *Joan Robinsons* und *Piero Sraffas* ganz in der oben erwähnten Manier zu kontern versucht. Zur jüngeren kapitaltheoretischen Kontroverse vgl. auch H. D. *Kurz*, *Capital theory: debates*, *The New Palgrave*, Bd. 1, 1987, S. 359–362.

<sup>42</sup> Auf *Schumpeters* eigenen Lösungsvorschlag zum Zinsproblem, seine ‚dynamische‘ Theorie des Kapitalzinses, kann nicht näher eingegangen werden. Vgl. deshalb seine *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*, Leipzig 1912, Kap. V, sowie den zwischen ihm und *Böhm-Bawerk* 1913 in der *Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung* ausgetragenen Streit.

<sup>43</sup> *Die Wirtschaftswissenschaft nach dem Kriege*, a. a. O., Bd. 2, S. 27.

Webers Urteil bezieht sich auf Wiesers 1914 veröffentlichte „Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft“, die dieser für den von Max Weber herausgegebenen „Grundriß der Sozialökonomik“ verfaßt hatte.<sup>44</sup>

Ganz anders die Aufnahme von Gustav Cassels „Theoretischer Sozialökonomie“, die 1918 erscheint und bereits nach kurzer Zeit zum meistbenutzten Lehrbuch Deutschlands avanciert. Adolf Weber betont im zuvor erwähnten Aufsatz, „daß seit Wilhelm Roscher kein Nationalökonom so starken Einfluß auf die deutsche Volkswirtschaftslehre ausgeübt hat, wie Gustav Cassel.“<sup>45</sup> Die Gründe für diesen erstaunlichen Erfolg sind vielfältiger Natur. Neben dem geschickten Aufbau und der flüssigen Darstellung, die das Buch auszeichnen und es zu einer idealen Grundlage für den Unterricht machen, spielt offenbar Cassels an den Tag gelegte Geringschätzung der österreichischen Doktrin eine bedeutende Rolle. Gleich im Vorwort heißt es, „daß die ganze alte sogenannte Wertlehre mit ihren unendlichen Wortstreitereien und ihrer unfruchtbaren Scholastik zu dem auszumusternden Ballast der theoretischen Ökonomik gehört.“<sup>46</sup> Und an späterer Stelle wirft er Böhm-Bawerk und dessen Anhängern vor, sie stünden der ‚zentralen Idee der Preisbildung‘, wonach die Preise der verschiedenen Güter auf ‚symmetrische‘ Weise durch die einander gegenüberstehenden Kräfte des Angebots und der Nachfrage bestimmt werden, von Anfang an fremd gegenüber.<sup>47</sup> Äußerungen wie diese fallen angesichts der in Fachkreisen Reichsdeutschlands weit verbreiteten negativen Voreingenommenheit gegenüber der österreichischen Lehre auf fruchtbaren Boden.

Hinzukommt, daß seinem Buch der Ruf vorausseilt, einen völlig neuen Anfang auf dem heillos zerfurchten Feld der Preistheorie gesetzt zu haben.<sup>48</sup> Cassel selbst hat nichts unternommen, um diese Deutung gar nicht erst entstehen zu lassen, im Gegenteil. Im zunächst wenig beachteten Aufsatz „Grundriss einer elementaren Preislehre“ aus dem Jahr 1899<sup>49</sup>, der die Botschaft seines Buches in allen wesentlichen, hier interessierenden Aspekten vorwegnimmt, gibt er noch zu erkennen, daß er auf Walras aufbaut. In der „Theoretischen Sozialökono-

---

<sup>44</sup> Vgl. Grundriß der Sozialökonomik, Bd. I, Tübingen 1914. Von A. Weber ist die Klage überliefert: „Ich kann das Buch nicht verstehen, es ist so furchtbar schwer.“ Zitiert nach F. Oppenheimer, Reine und politische Ökonomie, 5. Aufl., Jena 1923, S. 131. Der zweite von Max Weber als Autor eingeworbene Theoretiker ist Schumpeter mit seinem Abriß der „Epochen der Dogmen- und Methodengeschichte“ (ebenda), der Keimzelle der späteren „History of Economic Analysis“.

<sup>45</sup> Ebenda, S. 29. Ähnlich J. A. Schumpeter, Cassels theoretische Sozialökonomik, Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, Bd. 51 (1927), S. 69.

<sup>46</sup> Zitiert nach der 6. Auflage, Darmstadt 1968, S. III.

<sup>47</sup> Ebenda, S. 176f.

<sup>48</sup> Vgl. hierzu die Zitatlese aus Rezensionen des Buches in A. Amonns ausführlichem Besprechungsaufsatz: Cassels System der theoretischen Nationalökonomie, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 51 (1924), S. 1–87 und 322–361; hier S. 358.

<sup>49</sup> Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 55 (1924), S. 395–458.

mie“ hingegen fällt kein einziges Mal der Name des berühmten Vorgängers, und auch Pareto oder sonstige Vertreter der Lausanner Schule finden keine Erwähnung. Es bleibt Autoren wie Wicksell, Schams und Schumpeter vorbehalten, das Mißverständnis aufzuklären, bei Cassel handele es sich um mehr als einen popularisierten Walras.<sup>50</sup> Insbesondere läßt sich zeigen, daß der von Cassel erweckte Eindruck, seine Preiserklärung komme ohne Rückgriff auf die subjektive Wertlehre aus, trügt. Zwar vermeidet Cassel in seiner Schrift jegliche Anleihe beim etablierten grenznutzentheoretischen Begriffsapparat, aber die von ihm vorgenommenen Umetikettierungen können nicht darüber hinwegtäuschen, daß es im Kern um die gleiche Sache geht: „Die alten Bekannten kommen maskiert zum Feste“, wie Schumpeter sich ausdrückt<sup>51</sup>, so der ‚Grenznutzen‘ in Gestalt des ‚Prinzips der Knappheit‘, das sogenannte zweite Gossensche Gesetz in Gestalt des ‚Prinzips der Gleichmäßigkeit der Bedürfnisbefriedigung‘, usw. Wicksell weist überdies nach, daß Cassels Gleichungssystem im Fall einer Ersparnis größer Null inkonsistent ist und hinsichtlich der Behandlung eines ‚Kapitaldisposition‘ genannten Produktionsfaktors und dessen ‚Preis‘, dem Zins, eine Doppelzählung enthält.<sup>52</sup>

Es verwundert angesichts der kritischen Stimmen, die sich in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre allmählich Gehör verschaffen, nicht, daß Cassels Stern ähnlich schnell sinkt, wie er gestiegen ist. In der bereits weiter oben erwähnten Diskussion zur Wertlehre anläßlich der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik 1932 in Dresden formuliert Oskar Morgenstern das Verdikt: „Die Casselsche Preistheorie scheint mir res judicata zu sein; nach der absoluten Widerlegung des Gleichungssystems, wie sie durch Wicksell und Schams erfolgt ist, ist darüber kein Wort zu verlieren.“<sup>53</sup> Nicht weniger scharf fällt die Attacke von Ludwig von Mises aus, der Cassel vorwirft, „daß er an seinen Mißverständnissen noch heute festhält und dabei das ganze Schrifttum des letzten Menschenalters ignoriert.“<sup>54</sup> Weiteren kritischen Stellungnahmen steht kein einziger Cassel verteidigender Beitrag gegenüber.<sup>55</sup>

---

<sup>50</sup> K. Wicksell veröffentlichte bereits ein Jahr nach Erscheinen des Buches in schwedischer Sprache in der „*Ekonomisk Tidskrift*“ eine ausführliche Besprechung, in der er Cassels Originalitätsanspruch nach Strich und Faden zerzauste und ihm mehrere sachliche Irrtümer nachwies. Eine deutsche Übersetzung des Aufsatzes erschien 1928 unter dem Titel: Professor Cassels nationalökonomisches System, Schmollers Jahrbuch, Bd. 52 (1928), S. 1–38.

<sup>51</sup> J. A. Schumpeter, Cassels theoretische Sozialökonomik, a. a. O., S. 75. Hinsichtlich der von Cassel geäußerten dürftigen Kritik an der Grenznutzenlehre gelingt Schumpeter eine hübsche Pointe, indem er sagt, „daß es eine Beleidigung wäre, wenn man annehmen wollte, daß Professor Cassel die da von ihm angeführten Einwendungen nicht zu widerlegen vermag“ (a. a. O., S. 75, Fn. 1).

<sup>52</sup> K. Wicksell, a. a. O., S. 7f.

<sup>53</sup> Probleme der Wertlehre, Teil II, S. 93.

<sup>54</sup> Ebenda, S. 6.

<sup>55</sup> Wilhelm Kromphardt, dem für den Vorbereitungsband der Part zugefallen war, den Casselschen Standpunkt zu vertreten, konnte an der mündlichen Aussprache nicht

13. Wie groß die Anziehungskraft war, die von Cassels Anspruch ausging, eine Preistheorie ohne Rückgriff auf die subjektive Wertlehre entwickelt zu haben, läßt sich am Beispiel Alfred Amonns belegen. In seinem Essay „Der Stand der reinen Theorie“ in der Brentano-Festschrift unterscheidet er zwei Richtungen innerhalb der Grenznutzenschule, zum einen die auf Jevons und Walras zurückgehende, zum anderen die österreichische. Er kommt dann auf den 1913 veröffentlichten ersten Band der Wicksellschen „Vorlesungen über Nationalökonomie auf Grundlage des Marginalprinzips“ zu sprechen. Über dessen Preisanalyse schreibt er, es handele sich um die ‚vollkommenste Fassung‘ des Grenznutzenansatzes in der deutschen Literatur, in der die meisten der österreichischen Theorie anhaftenden Mängel vermieden würden. Gleichwohl müsse die Frage verneint werden, ob die Erklärung des Preises mit Hilfe der Grenznutzensvorstellung *im Prinzip* befriedigen könne:

„Die mathematische Form, in der diese Erklärung hier auftritt ..., kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich hinter der Form kein Inhalt verbirgt. Die Nutzenfunktionen, mit denen Wicksell hier operiert, sind nämlich gar keine richtigen mathematischen Funktionen, sie enthalten und ergeben nämlich keine extensiven Größen, mit denen man mathematisch allein operieren kann, sie stellen einen rein *bildlichen* Ausdruck, einen *Analogie*-Ausdruck für einen empirischen Tatbestand dar, der nur Qualität und (vielleicht) Intensität, aber keine Quantität hat. ... Und dies ist der *entscheidende* Einwand, der gegen jede Art und gegen *jeden* Versuch einer rein subjektivistischen Preiserklärung, einer Preiserklärung *unmittelbar* aus *subjektiven* Nutzenschätzungen spricht.“<sup>56</sup>

In offensichtlicher Unkenntnis der neueren Entwicklungen, allen voran der Paretianischen Theorie der Wahlhandlungen, schließt Amonn seine Erörterung mit der bemerkenswerten Feststellung:

„[D]ie Entwicklung der Grenznutzentheorie scheint extensiv und intensiv beendet zu sein. Sie hat sich in den letzten Jahrzehnten weder weiter auszubreiten noch innerlich zu vervollkommen vermocht. Es ist ein ähnlicher Zustand eingetreten, wie er um die Mitte des vorigen Jahrhunderts nach Erstarrung der klassischen Theorie geherrscht hat. Es ist etwas Neues nötig, wenn die Theorie wieder lebendig und entwicklungsfähig werden soll.“

Das Neue glaubt er ansatzweise in Cassels Theorie verwirklicht zu sehen, die „nichts von der psychologischen Problematik an sich hat, welche der Grenznutzentheorie in so hohem Maße anhaftet.“<sup>57</sup> Die Grundlage einer befriedigenden Preistheorie sei damit geschaffen.

---

teilnehmen; vgl. jedoch seinen Aufsatz: Cassels Gründe der Ablehnung der Wertlehre, in: Probleme der Wertlehre, Teil I, S. 95–107.

<sup>56</sup> Die Wirtschaftswissenschaft nach dem Kriege, a. a. O., Bd. 2, S. 286f.; Hervorhebungen von Amonn. (Soweit nichts anderes vermerkt ist, stammen alle Hervorhebungen von mir).

<sup>57</sup> Ebenda, S. 288f.

Auf der Dresdner Tagung sieben Jahre später begegnet uns ein anderer Alfred Amonn. Er hat sich zwischenzeitlich davon überzeugt, daß er in seinem gerade erörterten Beitrag einem doppelten Irrtum aufgesessen ist. Cassels System nennt er nun einen ‚Torso der Walrasschen Theorie‘ und aus einem Kritiker der Grenznutzenschule ist mittlerweile einer ihrer glühendsten Anhänger geworden. Der Triumph dieser Schule ist seiner Einschätzung nach offenbar so total, daß er sich gegen Ende der Debatte dazu veranlaßt sieht, folgenden Appell zur Mäßigung an die Adresse der neoklassischen Ökonomen zu richten:

„Und nun zum Schluß noch ein Wort an uns Grenznutzentheoretiker selbst: Wir wollen keineswegs dogmatisch und doktrinär sein. Wir wollen unseren Geist jederzeit jeder Kritik offenhalten, von welcher Seite sie auch komme. Wir wollen kein Argument schon a limine abweisen. Aber man kann von uns nicht verlangen, daß wir die Ergebnisse einer jahrzehntelangen wissenschaftlichen Arbeit einer großen Zahl gewissenhafter und gelehrter Schriftsteller aufgeben, ohne daß uns durch ganz konkrete Einwendungen gegen unsere eigenen Thesen deren Unhaltbarkeit zweifelsfrei und überzeugend nachgewiesen wird. *Bisher sind Einwendungen von dieser Art noch von niemandem erhoben worden.*“<sup>58</sup>

### 3. Probleme der Wertlehre: Dresden 1932

14. Verweilen wir noch einen Augenblick bei der Tagung zum Thema ‚Probleme der Wertlehre‘. Die Lektüre der protokollierten Debattenbeiträge vermittelt tatsächlich den Eindruck, als habe die Grenznutzenschule einen Sieg auf der ganzen Linie davongetragen. Die Diskussion war zeitweise, wie ein Redner anmerkte, in Gefahr, an der Einigkeit in der Sache zu ersterben. Wie erklärt sich dieses ganz ungewohnte Bild beinahe vollkommener Geschlossenheit?

Zunächst fällt auf, daß die Diskussion fest in der Hand von Vertretern der Wiener Schule war. Neben Mises, der die Hauptlast der Vorbereitung des Themas getragen hatte, beteiligten sich daran u. a. G. Haberler, F. A. von Hayek, O. Morgenstern, E. Schams, P. Rosenstein-Rodan und F. X. Weiß — bei einer Gesamtzahl von 20 Rednern. Andererseits fand sich auf der Tagung niemand, der die Auffassung der nicht selbst anwesenden Liefmann, Oppenheimer und Spann vertreten hätte. Der klassische Standpunkt war so gut wie nicht präsent, sieht man von einer kurzen Einlassung Emil Lederers ab, dem als Diskussionsleiter im übrigen Zurückhaltung auferlegt war. Kritische Positionen gegen die Grenznutzentheorie bezogen neben ihm nur noch G. Colm und G. Mackenroth.

Der Repräsentant der marxistischen Sicht, Hans Zeisl aus Berlin, hatte bereits im Vorbereitungsband die Waffen gegenüber der Grenznutzentheorie gestreckt. So äußert er in seinem Beitrag die Auffassung, daß sich nicht nur „alle Marxschen Gesetze, soweit sie *Preiszusammenhänge* darstellen, durchwegs mit

<sup>58</sup> Probleme der Wertlehre, Teil II, S. 126.



Hilfe der subjektiven Theorie formulieren lassen“; er geht noch einen Schritt weiter und behauptet, daß ein weiterer „sehr bedeutsamer Teil der Marxschen Theorie, nämlich die *Verteilungsgesetze* der kapitalistischen Wirtschaft, *erst durch die subjektive Theorie seine exakte Formulierung erhalten kann*.“<sup>59</sup> Dies kommt einer völligen Preisgabe auch der letzten, von Marxisten zur damaligen Zeit üblicherweise noch gehaltenen Widerstandslinie gleich, die darin bestand, wenigstens in der Distributionsfrage an der These der Überlegenheit und Unverzichtbarkeit der Marxschen Mehrwerttheorie festzuhalten.

Interessant ist des weiteren ein Einwurf Arthur Spiethoffs, des damaligen Vorsitzenden des Vereins für Socialpolitik. Auf einen von Mises geführten Angriff gegen die historische Schule antwortet er, daß das gleiche Recht, das Mises für seinen Standpunkt reklamiere, nämlich nur an der jeweils letzten Fassung desselben gemessen zu werden, auch für die geschichtliche Richtung gelten müsse. Mises habe indes „die Auffassung der geschichtlichen Schule nach einer Lage geschildert, die wenigstens 50 Jahre alt ist“. Er fährt fort:

„Ich glaube, kein Vertreter der geschichtlichen Anschauungsweise — von etwas anderem kann man wohl nicht sprechen, *eine Schule gibt es wirklich nicht* — leugnet die Berechtigung und die Bedeutung der reinen Theorie und im Rahmen dieser reinen Theorie die Bedeutung der Herausarbeitung allgemeiner Preisgesetze.“

Und kurz darauf betont er, daß sich beide Richtungen in der jüngeren Vergangenheit nähergekommen seien. So sei die gegenwärtige Lage „gekennzeichnet durch die *Annahme der Grenznutzenlehre seitens der Vertreter einer geschichtlichen Auffassung*“ sowie durch ein größeres Verständnis für die Notwendigkeit historischer Forschung seitens der Vertreter der Marginalanalyse.<sup>60</sup>

15. Nachdem Klassik und Historismus der Neoklassik das Feld überlassen haben — sei es, weil ihre führenden Vertreter an der Tagung nicht teilnehmen konnten, sei es, weil überzeugende Gegenargumente nicht zur Hand waren — bleibt die Frage, ob nicht an Stelle eines Streits zwischen verschiedenen Orientierungen wenigstens einer innerhalb einer solchen, nämlich der neoklassischen, stattgefunden hat. Zu denken ist an den Konflikt zwischen den verschiedenen Varianten der Neoklassik: der österreichischen, der Lausanner und der anglo-amerikanischen. Noch in der jüngeren Vergangenheit war zwischen Vertretern dieser drei Strömungen heftig gestritten worden und es war keineswegs die allgemein akzeptierte Meinung, daß man es lediglich mit drei verschiedenen Spielarten einer im Kern durchaus einheitlichen Auffassung zu tun habe. Auf der Tagung ist von diesem Streit indes wenig zu spüren. Es spricht einiges dafür, daß Oskar Morgenstern mit seinem Beitrag zum Vorbereitungsband zum Thema „Die drei Grundtypen der Theorie des subjektiven Werts“ eine

<sup>59</sup> H. Zeisl, *Marxismus und subjektive Theorie*, in: *Probleme der Wertlehre*, Teil I, S. 196; die ersten beiden Hervorhebungen von Zeisl.

<sup>60</sup> Vgl. *Probleme der Wertlehre*, Teil II, S. 58f.



pazifizierende Wirkung erzielte. Das Ergebnis seiner Überlegungen lautet: Es gibt keine drei, sondern nur eine Theorie des subjektiven Werts. Unstrittig sei, daß Menger, Walras und Jevons vom *gleichen* Grundgedanken ausgegangen seien. Morgenstern fährt fort:

„[U]nd nun soll sich das unfäßbare Wunder zugetragen haben, daß sich aus diesem gemeinsamen Kern drei verschiedene, zum Teil sogar widerstreitende Lehren abgeleitet hätten. . . . Man überlege doch, was dies heißt, und man wird sofort sehen, daß es keinen anderen Ausweg aus dem Dilemma gibt, als in ganz naheliegender Weise anzunehmen: a) alle drei Theorien sind falsch; b) alle drei Theorien sind richtig und *de facto* identisch, unterscheiden sich aber durch verschiedenartige Durchbildung gewisser Teilprobleme, Verwendung bzw. Nichtverwendung mathematischer Darstellungsweise usw.; c) eine Theorie ist richtig, die anderen sind falsch; d) zwei Theorien sind identisch (wie sub. b), die andere ist falsch. Da, wie ohne weitere Begründung feststeht, der Fall a von vornherein ausscheidet, kann nur die Hypothese b in Betracht kommen; nur sie entspricht der Wirklichkeit.“<sup>61</sup>

Ein unvoreingenommener externer Beobachter des Verlaufs der Diskussion, der nichts von der sonstigen Zerstrittenheit im Fach wüßte, käme wohl nicht um die Schlußfolgerung herum, in der Nationalökonomie herrsche auf dem allseits als zentral definierten Gebiet der Wertlehre eine starke Tendenz zur *unité de doctrine* vor.

16. Zu Beginn der dreißiger Jahre war auch in Deutschland eine Wiederannäherung an die internationale Entwicklung der Wirtschaftswissenschaft auf dem Gebiet der reinen Theorie zu einem größeren Teil vollzogen. Die Übermacht der historischen Schule war gebrochen, das über Jahrzehnte hin akkumulierte Defizit an theoretischer Arbeit wurde langsam, aber beharrlich abgebaut. Ähnlich wie im Ausland geriet der klassische Ansatz aufgrund offen zutage tretender Mängel seiner arbeitswerttheoretischen Fassung gegenüber der neoklassischen Alternative, deren moderne Formulierung für logisch unangreifbar gehalten wurde, ins Hintertreffen.

Das vorliegende Bild der Lage unseres Faches ist jedoch unvollständig, solange nicht die Auswirkungen der politischen Umwälzungen in Deutschland gegen Ende der Weimarer Republik auf Forschung und Lehre zur Sprache kommen. Die zur Diskussion stehende Debatte des Vereins für Socialpolitik in Dresden fand zwei Monate nachdem die NSDAP bei den Reichstagswahlen im Juli 1932 stärkste Partei geworden war und auf den Tag genau vier Monate vor Vereidigung der Präsidialregierung Hitler am 30. 1. 1933 statt. Seit einiger Zeit bereits war es an deutschen Universitäten zu Angriffen auf Wissenschaften und Wissenschaftler gekommen, die als ‚undeutsch‘, ‚jüdisch‘, ‚bolschewistisch‘, ‚englisch‘ usw. bezeichnet wurden. Neben aktiven Wegbereitern des Nationalsozialismus fand sich in der Hochschullehrerschaft eine wachsende Zahl von Sympathisanten und opportunistischen Mitläufern. Die Schatten dieser Ereig-

<sup>61</sup> Probleme der Wertlehre, Teil I, S. 39. Vgl. ähnlich O. Morgenstern, Offene Probleme der Kosten- und Ertragstheorie, Zeitschrift für Nationalökonomie, Bd. 2 (1931), S. 506.

nisse lagen auch auf der Dresdner Tagung. Für Ludwig von Mises ging von der nationalistisch-rassenpolitischen Lehre eine ähnliche Gefahr aus wie vom Marxismus: „Der Kampf der Geister wird durch die Überprüfung des gesellschaftlichen, nationalen, rassenmäßigen Seins der Gegner ersetzt. Bei der Verschwommenheit der Begriffe Klasse, Volk und Rasse gelingt es immer, diese Überprüfung mit der Entlarvung des Gegners abzuschließen. Es ist soweit gekommen, daß man als Klassengenossen, Volksgenossen, Rassebruder nur noch den anerkennt, der die solchem Sein vermeintlich allein adäquaten Ideen teilt.“ In der Lehre von der Klassen- bzw. Rassengebundenheit des Denkens handele es sich um einen Angriff auf die Grundfesten der modernen Gesellschaft. Und direkt an Spann und Sombart gerichtet: „Die romantische Auflehnung gegen Logik und Erfahrungswissenschaft ... ist *Auflehnung gegen das Ganze unserer Kultur und Zivilisation*. Abkehr vom Wissen und von der Technik, Rückkehr zum Glauben und zur Bukolik des Mittelalters fordern sowohl Spann als auch Sombart, und alle Deutsche, die nicht im Lager des Marxismus stehen, stimmen ihnen freudig zu.“<sup>62</sup> In seinem Einführungsreferat auf der Tagung schließlich heißt es,

„daß wir, um überhaupt verhandeln zu können, uns auch zu einem Grundsatz Kants bekennen müssen, den Kant zwar nicht ausgesprochen, aber doch wie alle seine Vorgänger stillschweigend vorausgesetzt hat. Wir müssen annehmen, daß die logische Struktur des menschlichen Denkens im Ablauf der Zeiten unveränderlich und für alle Rassen, Völker und Klassen gleich ist. Wir wissen sehr wohl, daß die Mehrheit des deutschen Volkes diesen Standpunkt nicht teilt; wir wissen, daß insbesondere auch die Mehrheit der Gebildeten ihn nicht teilt, und ich glaube, daß man auch sagen darf, daß die Mehrheit der Studierenden unseres Faches heute an den Universitäten Vorlesungen hört, in denen dieser Standpunkt abgelehnt wird. Die Auseinandersetzung mit den Lehren, die die Klassen-, Zeit- oder Rassengebundenheit des begrifflichen Denkens behaupten, gehört zweifellos zu den Aufgaben, denen wir uns nicht entziehen dürfen, wenn wir Gesellschaftslehre und Nationalökonomie treiben wollen.“<sup>63</sup>

Soweit die geforderte Auseinandersetzung überhaupt geführt wurde, und es waren wenige genug, die sich an die Seite der verfeimten ‚nicht-arischen‘, ‚undeutschen‘ und ‚marxistischen‘ Wissenschaftler stellten, man stand auf verlorenem Posten. Verstoßen von den Universitäten, der Lebens- und Arbeitsgrundlage beraubt, blieb vielen der besten Köpfe zur Rettung von Leib und Leben nur der Weg ins Exil. In wenigen Jahren vollbrachte das Nazi-Regime das Ungeheuerliche: die Enthauptung der deutschen Wirtschafts- und Sozialwissenschaften.

---

<sup>62</sup> L. v. Mises, Die psychologischen Wurzeln des Widerstandes gegen die nationalökonomische Theorie, in: Probleme der Wertlehre, Teil I, S. 284 und 293. Zu Sombart und Spann vgl. auch die Porträts von B. Schefold in „The New Palgrave“, Bd. 4, 1987, S. 422-423 u. S. 425. Spanns Lehrbuch „Die Haupttheorien der Volkswirtschaftslehre“ lag 1930 in 20. Auflage vor und erzielte damit eine Auflagenzahl, mit der sich kein sozialökonomisches Werk der betreffenden Periode messen konnte.

<sup>63</sup> Probleme der Wertlehre, Teil II, S. 2.

Nach diesem kurzen Abriß der Entwicklung auf dem Gebiet der Wert- und Verteilungstheorie in Deutschland im ersten Drittel dieses Jahrhunderts wenden wir uns jetzt den beiden Hauptströmungen, der klassischen und der neoklassischen, am Beispiel der Beiträge ausgewählter Vertreter zu. Wir beginnen mit dem klassischen Ansatz.

#### IV. Wert- und Verteilungstheorie in der Tradition der ökonomischen Klassik

Wir erörtern zunächst die klassische Untersuchungsmethode und wenden uns anschließend dem Gehalt des klassischen Ansatzes in der Wert- und Verteilungstheorie zu. Wir werden später sehen, daß die in dieser Arbeit zur Sprache kommende *traditionelle* Variante der Neoklassik im wesentlichen die Methode der Klassik übernimmt, sich aber ansonsten grundlegend von letzterer unterscheidet.

##### 1. Methode und Gehalt des klassischen Ansatzes

17. Von Oppenheimer stammt der Satz: „Die Klassiker bedienten sich der einzigen Methode, mit der theoretische Ökonomik betrieben werden *kann*, der einzigen infolgedessen, mit der sie von jeher wirklich betrieben *worden ist*.“<sup>64</sup> Betrachtet man Oppenheimers Bestimmung dessen, was unter klassischer Methode zu verstehen ist, näher, so stellt man fest, daß sie im wesentlichen mit der eingangs gegebenen Beschreibung der Methode der Analyse ‚langfristiger‘ oder ‚normaler‘ Positionen übereinstimmt. Die langfristige oder normale Position ist zu verstehen als das Gravitationszentrum, zu dem die Ökonomie hinstrebt. Im Fall freier Konkurrenz, der in allen Erörterungen, ob klassischer oder neoklassischer Färbung, im Zentrum des analytischen Interesses steht, ist die langfristige Position gekennzeichnet durch eine uniforme Profitrate auf den Wert des vorgeschossenen Kapitals sowie die Uniformität des Vergütungssatzes für jede Art von ‚primärem‘ Input in den Produktionsprozeß, wie z. B. verschiedene Arten von Arbeit oder natürliche Ressourcen. Der zugehörige Preisbegriff ist derjenige des ‚normalen‘ oder ‚natürlichen‘ Preises (Smith, Ricardo) bzw. des ‚Produktionspreises‘ (Torrens, Marx). Oppenheimer zieht in Anlehnung an Mill den Terminus ‚statischer Preis‘ vor und schreibt: „Nur für diesen statischen Preis interessiert sich die Klassik; er allein ist ihr die Grundlage aller ihrer weiteren Deduktionen, unter denen die allerwichtigste, fast allein wichtige, die Ableitung der *Gesetze der Distribution* ist.“<sup>65</sup>

<sup>64</sup> F. Oppenheimer, Die ökonomische Theorie des Wertes, a. a. O., S. 149; Hervorhebungen von Oppenheimer.

<sup>65</sup> Ebenda, S. 152. Vgl. auch K. Diehl, Theoretische Nationalökonomie, Bd. IV: Lehre von der Distribution, Jena 1933, S. 306ff.

Es ist ein Charakteristikum der klassischen Analyse, daß das Zusammenspiel von Nachfrage und Zufuhr lediglich zur Erklärung der Oszillationen der ‚Marktpreise‘ und aktuellen Outputs um die normalen Preise und Outputs herangezogen wird, nicht aber zur Erklärung dieser normalen Niveaus selbst. Wie es bei Oppenheimer zutreffend heißt: Die Klassik sieht „methodisch von allen Schwankungen im Verhältnis von Angebot und Nachfrage ab; sie untersucht ihr Erkenntnisobjekt ... unter der *methodischen Fiktion*, jene Tendenz [zur langfristigen Position] habe sich verwirklicht.“<sup>66</sup> Vor dem Hintergrund der gewählten Methode und angesichts der Tatsache, daß zur Zeit der Klassiker Angebot und Nachfrage nicht im Sinn der neoklassischen Theorie als *funktionale* Beziehungen zwischen dem Preis einerseits und der Bereitschaft, zum jeweiligen Preis eine gewisse Gütermenge auf den Markt zu bringen bzw. abzunehmen, andererseits begriffen werden, erklärt sich Ricardos Bemerkung zu Malthus „You say demand and supply regulates value — this, I think, is saying nothing.“<sup>67</sup> Und bei Marx heißt es ganz ähnlich: „Wenn Nachfrage und Zufuhr sich gegenseitig aufheben, hören sie auf, irgend etwas zu erklären.“<sup>68</sup> Schließlich sei Oppenheimer zitiert, der an einer Stelle, ein Wort Böhm-Bawerks aufgreifend, davon spricht, daß uns die Berufung auf Angebot und Nachfrage nur ‚Schalen statt Kerne‘ gebe.<sup>69</sup>

18. Was den Gehalt des klassischen Ansatzes in der Wert- und Verteilungstheorie angeht, so werden ausgehend vom exogen vorgegebenen *Reallohnsatz* sowie dem einer bestimmten Entwicklungsstufe der Gesellschaft korrespondierenden *System der Produktion* der verschiedenen Waren alle relativen Preise dieser Waren sowie die Niveaus der verbleibenden Verteilungsvariablen, insbesondere der allgemeinen Profitrate sowie der sich ergebenden (extensiven und intensiven) Renten, bestimmt.<sup>70</sup> Der Datensatz, auf dessen Grundlage die klassische Theorie das Problem des Zusammenhangs von Einkommensverteilung und relativen Preisen angeht, wird mit großer Klarheit von Bortkiewicz erläutert. Unter Bezug auf die Marxsche Produktionspreisanalyse, die sich Bortkiewicz zufolge in methodischer Hinsicht ganz in den Spuren Ricardos bewegt, schreibt er: „Als gegeben werden ja [neben dem Reallohnsatz] ... noch vorausgesetzt die Mengen der Waren verschiedener Art, die zur Herstellung

---

<sup>66</sup> Ebenda, S. 152; Hervorhebungen von Oppenheimer.

<sup>67</sup> D. Ricardo, *The Works and Correspondence of David Ricardo*, hrsg. von P. Sraffa unter Mitarbeit von M. H. Dobb, Bd. VIII, Cambridge 1951, S. 279.

<sup>68</sup> K. Marx, *Das Kapital*, Bd. III, Marx-Engels-Werke, Bd. 25, S. 199.

<sup>69</sup> F. Oppenheimer, *Arbeitslosigkeit* — Zu dem neuen Buch von J. M. Keynes, *Schweizerische Zeitschrift für Statistik und Volkswirtschaft*, Bd. 73 (1937), S. 438. Eine genauere Erörterung des klassischen Standpunkts in dieser Frage findet sich bei B. Schefold, *Nachfrage und Zufuhr*, a. a. O.

<sup>70</sup> Sofern nichts anderes gesagt wird, sehen wir im folgenden der Einfachheit halber von allen Rentenphänomenen ab. Zur klassischen Theorie der Grundrente vgl. H. D. Kurz, *Rent Theory in a Multisectoral Model*, *Oxford Economic Papers*, Vol. 30 (1978), S. 16–37.

gelangen.“ Sind jedoch die normalen Outputniveaus gegeben und darüber hinaus die eingesetzten (dominanten) Methoden zu ihrer Produktion, so sind gleichfalls die bei normaler Nutzung zum Einsatz kommenden Quanta an Kapitalgütern der verschiedensten Art sowie die zugehörigen Beschäftigungsmengen bekannt. Bortkiewicz kritisiert in diesem Zusammenhang Böhm-Bawerk, der in seiner Marx-Kritik die Annahme gegebener Outputniveaus nicht beanstandet, dafür aber die damit im Zusammenhang stehende Annahme gegebener Kapitalgütermengen:

„Daraus, daß diese Warenmengen mit als gegeben vorausgesetzt werden, macht v. Böhm-Bawerk seinem Gegner keinen Vorwurf und es ist schlechterdings nicht einzusehen, warum es der Problemstellung widersprechen sollte, wenn man diejenigen Gütermengen, aus denen die in den verschiedenen Produktionssphären verwendeten Kapitalien bestehen, gleichfalls als gegebene Größen behandelt.“<sup>71</sup>

Bortkiewicz weist noch darauf hin, daß Marx diese als Kapital auftretenden *Gütermengen* in Gestalt sektoral aggregierter (Arbeits-)Wertgrößen in Anschlag bringt, eine Vorgehensweise, die sich schließlich als einer der Hauptfehler in dessen Versuch der sogenannten ‚Verwandlung‘ der Werte in Produktionspreise entpuppen sollte.

In diesem Zusammenhang ist der Hinweis angebracht, daß die aus den Setzungen des klassischen Ansatzes in der Wert- und Distributionstheorie sich ergebende Gesamtbeschäftigung nicht notwendig *Voll*beschäftigung bedeutet. So wird in Ricardos Fassung des ‚Sayschen Gesetzes‘ zwar direkt Bezug zur Anlage von Kapital, nicht jedoch zur Beschäftigungslage der Arbeiter genommen: „There cannot ... be accumulated in a country any amount of *capital* which cannot be employed productively.“<sup>72</sup> Und in Ricardos berühmter Behandlung des Maschinerieproblems in der dritten Auflage der „Principles“ zeigt sich, daß Ricardo trotz seiner im Grunde kompensationsoptimistischen Sicht des technischen Fortschritts nicht ausschließt, daß in bestimmten Konstellationen, definiert durch Akkumulationsverhalten einerseits und spezifische Form des technischen Fortschritts andererseits, die arbeiterfreisetzende Wirkung über längere Zeit hinweg die Oberhand behält.<sup>73</sup> Was bei Ricardo noch den

<sup>71</sup> Wertrechnung und Preisrechnung, 1. Artikel, S. 9.

<sup>72</sup> D. Ricardo, Works, Bd. I, S. 290. Bekanntlich war Malthus, der die Gültigkeit des ‚Sayschen Gesetzes‘ bestritt, der Auffassung, daß auch Teile des Kapitals längere Zeit hinweg brachliegen können. In seinen „Principles“, die er den „Principles“ Ricardos entgegensetzt, heißt es: „both capital and population may be at the same time, and for a period of great length, redundant, compared with the effective demand for produce.“ Vgl. Ricardo, Works, Bd. II, S. 427. Zum Streit zwischen Ricardo und Malthus über das Saysche Gesetz vgl. H. D. Kurz, Ricardo vs. Malthus zur Möglichkeit einer allgemeinen Überproduktion, erscheint in: H. Hagemann und H. D. Kurz (Hrsg.), Allgemeine Überproduktion? Materialien zur Kontroverse um das ‚Saysche Gesetz‘, Studien zur Theoriegeschichte, Bd. I, Marburg 1989.

<sup>73</sup> Vgl. hierzu A. Jeck und H. D. Kurz, David Ricardo: Ansichten zur Maschinerie, in: H. Hagemann und P. Kalmbach (Hrsg.), Technischer Fortschritt und Arbeitslosigkeit, Frankfurt 1983, S. 38–166.

Charakter einer Ausnahme von der Regel besitzt, wird in Marxens Theorie der industriellen Reservearmee zur Regel selbst, von der es allenfalls Ausnahmen von kurzlebiger Dauer gibt: Im allgemeinen herrscht mehr oder weniger große Unterbeschäftigung. Die Vorstellung, daß die Existenz von Arbeitslosigkeit nicht im Widerspruch zum normalen Funktionieren der modernen Gesellschaft steht, sondern im Gegenteil eines ihrer charakteristischen Momente darstellt, findet sich gleichfalls bei Oppenheimer, der davon ausgeht, daß „das Angebot auf dem Arbeitsmarkte in der Regel ... die Nachfrage übersteigt.“<sup>74</sup> In dieser Hinsicht unterscheidet sich der klassische Ansatz grundlegend vom neoklassischen, dessen Erklärung der Verteilung des Einkommens in Lohn, Profit und Rente im Rahmen eines Modells einer *vollbeschäftigten* Wirtschaft erfolgt.

Die am weitesten entwickelte Fassung des klassischen Ansatzes in der Wert- und Verteilungstheorie zu Beginn des Jahrhunderts stellt zweifellos die Marxsche Theorie der Produktionspreise dar. So verwundert es auch nicht, daß der Marxsche Beitrag in der damaligen Auseinandersetzung eine zentrale Rolle spielt und kein dem klassischen Ansatz verpflichteter Autor an ihm vorbeikommt. Zur Debatte steht insbesondere die Frage, ob der klassische Ansatz mit seinem traditionellen, arbeitswerttheoretischen Fundament steht und fällt.

## 2. Allgemeine Profitrate und relative Preise

19. Die Edition des dritten Bandes von „Das Kapital“<sup>75</sup> im Jahr 1894 induziert eine Welle exegetischen und kritischen Schrifttums. Ein beträchtlicher Teil davon ist der im Zweiten Abschnitt des Buches vorgestellten Theorie der allgemeinen Profitrate und der Produktionspreise gewidmet. Auf der Seite der Kritiker ragt Böhm-Bawerk mit seiner im Jahr 1896 veröffentlichten Streitschrift „Zum Abschluß des Marxschen Systems“ hervor. Mit der Arbeitswerttheorie, so Böhm-Bawerk, stehe und falle die gesamte Marxsche Analyse. Marx selbst sei der Arbeitswerttheorie mit der im dritten Band vorgestellten Produktionskostentheorie untreu geworden. Zwischen erstem und drittem Band herrsche folglich ein ‚unversöhnlicher Widerspruch‘. Für Böhm-Bawerk steht fest: „Das Marxsche System hat eine Vergangenheit und Gegenwart, aber keine dauernde Zukunft.“ Eine Bestimmung der Profitrate und relativen Preise in der von Marx intendierten Weise sei zum Scheitern verurteilt; das theoretische Werk Marxens erweise sich als „äußerst kunstreich erdachtes, mit fabelhafter Kombinationskraft in zahllosen Gedanken-Etagen aufgebautes, mit bewundernswerter Geisteskraft zusammengehaltenes — Kartenhaus.“<sup>76</sup>

<sup>74</sup> F. Oppenheimer, Theorie der reinen und politischen Ökonomie, hier zitiert nach der 5. Auflage, Jena 1923, S. 650. Eine ähnliche Auffassung vertritt E. Lederer, obgleich er diese anders begründet.

<sup>75</sup> Vgl. Das Kapital, Bd. III, Marx-Engels-Werke, Bd. 25.

<sup>76</sup> E. v. Böhm-Bawerk, Zum Abschluß ..., a. a. O., S. 127 und 128.



Auf der Seite der Anhänger Marxens kommt die führende Rolle Rudolf Hilferding zu, der Böhm-Bawerk im Jahr 1904 antwortet.<sup>77</sup> Er akzeptiert dessen grundlegende Prämisse, wonach mit dem Urteil über die Arbeitswerttheorie zugleich das Urteil über die gesamte ökonomische Analyse Marxens gefällt werde. Andererseits gelingt es ihm nicht, die vorgetragenen Einwände gegen die Marxsche Profit- und Preisbestimmung zu entkräften. Der von ihm versuchte Ausweg aus diesem Dilemma besteht darin, der Werttheorie andere Bedeutungen beizumessen als jene, welche ihr von Marx (und davor Ricardo) zugewiesen worden ist: eine nicht zirkuläre Bestimmung der Profitrate zu ermöglichen. Zum einen sei die Arbeitswerttheorie unverzichtbar, um zu begreifen, daß es sich bei der Ware um ein ‚gesellschaftliches Ding‘ handle, das die scheinbar voneinander isolierten Privatarbeiten ins Verhältnis setze und koordiniere. Zum anderen, und eng damit zusammenhängend, könne das ‚Bewegungsgesetz‘ der modernen Gesellschaft nur auf der Grundlage des Wertgesetzes erfaßt werden.

Der Hilferdingsche Standpunkt wird in der Folgezeit von der Mehrzahl der Marxisten übernommen. Die Deutung, daß die Werttheorie verschiedene Aufgaben zu erfüllen habe, kommt besonders klar bei F. Petry<sup>78</sup> zum Ausdruck, der zwischen einem ‚quantitativen‘ und einem ‚qualitativen‘ Wertproblem unterscheidet. Ersteres bestehe in der Bestimmung der Austauschrelationen zwischen verschiedenen Waren, letzteres in der Analyse der in der kapitalistischen Gesellschaft herrschenden sozialen Beziehungen.

20. Im Jahr 1906 tritt Bortkiewicz mit dem ersten Artikel seiner Abhandlung „Wertrechnung und Preisrechnung im Marxschen System“ auf den Plan; die beiden restlichen Artikel folgen im Jahr darauf. Im Jahr 1907 erscheint darüber hinaus sein berühmter Aufsatz „Zur Berichtigung der grundlegenden theoretischen Konstruktion von Marx im dritten Band des ‚Kapital‘“.

Bortkiewicz verfolgt mit seinen beiden Arbeiten insbesondere folgende Absichten: Erstens will er zeigen, warum Marx mit seiner Konstruktion notwendigerweise scheitern mußte. Zweitens geht es ihm um den Nachweis, daß die Wertrechnung keinen unverzichtbaren Schritt auf dem Weg zu einer konsistenten Theorie der allgemeinen Profitrate und Produktionspreise darstellt. Drittens will er demonstrieren, daß unbeschadet des gerade Gesagten die allgemeine Profitrate und die Preise in eine mathematisch korrekte Beziehung zu den gegebenen Wert- und Mehrwertgrößen gebracht werden können. Dies führt ihn viertens zu einer Auseinandersetzung mit der gängigen Marx-Kritik, die fälschlicherweise die Wertrechnung als solche und nicht ihren fehlerhaften Gebrauch durch Marx für verschiedene seiner Irrlehren verantwortlich macht. Fünftens schließlich ist Bortkiewicz daran gelegen nachzuweisen, daß die

<sup>77</sup> R. Hilferding, Böhm-Bawerks Marx-Kritik, Marx-Studien, Bd. I, Wien 1904, Wiederabdruck in: F. Eberle (Hrsg.), Aspekte der Marxschen Theorie 1, Frankfurt 1973, S. 130–192.

<sup>78</sup> Der soziale Gehalt der Marxschen Werttheorie, Jena 1916.



Ricardosche Lehre der Marxschen in fast allen Belangen überlegen ist und Marx zahlreiche unverzeihliche Rückschritte hinter dem von seinem großen Vorgänger bereits erreichten Stand des Wissens anzulasten sind. Tatsächlich geht es in der ersten der beiden Arbeiten nicht weniger um Ricardo als um Marx. Nur in einer Hinsicht sieht Bortkiewicz Marx im Vorteil: „Wenn es aber einen Punkt von allgemeinerer Bedeutung gibt, wo Marx sich dem Ricardo in einer gewissen Beziehung überlegen zeigt, so betrifft dieser Punkt die Lehre von dem *Ursprung des Profits*.“<sup>79</sup>

21. Im ersten Artikel zur Wert- und Preisrechnung setzt sich Bortkiewicz mit dem bis dahin erschienenen ‚polemischen‘ und ‚apologetischen‘ Schrifttum zum Verhältnis zwischen erstem und drittem Band von „Das Kapital“ auseinander.<sup>80</sup> Seine Ausführungen gelten vor allem den bereits genannten Böhm-Bawerk und Hilferding, dann Karl Diehl<sup>81</sup>, dem von ihm als ‚Ultrarevisionisten‘ bezeichneten Tugan-Baranowsky<sup>82</sup>, Wilhelm Lexis, der in seiner Besprechung des zweiten Bandes der Marxschen ‚Lösung‘ nahekam<sup>83</sup>, und Werner Sombart<sup>84</sup>.

Eingangs räumt Bortkiewicz mit der weit verbreiteten Fehlmeinung auf, Marx sei bei der Abfassung des ersten Bandes der Widerspruch zwischen dem darin entwickelten ‚Wertgesetz‘ und der sich unter Konkurrenzbedingungen herausbildenden allgemeinen Profitrate nicht klar gewesen. Erst während der Arbeit am dritten Band sei er auf den Widerspruch aufmerksam geworden und habe dann, gewissermaßen zur Vertuschung seines kapitalen Fehlers, zu der bekannten Produktionspreiskonstruktion Zuflucht genommen. Tatsächlich

---

<sup>79</sup> Wertrechnung und Preisrechnung, 3. Artikel, S. 472; Hervorhebung von *Bortkiewicz*.

<sup>80</sup> In ihrer Miszelle: Dr. Mühlport, Professor von Bortkiewicz and the ‚transformation problem‘, *Cambridge Journal of Economics*, Vol. 11 (1987), S. 265–268, werfen M. C. Howard und J. E. King *Bortkiewicz* vor, einen kurzen Beitrag von *Mühlport* zum Thema: Karl Marx und die Durchschnittsprofitrate, *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Bd. 65 (1895), S. 92–99, unterschlagen zu haben. Der fragliche Artikel, so Howard und King, „pointed very clearly towards Bortkiewicz — and beyond“ (a. a. O., S. 265). Mit ‚beyond‘ ist letztlich die von Piero *Sraffa* in: *Production of Commodities by Means of Commodities*, Cambridge 1960, geleistete Reformulierung des klassischen Ansatzes in der Wert- und Distributionstheorie gemeint. Diese Deutung erweist *Mühlport* zweifellos erheblich zuviel der Ehre. Zwar läßt sich nicht bestreiten, daß *Mühlport* einige gute Ideen auf den Weg bringt, an der Realisation derselben hapert es jedoch beträchtlich. So unterlaufen ihm in der Formulierung seiner Gleichungssysteme mehrere elementare Schnitzer, die es auch als überaus gewagt erscheinen lassen, seine Leistung in die Nähe der *Bortkiewiczschen* zu rücken.

<sup>81</sup> Sozialwissenschaftliche Erläuterungen ..., a. a. O.

<sup>82</sup> Theoretische Grundlagen des Marxismus, Leipzig 1905.

<sup>83</sup> Vgl. seine Besprechung in den *Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik*, Bd. 11 (1885), S. 452–465; eine Besprechung des dritten Bandes hat Lexis unter dem Titel „The Concluding Volume of Marx’s Capital“ im *Quarterly Journal of Economics*, Vol. 10 (1895), S. 1–33, veröffentlicht.

<sup>84</sup> Zur Kritik des ökonomischen Systems von Karl Marx, *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, Bd. 7 (1890).

spricht Marx das fragliche Problem bereits explizit im ersten Band an und verweist auf seine Behandlung im dritten. Was schließlich das Urteil Bortkiewicz' über die zur Diskussion stehende Literatur anbelangt, so läßt es sich auf folgenden kurzen Nenner bringen: Weder die vorliegenden Argumente der Kritiker Marxens noch die seiner Anhänger treffen den Kern der Sache. Die Marxsche Lehre wird entweder verworfen oder gefeiert — aber beidesmal aus den im wesentlichen falschen Gründen. Gesucht ist eine der Marxschen Leistung gerade auch im Verhältnis zur Ricardoschen Lehre gerecht werdende Interpretation. Dieser Aufgabe widmet Bortkiewicz den Rest der beiden Arbeiten. Eine kurze Zusammenfassung muß genügen.

22. Zunächst ist festzuhalten, daß Bortkiewicz, wie vor ihm bereits Dmitriev, den Nachweis liefert, daß auf der Grundlage der Daten, von denen der klassische Ansatz ausgeht, die genannten abhängigen Variablen, Profitrate und relative Preise, tatsächlich bestimmt werden können. Es bedarf *keiner* weiteren exogenen Vorgaben. *Diese* Unbekannten sind im gewählten Ansatz mittels *jener* als bekannt vorausgesetzten Größen determinierbar. Bortkiewicz zeigt dies sowohl für den Fall eines Systems *unidirektionaler* Produktionsprozesse als auch denjenigen *zirkulärer* Produktion. Verfolgt man die Erzeugung einer Ware über deren vorgelagerte Produktionsstufen zurück, so stößt man im ersten Fall schließlich auf eine Stufe, auf der nur direkte Arbeit ohne jeglichen Produktionsmitteleinsatz — Ricardos ‚unassisted labour‘ — zur Anwendung kommt; im zweiten Fall ist dies nicht möglich. Beispiele unidirektionaler Produktion sind beliebtes Illustrationsmittel Ricardos im Kapitel ‚On Value‘ der „Principles“ und charakteristisches Merkmal des österreichischen Ansatzes zur Kapital- und Zinstheorie.<sup>85</sup> Bortkiewicz entwickelt sein Argument in der ersten Arbeit auf dieser produktionstheoretischen Grundlage, während er in der zweiten in Anlehnung an die Marxsche Diskussion des Transformationsproblems zirkuläre Produktion unterstellt; er behandelt sowohl zirkulierendes als auch fixes Kapital.

Auf den Spuren Dmitrievs kleidet er sein Argument in algebraische Form. Die in Frage stehenden Beziehungen zwischen den verschiedenen Größen bringt er auf einen Satz *simultaner Gleichungen*. Betrachtet man das einem gegebenen System der Produktion von  $n$  Waren zugeordnete System von Preisgleichungen, so stellt man zunächst fest, daß die Zahl der Unbekannten diejenige der Gleichungen um zwei übertrifft: den  $n + 2$  Unbekannten —  $n$  Preise, Nominallohnsatz  $l$  und Profitrate  $r$  — stehen nur  $n$  Gleichungen gegenüber. Die zwei noch fehlenden Gleichungen erhält man, indem man zum einen eine Ware oder ein Warenaggregat als ‚Wertmesser‘ festlegt, in welchem alle anderen Größen ausgedrückt werden, und zum anderen, indem man den Reallohnsatz fixiert und

<sup>85</sup> M. Blaug, *Economic Theory in Retrospect*, 4. Aufl., Cambridge 1985, S. 95, schließt fälschlich aus der Ähnlichkeit der produktionstheoretischen Basis bei *Ricardo* und den Österreichern auf die Ähnlichkeit von deren Kapital- und Verteilungstheorie; zur Kritik vgl. A. Jeck und H. D. Kurz, a.a.O., S. 146.

berücksichtigt, daß der Nominallohnsatz gleich ist der Summe der mit ihren Preisen bewerteten Lohngüter.<sup>86</sup> Im einzelnen erzielt Bortkiewicz im skizzierten Rahmen eine Fülle interessanter Ergebnisse, von denen die folgenden Erwähnung verdienen.

23. Es bestätigt sich die bereits bei Ricardo zu findende Aussage, daß sich die verschiedenen Waren nur in zwei Fällen im Verhältnis der zu ihrer jeweiligen Produktion direkt und indirekt notwendigen Arbeitsmengen tauschen: (i) im *produktionstheoretischen* Spezialfall identischer Inputstrukturen oder, in Marx-scher Terminologie, gleicher organischer Kapitalzusammensetzungen, und (ii) im *verteilungstheoretischen* Spezialfall eines das gesamte Nettoprodukt ausschöpfenden Reallohnsatzes, d. h. einer Profitrate von Null. Im allgemeinen weichen die relativen Preise von den relativen Arbeitswerten ab und können als Funktion des Reallohnsatzes (bzw. der Profitrate) aufgefaßt werden:

„[I]n dieser Konstruktion erscheinen, genau wie bei Marx, als *letzte und ausschließliche Preisbestimmungsgründe* die technischen Produktionsbedingungen der Waren einschließlich der technischen Produktionsbedingungen der Ware Arbeitskraft, welche letzteren in einem gegebenen Reallohn ihren Ausdruck finden.“<sup>87</sup>

Die Verteilungsabhängigkeit der relativen Preise demonstriert Bortkiewicz im Fall unidirektionaler Produktion durch die *Reduktion* der verschiedenen Preise *auf datierte Arbeitsmengen*, d. h. letztlich deren ‚Auflösung‘ in die beiden Bestandteile Lohn und Profit. Ändert sich der Reallohnsatz (und mit ihm die Profitrate), so ändern sich im allgemeinen auch die relativen Preise, wobei „eine Erhöhung der Profitrate ... die Preise derjenigen Produkte, deren Erzeugung durch Umschlagsperioden von [im Vergleich zur *numéraire*-Ware] relativ kurzer Dauer charakterisiert ist, in die Höhe treibt und die Preise der Produkte, die in entgegengesetzter Lage sich befinden, herabdrückt.“<sup>88</sup> Auch diese Feststellung findet sich, wie Bortkiewicz zutreffend anmerkt, bereits bei Ricardo.<sup>89</sup>

Bei seiner Behandlung des fixen Kapitals<sup>90</sup> unterscheidet Bortkiewicz, ähnlich wie in jüngerer Zeit Hicks<sup>91</sup> zwischen der Konstruktions- und der Nutzungsphase eines dauerhaften Kapitalguts. Er entwickelt anschließend ein System von Gleichungen zur Bestimmung der Buchwerte des seine verschiedenen Altersstufen durchlaufenden Kapitalgutes. Die Differenz der Buchwerte für zwei

<sup>86</sup> Wertrechnung und Preisrechnung, 2. Artikel, S. 33. Vgl. das analoge Vorgehen bei *Sraffa*, a. a. O., Kapitel II. *Bortkiewicz* geht implizit durchgehend davon aus, daß das betrachtete Produktionssystem produktiv ist.

<sup>87</sup> Wertrechnung und Preisrechnung, 2. Artikel, S. 35.

<sup>88</sup> Ebenda, S. 43. Zur Behandlung dieser Frage im zirkulären System vgl. *P. Sraffa*, *Production of Commodities by Means of Commodities*, Cambridge 1960, Kapitel III und VI.

<sup>89</sup> Der sich später für den zur Diskussion stehenden Sachverhalt einbürgernde Begriff der ‚Preis-Wicksell-Effekte‘ ist daher theoriegeschichtlich irreführend.

<sup>90</sup> Ebenda, S. 29 ff.

<sup>91</sup> Vgl. *J. R. Hicks*, *Capital and Time — A Neo Austrian Theory*, Oxford 1973.

aufeinanderfolgende Jahre ergibt die Abschreibung. Im Fall konstanter Effizienz des Kapitalguts läßt sich aus den Gleichungen der Ausdruck für die gleichbleibende *Annuität* ermitteln, d. h. jener aus Abschreibungen und Profit bestehende Bestandteil des Produktpreises, der auf die Mitwirkung des fixen Kapitals zurückzuführen ist.<sup>92</sup>

24. Der nächste Fund bestätigt Ricardo und widerlegt Marx: Die Profitrate hängt nur von den Produktionsbedingungen in den Lohngüterindustrien und den diese direkt oder indirekt beliefernden Produktionsmittelindustrien ab, während die Produktionsbedingungen in den Luxusgüterindustrien sowie in den nur diese beliefernden vorgelagerten Industrien keine Rolle spielen.<sup>93</sup> Marx beanstandet auf der Basis seiner fehlerhaften Konstruktion der allgemeinen Profitrate diese These Ricardos, „deren prinzipielle Bedeutung nicht hoch genug veranschlagt werden kann“. Bortkiewicz erläutert:

„Wenn es nämlich wahr ist, daß die Höhe der Profitrate in keiner Weise davon abhängt, wie sich die Produktionsverhältnisse bei denjenigen Waren gestalten, welche in den Arbeitslohn nicht eingehen, so dürfte es ziemlich klar sein, daß die Ursache des Profits als solchen in dem Lohnverhältnis, nicht aber in der produktionssteigernden Wirkung des Kapitals zu suchen ist. Käme es hierbei auf diese Wirkung an, so wäre es unerfindlich, warum bestimmte Produktionszweige für die Frage der Höhe des Profits ausscheiden. Mit anderen Worten, fügt sich die in Frage stehende Ricardosche These in diejenige Theorie des Profits, die denselben als Abzug am Arbeitsprodukt betrachtet, in die ‚Abzugstheorie‘ (wie ich statt ‚Ausbeutungstheorie‘ sagen möchte), viel besser ein, als es die jener These entgegengesetzte Marxsche Ansicht tut.

Diese Ansicht bedeutet dem Ricardoschen Standpunkt gegenüber einen entscheidenden Rückschritt.“<sup>94</sup>

Tatsächlich läßt sich das lediglich aus den Preisgleichungen für die Lohnwaren sowie die in deren Erzeugung direkt und indirekt benötigten Produktionsmittel bestehende Teilsystem völlig getrennt vom Rest des Systems für die Profitrate und die betreffenden Preise lösen.

Im beschriebenen Teilsystem ist implizit eines der Schlüsselkonzepte der klassischen politischen Ökonomie enthalten: die inverse Beziehung zwischen Profitrate  $r$  und Reallohnsatz  $w$ . Bortkiewicz macht auf diese aufmerksam, er interessiert sich jedoch hauptsächlich für eine andere, mit der genannten in enger Verbindung stehende Beziehung, nämlich diejenige zwischen der Profitrate und

<sup>92</sup> Dem Börsianer *Ricardo* war die Annuitätenformel bestens bekannt und er hat sie auch in seiner Erörterung der Rolle des fixen Kapitals im Preissystem in Beispielsrechnungen verwendet; vgl. z. B. *Works*, Bd. I, S. 55. Vgl. auch die an *Bortkiewicz* erinnernde Vorgehensweise bei *Sraffa*, a. a. O., S. 65 f.

<sup>93</sup> Die Unterscheidung zwischen notwendigen und Luxusprodukten spielt in einem System, in dem die Löhne *ante factum* gezahlt werden und daher zum Kapitalvorschuß zählen, eine ähnliche Rolle wie die Unterscheidung zwischen Basis- und Nichtbasisprodukten in einem System mit *post factum*-Entlohnung; zu letzterer vgl. *P. Sraffa*, a. a. O., S. 7–10.

<sup>94</sup> Wertrechnung und Preisrechnung, 3. Artikel, S. 446 f.

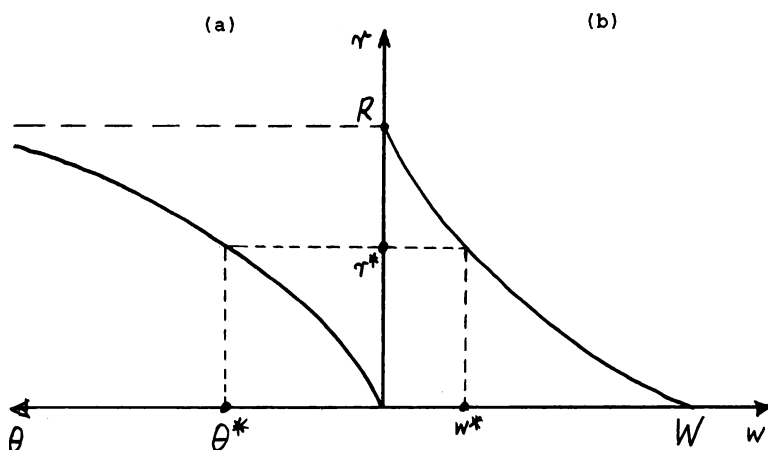


Abb. 1

jenem Arbeitsquantum, welches zur Erzeugung der in den Reallohn eingehenden Ware erforderlich ist.<sup>95</sup> Bezeichnen wir mit  $L$  die geleistete Gesamtarbeit und mit  $N$  die sogenannte ‚notwendige Arbeit‘, so ist  $M = L - N$  die Mehrarbeit und  $\theta = M/N$  die Mehrwertrate. Im einfachsten Fall einer unveränderlichen physischen Zusammensetzung des Lohngüterkorbs besitzt die resultierende Beziehung zwischen Profitrate  $r$  und Mehrwertrate  $\theta$  die in Abb. 1 (a) wiedergegebene Gestalt. Abb. 1 (b) illustriert den Zusammenhang zwischen  $r$  und  $w$ . Der betrachtete Fall stellt auf ein zirkuläres System der Produktion von Waren mittels Waren ab, was sich daran ablesen läßt, daß der Profitrate eine Obergrenze  $R$  gesetzt ist, die nicht überschritten werden kann. Ist die Rate des Mehrwerts gleich Null, d. h. der Reallohnsatz auf seinem maximalen Wert  $W$ , der der Nettoproduktivität der Arbeit entspricht, so ist die Profitrate ebenfalls gleich Null. Positive Mehrarbeit ist danach die notwendige und hinreichende Bedingung für positiven Profit.<sup>96</sup> Einer Mehrwertrate in Höhe von  $\theta^*$  sind beispielsweise Werte für den Reallohnsatz und die Profitrate von  $w^*$  und  $r^*$  zugeordnet, und *vice versa*.

Für Bortkiewicz besteht kein Zweifel darüber, daß die Marxsche Profiterklärung im Kern mit der Ricardoschen übereinstimmt:

<sup>95</sup> Bortkiewicz, a. a. O., S. 448 f., motiviert dieses Interesse damit, daß seiner Ansicht nach Ricardo grundsätzlich die zweite Beziehung im Auge hatte und nicht die erste. Diese Auffassung läßt sich so nicht halten. Vgl. z. B. folgende Aussage Ricardos: „The greater the portion of the result of labour that is given to the labourer, the smaller must be the rate of profits, and vice versa“, in: Works, Bd. VIII, S. 194.

<sup>96</sup> Dieser Satz ist in der neueren Literatur als ‚Fundamentales Marxssches Theorem‘ bekannt; vgl. z. B. M. Morishima und G. Catephores, Value, Exploitation and Growth, London 1978, Kapitel 2.

„Beide vertreten den Standpunkt, daß der Profit, oder allgemeiner gesprochen, der Kapitalgewinn durch Abzug am Arbeitsertrag zustande kommt, und alle Bemühungen der Gegner der Abzugstheorie, zu zeigen, daß Ricardo nicht auf dem Boden dieser Theorie steht, beruhen auf einer unhaltbaren Deutung gelegentlicher Äußerungen von ihm oder auf willkürlichen Ergänzungen seiner Gedanken. Aber es muß zugegeben werden, daß bei Ricardo die Abzugstheorie nicht mit der erwünschten Deutlichkeit zu Tage tritt, während Marx es verstanden hat, der dieser Theorie zu Grunde liegenden Auffassung von dem Ursprung des Profits einen prägnanten und jeden Zweifel ausschließenden Ausdruck zu verleihen.“<sup>97</sup>

Der von Marx gewählte Ansatz, der Profitrate und Preise über den Umweg der Wert- und Mehrwertrechnung zu bestimmen sucht, ist dieser Sicht zufolge dem Ricardoschen aus darstellerischen Gründen überlegen: er bringt das zugrundeliegende surplustheoretische Erklärungsprinzip der Einkommensverteilung deutlicher zum Vorschein. Allerdings unterlaufen Marx bei der Ausführung seiner Idee gravierende Fehler, auf die kurz einzugehen ist.

25. Der ‚*successivistischen* Vorgehensweise‘ Marxens zufolge<sup>98</sup> ist die Größe der allgemeinen Profitrate bereits der Wertrechnung zu entnehmen. Die Wertprofitrate, die wir im Unterschied zur Preisprofitrate mit  $\pi$  bezeichnen, ist gleich dem Verhältnis zwischen gesamtwirtschaftlichem Mehrwert  $M$  und gesamtwirtschaftlichem Kapitalvorschuß, bestehend aus konstantem Kapital  $C$  und variablem Kapital  $V$ , d. h.

$$(1) \quad \pi = \frac{M}{C+V}.$$

Diese Wertprofitrate, so die zentrale Marxsche These, sei gleich der Preisprofitrate, d. h.

$$(2) \quad r = \pi,$$

und könne daher der Preisrechnung als bekannte Größe vorgegeben werden. Die ‚Verwandlung‘ der Werte in Preise habe nun in erster Instanz dafür zu sorgen, daß sich die Preise der verschiedenen Waren so einstellen, daß auf die zu eben diesen Preisen berechneten Kapitalvorschüsse der verschiedenen Industrien die gleiche Profitrate, nämlich  $\pi$ , erzielt wird.

Der Trugschluß, dem Marx mit seiner Konstruktion unterliegt, läßt sich auf höchst einfache Weise aufdecken, indem man eines seiner eigenen Argumente gegen ihn ins Feld führt. Bekanntlich war Marx der Auffassung, daß infolge der konkurrenzwirtschaftlichen Tendenz zur Uniformität der Profitrate das Preisverhältnis zweier beliebiger Waren notwendig und in systematischer Weise vom Verhältnis ihrer Arbeitswerte abweiche, sofern die beiden Waren mit unterschiedlicher organischer Kapitalzusammensetzung erzeugt werden. Bei der

<sup>97</sup> Bortkiewicz, a. a. O., S. 472f.

<sup>98</sup> Wertrechnung und Preisrechnung, 2. Artikel, S. 37f.



Preisprofitrate handelt es sich nun aber im Grunde um nichts anderes als um das Verhältnis zweier Preise: Im Zähler steht der Preisausdruck des gesellschaftlichen Surplusprodukts, einer zusammengesetzten Ware, und im Nenner der Preisausdruck des vorgeschossenen Kapitals, einer anderen zusammengesetzten Ware. Man wird nun im allgemeinen nicht davon ausgehen können, daß die beiden Warenaggregate, Mehrprodukt und gesellschaftliches Kapital, unter gleichen Bedingungen produziert werden. Infolgedessen gibt es im allgemeinen auch keinen Grund zur Annahme, daß das Verhältnis der Preise der beiden Aggregate dem Verhältnis ihrer Arbeitswerte entspricht. Gleichung (2) ist demnach, außer in speziellen Fällen, falsch, die Marxsche Konstruktion unhaltbar.

In beiden Arbeiten geht Bortkiewicz ausführlich auf die Fehlerhaftigkeit des Marxschen Ansatzes ein. Er weist jedoch nicht nur im einzelnen nach, worin sich Marx irrte, sondern zeigt zugleich, wie man bei richtiger Anwendung der Wertrechnung zu einer widerspruchsfreien Bestimmung der Profitrate und Produktionspreise gelangt. Im Titel seiner zweiten Arbeit ist entsprechend von der *Berichtigung* der Marxschen Konstruktion die Rede. Diese Berichtigung verlangt, daß vom ‚successivistischen Vorurteil‘ Abstand genommen wird. Wie wir bereits gesehen haben, lassen sich die abhängigen Variablen nur *simultan* bestimmen. Bortkiewicz faßt zusammen: „[W]enn die Wertrechnung keine notwendige Etappe der theoretischen Untersuchung bildet, so ist sie jedenfalls an sich völlig unschädlich. Etwas Falsches kann aus der Wertrechnung nicht entspringen, vorausgesetzt, daß man sie richtig handhabt.“<sup>99</sup>

26. Abschließend sei kurz auf Bortkiewicz‘ Kritik der Marxschen Lehre vom tendenziellen Fall der Profitrate eingegangen. Auch dieser Teil der im „Kapital“ vorgestellten Argumentation besteht den Test auf logische Konsistenz nicht.

Marx lehnt bekanntlich die von Ricardo gegebene Begründung der fraglichen Tendenz unter Hinweis auf den ‚Geiz der Natur‘ ab. Nichts sei „alberner ...“, als das Sinken der Profitrate aus einem Steigen in der Rate des Arbeitslohns zu erklären, obgleich auch dies ausnahmsweise der Fall sein mag.“<sup>100</sup> Das Problem, das sich Marx stellt, besteht nun darin, zu erklären, wie sich bei angenommener individueller Rationalität der Kapitaleigner gleichwohl gesamtwirtschaftlich konstraintentionale Resultate ergeben. Unmißverständlich heißt es: „Kein Kapitalist wendet eine neue Produktionsweise, sie mag noch soviel produktiver sein oder um noch soviel die Rate des Mehrwerts vermehren, freiwillig an, sobald sie die Profitrate vermindert.“<sup>101</sup> Wenn dies kein Kapitalist ‚freiwillig‘ tut, wie kann dann die allgemeine Profitrate dennoch fallen? Die von Marx

---

<sup>99</sup> Wertrechnung und Preisrechnung, 3. Artikel, S. 476. Bortkiewicz antizipiert mit seiner These von der Überflüssigkeit der Wertrechnung die Hauptbotschaft der unter Bezug auf Sraffas Buch in den siebziger Jahren erfolgten neuen Runde der Marx-Kritik; vgl. insbesondere Ian Steedman, Marx after Sraffa, London 1977.

<sup>100</sup> Das Kapital, Bd. III, a. a. O., S. 250.

<sup>101</sup> Ebenda, S. 275.



gegebene Antwort verweist auf die bei Verallgemeinerung eines neuen Produktionsverfahrens sich schließlich ergebende Tendenz zu sinkenden Preisen, welche eine sinkende Profitrate zur Folge haben.

Dieses Argument ist Bortkiewicz zufolge grundfalsch. Technischer Wandel könne bei einem annahmegemäß konstanten Reallohnsatz nicht die Profitrate verringern. Entweder sie bleibt unverändert, dies sei der Fall, wenn die technische Neuerung eine Luxusware betrifft, oder sie steigt, dann nämlich, wenn er eine notwendige Ware erfaßt. Ganz analog zur modernen Technikwahldiskussion geht Bortkiewicz davon aus, daß sich die unternehmerische Entscheidung zwischen alternativen Produktionsverfahren am Kriterium der *Kostenminimierung* orientiert. Ein neues Verfahren wird dann ergriffen, wenn es zu den herrschenden Preisen die Stückkosten senkt. Die sich für den Innovator im skizzierten idealtypischen Verlauf der Einführung einer neuen Produktionsmethode ergebenden Extragewinne werden im Zuge der weiteren Diffusion der Methode zwar wegkonkurriert, die neue Profitrate, die dem sich einspielenden neuen System von Produktionspreisen zugeordnet ist, kann indes unter den gemachten Annahmen nicht kleiner sein als die alte. Der Marxsche Versuch, den Fall der Profitrate mit den sich ändernden Preisen zu begründen, sei schon deshalb irrig, „weil ja die hier möglicherweise eintretenden Preisverschiebungen, wie aus den Formeln hervorgeht, im selben Maße das Produkt wie die Auslage des Kapitalisten treffen.“<sup>102</sup>

Bortkiewicz antizipiert damit der Sache nach einen Satz N. Okishios zur Technikwahl in linearen Modellen<sup>103</sup>, und auch seine mit Ungleichungen operierende Beweisführung ähnelt derjenigen Okishios.

Wie Schumpeter angesichts der hier behandelten sowie anderer Beiträge Bortkiewicz' zur ökonomischen Theorie zu folgendem Urteil über ihn kommen konnte, bleibt sein Geheimnis: „His essentially critical bent prevented him from producing, so far as economic theory is concerned, *any* creative work. Nor is this all. His criticism was at its best when directed toward details — in a sense he was a *comma hunter* — and he had no eye for the wider aspects and deeper meanings of a theoretical model.“<sup>104</sup> Samuelson schreibt zu Recht: „I cannot help feel that Bortkiewicz has not been given full justice by many subsequent writers“<sup>105</sup> und bescheinigt ihm die größten Verdienste bei der Klärung des Zusammenhangs von Arbeitswerten, normalen Preisen und Einkommensverteilung.

<sup>102</sup> Wertrechnung und Preisrechnung, 3. Artikel, S. 458.

<sup>103</sup> N. Okishio, Technical Change and the Rate of Profit, Kobe University Economic Review, Vol. 7 (1961), S. 86–96; vgl. auch *derselbe*, Choice of technique and the rate of profit, in: The New Palgrave, Bd. 1, 1987, S. 418–421.

<sup>104</sup> History . . . , a. a. O., S. 851.

<sup>105</sup> P. A. Samuelson, Understanding the Marxian Notion of Exploitation, Journal of Economic Literature, Vol. 9 (1971), S. 415, Fn. 25; vgl. auch S. 424 ff.

27. Charasoff, der das Dasein eines Privatgelehrten führte, bestätigt mit seiner Untersuchung<sup>106</sup> im wesentlichen die Resultate Bortkiewicz', erzielt darüber hinaus jedoch einige weitere interessante Einsichten in die Zusammenhänge von Produktion und Verteilung. Er entwickelt sein Argument im Rahmen eines in Einheiten von Gebrauchswerten und Arbeitsquanta physisch vollständig spezifizierten, interdependenten Produktionsmodells, das alle Eigenschaften des späteren Input-Output-Modells aufweist.

Die Eigenschaften dieses Systems erschließt er sich durch verschiedene Gedankenexperimente, die Zeugnis von seiner außergewöhnlichen Abstraktionskraft und seinem Scharfsinn ablegen; er kommt dabei ohne jede lineare Algebra aus. Das zentrale Konzept seiner Analyse ist zunächst dasjenige der ‚Produktionsreihe‘. Sie besteht aus einer Sequenz, beginnend mit einem beliebigen Nettoproduktvektor, gefolgt von dem Vektor der zur Produktion dieses Nettoprodukts nötigen Produktionsmittel (einschließlich der Subsistenzmittel der Arbeiter), auch *Kapital erster Ordnung* genannt, dann dem Vektor der zur Produktion des Kapitals erster Ordnung notwendigen Produktionsmittel oder *Kapital zweiter Ordnung*, usw. „So kommt man zu dem Begriff einer *Produktionsreihe* ..., welche die merkwürdige Eigenschaft besitzt, daß in ihr ein jedes Glied das Produkt des nachfolgenden, und zugleich das Kapital für das vorhergehende ist, und deren Untersuchung für das Studium aller theoretischer Fragen der Nationalökonomie unentbehrlich ist.“<sup>107</sup> Die fragliche Reihe steht offenbar in enger Beziehung zur expandierten Leontief-Inverse. Bezeichnen wir mit  $y$  den  $n$ -dimensionalen Zeilenvektor des Nettoprodukts und mit  $A$  die  $n \times n$ -Inputmatrix<sup>108</sup>, so lautet die Reihe

$$y, yA, yA^2, \dots yA^k, \dots$$

Bei zirkulärer Produktion ist die Produktionsreihe infinit. Was läßt sich über sie sonst noch aussagen? Verfolgt man sie zurück, so verschwinden zunächst alle Waren, die Luxusartikel darstellen, aus dem Bild, dann die spezifischen Produktionsmittel zur Produktion der Luxusartikel, dann die spezifischen Produktionsmittel zur Produktion dieser Produktionsmittel, usw. Unter der *impliziten* Annahme, daß keine der bislang genannten Waren direkt oder indirekt in die eigene Erzeugung eingeht, „ist klar, daß man von einer bestimmten im Endlichen liegenden Stelle an keine weiteren Ausschließungen vorzunehmen brauchen wird, und alle übrigen Elemente der Produktionsreihe werden aus immer denselben Produktionsmitteln zusammengesetzt sein, die in letzter Linie zu der Produktion aller möglichen Produkte unentbehrlich sind und die wir aus dieser Ursache *Grundprodukte* nennen wollen.“ Charasoff fügt hinzu: „Das ganze Preisproblem läuft ... auf die Bestimmung der Preise dieser

<sup>106</sup> Das System des Marxismus. Darstellung und Kritik, a. a. O.

<sup>107</sup> Ebenda, S. 120; erste Hervorhebung von Charasoff.

<sup>108</sup> Bei der zur Debatte stehenden Inputmatrix handelt es sich um die um die notwendigen Subsistenzmittel der Arbeiter augmentierte Matrix, da Charasoff gleich den Klassikern die Löhne zum vorgeschossenen Kapital zählt.

Grundprodukte hinaus. Sind *sie* gegeben, so kann man aus ihnen die Preise der Luxusproduktionsmittel und endlich auch der Luxusprodukte selbst ableiten.<sup>109</sup> Das Hauptaugenmerk muß daher den produktionstechnischen Bedingungen in der Grundproduktion gelten. Im folgenden sei der Einfachheit halber von der Existenz von Luxuswaren gänzlich abgesehen.

Ein weiteres läßt sich festhalten. Das Kapital zweiter Ordnung ( $yA^2$ ) ergibt sich aus dem Kapital erster Ordnung ( $yA$ ) durch Multiplikation mit  $A$ .

*„Da aber die sachliche Zusammensetzung einer Summe von Kapitalen offenbar stets eine mittlere zwischen den sachlichen Zusammensetzungen der Summanden ist, so folgt, daß die Kapitale zweiter Ordnung ihrem Typus nach stets weniger voneinander abweichen, als das für Kapitale erster Ordnung der Fall ist.“*

Geht man die Produktionsreihe immer weiter zurück, so Charasoffs These, so gleichen sich die Zusammensetzungen der Kapitale immer mehr aneinander an, bis die Abweichungen minimal werden. Das erstaunliche Resultat dieser Überlegung lautet, daß die Kapitale einer genügend hohen Ordnung „praktisch als verschiedene Quanta eines und desselben Kapitals — des *Urkapitals* — anzusehen sind.“ Dieser Fund ist von allergrößter Bedeutung für die Frage nach der Profitrate (sowie diejenige nach der maximalen Wachstumsrate des Systems). Es erweist sich nämlich, „daß jener Urtypus, welchem alle Kapitale niedrigerer Ordnungen als ihrem gemeinsamen Grenzwerte zustreben, die Eigenschaft besitzt, in dem Produktionsprozesse ohne jede qualitative Änderung anzuwachsen, und daß die Rate seines Wachstums die allgemeine Profitrate abgeben müsse.“<sup>110</sup>

Die Profitrate erhält man folglich durch einen *reinen Mengenvergleich* von verschiedenen Quanta derselben zusammengesetzten Ware — des *Urkapitals*. Bezeichnen wir mit  $u$  den  $n$ -dimensionalen Zeilenvektor einer elementaren Einheit des *Urkapitals*<sup>111</sup>,  $u > O$ , so ist das  $u$  zugeordnete (Ur-)Kapital gleich  $uA$ , und es gilt

$$(3) \quad u = (1 + r) uA,$$

mit  $r$  als allgemeiner Profitrate. „In dem *Urkapital* haben wir die Idee eines sich verwertenden, wachsenden Kapitals am reinsten dargestellt, und in der Tat erscheint die Rate seines Wachstums ... als die allgemeine kapitalistische Profitrate.“ Und: „Das *Urkapital* ist nichts anderes als die Grundproduktion, deren Zweige in ganz bestimmten Dimensionen genommen wurden. Und zwar ist für diese Dimensionen die Forderung maßgebend, daß der Rohgewinn der Grundproduktion ... von demselben Typus sein muß, wie ihr Gesamtkapital.“<sup>112</sup>

<sup>109</sup> Ebenda, S. 120f.; Hervorhebungen von Charasoff.

<sup>110</sup> Ebenda, S. 123f.; erste Hervorhebung von Charasoff. Zum Beweis, daß die Produktionsreihe (bei passender Normalisierung der Matrix  $A$ ) tatsächlich, wie von Charasoff behauptet, konvergiert, vgl. H. Duffner und T. Huth, a. a. O.

<sup>111</sup> Die Normierung von  $u$  braucht uns hier nicht zu kümmern.

Die theoriegeschichtlichen Bezüge dieses Resultats liegen auf der Hand. Die eine Spur führt zurück zur sogenannten ‚Korn-Ökonomie‘ Ricardos<sup>113</sup>, die andere zu Sraffas *Standardsystem*. Wie es bei Sraffa ganz analog zu Charasoff heißt: „The rate of profits in the Standard system thus appears as a ratio between quantities of commodities irrespective of their prices.“<sup>114</sup>

28. Die angestellte Überlegung hält auch die Lösung des Preisproblems parat. Sind nämlich alle Kapitale „als verschiedene Quanta ein und desselben Kapitals aufzufassen ..., so müssen ihre Preise ihren Dimensionen proportional sein, und das Preisproblem findet in dieser gesetzmäßigen Beziehung seine Lösung.“<sup>115</sup> Bezeichnen wir mit  $p$  den  $n$ -dimensionalen Spaltenvektor der Preise der verschiedenen Grundprodukte, so lautet das System der Preisgleichungen

$$(4) \quad p = (1+r) Ap.$$

Während also  $u$  gleich dem linksseitigen Eigenvektor von  $A$  ist, ist  $p$  gleich dem rechtsseitigen Eigenvektor;  $1/(1+r)$  ist gleich dem dominanten Eigenwert der Matrix  $A$ . Die Lösung des Preisproblems kann daher in einer Form gefaßt werden, „in welcher der Begriff der Arbeit so gut wie ganz umgangen wird.“<sup>116</sup>

Charasoff weist schließlich darauf hin, daß im hypothetischen Fall, in dem das gesamte Mehrprodukt zu Akkumulationszwecken verwendet wird, die Proportionierung der verschiedenen Sektoren derjenigen des Urkapitals entspricht und faktische Wachstumsrate und Profitrate zusammenfallen: Das System expandiert gewissermaßen entlang eines von Neumann-Pfades, und die Marxsche Gleichsetzung von Wertprofitrate  $\pi$  und Preisprofitrate  $r$  (vgl. Gleichung (2)) trifft tatsächlich zu.

Wir müssen es bei dieser Skizze einiger Aspekte von Charasoffs Studie belassen und wenden uns jetzt dem Versuch von eher dem klassischen Lager zuzurechnenden Ökonomen zu, die Arbeitswert- bzw. Produktionspreistheorie mit der Grenznutzentheorie zu versöhnen bzw. ihr wechselseitiges Verhältnis zu klären.

<sup>112</sup> Ebenda, S. 112 und 126.

<sup>113</sup> Vgl. Sraffas Interpretation von Ricardos „Essays on Profits“ in seiner Einleitung zur *Ricardo*-Gesamtausgabe, Works, Bd. I, S. xxxi. Die Angemessenheit dieser Interpretation ist verschiedentlich bestritten worden. Mittlerweile ist der Nachweis erbracht worden, daß die zur Debatte stehende Idee einer durch einen reinen Mengenvergleich zu ermittelnden Profitrate im zeitgenössischen Schrifttum nicht unbekannt war; vgl. hierzu G. de Vivo, Robert Torrens and Ricardo's ‚corn-ratio‘ theory of profits, *Cambridge Journal of Economics*, Vol. 9 (1985), S. 89–92, sowie R. Prendergast, Malthus's discussion of the corn ratio theory of profits, *Cambridge Journal of Economics*, Vol. 10 (1986), S. 187–189.

<sup>114</sup> Production of Commodities ..., a. a. O., S. 22.

<sup>115</sup> Ebenda, S. 123.

<sup>116</sup> Ebenda, S. 112.

### 3. Zum Verhältnis von Arbeitswert- und Grenznutzentheorie

29. Von Heinrich Dietzel wird in einer Reihe von Schriften<sup>117</sup> die Auffassung vertreten, „daß eine sachliche Differenz gar nicht vorliege; daß die Arbeits- oder Kostenwerttheorie der Klassiker und Sozialisten durchaus vereinbar sei mit der Nutzentheorie der Jevons, Walras, Menger, Sax.“<sup>118</sup> Dies gelte jedenfalls für die eine Hauptart von Gütern — die durch Arbeit reproduziblen im Unterschied zu den nicht reproduziblen oder ‚Seltenheitsgütern‘. Den zwischen den beiden Richtungen in deutschen Landen besonders verbissen geführten Streit wertet er als ‚Windmühlenkampf‘, in dem die Verschiedenheit der Ausdrucksweise irrtümlich für eine solche des Inhalts gehalten werde. Wie begründet Dietzel diese Auffassung?

Er ist zunächst, ganz in Übereinstimmung mit Cassel, der Ansicht, daß es einer Wertlehre gar nicht bedürfe. Über die Jahrhunderte umspannende Auseinandersetzung um sie urteilt er: „Aus ihrem Samen — einst von Aristoteles mit einer flüchtigen Bemerkung ausgestreut, dann im Schrifttum der mittelalterlichen Theologen üppig aufgegangen — ist eine Fülle scholastischer Streitereien entsprossen. Eine Fülle völlig unfruchtbaren Krakehles um Definitionen, völlig unnützen Spintisierens. Besonders bei uns, wo die ‚Definition‘ von jeher grassiert, wo ‚querelles allemandes‘ so gern durchgehechelt werden.“<sup>119</sup>

Nun läßt sich allerdings nicht leugnen, daß auch die klassischen Ökonomen Smith und Ricardo die Wertlehre für unverzichtbar hielten. Will man daher, wie Dietzel, zugleich an der These von deren Überflüssigkeit festhalten *und* die klassische Doktrin vertreten, so ist nachzuweisen, daß letztere, insbesondere was ihre Lehrsätze zur Distribution betrifft, ganz unabhängig von der Wertlehre formuliert werden kann. Tatsächlich lesen wir bei Dietzel: „Fehlte die Wertlehre bei Smith und Ricardo, so verschlüge dies Manko für ihre Verteilungslehre nichts. ... Für Marx gilt gleiches.“<sup>120</sup> Analog hierzu lasse sich zeigen, daß auch die österreichische Schule ohne die Grenznutzentheorie auskommen könne.

Dietzel setzt an bei der im berühmten Beispiel vom Wasser und Diamant von Smith behaupteten ‚Antinomie‘ von Nutzwert und Tauschwert. Diese ‚Antinomie‘ sei jedoch in Wahrheit gar nicht vorhanden: „Statt zu sagen, daß der Tauschwert bestimmt werde durch die Arbeitsmenge, läßt sich mit gleichem Recht sagen, daß er bestimmt werde durch den Grad des Nutzens, der an den

---

<sup>117</sup> Zu nennen sind vor allem folgende seiner Arbeiten: Die klassische Werttheorie und die Theorie vom Grenznutzen, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, N. F., Bd. 20 (1890); Zur klassischen Wert- und Preistheorie, ebenda, 3. F., Bd. 1, 1891; Theoretische Sozialökonomik, Leipzig 1895, sowie zusammenfassend: Vom Lehrwert der Wertlehre und Grundfehler der Marx’schen Verteilungslehre, Zeitschrift für Sozialwissenschaft, N. F., Bd. 12 (1921).

<sup>118</sup> Vom Lehrwert ..., a. a. O., S. 107.

<sup>119</sup> Ebenda, S. 143. Vgl. auch Theoretische Sozialökonomik, a. a. O., S. 206 ff.

<sup>120</sup> Vom Lehrwert ..., a. a. O., S. 110.

Gütern haftet. Denn *Arbeit* ist doch — weil der ‚wirkliche Preis‘, das ‚original money‘; weil die Kraft, welche die Dinge erschafft und wieder erschafft — das *allgemeinste Nutzgut*.“ Die Allokation der Arbeit, d. h. der Einsatz des ‚allgemeinsten Nutzgutes‘ in den verschiedenen Verwendungslinien, richte sich „nach dem Grade des Nutzens, der den verschiedenen Dingen beigelegt wird.“ In der angeblichen ‚Antinomie‘ drücke sich lediglich Smiths Voreingenommenheit aus: „[H]ier hat der Moralphilosoph, dem entbehrliche Dinge tiefer rangieren als unentbehrliche, den Ökonomen auf einen Abweg geführt!“ Die Verzichtbarkeit der Wertlehre zeige sich sofort, wenn Smith auf die Verteilungsgesetze zu sprechen komme und Grundrente und Profit als ‚Abzug vom Produkt‘ begreife, „welchen die Eigentümer von Boden und Kapital, zufolge der wirtschaftlichen Überlegenheit, die der Besitz der Arbeitsmittel ihnen gewährleistet, den Arbeitern aufzuerlegen vermögen“. Die Wertlehre erweise sich in diesem Zusammenhang als völlig belanglos; sie bilde in Smiths Werk „nur eine Episodenfigur.“<sup>121</sup>

Dietzel wendet sich anschließend Ricardo und dann Marx und den Sozialisten zu und argumentiert, daß auch in deren Systemen die Wertlehre, entgegen allem Anschein, redundant sei. Seine Ausführungen kulminieren in der Behauptung: „Mit dem Begriff des Preises und dem der Maximalkosten kommt man aus in der Preistheorie; mit dem des ‚Abzugs vom Produkt‘ in der Theorie von Bodenrente, Lohn, Kapitalrente.“<sup>122</sup> Unter dem ‚Gesetz der Maximalkosten‘ ist dabei die Auffassung Ricardos gemeint, wonach der Preis der reproduziblen Güter von den Kosten der Produktion unter den jeweils ungünstigsten Verhältnissen bestimmt werde.

Bevor wir uns Dietzels Auseinandersetzung mit der Marxschen Anwendung der Arbeitswertlehre auf die Bestimmung des ‚Werts der Arbeitskraft‘ und des Lohnes zuwenden, sind einige kritische Anmerkungen am Platz. Zunächst fällt auf, daß Dietzel ebensooft, wie er die Überflüssigkeit von ‚objektiver‘ und ‚subjektiver‘ Wertlehre betont, auf die Richtigkeit und Identität von deren Ergebnis pocht. Dieses laute (adäquat formuliert): Die Waren tauschen sich gemäß der zu ihrer jeweiligen Produktion an der Grenze notwendigen Arbeitsmengen, wobei sich letztere zueinander verhalten wie die Grenznutzen der betreffenden Produkte.<sup>123</sup> Die vor allem von Ricardo und später Marx thematisierte *Abweichung* der relativen Preise von den relativen Mengen inkorporierter Arbeit im Fall einer positiven Profitrate spielt bei ihm keine Rolle, weshalb auch seinem Versuch der Befreiung der Preistheorie von der

<sup>121</sup> Ebenda, S. 112–114; Hervorhebungen von Dietzel.

<sup>122</sup> Ebenda, S. 142.

<sup>123</sup> Eine frühe und klare Fassung dieses Satzes findet sich bei W. S. Jevons, *The Theory of Political Economy*, 1. Aufl., 1871, hier zitiert nach der von R. D. Collison Black besorgten Ausgabe, Harmondsworth 1970, S. 199 f. Allerdings ist zu beachten, daß Jevons nur direkte Arbeit berücksichtigt und von allen anderen Inputs absieht. Bei Dietzel bleiben die genauen produktionstheoretischen Annahmen des Arguments im Dunklen und seine Formulierungen sind nicht immer präzise und widerspruchsfrei.



Werttheorie letztlich das Motiv fehlt. Ebenso wenig kommt bei Dietzel die Rolle der Arbeitswerttheorie in Ricardos Ansatz der surplus-theoretischen Bestimmung der allgemeinen Profitrate zur Sprache. Ihm entgeht damit der zentrale Grund, warum Ricardo glaubte, seiner Distributionstheorie eine Werttheorie vorschalten zu müssen. Begreift man nämlich die allgemeine Profitrate stofflich als das Verhältnis des (nach Abzug der Rente verbleibenden) Überschußprodukts zum Kapitalvorschuß, so stellt sich unweigerlich die Frage des Werts: Da Überschußprodukt und gesellschaftliches Kapital in der Regel unterschiedliche Waren bzw. die gleichen Waren in unterschiedlichen Proportionen enthalten, ist es unerlässlich, die beiden Warenaggregate als kommensurable Wertgrößen auszudrücken. Die Aufgabe der Arbeitswerttheorie bei Ricardo bestand nun genau darin, ein Bewertungssystem zu liefern, das die geforderte Vergleichbarkeit der beiden Aggregate herstellt, ohne selbst von der zu bestimmenden Größe, der Profitrate, abzuhängen.

30. Bei Marx ist der Zusammenhang zwischen Verteilungstheorie und Werttheorie — so Dietzel — auf den ersten Blick enger, folgert dieser doch aus dem Wertgesetz direkt das Lohngesetz, indem er den Wert der Arbeitskraft (und damit den Lohn) als durch deren Reproduktionskosten, d. h. den Wert der Subsistenzmittel, bestimmt sieht. Die „leichtfertige Übertragung des Wertgesetzes für die ‚Waren‘ auf die ‚Ware Arbeitskraft‘“ sei „der Grundfehler der Marxschen Verteilungslehre.“<sup>124</sup> Diese Übertragung sei nur möglich, wenn man, wie Ricardo, das (fragwürdige) Malthussche Bevölkerungsgesetz akzeptiere, da es eine Tendenz zum Angebotsüberschuß auf dem Arbeitsmarkt beinhalte. Marx lehne das „allgemeine Populationsgesetz des Pfaffen“ jedoch ab, und sein Versuch der Erklärung der fraglichen Tendenz über die freisetzende Wirkung der Maschinerie könne wegen der „Hohlheit der Gründe, mit denen Marx das Kompensationsargument der Macculloch, Bastiat, Senior bekämpft“, nicht überzeugen; sein Krisengesetz „stehe auf gleich schwachen Füßen.“<sup>125</sup> Die Marxsche Lohntheorie falle damit in sich zusammen und mit ihr die These von der einseitigen Abhängigkeit des jeglicher Arbeitsmittel baren Arbeiters vom Kapitalisten:

„[E]benso wenig wie der Arbeiter ‚Arbeitsgebilde schaffen kann aus der blauen Luft‘, kann es der Kapitalist aus den Arbeitsmitteln. Auch er vermag sein Kapital nur zu ‚verwerten‘, wenn der Arbeiter ihm seine Arbeitskraft gibt ... Und — um die Arbeiter, um die Arbeitskräfte *konkurriert* er mit anderen Kapitalisten, die gleichfalls ihr Kapital verwerten wollen. Es waltet *gegenseitige Abhängigkeit* ob; Marx, wie der ganze ‚wissenschaftliche‘ Sozialismus, sieht nur die ‚Hungerpeitsche‘, die den Arbeiter zum Kapital zwingt; nicht die ‚Profitgier‘, die das Kapital zum Arbeiter zwingt.“<sup>126</sup>

Die ‚Konkurrenz der Arbeitgeber‘ führe dazu, daß der Reallohn auf das Niveau des Grenzprodukts der Arbeit steigt. „Das Existenzminimum bildet nur

<sup>124</sup> Vom Lehrwert ..., a. a. O., S. 123.

<sup>125</sup> Ebenda, S. 137, Fn.

<sup>126</sup> Ebenda, S. 121; Hervorhebungen von Dietzel.



die Untergrenze, welche der Lohn nicht unterschreiten, aber weiter und weiter überschreiten kann — desto mehr, je höher das Produkt des ‚letzten Arbeiters‘, das die Obergrenze bildet, sich stellt.“<sup>127</sup> Das zur Diskussion stehende Grenzprodukt ist dabei jenes, welches sich bei *Vollbeschäftigung* der Arbeit und des verfügbaren gesamtwirtschaftlichen Kapitals ergibt. Es walte, wie Dietzel in Anlehnung an Cassel betont, allseits das ‚eherne Gesetz der Knappheit‘. Dietzels „auf Versöhnung, auf Synthese der beiden auf dem Kriegspfade befindlichen Wertlehren“<sup>128</sup> gerichtetes Unternehmen ist damit, so seine Überzeugung, erfolgreich zum Abschluß gebracht. Die Grenznutzentheorie, heißt es an einer Stelle, sei, „dem *sachlichen Ergebnis* nach, *identisch* mit der Arbeitswerttheorie.“<sup>129</sup> Im Grunde läuft Dietzels Auffassung auf die Behauptung hinaus, daß in der ökonomischen Klassik implizit bereits das Grenznutzenprinzip und in der österreichischen Theorie das Arbeitswertprinzip enthalten sei.

31. Eine hiervon abweichende Sicht vertritt Emil Lederer. Interessanterweise zieht er die Marxsche Version der Werttheorie explizit der Ricardoschen vor. Als Grund nennt er die Marxsche Unterscheidung zwischen konstantem und variablem Kapital, die derjenigen Ricardos zwischen zirkulierendem und fixem überlegen sei. Bortkiewicz' Kritik dieser unter Marxisten verbreiteten Sicht nimmt er ebensowenig zur Kenntnis wie dessen Nachweis der Fehlerhaftigkeit des Marxschen ‚Transformationsalgorithmus‘. Tatsächlich behauptet Lederer, daß die Marxsche Profitratenbestimmung korrekt sei und mit ihr die von Marx postulierte Gleichheit zwischen der Summe der Werte und der Summe der Preise einerseits sowie der Summe der Mehrwerte und der Summe der Profite andererseits. „Und daher“, faßt er zusammen, „ist diese Formel der Produktionspreise eine Lösung und nicht, wie Böhm-Bawerk meinte, eine Scheinlösung.“<sup>130</sup>

Allerdings seien dem Arbeitswertprinzip, das uns ‚außerordentlich große Dienste‘ geleistet habe, Grenzen gesetzt. Lederer sieht zwei derartige Grenzen. Die eine betrifft die Erklärung der Produktions- und Konsumtionsmengen, die andere die Behandlung des Monopols. Zum ersten Thema führt er aus:

„Bei der Arbeitswerttheorie ist *vorausgesetzt*, daß die Verteilung der Arbeit den ‚gesellschaftlichen Bedürfnissen‘ angepaßt ist. ... Was aber dies Größenverhältnis bestimmt, wie weit darauf die Einkommensverteilung, die Besitzverhältnisse, letztlich auch die Bedürfnisgestaltung der Menschen einwirken: das bleibt im Dunklen, oder als gegebenes Datum wird es nicht weiter untersucht. Für all das sagt der Arbeitswerttheoretiker: ‚gesellschaftliches Bedürfnis‘ und meint damit, daß zwischen Produktion und Marktlage eine Uebereinstimmung besteht, derart, daß sich das Austauschverhältnis der Waren untereinander wirklich nach den Produktionspreisen bestimmt. ... Dem

<sup>127</sup> Ebenda, S. 132f.

<sup>128</sup> Ebenda, S. 108, Fn. 2.

<sup>129</sup> Ebenda, S. 141, Fn. 1; Hervorhebungen von Dietzel. Dietzels versuchte Begründung der eigenwilligen These, daß die österreichische Lehre nicht der Grenznutzentheorie bedarf (ebenda, S. 138–145), ist ohne jedes Interesse; eine Behandlung erübrigt sich.

<sup>130</sup> Ebenda, S. 104.

gesellschaftlichen Bedürfnis wird daher seitens der Arbeitswertlehre keine besondere Aufmerksamkeit gewidmet.“<sup>131</sup>

Die Grenznutzentheorie fülle die von der Arbeitswerttheorie hinterlassene Lücke. Sie leiste die geforderte „*Analyse der Nachfrage*, eine Betrachtung des Marktes von der *Käuferseite* her ... In der Tat ist die ganze moderne Wertlehre der Versuch, dem Problem des Austausches und der kontinuierlichen Produktion von der Nachfrageseite näherzukommen — wie die Arbeitswertlehre dasselbe Problem von der Angebotsseite her in Angriff genommen hat.“<sup>132</sup> Die beiden Sichtweisen ergänzen einander und ergeben erst zusammen das vollständige Bild des Produktions-, Distributions- und Konsumtionsprozesses der modernen Gesellschaft.

Zum Versuch der ‚Kreuzung‘ des klassischen Ansatzes mit dem grenznutzen-theoretischen ist folgendes zu sagen. Zunächst ist die Prämisse des Unternehmens zu bestreiten, derzufolge die klassische Theorie der Ergänzung bedarf. Der Umstand, daß bei der Behandlung des Zusammenhangs von Einkommensverteilung und relativen Preisen die Outputniveaus als gegeben unterstellt werden, heißt nicht, daß die klassische Theorie es versäumt hat, sich überhaupt mit den Bestimmungsgründen der Outputniveaus zu beschäftigen. Die Lektüre von Adam Smiths „*Wealth*“ z. B. ergibt, daß die Konsumtionsgewohnheiten und deren Wandel von ihm eingehend und in einem weiten, zahlreiche nichtökonomische Aspekte berücksichtigenden Kontext erörtert werden. B. Schefold hat kürzlich im einzelnen gezeigt, „daß es in der klassischen Theorie keine ‚Lücken‘ gibt, welche die Nutzentheorie auszufüllen berufen wäre. Die ‚Lücke‘ ... mußte vielmehr erst geschaffen werden, indem man den sozialgeschichtlichen Ansatz der Erklärung der Bedürfnisbefriedigung durch den der Maximierung des Nutzens in gegebener Präferenzstruktur ersetzt hat.“<sup>133</sup>

Es kann folglich auch bezweifelt werden, daß sich die beiden Ansätze im Sinn einander ergänzender Sichtweisen kombinieren lassen. So reicht, wie gezeigt, der Datensatz des klassischen Ansatzes hin, um die interessierenden endogenen Variablen zu bestimmen. Zusätzlicher Daten in Gestalt von Nutzenfunktionen oder dergleichen bedarf es nicht. Analog im Fall der neoklassischen Theorie: Wollte man dieser zusätzlich die Daten des klassischen Ansatzes in Gestalt eines gegebenen Reallohnsatzes und gegebener Outputniveaus vorgeben, so wäre das betreffende Modell überbestimmt. In der surplus- und knappheitstheoretischen Erklärung der Einkommensverteilung handelt es sich folglich um zwei *alternative* Ansätze.

<sup>131</sup> Ebenda, S. 105; Hervorhebungen von *Lederer*.

<sup>132</sup> Ebenda, S. 115; Hervorhebungen von *Lederer*.

<sup>133</sup> B. Schefold, *Ökonomische Klassik im Umbruch*, a.a.O., S. 223f. Vgl. auch P. Garegnani, *Su alcune questioni controverse circa la critica della teoria della distribuzione dominante e lo sviluppo di una teoria alternativa*, Quaderni di storia dell'economia politica, 1984, S. 77–82.

Dies wird unter den einschränkenden Bedingungen des Nonsubstitutions-theorems, d. h. keine Kuppelproduktion, nur ein Primärfaktor (homogene Arbeit) und konstante Skalenerträge, mit großer Klarheit von Leif Johansen herausgearbeitet.<sup>134</sup> Ist eine der Verteilungsvariablen (Reallohnsatz, Profitrate) gegeben, so sind das System der relativen Preise und die verbleibende Verteilungsvariable bestimmt — völlig unabhängig von Nachfrage und Grenznutzen. Ein Einfluß der Präferenzen der Akteure auf die relativen Preise ist nur über deren Wirkung auf die Einkommensverteilung, d. h. die Art und Weise, wie sie im Zusammenspiel mit der sogenannten ‚Erstausrüstung‘ die Angebots- und Nachfragefunktionen für Faktorleistungen affizieren, vorstellbar. Nach Johansen ist dieser Einfluß „a rather weak and indirect one.“<sup>135</sup>

Wir kommen nun zur Sicht der Dinge aus der Perspektive vorwiegend neoklassischer Autoren. Da etliche der interessierenden Themen bereits im bisherigen Verlauf der Diskussion zur Sprache gekommen sind, können wir uns im folgenden auf die Erörterung von im wesentlichen einer einzigen Behauptung beschränken. Sie lautet, daß die neoklassische Theorie der klassischen in allen Belangen überlegen sei, d. h. die klassische bestenfalls als Spezialfall der neoklassischen begriffen werden könne.

## V. Die klassische Theorie: ein Spezialfall der neoklassischen?

### 1. Zur Frage der Überlegenheit der neoklassischen Theorie

32. Hinsichtlich der von der neoklassischen Theorie verwendeten Methode wird von deren Anhängern überwiegend die Auffassung vertreten, daß es sich im Kern um die gleiche wie diejenige der Klassik handele. Gemeint ist die Methode *langfristiger Gleichgewichte*. Veränderungen werden analog zur Vorgehensweise der Klassik komparativ statisch behandelt. Über die Angemessenheit dieser Methode zur Untersuchung von Wandel und Bewegung schreibt von Mises:

„Man darf ... nicht in den Irrtum verfallen, zu glauben, daß die statische Methode nur zur Erklärung des stationären Zustandes der Wirtschaft, den es, nebenbei bemerkt, im Leben nie gibt und nie geben kann, herangezogen werden dürfe, und daß die Wirtschaft in Bewegung und Veränderung nur durch eine dynamische Theorie erklärt werden könnte. Die statische Methode ist eine Methode, die es sich zum Ziel setzt, die Veränderung zu studieren; sie untersucht die Folgen der Änderung *eines* Datums in einem im übrigen unveränderten System. Das ist ein Vorgehen, das wir nicht entbehren können.“<sup>136</sup>

<sup>134</sup> L. Johansen, *Labour Theory of Value and Marginal Utilities*, Economics of Planning, Vol. 3 (1963), S. 89–103.

<sup>135</sup> Ebenda, S. 91.

<sup>136</sup> Probleme der Wertlehre, Teil II, a. a. O., S. 117; Hervorhebung von v. Mises. Vgl. hierzu auch E. Schams, *Komparative Statik*, Zeitschrift für Nationalökonomie, Bd. 2 (1930), und H. Mayer, *Der Erkenntniswert der funktionellen Preistheorien*, in: Die Wirtschaftstheorie der Gegenwart, hrsg. von H. Mayer, F. A. Fetter und R. Reisch, Wien 1932, Bd. 2, S. 188.

Allerdings unterscheidet sich, wie bereits gesagt, der Gehalt der neoklassischen Analyse von Wert und Verteilung grundlegend von dem der klassischen. Wie wird nun die These von der größeren Allgemeinheit der neoklassischen Theorie begründet?

33. Der am weitesten reichende Anspruch wird von jenen erhoben, die der Grenznutzentheorie attestieren, sie sei überhistorisch gültig, d. h. anwendbar auf die unterschiedlichsten Wirtschaftssysteme und -epochen. Vleugels zufolge habe die Grenznutzentheorie die Grundzüge einer „zeitlosen Wirtschaftstheorie“ entwickelt.<sup>137</sup> Mit dieser Auffassung setzen einige der Vertreter der neuen Lehre einen direkten Kontrapunkt zur Position der historischen Schule, wie er vor allem in der Betonung geschichtlicher Besonderheiten und im Versuch der Unterscheidung verschiedener Wirtschaftsstile zum Ausdruck kommt. Die letzte Ursache für die behauptete umfassende Gültigkeit der Grenznutzentheorie liegt nach Mises, der ein Argument C. Mengers aufgreift, darin, daß sie vom einfachen Tatbestand ausgehe, „daß die Menschen im Leben immer wieder zwischen verschiedenen Möglichkeiten zu wählen haben und wählen.“ Dies sei der Ausgangspunkt der Katallaktik, „dessen Vorhandensein in *logisch nicht zu bezweifelnder Weise* festzustellen ist, und den jeder Mensch kennt und, weil er selbst handelt, auch in seinem Wesen begreift.“<sup>138</sup> Schams stellt die Grenznutzentheorie in eine Reihe mit der Newtonschen Mechanik sowie modernen Auffassungen von der Funktion des Herzens. Im Mittelalter z. B., so seine Illustration, fielen die Regentropfen nicht anders als heute, und die Herzen schlugen nicht anders. „Wenn die mittelalterlichen Menschen das Grenznutzengesetz auch nicht verstanden haben, so haben sie doch nicht anders gehandelt und handeln können als so, wie es das Grenznutzengesetz beschreibt.“<sup>139</sup> Der Versuchung, unsere Vorstellungen von den Dingen mit diesen gleichzusetzen, Erkenntnis nicht als menschliches Konstrukt, sondern als Abdruck des ‚Dings an sich‘ aufzufassen, konnten offenbar einige Anhänger der neuen Lehre nicht widerstehen.<sup>140</sup>

Ein weithin geteiltes Argument zugunsten der neoklassischen Theorie lautete, wie wir wissen, daß sie die klassische Wertantinomie überwinde und gleichermaßen auf reproduzierbare wie ‚Seltenheitsgüter‘, z. B. Kunstwerke Alter Meister,

<sup>137</sup> Vgl. Probleme der Wertlehre, Teil II, a. a. O., S. 83; ähnlich *Rosenstein-Rodan*, S. 100. Zur Kritik vgl. K. *Diehl*, Theoretische Nationalökonomie, Bd. I: Einleitung, Jena 1916, S. 255: „Es ist ganz unmöglich, sogenannte exakte wissenschaftliche Gesetze zu finden, die sowohl für die agrarkommunistische wie für die feudalistische, die zünftige und die kapitalistische Wirtschaftsperiode gelten.“

<sup>138</sup> Ebenda, S. 8; Hervorhebung von v. *Mises*.

<sup>139</sup> Ebenda, S. 43.

<sup>140</sup> Zur erkenntnistheoretischen Kritik dieser Position vgl. *Mackenroths* Beitrag, ebenda, S. 67–81. *Mackenroth* spricht von einem ‚erkenntnistheoretischen Kurzschluß‘, einer ‚psychologischen Irradiation des Existenzialattributs von der Vorstellung auf den Vorstellungsgegenstand‘, von ‚tautologischer Psychologie‘, und bezeichnet den Nutzenbegriff als ‚rationalistische Konstruktion‘, dem in der Welt des Erfahrbaren nichts entspreche.

Grundstücke in bevorzugter Lage etc., anwendbar sei. So schreibt Alfred Amonn in einer Kritik an Oppenheimer: „Seine Theorie ist ... im wesentlichen denselben Einwendungen ausgesetzt wie die klassische. Sie ist vor allem *nicht allgemein*. Sie erklärt nicht *alle* Preiserscheinungen.“ Die Preise der nicht reproduzierbaren Güter erschienen den klassischen Ökonomen als von vernachlässigbarer Bedeutung. Hierauf Amonn: „Das mag für die *Praxis* und deren Probleme richtig sein oder falsch, für die *Theorie* kann es jedenfalls nicht gelten.“<sup>141</sup> Überdies ergebe eine Betrachtung der Praxis, daß ‚Seltenheitsgüter‘ eine große Rolle spielen. Von verschiedenen Autoren wird in diesem Zusammenhang besonders auf höherqualifizierte Arbeit sowie außergewöhnliche Fähigkeiten und Talente verwiesen; hierzu zähle auch die Unternehmertätigkeit, deren Vergütung folglich nur knappheitstheoretisch erklärt werden könne.

Schumpeter sieht das Verdienst der Grenznutzentheorie darin, daß sie „alle Einzelprobleme einheitlich unter den Aspekt des Preises, richtiger des Gleichgewichts gebracht [hat]“. In dieser Verallgemeinerung des Preisschemas liege „einer der tiefsten Gedanken unserer Wissenschaft.“<sup>142</sup> Im „Wesen und Hauptinhalt“ heißt es ganz im Sinne der ‚Gründungsväter‘ der Marginaltheorie: „Alles menschliche Handeln läßt sich ... als Tausch auffassen.“<sup>143</sup> Insbesondere könne die Produktion als ‚indirekter Tausch‘ begriffen werden. Jeder Versuch einer rein ‚objektivistischen‘ Erklärung von Preisen und Einkommensverteilung, gerade auch der Produktionsmittelpreise, sei im Ansatz verfehlt.

Gelegentlich findet sich das Argument, daß die klassische Theorie neben ihren sonstigen Beschränkungen auch diejenige aufweise, nur die natürlichen oder ‚statischen‘ Preise, nicht aber die Markt- oder ‚kinetischen‘ Preise zu erklären. Anders — so die Behauptung — die neoklassische Theorie: Ihre Lausanner Variante liefere eine Analyse der in einer Situation allgemeinen Gleichgewichts herrschenden Austauschverhältnisse, des sogenannten ‚Preisaufbaus‘, während die österreichische Variante „den genetischen Weg bis zur Erreichung des Gleichgewichtszustandes“ studiere, das vorgelagerte Problem der ‚Preisbildung‘ also.<sup>144</sup>

34. Mit der Frage der relativen Leistungsfähigkeit der Grenznutzentheorie einerseits und der Produktionskostentheorie andererseits befaßt sich eingehend L. v. Bortkiewicz.<sup>145</sup> Unter einer rein objektivistischen Sicht des Tauschwertproblems versteht er eine, die glaubt, ohne jeden Bezug zu Motiven und Handlungsweisen der Akteure auskommen zu können. Kurioserweise zählt er Marx zu den Vertretern dieser Sicht, während er Ricardo ausdrücklich

<sup>141</sup> A. Amonn, Der Stand der reinen Theorie, a.a.O., S. 295; Hervorhebungen von Amonn.

<sup>142</sup> J. A. Schumpeter, Cassels theoretische Sozialökonomik, a.a.O., S. 78.

<sup>143</sup> Wesen und Hauptinhalt, a.a.O., S. 80.

<sup>144</sup> Vgl. Rosenstein-Rodan, in: Probleme der Wertlehre, Teil II, a.a.O., S. 102f.

<sup>145</sup> Vgl. seinen Aufsatz: Objektivismus und Subjektivismus in der Werttheorie, Ekonomisk Tidskrift, Bd. 21 (1921), S. 1–22.

ausnimmt. Als Hauptgrund führt er an, daß letzterer das Streben der Unternehmer nach maximalem Gewinn berücksichtigt habe, und folgert: „Gerade dadurch wird in die Ricardosche Werttheorie ein subjektiver Faktor hineingetragen; als rein objektivistisch läßt sie sich schon deswegen nicht charakterisieren.“ Es steht indes außer Zweifel und wird von Bortkiewicz in seinen weiter oben behandelten früheren Arbeiten ausdrücklich betont, daß die Hypothese der Gewinnmaximierung auch Marxens Analyse zugrundeliegt.

Wenn schon, wie betont, eine rein objektivistische Bestimmung der Preise nicht möglich ist, welche Bedeutung kommt den objektiven Faktoren relativ zu den subjektiven zu? Sind die Preise eher kostenbestimmt, wie die Klassik behauptet, oder dominant nutzen- und nachfragebestimmt, wie es vor allem die österreichische Variante der Neoklassik lehrt? Bortkiewicz greift ein Argument Böhm-Bawerks auf, in dem dieser selbst für Fälle, die sich bei näherem Hinsehen als extreme Spezialfälle des Nonsubstitutionstheorems erweisen, das Grenznutzenprinzip als letztlich preisbestimmend bezeichnet.<sup>146</sup> Wenn die relativen Preise gleichwohl den relativen Produktionskosten entsprechen, so Böhm-Bawerk weiter, dann nicht deshalb, weil die Kostengüter ihre Preise den Produkten aufzwingen können, „sondern weil alle beteiligten Produkte dem Gesetz des Grenznutzens gehorchen, sich der Reihe nach in die lohnendsten Verwendungen schmiegen und gemeinsam von der letzten ihren Preis normiert erhalten“. Die Unternehmer als ‚bereitwillige Vollstrecker des Prinzips der Wirtschaftlichkeit‘ realisieren, ohne es zu wissen, das ‚Gesetz des Grenznutzens‘, „von welchem das Kostengesetz, richtig verstanden, nur eine auf eine spezielle Erscheinungsgruppe angepaßte *spezielle Aussageform* ist.“<sup>147</sup> Böhm-Bawerk illustriert seinen Standpunkt partialanalytisch am Beispiel des Pferdemarktes mittels des von ihm so genannten ‚Gesetzes der Grenzpaare‘, von dem Bortkiewicz zurecht sagt, daß es sich hierbei lediglich um eine spezielle Formulierung des ‚Gesetzes von Angebot und Nachfrage‘ handele.

In der Sache selbst vertritt Bortkiewicz die Ansicht, daß das Gesetz von Angebot und Nachfrage zwar allgemeiner sei, da es für sämtliche Güter und nicht nur die reproduzierbaren gelte; er fügt jedoch hinzu, „daß das Kostengesetz, sofern es überhaupt in Frage kommt, im Vergleich zum Gesetz von Angebot und Nachfrage *tiefer verankert* ist.“<sup>148</sup> Seine Begründung lautet, daß „der Tauschwert auf Veränderungen der Kosten unter allen Umständen nachhaltig reagiert, auf Veränderungen des Nutzens aber nur im Fall solcher Güter, deren Mehrproduktion steigende Kostensätze bedingt.“ Aus diesem Grunde „kann man mit einer gewissen Berechtigung von einem *kausalen Primat der Kosten* (dem Nutzen gegenüber) sprechen.“<sup>149</sup> Überdies sei ein Anstieg der

<sup>146</sup> Vgl. E. v. Böhm-Bawerk, Kapital und Kapitalzins, Zweite Abteilung, 3. Aufl., Innsbruck 1909/1912, S. 411–425. ....

<sup>147</sup> Ebenda.

<sup>148</sup> Bortkiewicz, Objektivismus ..., a. a. O., S. 11.

<sup>149</sup> Ebenda, S. 19.



Nachfrage nicht immer auf einen Anstieg des Nutzens zurückzuführen. So sei beispielsweise in jenem Sektor der Ökonomie, der gemeinhin als Paradebeispiel steigender Kostensätze angeführt werde, der Landwirtschaft, die Nachfragesteigerung im allgemeinen nicht das Ergebnis ‚erhöhter Schätzungsziffern‘, sondern des Bevölkerungswachstums, eines ‚objektiven Faktors‘ also.

35. Der Streit zwischen Objektivisten und Subjektivisten in der Werttheorie im deutschen Sprachraum dauerte an, allerdings — von Ausnahmen abgesehen — nicht länger im Sinne eines strengen Entweder-Oder, sondern im Sinne unterschiedlicher Fassungen eines Sowohl-Als auch. Zu wirklich bahnbrechenden neuen Einsichten kam es dabei nicht. Neuerlich eilte die Diskussion im Ausland der deutschen voraus. Die Rede ist von der in den zwanziger Jahren aufblühenden Debatte um die traditionelle Ertrags- und Kostentheorie. Über sie schreibt O. Morgenstern in einer zusammenfassenden Darstellung aus dem Jahr 1931: „Diese Diskussion hat sich hauptsächlich in England und Italien, und zum Teil in Amerika abgespielt; die deutsche Literatur weist keinen Beitrag dazu auf.“<sup>150</sup> Morgensterns Erörterung kreist im wesentlichen um Piero Sraffas berühmten Aufsatz aus dem Jahr 1925<sup>151</sup>, Morgenstern zufolge eine der ‚wertvollsten und anregendsten Arbeiten‘, die ‚größte Aufmerksamkeit‘ verdiene. Der von Sraffa vorgetragenen Kritik an der Angebotskurve stimmt er samt und sonders zu. Bekanntlich hatte Sraffa argumentiert, daß die in der langfristigen Analyse Marshalls unterstellten Ertrags- und Kostenverläufe nicht aufrechtzuerhalten seien. So seien sinkende Durchschnittskosten im allgemeinen nicht mit der Annahme freier Konkurrenz zu vereinbaren und sinkende Skalenerträge in einer Industrie nur unter äußerst speziellen Bedingungen vorstellbar. „Daraus folgert nun Sraffa das *Vorwiegen konstanter Kosten bei freiem Wettbewerb*. Diese These, die nur unter dem Zwang zum Aufbrechen des Systems der Teilgleichgewichte formuliert werden konnte, hat eine große *Wahrscheinlichkeit* für sich. Ihr Erkenntnisgehalt hängt ausschließlich von den empirischen Voraussetzungen ab, die in der Tat — bei freier Konkurrenz — so gestaltet sein dürften, daß der Sraffaschen Analyse großer Wert zukommt.“<sup>152</sup>

Das Sraffasche Resultat, daß die Marshallsche Theorie nur mit *konstanten* Durchschnittskosten zu vereinbaren sei, jenem Fall also, der Marshall zufolge das Resultat des zufälligen Kompensierens der beiden anderen Kostenverläufe sei und deshalb keine gesonderte Aufmerksamkeit verdiene, ist offenbar von allergrößter Bedeutung für die Frage, ob die Preisbestimmung von subjektiven, nachfrageseitigen oder objektiven, angebotsseitigen Faktoren beherrscht wird. Morgenstern, selbst Anhänger der Wiener Variante der neoklassischen Theorie,

<sup>150</sup> O. Morgenstern, Offene Probleme der Kosten- und Ertragstheorie, a. a. O., S. 482.

<sup>151</sup> P. Sraffa, Sulle relazioni fra costo e quantità prodotta, Annali di Economia, Bd. 2 (1925), S. 277–328; eine deutsche Fassung findet sich in B. Schefold (Hrsg.), Ökonomische Klassik im Umbruch, a. a. O., S. 137–193.

<sup>152</sup> O. Morgenstern, Offene Probleme ..., a. a. O., S. 521; Hervorhebungen von Morgenstern.



erkennt klar die Implikation des Sraffaschen Arguments, zögert jedoch, sie selbst zu ziehen: „Ob, wie Sraffa behauptet, den konstanten Kosten eine so geringe Aufmerksamkeit geschenkt wurde, weil ihr Vorhandensein die Symmetrie von Angebot und Nachfrage störe (bei Marshall) — man müßte ergänzen: den Vorrang der Nachfrage bedrohe (bei den Österreichern) —, bleibe dahingestellt. Ein Motiv wäre jedoch gefunden.“<sup>153</sup>

Seinem Beitrag zum Vorbereitungsband der Dresdner Tagung des Vereins für Socialpolitik im Jahr 1932 stellt Morgenstern (nach dem Vorhergehenden: überraschend) als Motto den Satz Böhm-Bawerks voran: „Eine Nationalökonomie, die die Theorie des subjektiven Wertes nicht entwickelt, ist in die Luft gebaut.“<sup>154</sup> Die gerade referierte Kritik am produktions- und kostentheoretischen Kern der subjektiven Wertlehre spielt darin keine nennenswerte Rolle. Sraffa zieht aus dieser Kritik bekanntlich eine radikal andere Schlußfolgerung. In seinem von Keynes angeregten Aufsatz für das „Economic Journal“ im Jahr 1926 heißt es:

„In normal cases the cost of production of commodities produced competitively — as we are not entitled to take into consideration the causes which make it rise or fall — must be regarded as constant in respect of small variations in the quantity produced. And so, as a simple way of approaching the problem of competitive value, the old and now obsolete theory which makes it dependent on the cost of production alone appears to hold its ground as *the best available*.“<sup>155</sup>

Bei der ‚alten und obsoleten Theorie‘, von der die Rede ist, handelt es sich um die klassische, auf deren widerspruchsfreie Fassung Sraffa in der Folgezeit einen Großteil seiner Arbeitskraft konzentrieren sollte.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß es um die traditionelle neoklassische Theorie gegen Ende des ersten Drittels dieses Jahrhunderts weit weniger günstig bestellt war, als vielen ihrer Anhänger, zumal in Deutschland, in Unkenntnis der jüngeren theoretischen Diskussion bewußt war. Dieses Urteil bestätigt sich auch am Beispiel einer Arbeit Schumpeters zur neoklassischen Verteilungstheorie, der wir uns abschließend zuwenden.

## 2. Das ‚Grundprinzip der Verteilungstheorie‘ und seine Problematik

36. Schumpeter zufolge überwinde die Grenznutzentheorie im Verbund mit ihrem Zwillings, der Grenzproduktivitätstheorie, „das Flickwerk der Klassiker“ und decke „die wahren Bestimmungsgründe der Einkommensbildung“ auf.<sup>156</sup>

<sup>153</sup> Ebenda, S. 518.

<sup>154</sup> O. Morgenstern, Der instrumentale Charakter der Wertlehre, a. a. O., S. 1.

<sup>155</sup> P. Sraffa, The Laws of Returns under Competitive Conditions, Economic Journal, Vol. 34 (1926), S. 540 f.

<sup>156</sup> J. A. Schumpeter, Zur Frage der Grenzproduktivität, Schmollers Jahrbuch, Bd. 51 (1927), S. 28.

Einen detaillierten Nachweis der Richtigkeit dieser These versucht Schumpeter in seinem Essay über „Das Grundprinzip der Verteilungstheorie“ zu führen.<sup>157</sup> Er setzt sich darin kritisch mit der von Autoren wie Tugan-Baranowsky, Diehl und Oppenheimer vertretenen Ansicht auseinander, für die Verteilung gelten andere Gesetze als für die Produktion, nämlich solche, die den jeweiligen sozialen Machtverhältnissen entspringen.

Schumpeters Essay ist in verschiedenerlei Hinsicht höchst aufschlußreich. Er enthält eine klare Formulierung der traditionellen neoklassischen Sicht des Wert- und Verteilungsproblems, derzufolge Lohn, Rente und Zins ganz analog zu den Güterpreisen durch das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage auf den jeweiligen Faktormärkten bestimmt werden. Das Interesse gilt in erster Instanz *langfristigen Gleichgewichtspositionen* des Systems, die durch einen tendenziell uniformen Zinssatz (eine uniforme Profitrate) gekennzeichnet sind. Schumpeter ist sich bewußt, daß aus Gründen der Konsistenz des Ansatzes die Erstaussstattung der Ökonomie mit ‚Kapital‘ nicht in Gestalt eines Vektors von Mengen heterogener Kapitalgüter, sondern nur als in einem Standard ausgedrückter *Wertsumme* vorgegeben werden kann. Mit aller Deutlichkeit arbeitet er die zentrale Rolle der ‚Substitution‘ im Konsum und in der Produktion für die Ableitung von Nachfragefunktionen nach Arbeit, Boden und ‚Kapital‘ heraus. Das uns geläufige Resultat lautet, daß von kostenminimierenden Unternehmungen um so mehr von einem Faktor nachgefragt wird, je niedriger dessen Preis ist. Unter Bedingungen allseits freier Konkurrenz und flexibler Raten von Lohn, Rente und Zins ebnet dieses Ergebnis den Weg zur These einer Tendenz zum Volleinsatz der verfügbaren Faktormengen. Preis-, Verteilungs-, Output- und Beschäftigungstheorie bilden dieser Sicht zufolge eine Einheit.

Interessanter noch als Schumpeters Fassung der im Ausland durch das Wirken von Autoren wie Marshall, J. B. Clark und Wicksell weit verbreiteten neoklassischen Sicht des Verteilungsproblems ist jedoch sein Sinn für ‚Anomalien‘, die ihrem Charakter nach den Ansatz insgesamt in Frage stellen. So kommt er an einer Stelle auf die Möglichkeit einer mit steigendem Faktorpreis steigenden Faktornachfrage zu sprechen, schiebt diesen Fall, der das Fundament der Theorie unterminiert, indes sofort und ohne nähere Begründung als irrelevant beiseite. Der Bezug zur kapitaltheoretischen Kontroverse der sechziger und siebziger Jahre drängt sich auf: Die dort geäußerte Hauptkritik an der traditionellen neoklassischen Theorie lautete in der Tat, daß deren zentrales Konzept — die inverse Beziehung zwischen Faktornachfrage und Faktorpreis — angesichts der Möglichkeit der Wiederkehr von Techniken, des sogenannten *reswitching*, sowie des verwandten Phänomens des *reverse capital deepening* zusammenbreche.<sup>158</sup> Betrachten wir Schumpeters Überlegungen näher.

<sup>157</sup> Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 42 (1916–1917), S. 1–88.

<sup>158</sup> Vgl. hierzu H. D. Kurz, *Capital theory: debates*, a.a.O., S. 360. Die Reaktion führender Vertreter der neoklassischen Theorie auf diesen Fund ähnelt verblüffend derjenigen *Schumpeters* auf den von ihm angeschnittenen Fall.

37. Eingangs stellt er fest, daß mit ‚Grenzproduktivitätstheorie‘ nichts anderes gemeint sei als „die Grenznutzentheorie in ihrer Anwendung auf das Verteilungsproblem“<sup>159</sup>; sie liege in verschiedenen, sich mehr oder weniger stark voneinander unterscheidenden Spielarten vor — so der österreichischen, der Marshallschen und der Clarkschen —, deren einigendes Moment in der simultanen Erklärung sowohl der Produktions- als auch der Verteilungsvorgänge bestehe.

„Produktion und Verteilung sind nicht zwei unterscheidbare reale Vorgänge, die etwa nur aufeinander wirken würden, sondern zwei Aspekte eines einheitlichen Prozesses und Schritt für Schritt miteinander identisch. Jeder produktive Vorgang ist gleichzeitig ein Verteilungsvorgang, jeder Verteilungsakt ein Glied in der Kette des Produktionsprozesses.“<sup>160</sup>

Ein besonderes unterscheidbares Verteilungsproblem, wie von den Anhängern der klassischen Theorie und neuerdings den Vertretern der Machttheorie der Verteilung behauptet, gebe es nicht. Der Grenzproduktivitätstheorie gebühre das Verdienst, mit der Lösung des Zurechnungsproblems, an dem die Klassik gescheitert sei, zugleich die Verteilungsfrage entschieden zu haben. Infolgedessen „hieß es die ganze Situation mißverstehen, wenn man die klassischen Auffassungsweisen als gleichberechtigte Konkurrenten der Grenzproduktivitätstheorie betrachten wollte.“<sup>161</sup>

Während die Klassik die verschiedenen Einkommensarten auf unterschiedliche Weise zu erklären versuche, leiste die Grenzproduktivitätstheorie eine Erklärung aus einem einheitlichen Prinzip heraus: dem der relativen Knappheit. Zwar sei Vertretern der klassischen Ökonomik dieses Prinzip bestens bekannt gewesen, wie Ricardos Theorie der Grundrente belege, sie hätten jedoch nicht begriffen, daß es *generell* anwendbar ist: „In der Tat läßt sich ja der Gedankengang Ricardos Wort für Wort ... auf die übrigen Produktionsfaktoren ebenso gut anwenden wie auf Grund und Boden, für dessen speziellen Fall Ricardo eben nur erkannte, was allgemein gilt.“<sup>162</sup>

Bei der Übertragung des fraglichen Prinzips auf die Erklärung des Kapitalzinses ergibt sich allerdings das Problem, daß das ‚Kapital‘, anders als die in physischen Einheiten meßbaren Faktoren Arbeit und Boden, nur als Wertsumme faßbar ist. Schumpeter schließt sich diesbezüglich der Vorstellung J. B. Clarks an, „daß das vorhandene Sachkapital ... gleichsam in Gestalt einer abstrakten Gallerte vorhanden [ist]“<sup>163</sup>, die sich jeweils in die zu den anderen Daten des Systems passende Form kleiden könne, so daß das ‚Kapital‘ in allen Verwendungsrichtungen den gleichen Zinssatz abwerfe. Letzterer drücke nichts

<sup>159</sup> J. A. Schumpeter, a. a. O., S. 5, Fn. 5.

<sup>160</sup> Ebenda, S. 10.

<sup>161</sup> Ebenda, S. 14.

<sup>162</sup> Ebenda, S. 19.

<sup>163</sup> J. A. Schumpeter, Zur Frage der Grenzproduktivität, a. a. O., S. 25; ähnlich *derselbe*, Das Grundprinzip ..., a. a. O., S. 48.

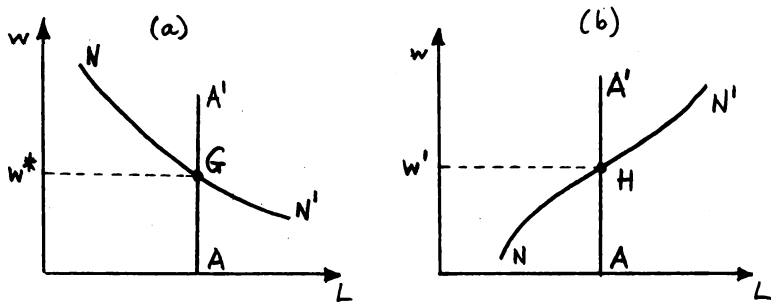


Abb. 2

anderes aus als die ‚relative Grenzbedeutung‘ des Faktors ‚Kapital‘. Die Grenzproduktivitätstheorie, so seine Schlußfolgerung, lasse „den gesamten sozialen Arbeits-, Kapital- und Bodenvorrat zusammen- und aufeinanderwirken“ und betrachte „die ‚Grenzprodukte‘ dieser Faktoren als Indices ihrer produktiven Bedeutung und des Anteils ihrer Besitzer am Sozialprodukt.“<sup>164</sup>

38. Zwischen den ‚gesamten sozialen Vorräten‘ an Arbeit, Boden und ‚Kapital‘ bestehen Substitutionsbeziehungen, die auf zweierlei Weise begründet werden: *direkt* über die unterstellte Substitutionalität der Faktoren in der Produktion, *indirekt* über die unterstellte Substitutionalität der verschiedenen Güter in der Konsumtion. Im zweiten Fall lautet das Argument: Steigt der Preis eines der Faktoren relativ zu den anderen, so kommt es zu einer relativen Verteuerung jener Güter, in deren Erzeugung der betreffende Faktor relativ reichlich verwendet wird. Dies veranlaßt die Konsumenten im allgemeinen dazu, ihre Konsumpläne zugunsten der verbilligten Güter zu ändern, was bewirkt, daß gesamtwirtschaftlich vom verteuerten Faktor weniger nachgefragt wird. Beide Überlegungen führen zum gleichen Ergebnis: einer mit steigendem Faktorpreis sinkenden Faktornachfrage. An anderer Stelle nennt Schumpeter das *Substitutionsprinzip* das „tatsächlich allbeherrschende Moment“.<sup>165</sup>

Abb. 2(a) illustriert die konventionelle angebots- und nachfragetheoretische Behandlung der Verteilungsfrage beispielhaft für den als homogen unterstellten Faktor Arbeit,  $L$ .  $NN'$  sei die gesamtwirtschaftliche Kurve der Arbeitsnachfrage, die sich unter der Annahme des vollen Einsatzes der anderen Faktoren ergibt;  $AA'$  sei das der Einfachheit halber als fix angenommene Arbeitsangebot. Die beiden Beziehungen bestimmen ein eindeutiges und stabiles Gleichgewicht  $G$ , mit  $w^*$  als gleichgewichtigem Reallohnsatz, zu dem die Ökonomie annahmegemäß hinstrebt.<sup>166</sup>

<sup>164</sup> Das Grundprinzip, S. 54.

<sup>165</sup> Cassels theoretische Sozialökonomik, a. a. O., S. 255.

<sup>166</sup> Erwähnung verdient Schumpeters Überzeugung, daß zur damaligen Zeit relativ zum Gleichgewichtsniveau zu niedrige Löhne von größerer Bedeutung waren als zu hohe: „Jedenfalls stellt sich das wahre Problem der ‚künstlichen Lohnerhöhung‘ der Praxis viel

Nachdem Schumpeter seine Leser aufs gründlichste mit der neoklassischen Doktrin und deren ‚*allbeherrschendem Moment*‘, dem Substitutionsprinzip, konfrontiert hat, kommt er gegen Ende seiner Abhandlung auf einen Fall zu sprechen, der sich nicht der konventionellen Sicht der Dinge fügt:

„Ein denkbarer Fall, *der aber nur theoretisches Interesse hat*, wäre durch eine Analogie mit einem Vorgang gegeben, den man, allerdings nur äußerst selten, auf dem Markt der Genußgüter wahrnehmen kann.“

Gemeint ist das sogenannte ‚Giffen-Paradox‘ einer mit steigendem Güterpreis steigenden Güternachfrage. Schumpeter fährt fort:

„In ähnlicher Weise könnte es sich einmal ereignen, daß der Unternehmer bei einer Lohnsteigerung es *vorteilhafter* findet, auf Mengen *anderer* Produktionsfaktoren in größerem Maße zu verzichten und seine Nachfrage nach *Arbeit* zu erhöhen.“<sup>167</sup>

Abb. 2(b) illustriert diesen Fall; das sich ergebende Gleichgewicht *H* ist instabil. Unter der Annahme freier Konkurrenz und flexibler Verteilungssätze würden Abweichungen des Lohnes von *w'* entweder die Lohneinkommen oder die sonstigen Einkommen zum Verschwinden bringen. Offenbar würde in einem derartigen Fall die Erklärung der Einkommensverteilung und der Beschäftigungsmengen der verschiedenen ‚Faktoren‘ versagen, und es müßte nach einem anderen Ansatz Ausschau gehalten werden.

Da Schumpeter es versäumt, die genauen Bedingungen anzugeben, unter denen er zu einem der traditionellen Auffassung widersprechenden Verlauf der Nachfragekurve nach einem Faktor kommt, bleibt unklar, ob der von ihm erwähnte Fall überhaupt möglich ist. Tatsächlich ist der Nachweis seiner Existenz erst jüngst im Rahmen der kapitaltheoretischen Kontroverse erbracht worden. Dabei hat sich gezeigt, daß den produktionstechnischen Bedingungen, unter denen er auftritt, nichts Außergewöhnliches anhaftet, weshalb auch nicht die Rede davon sein kann, er habe ‚nur theoretisches Interesse‘.

---

seltener als das Problem der Erhöhung eines unter seiner Gleichgewichtshöhe zurückgebliebenen Lohns.“ (Das Grundprinzip, a. a. O., S. 75.)

<sup>167</sup> Ebenda, S. 85f., Fn. 95; die letzten beiden Hervorhebungen von *Schumpeter*.



# Die theoretische Nationalökonomie im deutschsprachigen Raum vor und nach 1945

Von *Ernst Heuß*, Erlangen—Nürnberg

Bei nachstehenden Ausführungen handelt es sich weniger um ein Referat als um ein Votum, um welches der Verfasser als Gast beim Ausschuß von dem Vorsitzenden gebeten worden ist. In Anbetracht der kurz bemessenen Zeit für die Publikation nach der Tagung war es dem Verfasser nur möglich, das mündlich Vorgetragene in die schriftliche Form zu setzen und es mit einigen Fußnoten und Literaturhinweisen zu ergänzen.

Es werden in diesen Ausführungen einige Momente herausgestellt, die deutlich machen sollen, worin und worauf der Bruch beruht, den die deutschsprachige Wirtschaftstheorie mit 1945 erfahren hat.

Die theoretische Nationalökonomie der Zwischenkriegszeit nimmt eine besondere Stellung in der Behandlung der Geistesgeschichte der Nationalökonomie ein. Die Zwischenkriegszeit ist das letzte Glied, das der Gegenwart vorgelagert ist, wenn man unter letzterer die Zeit nach dem 2. Weltkrieg versteht. Man kann daher die Zwischenkriegszeit gleichsam als die Elterngeneration bezeichnen, die wiederum „normalerweise“ auf die nächste Generation einwirkt, wenn nicht sogar zum Teil in ihr fortwirkt.

Die Turbulenz unseres Jahrhunderts, das in wenigen Jahrzehnten das zusammenrafft, wozu sonst früher Jahrhunderte gebraucht haben, macht es notwendig, einige Sachverhalte ins Gedächtnis zurückzurufen, die im deutschsprachigen Raum die Ausgangslage vor dem 1. Weltkrieg gebildet haben. Sie zeigen in der nationalökonomischen Disziplin eine enorme Spannweite, die außergewöhnlich ist, wenn man sich vor Augen hält, daß sich die einzelnen Vorstellungen nicht in einer zeitlichen Abfolge präsentiert haben, sondern alle zugleich in einem Zeitraum gegenwärtig gewesen sind. Besonders deutlich tritt dies hervor, wenn man auf das Gebiet der Geldtheorie abstellt. Es sei dies anhand von drei Namen dargelegt, und zwar Gustav Schmoller, Georg Friedrich Knapp und Ludwig von Mises. Ein Blick in den „Grundriß der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre“ von Schmoller<sup>1</sup> zeigt, daß er das Geld- und Münzwesen mit dem Maß- und Gewichtswesen in einem Kapitel behandelt und sich die Darstellung des Geldes praktisch in einer besseren Geschichte des Münzwesens erschöpft. Davon hebt sich deutlich Knapps „Staatliche Theorie

---

<sup>1</sup> G. v. *Schmoller*, Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre, 2. Teil, München, Leipzig 1904.



des Geldes“<sup>2</sup> ab, die im Gegensatz zur Stoffwerterklärung des Geldes den Weg zum Nominalismus findet und damit die Brücke zur Quantitätstheorie schlägt, ohne daß sich dessen freilich Knapp bewußt gewesen ist.<sup>3</sup> Hinsichtlich Mises' „Theorie des Geldes und der Tauschmittel“<sup>4</sup> bedarf es keiner weiteren Kommentierung, bewegt sich doch diese in der heute uns wohl vertrauten Kategorienwelt.

Man kann die Entwicklung und Wandlung im Laufe der Zwischenkriegszeit wohl nicht besser charakterisieren, als daß eine solche Diskrepanz und Unausgewogenheit in der geldtheoretischen Vorstellung nicht mehr gegeben ist. So zeigen die letzten geldtheoretischen Arbeiten vor 1945, wie die „Volkswirtschaftliche Theorie des Geldes“ von Forstmann<sup>5</sup> oder auch „Kredit und Sparen“ von Gestrich<sup>6</sup> trotz ihrer recht unterschiedlichen Akzentuierung eine gemeinsame Basis, die frei ist von den disparaten Vorstellungen vor dem 1. Weltkrieg. Sicherlich haben die Erfahrungen der Inflation nach dem 1. Weltkrieg diesen Prozeß beschleunigt, aber nicht verursacht. Für die theoretische Fundierung diente nicht mehr, wie für die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zum 1. Weltkrieg, Roschers „Grundlagen der Nationalökonomie“<sup>7</sup>, sondern „Theoretische Sozialökonomie“ von Cassel<sup>8</sup>. Es geht in diesem Zusammenhang nicht um die Schwächen dieses Lehrbuches, sondern um die systematische Darlegung der Volkswirtschaftslehre anhand eines durchgehenden Denkmusters. Freilich muß man sich vor Augen halten, daß dessen Ausbreitung im deutschen Sprachraum eine beschränkte geblieben ist und keineswegs mit der Rolle von Marshalls „Principles“ in Großbritannien verglichen werden darf.<sup>9</sup>

<sup>2</sup> G. F. Knapp, Die staatliche Theorie des Geldes, München, Leipzig 1905.

<sup>3</sup> Es ist heute üblich, Knapp wie Schmoller der jüngeren historischen Schule zuzuordnen. Dabei geht jedoch verloren, daß sich hinter einer solchen Gruppierung sehr Verschiedenes verbirgt. Im Gegensatz zu Schmoller, dem analytische Fähigkeiten weitgehend abgehen, gilt dies nicht für Knapp wie auch für andere Vertreter der jüngeren historischen Schule, u. a. Karl Bücher oder auch Werner Sombart. Man wird daher diesen Autoren keineswegs gerecht, falls man sie mit Schmoller in einen Topf würfe.

<sup>4</sup> L. v. Mises, Theorie des Geldes und der Umlaufmittel, München, Leipzig 1912.

<sup>5</sup> A. Forstmann, Volkswirtschaftliche Theorie des Geldes I, Berlin 1943.

<sup>6</sup> H. Gestrich, Kredit und Sparen, Heft 6, Probleme der theoretischen Nationalökonomie, 1944.

<sup>7</sup> W. Roscher, Grundlagen der Nationalökonomie, 4. Aufl., Stuttgart, Berlin 1854.

<sup>8</sup> G. Cassel, Theoretische Sozialökonomie, Leipzig 1918.

<sup>9</sup> Es ist nicht ausgeschlossen, daß Cassels Lehrbuch einen größeren Wirkungsgrad in Deutschland oder überhaupt im deutschsprachigen Raum erhalten hätte, wenn auch seine Lehrtätigkeit dort gewesen wäre. Wie mir als Student während des 2. Weltkrieges von Waldemar Mitscherlich berichtet worden ist, hatte Cassel an die Universität Leipzig nach dem 1. Weltkrieg einen Ruf erhalten. Die Verhandlungen scheiterten jedoch in finanzieller Hinsicht, da das verarmte Deutschland nicht den Forderungen Cassels nachkommen konnte. Im anderen Falle hätte die Entwicklung der Nationalökonomie zumindest an der Universität Leipzig einen anderen Verlauf genommen und wäre im Kontrast zur Zeit vor dem 1. Weltkrieg nicht weitgehend zur Bedeutungslosigkeit abgerutscht.

So wurde an nicht wenigen Universitäten die volkswirtschaftliche Theorie wie vorher im Gewande der nationalökonomischen Geistesgeschichte dargelegt, wofür das damals äußerst populäre Büchlein „Die Haupttheorien der Volkswirtschaftslehre“ von Othmar Spann charakteristisch war.<sup>10</sup> Erst während des Krieges erschienen 1943 „Die Grundzüge der theoretischen Volkswirtschaftslehre“ von Stackelberg<sup>11</sup>, die aus offensichtlichen Gründen keinen Einfluß mehr auf die Zeit bis 1945 haben konnten.

Wie alle Wissenschaftsdisziplinen in Deutschland hat auch die Nationalökonomie mit dem Jahre 1933 einen Aderlaß erlitten. Dies besagt jedoch nicht, daß damit nur noch Ideologie und nicht mehr wissenschaftliche Arbeit betrieben worden sei. Es seien daher mit einigen Stichworten die Gebiete skizziert, in denen während der 30er Jahre wie auch der Kriegsjahre die Dinge weiter vorwärtsgetrieben worden sind.<sup>12</sup>

In der Zwischenkriegszeit hat sich eine sehr intensiv geführte Diskussion über Böhm-Bawerks „Kapitaltheorie“ ergeben. Dies gilt insbesondere für die 30er Jahre, als sie im angelsächsischen wie auch im deutschsprachigen Raum ausgetragen wurde.<sup>13</sup> Die eine Ausgangsposition bildet die Kapitaltheorie, die mit den Namen J. B. Clark, Walras und Irving Fisher verbunden ist. In der Diskussion wird sie vor allem von F. Knight vertreten. Ihr gegenüber stehen die Anhänger der temporalen Kapitaltheorie, wobei die Fronten quer durch den deutsch- und angelsächsischen Sprachraum gehen. So lehnen O. Morgenstern wie auch Erich Schneider — letzterer Umstand sollte gravierende Konsequenzen für die Entwicklung der Kapitaltheorie nach dem 2. Weltkrieg haben — den temporalen Ansatz wegen der Schwierigkeit, die temporalen Dimensionen gedanklich wie auch empirisch zu fassen, ab. Hauptgegenstand der Auseinandersetzung war die durchschnittliche Ausreifungszeit, die in der Böhm-Bawerkschen Vorstellung zahlreiche Schwächen aufwies. Von der angeblichen Sackgasse des „historischen Regresses“ — sie ließ sich recht einfach beseitigen — verlagerte sich die Fragestellung zum Phänomen der Rückversetzung bzw. derer temporalen Auflösung. Es war ein sehr unglücklicher Umstand, daß von Stackelberg in diese Diskussion erst in den Kriegsjahren eingestiegen ist.<sup>14</sup> Er

<sup>10</sup> O. Spann, *Die Haupttheorien der Volkswirtschaftslehre*, Leipzig 1911. Die 1. Auflage ist bereits 1911 erschienen, die späteren, sehr zahlreichen Auflagen fielen jedoch hauptsächlich in die Zwischenkriegszeit.

<sup>11</sup> H. v. Stackelberg, *Grundzüge der theoretischen Volkswirtschaftslehre*, Stuttgart, Berlin 1943.

<sup>12</sup> Die Beschränkung auf diese Zeit erklärt sich vor allem daraus, daß die 20er Jahre durch andere Beiträge in dieser Publikation weitgehend abgedeckt sind.

<sup>13</sup> Im Anhang wird eine Übersicht der Zeitschriftenbeiträge ohne Anspruch auf Vollständigkeit gegeben, die einen Eindruck über die Intensität dieser kontrovers geführten Auseinandersetzung gibt.

<sup>14</sup> Vgl. H. v. Stackelberg, *Kapital und Zins in der stationären Verkehrswirtschaft*, *Zeitschrift für Nationalökonomie*, Bd. 10 (1941); *derselbe*, *Elemente einer dynamischen Theorie des Kapitals*, *Archiv für mathematische Wirtschafts- und Sozialforschung*, Bd. 7 (1941).

hat für diesen Problemkreis sehr wichtige Lösungen gefunden, u. a. für die Bestimmung der temporalen Ausreifungszeit bei der Rückversetzung wie auch bei den dauerhaften Kapitalgütern. Allerdings haben diese Aufsätze selbst nicht mehr den deutschsprachigen Raum während wie auch nach dem Kriege, geschweige denn den angelsächsischen, erreicht. Sie sind daher erst in den 70er Jahren wiederentdeckt worden.

Ähnlich wie die Geldtheorie hat auch die Theorie des internationalen Handels im deutschsprachigen Raum von den 20er zu den 30er Jahren einen deutlichen Umbruch erfahren. Dies wird deutlich, wenn man das Lehrbuch von Eulenburg „Außenhandel und Außenhandelspolitik“<sup>15</sup> mit dem von Haberler<sup>16</sup> vergleicht. Im Grunde genommen bleibt Eulenburg im Deskriptiven, und man muß die Theorieelemente verstreut an verschiedenen Stellen suchen. Im Gegensatz dazu stehen Haberlers Ausführungen, die bereits in der systematischen Anordnung die relevanten Theorieelemente hervortreten lassen. Hierin erschöpft sich aber die Darstellung nicht. Was über das übliche Lehrbuch hinausführt, ist der Einbau der komparativen Kosten in die subjektive Werttheorie mittels der Opportunitätskosten, wodurch das Theorem von den bekannten Schwächen der objektiven Werttheorie freigemacht worden ist. Durch die spätere Übersetzung ins Englische fand dieser Beitrag auch dort seinen Niederschlag.

Seit der Klassik ist die angelsächsische Dominanz in der nationalökonomischen Theorie gegeben. Dies gilt auch für den deutschsprachigen Raum. Davon ist allerdings ein Sektor herauszunehmen, der bis 1945 die Domäne des deutschsprachigen Gebietes gewesen ist, und zwar die Standort- und Raumtheorie. Thünen (1826), Launhardt (1882), Alfred Weber (1904), Christaller (1933), Predöhl (1925) und August Lösch (1944) stellen einige bekannte Stationen dar.<sup>17</sup> Es versteht sich von selbst, daß die wissenschaftlichen Gewichte dieser Autoren recht unterschiedlich sind, wobei das Anfangs- wie auch das Endglied die übrigen überragen.

Die Preistheorie hat ihre Loslösung von der vollkommenen Konkurrenz mit den bekannten Arbeiten von J. Robinson (1933) und E. H. Chamberlin (1933)<sup>18</sup> erfahren. Im angelsächsischen Raume werden diese beiden Untersuchungen

<sup>15</sup> Franz Eulenburg, *Außenhandel und Außenhandelspolitik*, in: *Grundriß der Sozialökonomik*, 1929.

<sup>16</sup> Gottfried Haberler, *Der internationale Handel*, in: *Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaft*, 1933.

<sup>17</sup> J. H. v. Thünen, *Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie*, Hamburg 1826; W. Launhardt, *Die Bestimmung des zweckmäßigsten Standortes einer gewerblichen Anlage*, *Zeitschrift des Vereins Deutscher Ingenieure*, Bd. 126 (1882); A. Weber, *Über den Standort der Industrien*, 1. Teil, Tübingen 1909; W. Christaller, *Die zentralen Orte in Süddeutschland*, Jena 1933; A. Predöhl, *Das Standortproblem in der Wirtschaftstheorie*, *Weltwirtschaftliches Archiv*, Bd. 21 (1925); A. Lösch, *Die räumliche Ordnung der Wirtschaft*, 2. erw. Aufl., Jena 1944.

<sup>18</sup> Joan Robinson, *The Economics of Imperfect Competition*, London 1933. Edward H. Chamberlin, *The Theory of Monopolistic Competition*, Cambridge (Mass.) 1933.

nicht zuletzt unter dem Eindruck der schweren Wirtschaftsdepression als ein Bruch im bisherigen Denken betrachtet. Nicht mehr die Marktkräfte führen bei freiem Wirken zu einer optimalen Allokation der Produktivkräfte, sondern zu einer Übersetzung einer Branche in Form unausgenutzter Kapazitäten. Im deutschsprachigen Raum bildet von Stackelbergs „Marktform und Gleichgewicht“<sup>19</sup> (1934) die Parallele dazu und ist im angelsächsischen Gebiet dementsprechend auch ausgelegt worden, und zwar im Zusammenhang mit der damaligen politischen Konstellation in Deutschland. Unabhängig davon wird jedoch in der angelsächsischen Literatur von Stackelbergs Arbeit als ein markanter Beitrag zur Oligopoltheorie aufgeführt.

Die große Wirtschaftsdepression hat im deutschsprachigen wie auch im angelsächsischen Raum den Anstoß zu grundsätzlich neuen Überlegungen gegeben, die sich nicht mehr im Rahmen des Konjunkturzyklusses bewegen, wie z. B. W. Röpke, W. Lautenbach und C. Föhl, um nur einige zu nennen.<sup>20</sup> Im Gegensatz zu Keynes' „Allgemeiner Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ wird jedoch die Ursache nicht in einem strukturellen Sparüberhang einer technisch gesättigten Industrievolkswirtschaft gesehen. Es wird zwar die Depression ebenso als Kreislaufstörung diagnostiziert, aber das Strukturelle wird bei einigen Autoren auf einer anderen Ebene festgemacht, und zwar auf der der Wirtschaftsordnung. Die Korrespondenz von Wirtschafts- und Rechtsordnung ist das, was mit Ordoliberalismus bzw. mit den Namen Walter Eucken und Franz Böhm verbunden wird. Nicht der während der Zwischenkriegszeit praktizierte punktuelle Interventionismus, sondern eine der Marktwirtschaft konforme Ordnungspolitik sichert die Funktionsfähigkeit des marktwirtschaftlichen Systems.

Diese mehr skizzenhaft gemachten Bemerkungen, die fern von jeglicher Vollständigkeit sind, zeigen in etwa den Stand der theoretischen Überlegungen, die in den 30er Jahren lebendig gewesen sind und alles andere als Reflex des damaligen Zeitgeistes darstellen.<sup>20a</sup> Daß es auch derartige Ausführungen gab, versteht sich von selbst, nur waren sie einer eigentlichen theoretischen Ausformung nicht fähig.<sup>21</sup> In Anbetracht dieser Situation wäre daher zu erwarten

<sup>19</sup> H. v. Stackelberg, *Marktform und Gleichgewicht*, Wien, Berlin 1934.

<sup>20</sup> Vgl. G. Bombach u. a. (Hrsg.), *Wirtschaftspolitische Studien, Der Keynesianismus III*, Berlin 1981. In diesem Band sind nahezu 20 deutschsprachige Autoren angeführt und deren Beiträge auszugsweise wiedergegeben.

<sup>20a</sup> Dies schließt nicht aus, daß vor und auch noch kurz nach 1933 nicht wenige sich von den Werten angesprochen gefühlt hatten, welche der Nationalsozialismus nach außen als Fassade präsentierte hatte. Darunter fällt u. a. *Jessen*, der aus seinem Irrtum die Konsequenzen gezogen hatte und dies im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 mit seinem Leben bezahlt hat. Zu diesen ist auch H. Stackelberg zu zählen, über dessen spätere Einstellung Ulrich von Hassell in seinen nachgelassenen Tagebüchern Aufschluß gibt. (Vgl. Ulrich von Hassell „Vom anderen Deutschland“, Zürich, 4. Aufl., 1948, S. 221 und S. 240f.).

<sup>21</sup> In dieser Hinsicht verhielt sich der Nationalsozialismus gegenüber derartigen Vertretern unberechenbar. Während er *Gott-Ottilienfeld* mit seiner Gebildelehre entgegen-

gewesen, daß man nach dem Kriege die Fäden wieder dort aufgenommen hätte, wo sie 1945 durch den militärischen und politischen Zusammenbruch zunächst temporär abgerissen waren. Im Gegensatz zum anderen Teil Deutschlands hätte dem politisch nichts entgegengestanden. Trotzdem hat man sich weitgehend so verhalten, als ob man sich wie im politischen Bereich in einer Nullsituation befunden hätte.

Den krassesten Fall in dieser Hinsicht bildet wohl die Kapitaltheorie. Hier hat sich die Beschäftigung mit der temporalen Kapitaltheorie ganz nach dem angelsächsischen Raum verlagert, wo die Diskussion während der 50er Jahre noch recht rege war, sich aber dann im Laufe der 60er Jahre verlor. Hingegen bestand völlige Funkstille im deutschsprachigen Raum während dieser Zeit, als die Kapitaltheorie im eigentlichen Sinne gleichsam vom Erdboden verschwunden ist. Charakteristisch dafür ist der Artikel über Kapital im Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, der sich praktisch im Dogmenhistorischen und Terminologischen erschöpft.<sup>22</sup>

Auf dem Gebiete der Raumtheorie liegen die Dinge nicht viel besser. Hier hat neben Thünen August Lösch wohl die markantesten Beiträge geleistet. Der Umstand, daß A. Lösch nicht völlig dem Gesichtskreis der deutschsprachigen Nationalökonomie entschwunden ist, ist vor allem Stolper zu verdanken, der eine Art Reimport von Lösch aus USA durch eine Neuauflage seiner „Räumlichen Ordnung“ bewirkt hat.<sup>23</sup> Es wäre jedoch verfehlt, nunmehr eine wenn auch verspätete Aufnahme der Gedanken von Lösch im deutschsprachigen Gebiet zu erwarten. Sieht man von einigen wenigen Beiträgen von Böventer ab<sup>24</sup>, so findet man in der nach dem Krieg aufkommenden Regionalpolitik kaum raumtheoretische Überlegungen derartiger Art. Man muß die amerikanische Literatur zur Hand nehmen, u. a. W. Isard<sup>25</sup>, um Gedankengänge weiter zu verfolgen, die im deutschsprachigen Gebiet ihre Herkunft haben.

---

kam, entthob er beim „Anschluß“ Österreichs Otmar Spann sofort seines Lehrstuhls und inhaftierte ihn sogar.

<sup>22</sup> Otto Weinberger, Artikel „Kapital (I): Geschichte der Kapitaltheorie“, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 5, Göttingen 1956, S. 480-488; Hans Peter, Artikel „Kapital (II): Gesellschaftliche Theorie des Kapitals“, in: Handwörterbuch . . ., a. a. O., S. 488-494. Allerdings hebt sich davon der Beitrag über den Zins von Friedrich Lutz im Handwörterbuch der Sozialwissenschaften deutlich ab. Vgl. F. Lutz, Artikel „Zins“, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 12, Göttingen 1965, S. 434-452.

<sup>23</sup> A. Lösch, Die räumliche Ordnung der Wirtschaft, 3. Aufl., Stuttgart 1962, für die charakteristisch ist, daß sie auch heute noch lieferbar ist. Hingegen ist die 2. Auflage von 1944 bereits 1950 vergriffen gewesen.

<sup>24</sup> Vgl. E. v. Böventer, Die Struktur der Landwirtschaft, in: E. Schneider (Hrsg.), Optimales Wachstum und optimale Standortverteilung, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F., Bd. 27, Berlin 1962; derselbe, Theorie des räumlichen Gleichgewichtes, Tübingen 1962.

<sup>25</sup> Vgl. W. Isard, Location in Space Economy, New York, London 1956.

Bei der Preistheorie verhalten sich die Dinge etwas günstiger. In Krelles Oligopoltheorie findet man die theoretischen Bausteine vor, welche von Stackelberg geliefert hat. Allerdings ist es fraglich, ob der von Krelle eingeschlagene Weg bei der Erklärung des Oligopols weiterführt. Als fruchtbarer erweisen sich die Verhaltensweisen, die Erich Schneider in der Konzeption von Ragnar Frisch für den deutschsprachigen Raum erschlossen hat. Auch hier gibt es ein deutsches Pendant, und zwar K. Sting.<sup>26</sup> Ihn der Vergessenheit entrissen zu haben, ist das Verdienst Otts.<sup>27</sup>

Auf den ersten Blick scheint dies bei Euckens Ordnungsvorstellungen anders zu liegen. Bereits in den Kriegsjahren hat eine rege Diskussion über die Grundlagen der Nationalökonomie eingesetzt<sup>28</sup>, die auch nach 1945 nicht abgebrochen ist. Vor allem ist es aber die Wirtschaftspolitik Ludwig Erhards gewesen, der ordoliberalen Vorstellungen praktisch umgesetzt hat und damit, wie man meinen sollte, nicht nur in der Fachwelt, sondern auch in breiten Bevölkerungskreisen Fuß gefaßt haben sollte. Es hat sich jedoch herausgestellt, daß diese Rezeption nur an der Oberfläche geblieben ist und im Grunde genommen keine tiefen Wurzeln geschlagen hat. Als in den 70er und 80er Jahren der Mißerfolg der Keynesianischen Rezepte evident wurde, übernahm der deutschsprachige Raum neben dem Monetarismus die „angebotsorientierte“ Wirtschaftspolitik sowie die Theorie der Verfügungsrechte von USA, wobei sich weitgehend dem Bewußtsein die Tatsache entzog, damit lediglich ordoliberale Vorstellungen wieder aufzugreifen.<sup>29</sup> So entwickelte die nationalökonomische Theorie im deutschsprachigen Raum nach 1945 nicht das auf eigenem Boden Entstandene weiter, sondern präsentiert sich als eine rein Rezipierende angelsächsischer Gedanken. Es ist daher nach den Umständen zu fragen, die für ein solches erstaunliches Phänomen verantwortlich sind.

---

<sup>26</sup> K. Sting, Die polypolistische Preisbildung, Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 134 (1931).

<sup>27</sup> A. E. Ott, Marktform und Verhaltensweise, Stuttgart 1963.

<sup>28</sup> W. Eucken, Grundlagen der Nationalökonomie, Jena 1940.

<sup>29</sup> Charakteristisch ist hierfür der Vortrag von K. Borchardt, den er anläßlich der Tagung des Vereins für Socialpolitik 1980 in Nürnberg gehalten hat. Vgl. Borchardt, Die Konzeption der sozialen Marktwirtschaft in heutiger Sicht, in: O. Issing (Hrsg.), Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F., Bd. 116, Berlin 1981. Das, was unter dem Thema „Die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft in heutiger Sicht“ behandelt wird, hätte weitgehend ebenso für ein anderes westliches Land gelten können, wenn man von einigen wenigen Passagen absieht, die direkt auf das Land bezogen sind, das diese Konzeption entwickelt hat. Damit ist sicherlich ein zutreffendes Bild über die geistige Situation um diese Zeit wiedergegeben, allerdings auch mit den üblichen Klischeevorstellungen über den Ordoliberalismus, der mit dem Tod Euckens 1950 anscheinend abgeschlossen ist. Die Tatsache, daß seit 1950 dreißig Bände des Jahrbuches ORDO erschienen sind und eine Weiterführung dieser Gedanken stattgefunden hat, wird nicht zur Kenntnis genommen. Einige Hinweise in dieser Richtung gibt E. Heuß, Ordoliberalismus, in: H. G. Nutzinger (Hrsg.), Liberalismus im Kreuzfeuer, Frankfurt/Main 1986, vgl. besonders die Ausführungen auf S. 42ff.



Bei dem Verlust, den die deutschsprachige Nationalökonomie durch die Emigration in den 30er Jahren erlitten hat, wird vergessen, daß kurz nach Ende des 2. Weltkrieges ein ähnlicher Aderlaß eingetreten ist, wenn auch die Umstände gänzlich anderer Art sind. Die zugrunde liegenden Fakten sind einfach zu registrieren: 1945 ist August Lösch gestorben, 1946 Heinrich von Stackelberg und 1950 Walter Eucken. Damit sind die in den 30er Jahren noch im deutschsprachigen Raum verbliebenen tragenden theoretischen Köpfe innerhalb weniger Jahre nicht mehr präsent, und zwar zu einer Zeit, die wie keine andere darauf angewiesen war, wieder eigenen Boden unter die Füße zu bekommen. In diesen Zusammenhang ist die Rolle Erich Schneiders zu stellen, der vor allem mit seinen Lehrbüchern die deutschsprachige Nationalökonomie während der 50er und 60er Jahre theoriebildend geprägt hat. Angesichts dieses bekannten Faktums drängt sich die naheliegende Frage auf, wie die Entwicklung im deutschsprachigen Raum verlaufen wäre, wenn diese verhängnisvolle Reihe von Todesfällen nicht eingetreten wäre, zumindest nicht in diesem Ausmaße. Gegenüber diesen recht originären Köpfen tritt Erich Schneider deutlich zurück. Ein solcher Vergleich drängt sich besonders mit Heinrich von Stackelberg auf, dessen Arbeitsgebiet sich in den 30er Jahren zum Teil mit dem von Erich Schneider gedeckt hat und der ebenso wie Schneider mit dem formalen Apparat souverän umzugehen verstand. Daß die wissenschaftliche Potenz von Stackelbergs die Erich Schneiders deutlich überragt, bedarf keiner näheren Begründung. Ebenso dürfte evident sein, wer bei Nichteintritt des frühen Todes von Stackelbergs den Ton in der Wirtschaftstheorie im deutschsprachigen Raum während der 50er und 60er Jahre angegeben hätte.<sup>30</sup> Es ist nicht schwer, sich z. B. vorzustellen, welchen Weg die Kapitaltheorie dann eingeschlagen hätte. Sie wäre nicht wie bei Erich Schneider zu einer betriebswirtschaftlichen Größe verflacht, womit ihre eigentliche volkswirtschaftliche Substanz verlorengegangen ist. Erst in den 70er Jahren zeichnen sich einige Ansätze ab, die wieder auf die temporale Kapitaltheorie zurückgreifen.<sup>31</sup> Sie haben jedoch nicht vermocht, das inzwischen etablierte Denkmuster zu ändern, wie ein Blick in die zahlreichen Lehrbücher seit den 70er Jahren zeigt.

Freilich erklärt dies die damalige Dominanz Erich Schneiders nur zum Teil. Außer Erich Schneider hat es noch andere NationalökonomInnen gegeben, die

---

<sup>30</sup> Das Analoge gilt selbstverständlich auch für von *Stackelbergs* Lehrbuch. Die erste Auflage „Grundzüge der theoretischen Volkswirtschaftslehre“ ist 1943 bei Kohlhammer erschienen, die zweite, beträchtlich erweiterte Auflage 1948 bei A. Franke AG, Bern, die später als fotomechanisch gedruckte Auflage 1951 von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) übernommen worden ist. Die drei Bände von Erich *Schneiders* Lehrbuch sind im gleichen Verlag in den jeweiligen Erstauflagen in den Jahren 1946, 1948 und 1952 erschienen. Vgl. E. *Schneider*, Einführung in die Wirtschaftstheorie, 1 Teil, Tübingen 1946; 2. Teil, Tübingen 1948; 3. Teil, Tübingen 1952.

<sup>31</sup> Bei der einen Gruppe *Bernholz*, *Faber* wird J. *Grunau* (Marburg) als Doktorvater von *Bernholz* die Thematik angeregt haben. Bei *von Weizsäcker* ist es Friedrich *Lutz* in Zürich gewesen. Hingegen sind bei E. *Helmstädter*, N. *Reetz* und U. *Fehl* die Anknüpfungspunkte recht verschieden.



theoretisch interessiert gewesen sind, u. a. E. Preiser, H. Peter und auch E. Carell. Unter diesen mag der eine oder der andere (für Peter gilt dies nicht) mit den mathematischen Werkzeugen nicht sehr vertraut gewesen sein, was jedoch keine *conditio sine qua non* für theoretisches Arbeiten bildet. Sollte jedoch diese Vorstellung nach dem 2. Weltkrieg bereits zur maßgebenden geworden sein, so hätte man bereits den eigenen geistigen Boden unter den Füßen verloren und vergessen, daß die Fragestellung und nicht das formale Durchziehen eines Gedankens die Essenz theoretischer Erkenntnis ausmacht.

Von Gewicht dürfte ein anderer Umstand sein. Wie schon ausgeführt, herrschte bis 1914 die Historische Schule im deutschsprachigen Raum vor. Seit jener Zeit ist bis Ende des 2. Weltkrieges gerade knapp eine Generation verstrichen, ein Zeitraum, in welchem zwar sukzessive ihr Einfluß zurückgegangen, aber dennoch bis 1945 deutlich präsent gewesen ist. Hierauf dürfte es vor allem zurückzuführen sein, daß das Ausmaß der personellen Besetzung mit Theoretikern nicht dem entsprach, was bei der Größe des deutschsprachigen Gebietes an sich zu erwarten gewesen wäre.

In diesem Zusammenhang ist auf eine These kurz noch einzugehen, die sehr gerne vorgebracht wird, um den sog. Rückstand der nationalökonomischen Theorie in Deutschland nach dem Kriege zu erklären. Es wird dargelegt, daß aufgrund des Nationalsozialismus die deutsche Nationalökonomie in eine gewisse Isolierung geraten sei und sie daher nach 1945 einen enormen Nachholbedarf gehabt habe, um den sog. internationalen Anschluß wiederzugewinnen.<sup>32</sup> Hier wird offensichtlich ein Mythos aufgebaut, der eher dazu dient, eigenes persönliches Versagen mit dem besagten Politikum zu entschuldigen. In den deutschen Seminarbibliotheken war bei den Lehrstühlen, die theoretisch interessiert waren, unabhängig von der Größe der Universität, die angelsächsische Literatur im großen und ganzen vorhanden, wenn natürlich auch nicht vollständig. Dies betrifft die führenden angelsächsischen Zeitschriften, in denen sich in der Regel die neuen Gedanken und Überlegungen zuerst niederschlagen. Freilich ist dann mit dem Ausbruch des 2. Weltkrieges dieser Kontakt jäh abgebrochen.<sup>33</sup> Hält man sich vor Augen, was während der 40er Jahre theoretisch Neues sich im angelsächsischen Raum entwickelt hat, so handelt es sich vor allem um zwei Ansätze. Den einen stellt die Spieltheorie von Neumann-Morgenstern 1944 dar, deren geistige Verarbeitung im angelsächsischen Raum

---

<sup>32</sup> Als der Verfasser von einem längeren USA-Aufenthalt direkt zur Tagung des Vereins für Socialpolitik in Köln 1956 kam, sagte ihm ein Kollege mit einer gewissen inneren Befriedigung, daß man, anspielend auf die Tagung, nunmehr den internationalen Standard erreicht habe. Diese Aussage hat den Betreffenden sehr verwundert, denn bei seinem Aufenthalt in USA war ihm die Vorstellung völlig fremd gewesen, gleichsam als ein „unterentwickelter“ Nationalökonom dort die eigentliche Weihe für nationalökonomische Erkenntnisse erhalten zu haben.

<sup>33</sup> So kann daraus auch keine Sonderstellung für Erich *Schneider* abgeleitet werden, der während des Krieges in Aarhus gelehrt hat. Mit der Besetzung Dänemarks im April 1940 gingen auch dort die ausländischen Lichter aus.

auch nicht von einem Tag zum anderen erfolgt ist.<sup>34</sup> Der andere ist die Auseinandersetzung mit Keynes im Gewande seiner allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. Gerade hier gibt es im deutschsprachigen Raum Parallelen mit eigenen, originären Beiträgen, die Keynes zum Teil zeitlich vorausgegangen sind. Auf diese konnte man aufbauen, ohne Keynes als „eigentliche Offenbarung“ auffassen zu müssen. Erich Schneider hat hier sicherlich das Gewicht der Kreislauftheorie im Gewande von Keynes überschätzt,<sup>35</sup> was sich während der 70er Jahre wirtschaftspolitisch negativ ausgewirkt hat.

Man sollte daher mit dem Argument der Isolierung recht zurückhaltend sein, wenn es selbstverständlich auch Fälle gab, in denen es mißlich war, die eine oder andere ausländische Arbeit während der 40er Jahre nicht zur Hand gehabt zu haben. Statt dessen ist die Antwort auf einer anderen Ebene zu suchen. Es ist der allgemeine Zusammenbruch Deutschlands, der nicht nur ein politischer und ökonomischer, sondern vor allem ein geistiger ist. Das volle Ausmaß des letzteren wird um so deutlicher, je mehr die Zeit nach 1945 verstreicht. Darauf näher einzugehen, hieße den vorgegebenen Rahmen zu sprengen. Ob man die Nachkriegszeit als eine Phase der Rezeption mit der damit innewohnenden Sterilität adäquat charakterisiert, mag dahingestellt sein. Damit könnte man bestenfalls die Zeit bis Ende der 60er Jahre erfassen. Was darauf folgt, steht zwar im historischen Kontinuum der beiden vorangegangenen Jahrzehnte, stellt aber eine neue Phase dar, die nicht mehr Gegenstand vorliegender Betrachtung ist.

### Diskussion über die temporale Kapitaltheorie in den 30er Jahren

1930	Gerhard <i>Mackenroth</i> , Period of Production, Durability, and the Rate of Interest in the Economic Equilibrium	Journal of Political Economy, Vol. 38.
1931	R. van <i>Genechten</i> Über das Verhältnis zwischen der Produktivität des Kapitals, den Löhnen und Zinsen	Zeitschrift für Nationalökonomie Bd II
1932	Fritz <i>Burchardt</i> Die Schemata des stationären Kreis- laufs bei Böhm-Bawerk und Marx	Inst. f. Weltwirtschaft und Seeverkehr

<sup>34</sup> Es sei an die Arbeit von M. *Shubik*, *Strategy and Market Structure*, New York 1959, erinnert, die die erste große systematische Behandlung der Spieltheorie in Anwendung auf das Oligopol darstellt, also auf das Phänomen, bei dem man vor allem eine Lösung erwartet hat, nachdem man in der Zwischenkriegszeit bei Oligopolen in die Sackgasse indeterminierter Preisbildung geraten war.

<sup>35</sup> Dagegen hat sich u. a. W. *Röpke* mit aller Vehemenz gewendet. Dazu gehört auch Albert *Hahn*, der aus einem Saulus ein Paulus geworden war.

- |         |   |   |
|---------|---|---|
| 1932    | Edward <i>Theiss</i><br>Time and Capitalistic Production  | Journal of Political Economy,<br>Vol. XL      |
| 1933    | C. H. P. <i>Gifford</i><br>The Concept of the Length<br>of the Period of Production   | Economic Journal, Vol. XLIII                  |
| 1934    | Johan <i>Akerman</i><br>Preise und Produktion   | Zeitschrift für National-<br>ökonomie, Bd. V  |
| 1934    | K. E. <i>Boulding</i><br>The Application of the pure<br>Theory of Population Change<br>to the Theory of Capital                 | Quarterly Journal of Economics,<br>Vol. XLIII |
| 1934    | J. <i>Marschak</i><br>A Note on the Period of Production  | Economic Journal, Vol. XLIV                   |
| 1934    | Richard von <i>Strigl</i><br>Lohnfonds und Geldkapital  | Zeitschrift für National-<br>ökonomie, Bd. V  |
| 1934/35 | Ragnar <i>Nurkse</i><br>The Schematic Representation<br>of the Structure of Production  | Review of Economic<br>Studies, Vol. IIc       |
| 1935    | Howard S. <i>Ellis</i><br>Die Bedeutung der Produktions-<br>periode für die Krisentheorie                                       | Zeitschrift für National-<br>ökonomie, Bd. VI |
| 1935    | C. H. P. <i>Gifford</i><br>The Period of Production under<br>continuous Input and Point Output<br>in an unprogressive Community | Econometrica, Vol. III                        |
| 1935    | P. <i>Joseph</i> , K. <i>Bode</i><br>Bemerkungen zur Kapital- und<br>und Zinstheorie  | Zeitschrift für National-<br>ökonomie, Bd. VI |
| 1935    | Wassily <i>Leontief</i><br>Interest on Capital and Distribution:<br>A Problem in the Theory of<br>Marginal Productivity         | Quarterly Journal<br>of Economics, Vol. XLIX  |
| 1935    | Oskar <i>Morgenstern</i><br>Zur Theorie der Produktionsperiode  | Zeitschrift für National-<br>ökonomie, Bd. VI |
| 1935    | Richard von <i>Strigl</i><br>Zeit und Produktion  | Zeitschrift für National-<br>ökonomie, Bd. VI |
| 1935/36 | Marcus J. <i>Fleming</i><br>The Period of Production<br>and Derived Concepts  | Review of Economic Studies,<br>Vol. III       |

- |         |  |   |
|---------|--|---|
| 1935/36 | Oskar <i>Lange</i><br>The Place of Interest in<br>the Theory of Production   | Review of Economic Studies,<br>Vol. III                     |
| 1935/I  | Karl H. <i>Stephans</i><br>Zur neueren Kapitaltheorie  | Weltwirtschaftliches Archiv,<br>Bd. 41                      |
| 1936    | H. T. N. <i>Gaitskell</i><br>Notes on the Period of Production<br>Part I   | Zeitschrift für National-<br>ökonomie, Bd. VII              |
| 1936    | Carl <i>Iversen</i><br>Die Probleme des festen Realkapitals  | Zeitschrift für National-<br>ökonomie, Bd. VII              |
| 1936    | Frank H. <i>Knight</i><br>The Theory of Investment once more:<br>Mr. Boulding and the Austrians  | Quarterly Journal<br>of Economics, Vol. L                   |
| 1936    | I. <i>Mahr</i><br>Das Zeitmoment in der Theorie<br>des Produktionszinses   | Zeitschrift für National-<br>ökonomie, Bd. VII              |
| 1936    | A. <i>Smithies</i><br>The Austrian Theory of Capital<br>in Relation to Partial<br>Equilibrium Theory   | Quarterly Journal<br>of Economics, Vol. L                   |
| 1936    | Karl H. <i>Stephans</i><br>Zur Problematik der Zinstheorie   | Zeitschrift für National-<br>ökonomie, Bd. VII              |
| 1937    | W. <i>Eucken</i><br>Vom Hauptproblem der Kapitaltheorie  | Zeitschrift für National-<br>ökonomie                       |
| 1937    | Nicholas <i>Kaldor</i><br>Annual Survey of Economic Theory:<br>The Recent Controversy on the<br>Theory of Capital                            | Econometrica, Vol. 5  |
| 1937    | Josef <i>Steindl</i><br>Der historische Regreß in der<br>Theorie der Produktionsumwege   | Jahrbücher für National-<br>ökonomie und Statistik, Bd. 145 |
| 1939    | H. T. N. <i>Gaitskell</i><br>Notes on the Period<br>of Production Part II  | Zeitschrift für National-<br>ökonomie, Bd. IX               |
| 1939    | Rolf <i>Gocht</i><br>Der zeitliche Aufbau der Produktion<br>und das „Gesetz von der Mehrenergiebig-<br>keit zeitraubender Produktionsumwege“ | Jahrbücher für National-<br>ökonomie, Bd. 149               |

# Konjunkturtheorie in Deutschland in den Zwanziger Jahren

Von *Adolph Lowe*, Wolfenbüttel

Bertram Schefold: Ich bin sehr dankbar, daß ich für den Dogmenhistorischen Ausschuß im Verein für Socialpolitik ein Interview mit Ihnen abhalten darf, um Ihre Meinung zu erkunden über die frühere Konjunkturtheorie und Ihre Beiträge zu ihr. So ist dies auch ein Stück oral history. Sie werden ja in wenigen Tagen Ihren 95. Geburtstag feiern dürfen. Andererseits publizieren Sie seit fast 75 Jahren als Ökonom.

Unser Anlaß ist die letzte Sitzung im Dogmenhistorischen Ausschuß, die der Konjunkturtheorie zu Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts gewidmet war — wenn man so will, der Konjunkturtheorie in ihrer Entwicklung zwischen Marx und Schumpeter. Wir werden nun in Berlin uns der deutschen Nationalökonomie zwischen dem Ende des 1. Weltkriegs und 1933 zuwenden. Sie waren aktiv als Konjunkturforscher in den 20er Jahren. Wie sind Sie dazu gekommen?

Adolph Lowe: Die Frage, die Sie stellen, kombiniert einen Auszug aus meiner Biographie mit dem objektiven Tatbestand eines wissenschaftlichen Problems. Wenn es Ihnen recht ist, werde ich einleitend einige Worte über die persönliche Seite sagen, mich aber, so weit das möglich ist, darauf beschränken, Ereignisse zu erwähnen, die meine professionelle Entwicklung betreffen, wobei in der Periode, von der Sie sprechen, in der Tat Konjunkturprobleme eine wesentliche Rolle spielten. Wie wesentlich, können Sie daran sehen, daß ich zwischen 1914 und 1951 13 Papiere und ein Buch über Konjunkturprobleme veröffentlicht habe<sup>1</sup>. Das erste, das kurz vor dem Ausbruch des 1. Weltkriegs erschien<sup>2</sup>, stammt aus meinem 6. Semester. Es war ursprünglich ein Seminarpapier für das kriminologische Seminar von Franz von Liszt; ich studierte ja im Hauptfach Jurisprudenz. Das Thema war: Arbeitslosigkeit und Kriminalität. Als ich es mir vor einiger Zeit mal wieder ansah, war ich selbst erstaunt, mit welcher

---

<sup>1</sup> So z. B. Wie ist Konjunkturtheorie überhaupt möglich? *Weltwirtschaftliches Archiv* Bd. 24 (1926), S. 165–197; Zur Möglichkeit der Konjunkturtheorie, Antwort auf Franz Oppenheimer, *Weltwirtschaftliches Archiv*, Bd. 25 (1927), S. 380–384; Der gegenwärtige Stand der Konjunkturforschung in Deutschland, in: M. J. *Bonn*/M. *Palyi* (Hrsg.), *Die Wirtschaftswissenschaft nach dem Kriege*. Festgabe für Lujo Brentano zum 80. Geburtstag, Bd. 2, München, Leipzig 1925, S. 329–377; Über den Einfluß monetärer Faktoren auf den Konjunkturzyklus, in: K. *Diehl* (Hrsg.), *Beiträge zur Wirtschaftstheorie*, 2. Teil, Konjunkturforschung und Konjunkturtheorie, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 173/II, München, Leipzig 1928, S. 355–370.

<sup>2</sup> Arbeitslosigkeit und Kriminalität. Eine kriminologische Untersuchung, Berlin 1914.

Leichtigkeit ich das Wort Konjunktur gebrauchte, ohne mir natürlich damals klar gemacht zu haben, wie problematisch das ganze Phänomen ist. Mein letztes Papier mit dem Titel „Business Cycles in a Planned Economy“<sup>3</sup> wurde auf einer Konferenz des National Bureau of Economic Research in New York im Jahr 1949 vorgetragen. Von da an konzentrierte sich mein fachliches Interesse auf allgemeine Systemprobleme und vor allem auf Wachstumstheorie.

Nun möchte ich kurz erklären, wie ich in den 20er und 30er Jahren zur Konjunkturtheorie gekommen bin. Dazu muß ich in der Tat kurz ein paar persönliche Aspekte meiner Biographie erwähnen. Ich beginne damit, daß ich im Frühjahr 1915 zum Militär eingezogen, aber zum Ende desselben Jahres aufgrund einer medizinischen Fehldiagnose als dienstuntauglich nach Hause geschickt wurde. Die Situation war absolut surrealistisch — wenige Wochen vor dem Angriff auf Verdun, die blutigste Schlacht der Weltgeschichte mit 600.000 Toten. Wir wurden alle nochmal untersucht, und als er fertig war, sagte der Militärarzt: „Sie sollten keine schweren Lasten tragen, Ihr Herz verträgt das nicht. Ich glaube, ich schreibe Sie besser ‚dienstuntauglich‘.“ Auf diese Weise, als Mitte Februar meine Kompanie zum Angriff auf das Fort Duaumont geschickt wurde — von diesem Angriff kamen drei lebendig zurück — saß ich im Zug nach Hause. Ich hatte vom Feld aus mein Referendarexamen gemacht, aber ich hatte keine Lust, mich in dieser Situation ins Privatleben zurückzuziehen. Wenn schon nicht in Uniform, so wollte ich doch in Zivil eine Art Kriegsteilnehmer bleiben.

Durch Vermittlung meines alten Lehrers Franz Oppenheimer wurde ich der Sekretär einer privaten Forschungsgruppe, die sich mit Problemen der Übergangswirtschaft beschäftigte. Im Herbst 1916 schrieb ich zusammen mit einem anderen Oppenheimer-Schüler, der in einer Ministerialstellung war und deswegen unter einem Pseudonym („Labor“) veröffentlichte, eine Broschüre über die Probleme der wirtschaftlichen Demobilisation, in der wir ein detailliertes Programm verlangten. Es hieß: „Wirtschaftliche Demobilisierung“, von Labor und Löwe<sup>4</sup>.

Und nun kommt der nächste Surrealismus. Mein Chef war der Schwager von Ludendorff, der damals zusammen mit Hindenburg die Oberste Heeresleitung übernommen hatte. Mein Chef schickte eine Kopie dieser Broschüre an Ludendorff, der so beeindruckt war, daß er einen seiner Adjutanten als dauernden Verbindungsmann zu unserer Gruppe bestellte und uns damit eine offiziöse Position verlieh. Zugleich wurden wir gedrängt, die ausführliche Studie, die wir gefordert hatten, selbst zu organisieren.

In den folgenden 1 ½ Jahren wurde ein detaillierter Plan, der unsere sozialen Forderungen für die Übergangswirtschaft enthielt, in 12 Arbeitsgruppen von mehr als 100 Sachverständigen aus Kreisen der Industrie, der Gewerkschaften

<sup>3</sup> National Bureau of Economic Research (Hrsg.), Conference on Business Cycles, New York 1951, S. 390–396.

<sup>4</sup> Verlag der Kriegswirtschaftlichen Vereinigung, Berlin 1916.



und einer Anzahl Akademiker ausgearbeitet. Der Plan war im Frühjahr 1918 fertig und ausgedruckt<sup>5</sup>. Am Tag vor der Veröffentlichung wurde die ganze Auflage auf Antrag des Preussischen Kriegsministeriums beschlagnahmt mit der Begründung, daß eine öffentliche Diskussion über diese Fragen, also bitte im März 1918, den Siegeswillen zerstören würde. Der eigentliche Grund der Zensurhandlung war ganz offenbar. Unser Plan hatte sich für eine nur allmähliche Aufhebung der Zwangswirtschaft ausgesprochen, um Massenarbeitslosigkeit zu vermeiden, für eine Erweiterung dessen, was man heute Infrastruktur nennt, als Gegenstand eben dieser öffentlichen Arbeitsbeschaffung, und, um noch ein Gebiet zu erwähnen, „Innere Kolonisation“, d. h. für eine Reorganisation der Landwirtschaft. Vertreter der Großindustrie und des Großgrundbesitzes, die unheilige Allianz seit den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts, hatten davon Wind bekommen und steckten sich hinter das Kriegsministerium, das ohnehin sehr ärgerlich war, daß die Oberste Heeresleitung sich in Sachen mischte, die nun wirklich nichts mit dem Krieg zu tun hatten.

Einziges, wenn man so sagen kann, positives Ergebnis all dieser Bemühungen war, daß ich nach dem Umsturz ins Demobilmachungsamt berufen wurde. Damit begann meine siebenjährige Karriere als Mitglied der Reichsverwaltung zunächst im Demobilmachungsamt und im Arbeitsministerium. Anschließend ging ich dann für 5 Jahre ins Wirtschaftsministerium, wo ich zunächst das Sozialisierungsreferat, dann das Referat zur Bekämpfung der Inflation, d. h. der Reichsbank, und schließlich und hauptsächlich das Reparationsreferat mit der Vorbereitung der Verhandlungen mit dem ersten Komitee der anderen Seite, dem Dawes-Komitee, übernahm.

Schon bei der Untersuchung der Übergangswirtschaft und in gesteigertem Maße gilt das für die Zeit meiner Verwaltungstätigkeit, wurde mir klar, daß der in Deutschland damals herrschende Stand der Wirtschaftstheorie mit ihrer Konzentration auf die Werttheorie nicht ausreichte, um eine Wirtschaftspolitik zu begründen. Abgesehen von den Vertretern der historischen Schule, beschränkten sich die wenigen Theoretiker buchstäblich jahrelang in ihren Seminaren auf eine Diskussion des Gegenstandes von Arbeitswert- und Grenznutzentheorie.

Im Gegensatz zu heute, da die als Sachverständige in Regierungsstellen berufenen Akademiker im wesentlichen Denkschriften zu schreiben haben, war ich in der eigentlichen Verwaltung beschäftigt, machte Gesetzentwürfe und konnte positive legislatorische Vorschläge einbringen. Die zugrundeliegenden theoretischen Gedanken mußte ich mir aber schlecht und recht selber erarbeiten. In diesem Zusammenhang sind meine ersten Arbeiten über Konjunkturtheorie entstanden — gleichzeitig das Verlangen, aus dieser nicht sehr produktiven Tätigkeit herauszukommen, um mich auf wissenschaftliche Arbeit konzentrieren zu können.

---

<sup>5</sup> Soziale Forderungen für die Übergangswirtschaft, Leipzig, Berlin 1918.

Nun kommt der nächste Surrealismus. Ich war 1924 aus dem Wirtschaftsministerium ins Statistische Reichsamt versetzt worden, als Leiter der internationalen Abteilung. Dort erfuhr ich zum ersten Mal, was sich außerhalb Deutschlands, vor allem aber in empirischen Untersuchungen, auf dem Gebiet der Konjunkturforschung in Amerika abspielte: Die Namen Wesley Mitchell, Arthur Burns, und das berühmte, oder soll ich sagen berüchtigte Harvard-Barometer. Ich schlug meinem Chef Ernst Wagemann<sup>6</sup> vor, in Analogie zum Harvard-Barometer ein deutsches Institut für Konjunkturforschung aufzubauen. Er war immer *rerum novarum cupidus* und sagte: „Legen Sie mir einen Plan vor.“

Es sei offen gestanden, ich wußte zunächst keineswegs, wie ich das anfangen sollte. Mir fiel ein, daß Kiel das größte Archiv für Wirtschaftsmaterial besaß. So ging ich für eine Woche nach Kiel und fand auch wirklich eine Menge Material über internationale Konjunkturforschung. Am letzten Tag, als ich mich von Bernhard Harms<sup>7</sup>, dem Leiter des Kieler Instituts verabschiedete, fragte er plötzlich: „Wären Sie bereit, im nächsten Semester eine Vorlesung über Handelspolitik zu halten?“

Damit nahm meine Laufbahn eine neue Wendung. Nach drei Semestern, in denen ich Verwaltung in Berlin und Lehrtätigkeit verband, stellte mir Harms ein Ultimatum: „Ich bin bereit, Sie sofort zu habilitieren und Ihnen am nächsten Tag die Titularprofessur zu erteilen; unter einer Bedingung — wir schließen einen 10jährigen Kontrakt ab, der besagt, daß Sie hier im Institut eine Forschungsabteilung aufbauen.“

Nun, in der Tat — wie ich vorhin schon kurz angedeutet habe — bis dahin war das Institut im wesentlichen ein weltwirtschaftliches Archiv gewesen. Es ist unvorstellbar, was sich da an Material angesammelt hatte, zusammen mit der größten sozialwissenschaftlichen Bibliothek auf dem europäischen Kontinent. Aber systematische Forschungsarbeit war bisher nicht geleistet worden.

Zwischen 1926 und 1931 gelang es mir nun, ein solches Forschungszentrum aufzubauen. Das war gewiß nicht allein meine Leistung. Ich konnte mir die Mitarbeit erstklassiger Fachleute sichern: Gerhard Colm, Hans Neisser, Jakob Marschak, Wassily Leontief<sup>8</sup>. Ich zitiere das Urteil, das der europäische

---

<sup>6</sup> E. Wagemann, *Kreislauf und Konjunktur der Wirtschaft*, Leipzig 1927; *derselbe*, *Einführung in die Konjunkturtheorie*, Leipzig 1929.

<sup>7</sup> B. Harms, *Probleme der Weltwirtschaft*, Schriften des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Kiel 1910; *derselbe*, *Die Zukunft der Weltwirtschaft*, Kiel 1916; sowie: *Vom Wirtschaftskrieg zur Wirtschaftskonferenz*, Jena 1927.

<sup>8</sup> G. Colm, *Volkswirtschaftliche Theorie der Staatsausgaben*. Ein Beitrag zur Finanztheorie, Tübingen 1927; H. Neisser, *Der Tauschwert des Geldes*, Jena 1928; J. Marschak, *Elastizität der Nachfrage*. Zur empirischen Feststellung relativer Marktkonstanten durch Beobachtungen von Haushalt, Betrieb und Markt, Tübingen 1931; W. Leontief, *The Structure of American Economy 1919–1939. An Empirical Application of Equilibrium Analysis*, New York 1941.

Vertreter der Rockefeller-Foundation über unsere Arbeit in einem Brief an die New Yorker Geschäftsstelle fällt: „Das Institut ist eine Organisation, die als Forschungsinstitut nur mit dem National Bureau in New York verglichen werden kann.“ Ich bitte um Verzeihung für dieses Selbstlob. Es hat einen Zweck. Alle Nachkriegsadministrationen in Kiel haben bisher unter einer totalen Amnesie gelitten. Niemand dort erinnert sich, daß das Institut eine Forschungsgeschichte hatte, ehe Hitler an die Macht kam.

Von den Arbeiten, mit denen wir in diesen 5 Jahren beschäftigt waren, will ich nur ganz wenige erwähnen. Die Abteilung hatte den Namen: Abteilung für statistische Weltwirtschaftskunde und internationale Konjunkturforschung. Infolgedessen standen die internationalen Konjunkturschwankungen im Vordergrund des Interesses. Zugleich aber auch der Prozeß der Industrialisierung. Sie kennen wahrscheinlich das Buch von Walter Hoffmann<sup>9</sup>, seine Dissertation, die er unter meiner Leitung und Betreuung geschrieben hat und die wirklich wohl die erste gründliche statistische Untersuchung des Industrialisierungsprozesses war. Dazu kam der Versuch einer neuen Kapitaltheorie, die ich gemeinsam mit Fritz Burchardt entwickelte — vielleicht kennen Sie die zwei großen Aufsätze im Weltwirtschaftlichen Archiv unter Burchardts Namen über Marx und Böhm-Bawerk<sup>10</sup>. Ich erwähne noch Alfred Käblers Input-Output-Modell<sup>11</sup>, das er 10 Jahre vor der Veröffentlichung von Leontiefs Modell in seiner Doktorarbeit entwickelte. Verglichen mit Leontiefs Modell ist das seine sehr primitiv — es ist ein arithmetisches, kein algebraisches Modell. In seiner Grundstruktur antizipiert es jedoch all das, was nachher durch Leontief internationale Berühmtheit erlebt hat. Ich darf natürlich auch nicht vergessen, Colms Neuaufbau der Finanztheorie und Neissers Umbildung der Geldtheorie zu erwähnen.

Alles in allem war Kiel für Lehre wie auch für Forschung ein idealer Standort. Warum ich dennoch im Jahr 1931 einen Ruf nach Frankfurt annahm, habe ich ihnen in einem anderen Zusammenhang erklärt<sup>12</sup>. Ich war dort der Nachfolger von Grünberg. Was mich aber wirklich nach Frankfurt zog, war ein Gespräch mit dem damaligen Kurator Kurt Riezler<sup>13</sup> — dem wohl bekannten früheren Assistenten von Bethmann-Hollweg<sup>14</sup>. Riezler erklärte mir, daß er mich gerne zusammen mit Paul Tillich, Karl Mannheim, Max Wertheimer, Ernst Kantorowicz und den Mitgliedern des Instituts für Sozialforschung in ein Team einfügen

<sup>9</sup> W. Hoffmann, *Stadien und Typen der Industrialisierung*, Jena 1931.

<sup>10</sup> F. Burchardt, *Die Schemata des stationären Kreislaufs bei Böhm-Bawerk und Marx*, Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 34 (1931), S. 525–564; sowie Bd. 35 (1932), S. 116–176.

<sup>11</sup> A. Kähler, *Die Theorie der Arbeiterfreisetzung durch die Maschine*, Leipzig 1933.

<sup>12</sup> B. Schefold (Hrsg.), *Geschichte der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der J. W. Goethe-Universität*, (in Vorbereitung).

<sup>13</sup> K. Riezler, *Über Gebundenheit und Freiheit des gegenwärtigen Zeitalters*, Bonn 1929.

<sup>14</sup> K. Riezler, *Tagebücher, Aufsätze, Dokumente*, Göttingen 1972.

möchte — eine Gruppe, von der er erwartete, daß sie Frankfurt zu einem kulturellen akademischen Zentrum machen würde.

Nun, der Traum dauerte 3 Semester. Im Herbst 1933 fand ich mich als Exilant an der Universität Manchester/England. Damit möchte ich die autobiographische Skizze abschließen. Der Rest kann nachgelesen werden in einem kürzlich erschienenen Buch von Klaus Dieter Krohn über „Wissenschaft im Exil“<sup>15</sup>.

Nun also zur Sache: Ich betrachte als mein Thema „Der Stand der Konjunkturforschung in den 20er und 30er Jahren“, und zwar nicht primär aus heutiger Sicht, sondern wie es mir damals erschien und wie ich darauf reagierte.

Betrachten wir zunächst die 20er Jahre. Man muß sich darüber klar sein, daß zwischen 1919 und 1929, d. h. vom Ende des Kriegs bis zum Ausbruch der Großen Depression, es auf deutschem Boden keine Konjunkturschwankungen im üblichen Sinne gab. Die ersten 5 Jahre bis zur Stabilisierung waren ausgefüllt durch die künstliche Treibhausfunktion der Inflation, die jedenfalls bis Ende 1922 so etwas wie einen Boom, jedoch keinen genuinen konjunkturellen Boom, produzierte. Nach der Stabilisierung, d. h. zwischen 1924 und 1929, konnte man in der Tat einen wellenförmigen Verlauf beobachten: einen allmählichen und zunehmenden Aufschwung bis 1928 und dann einen ziemlich rapiden Zusammenbruch. Aber diese Schwankung war nicht verursacht durch das, was üblicherweise als Konjunkturfaktoren angesehen wird, sondern der Aufschwung war die Folge des kurzfristigen Kapitaleinstroms aus Amerika, und der Zusammenbruch war in erster Linie die Folge des radikalen Rückzugs dieser Kapitalien. Darum ist es ganz interessant, daß trotzdem in den 20er Jahren in Deutschland eine lebhafte Diskussion über Konjunkturprobleme stattfand. Nur, und das ist wichtig, diese Diskussion gründete sich auf Vorkriegserfahrungen, die bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurückreichten.

Gemeinsam war den meisten damals produzierten theoretischen Entwürfen einer Konjunkturtheorie, daß sie den Zyklus als ein *Sonderproblem* mit besonderer Betonung der Krise behandelten. Am besten kommt diese Sichtweise wohl in Müller-Armacks Beitrag zu der vierten Auflage des Handwörterbuchs der Staatswissenschaften zum Ausdruck<sup>16</sup>. Dort nennt er Konjunktur eine „die Statik ergänzende Bewegung“.

Nun muß man sich zunächst darüber klar sein, daß in den großen theoretischen Systemen jener Zeit, die mit den Namen von Jevons, Walras, Menger, Marshall, Pareto, John Bates Clark umschrieben werden können, das Konjunkturproblem entweder überhaupt nicht erwähnt, oder nur auf ein paar Seiten nebensächlich abgehandelt wurde. Natürlich gibt es da das große Wort

---

<sup>15</sup> C.-D. Krohn, *Wissenschaft im Exil: Deutsche Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler in den USA und an der New School for Social Research, Frankfurt am Main 1987*.

<sup>16</sup> L. Elster und A. Weber (Hrsg.), *Handwörterbuch der Staatswissenschaften*, Jena 1929, S. 645–677.

von Böhm-Bawerk, daß die Konjunkturtheorie das abschließende Kapitel jedes Systems sein muß — er selbst hat das Kapitel nie geschrieben. Wo Konjunkturprobleme in dieser Periode ernsthaft behandelt wurden — vor allem bei Arthur Spiethoff und Gustav Cassel<sup>17</sup> — bleibt die Beziehung zur allgemeinen Wirtschaftstheorie unklar oder wird überhaupt geleugnet.

Man muß sich ferner darüber klar sein, daß die damals herrschende allgemeine Zirkulationstheorie in den Werken der eben genannten Autoren als ein auf statischem oder dynamischem Gleichgewicht beruhender Produktions- und Verteilungsprozeß verstanden wurde. Die Steuerung dieses Prozesses wurde auf negative Rückkoppelungsmechanismen zurückgeführt: die Entwicklung von Mengen und Preisen wurde als eine gegenläufige angesehen, was immer wieder kurzfristig zu Stabilität führen sollte. Nur, wenn man das Konjunkturphänomen genau betrachtete, war der reale Zyklus durch Parallelbewegung von Mengen und Preisen, und keineswegs durch ein langfristiges Gleichgewicht, sondern durch periodische Umbrüche, mithin durch deutliche Zeichen von Ungleichgewichten charakterisiert. Soweit nun überhaupt Konjunkturtheorie in dieser Periode diskutiert wurde, basiert sie auf drei verschiedenen Hypothesen, die vor allem den Umbruch von der Hausse auf die Depression erklären sollten:

1. Der Zyklus ist ein *rein monetäres Phänomen*. Es war kein Deutscher, sondern der Engländer R. G. Hawtrey<sup>18</sup>, der das so radikal formuliert hat, aber Ludwig von Mises<sup>19</sup> und in einem gewissen Sinne Albert Hahn<sup>20</sup> waren nicht sehr weit von dieser Auffassung entfernt.

Die 2. Hypothese, für die die Namen Spiethoff und Cassel stehen, sah den Umbruch der Depression als Konsequenz einer *Disproportionalität im Produktionsprozeß*, genauer: in einer Überproduktion von Produktionsmitteln. Ich werde im folgenden noch eingehender darauf zu sprechen kommen.

Die 3. Hypothese, ebenfalls eine Disproportionalitätstheorie, lokalisierte das Mißverhältnis im Verteilungsprozeß; gemeint ist die *Unterkonsumtionstheorie*, die auf Karl Rodbertus-Jagetzow<sup>21</sup> zurückgeht und die im 19. Jahrhundert eine

---

<sup>17</sup> A. Spiethoff, Vorbemerkungen zu einer Theorie der Überproduktion, Schmollers Jb., Bd. 26 (1902); derselbe, Beiträge zur Analyse und Theorie der allgemeinen Wirtschaftskrisen, Leipzig 1905; vor allem Spiethoffs Artikel „Krisen“ im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, a. a. O.; G. Cassel, Theoretische Sozialökonomie, 5. Aufl., Leipzig 1932.

<sup>18</sup> R. G. Hawtrey, The Monetary Theory of the Trade Cycle and its Statistical Test, Quarterly Journal of Economics, Vol. 41 (1926); derselbe, Trade and Credit, London 1928.

<sup>19</sup> L. v. Mises, Theorie des Geldes und der Umlaufmittel, 2. Aufl., München, Leipzig 1924; derselbe, Geldwertstabilisierung und Konjunkturpolitik, Jena 1928.

<sup>20</sup> A. Hahn, Volkswirtschaftliche Theorie des Bankkredits, Tübingen 1920.

<sup>21</sup> K. Rodbertus-Jagetzow, Zur Erkenntnis unserer staatswirtschaftlichen Zustände, Neubrandenburg 1842; derselbe, Das Kapital. Vierter Sozialer Brief an v. Kirchmann. 2. Bd. des literarischen Nachlasses, hrsg. v. A. Wagner und T. Kozak, Berlin 1884.

beträchtliche Rolle spielte. In den 20er Jahren wurde sie vor allem von Oppenheimer und Lederer<sup>22</sup> vertreten.

Nun ist ja für alles, was ich weiterhin zu sagen habe, bedeutsam, daß Herr Kollege Kromphardt in seinem Papier<sup>23</sup> die individuellen Theorien dieser Periode im Detail beschrieben hat. Ich glaube, ich darf die Kenntnis dieses Papiers voraussetzen, und ich bin froh, sagen zu können, daß ich in allem wesentlichen mit dieser Detailbeschreibung übereinstimme. Es scheint mir daher nützlicher, sein Papier durch den Hinweis zu ergänzen, daß im Gegensatz zu der herrschenden Idee, den Zyklus als ein Sonderproblem zu betrachten, es schon damals einige Theorien gab, die den realen Zyklus als die *allgemeine Zirkulationstheorie* ansahen. Dazu möchte ich gern einige Bemerkungen machen.

Die Autoren, die hier im Vordergrund stehen, sind Schumpeter, Sombart und — in einem gewissen Maße — auch Oppenheimer. Es ist auch interessant, daß alle drei sich auf Marx berufen. Was ich hervorheben möchte, ist, daß in diesen Theorien eine Anzahl übereinstimmender, grundlegender Aspekte betont wird:

1. Alle stimmen darin überein, daß der *Zyklus ein historisch begrenztes Phänomen* ist mit einem bestimmten historischen Anfang, nämlich der industriellen Revolution, und — das ist besonders interessant — einem von damals aus voraussehbaren Ende.

2. Den nächsten Aspekt kann ich an Cassel verdeutlichen. Ich zitiere: „Die Depression schafft selbst den niedrigen Zinsfuß, der ihr ein Ende bereitet, ähnlich wie die Hochkonjunktur den Zinsfuß bis auf die Höhe steigert, wo sie zusammenbrechen wird“<sup>24</sup>. Auf den ersten Blick ein klarer Zirkelschluß. Eine Phase des Zyklus wird vorausgesetzt — sagen wir: die Depression — und aus ihr wird die Hausse abgeleitet und aus der Hausse die Depression — „die Armut kommt von der Pauvrete“.

Das Interessante dieser zweiten Stufe der Entwicklung ist, wie Schumpeter und später auch Sombart zeigen: wenn einmal *der Zyklus* historisch in Gang gesetzt ist, so *reproduziert er sich* in der Tat *von selbst*, d. h. die industrielle Revolution Ende des 18., Anfang des 19. Jahrhunderts hat eine Depression herbeigeführt, von der ausgehend man dann in der Tat so argumentieren kann wie Cassel.

3. Das dem Zyklus unterworfenen Marktsystem ist ein *offenes System*. Der Übergang von der Depression zu einem neuen Anstieg wird von allen drei Autoren nicht als endogen gesehen. Er ist wesentlich das Ergebnis zweier exogener Faktoren: technischer Fortschritt und territoriale Expansion.

<sup>22</sup> F. Oppenheimer, *System der Soziologie*, Bd. III, 2. Hlbd.; E. Lederer, *Konjunktur und Krise*, Grundriß der Sozialökonomik, Bd. IV, Tübingen 1925.

<sup>23</sup> J. Kromphardt, *Die Konjunktur- und Krisentheorie der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts*, in: B. Schefold (Hrsg.), *Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie VII*, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Neue Folge 115/VIII, 1989.

<sup>24</sup> G. Cassel, *Theoretische Sozialökonomie*, 5. Aufl., Leipzig 1932, S. 567.



4. *Kontrovers* bleibt die *Erklärung* des ‚oberen Umschwungs‘, *der Krise*. Für Schumpeter ist der technische Fortschritt das eigentlich dynamische Element<sup>25</sup>. Ich lasse an dieser Stelle Schumpeters ‚Subjektivierung‘ in Gestalt der genialen Unternehmer beiseite. Der wirklich aktive Faktor ist das objektive Phänomen technischen Fortschritts. Wieso aber erzeugt derselbe technische Fortschritt, der neben der territorialen Expansion aus der Depression herausführen kann, einen krisenhaften Umbruch? Er ist Ergebnis der Verdrängung der statischen Grenzbetriebe durch die technisch fortschrittlicheren, induziert durch einen Preisfall. Ein negativer Multiplikator reduziert Gewinne, Produktion, Beschäftigung, was bei Schumpeter in einem neuen statischen Zustand endete. Wenn man diese Statik jedoch genauer betrachtet, so ist sie eine Vorwegnahme des Keynesschen Unterbeschäftigungsgleichgewichts: ein Gleichgewicht, das aus sich heraus keine Tendenz zeigt, sich zu verändern, aber eben zugleich ein „Ungleichgewicht“ mit Unterbeschäftigung bzw. Unterauslastung darstellt. Es scheint mir keine sehr glückliche Bezeichnung zu sein, diesen Zustand mit dem Begriff ‚Statik‘ zu umschreiben.

Nun zu Sombart<sup>26</sup>. Für ihn ist der Unterschied zwischen organischen und anorganischen Produktionsfaktoren für den Ablauf des Zyklus entscheidend. Organische Produktionsfaktoren sind Rohstoffe, soweit sie nicht industriell geförderte Bodenschätze sind, aber im wesentlichen die Arbeit. Sie unterscheiden sich von anorganischen (Kohle, Eisen usw.) in ihrer Begrenztheit und weiterhin dadurch, daß es einen Punkt gibt, in dem ihre Anwendung erschöpft ist. So entsteht im Verlauf des Aufschwungs eine Disproportionalität zwischen dem Angebot an organischen und anorganischen Faktoren, die ihrerseits zu einer Preis- und Lohnsteigerung der organischen Faktoren führt. Damit wird ein Teil der bereits getätigten Investition unrentabel — eine Überinvestition mit den gleichen Konsequenzen, wie Schumpeter sie erwähnt: Preisfall und negativer Multiplikator. Sombart ist sich jedoch ganz klar, daß die Entwicklung nicht in ein neues statisches Gleichgewicht, sondern in eine Depression mündet. Obwohl er nicht den Keynesschen Term eines Gleichgewichts bei Unterbeschäftigung verwandte, beschreibt dieser Begriff der Sache nach Sombarts Vorstellung.

Ganz anders leitet nun Oppenheimer<sup>27</sup> den Umschwung ab. Für ihn ist die Landflucht das zentrale Problem der gesamten kapitalistischen Wirtschaft und nicht nur des Zyklus. Ausgehend von der historischen Entwicklung sieht er die territoriale Minorität kapitalistischer Länder von feudalen und halbfeudalen

<sup>25</sup> J. A. Schumpeter, *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*, Leipzig 1912; *derselbe*, *Business Cycles. A Theoretical, Historical and Statistical Analysis of the Capitalist Process*, New York, London 1939.

<sup>26</sup> W. Sombart, *Der moderne Kapitalismus. Historisch-systematische Darstellung des gesamteuropäischen Wirtschaftslebens, von seinen Anfängen bis zur Gegenwart*, München, Leipzig 1928.

<sup>27</sup> F. Oppenheimer, a. a. O.



Gesellschaften umgeben, aus denen ein kontinuierlicher Strom von an die Scholle gebundenen Arbeitern in die industriellen Gebiete flieht, in der Hoffnung, dort bessere Beschäftigung zu finden. Diese Landflucht drückt nun den Lohn sowohl in der kapitalistischen Landwirtschaft wie vor allem in der Industrie unter den Wert des Grenzprodukts. Der Konjunkturrückgang, der dann via Akzelerator auf die Kapitalgüterindustrie übergreift, äußert sich also zunächst in einer Krise der Konsumgüterindustrie. Die für den Konjunkturverlauf notwendige Periodizität wird bei Oppenheimer jedoch nicht abgeleitet.

Der 5. Punkt ist nun wieder allen drei Hypothesen gemeinsam und ganz entscheidend. Depressionen wiederholen sich nicht einfach: *jede Depression transformiert* durch die Verdrängung der Grenzbetriebe das *Marktsystem* von Zyklus zu Zyklus in einer bestimmten, erkennbaren Richtung. Das führt in die Richtung dessen, was Marx wachsende Konzentration und Zentralisation genannt hat. Und nun ist es interessant, daß die drei Autoren — Schumpeter würde sagen: unterschiedliche ‚Visionen‘ haben, was den Endpunkt dieser Entwicklung anbetrifft. Bei Schumpeter ist es der Sozialismus, bei Sombart eine geplante Marktwirtschaft, und bei Oppenheimer eine ungeplante, aber harmonische, liberale Marktwirtschaft. Der Gesamtprozeß von der industriellen Revolution bis zur vollendeten Transformation kann so als ‚zyklisches Wachstum‘ definiert werden.

Wenn ich es so definiere, bin ich freilich gezwungen, einen Blick auf die *Diskussion der Tatsachen* zu werfen, die durch diese Theorie erklärt werden sollen. In dieser Beziehung sind vor allem die anglo-amerikanischen Ökonomen von Bedeutung. Einige vom National Bureau, Mitchell und Burns, versuchten sogar, aus einer Tatsachenanalyse eine Theorie abzuleiten. Jedenfalls waren die Konjunkturbarometer in Harvard wie in Cambridge, England auf einer bestimmten Konzeption des Tatsachenverlaufs aufgebaut. Ein solches Unternehmen ist außerordentlich schwierig. Das statistische Rohmaterial, das uns zur Verfügung steht, ist ein buntes Gemisch von einer Anzahl ganz verschiedener Bewegungen. Außer dem Zyklus gibt es die langfristige Bewegung, den ‚Trend‘, die Saisonschwankungen und allerlei zufällige Unterbrechungen. So kam man auf die Idee, durch immer raffiniertere statistische Methoden den Zyklus aus diesem bunten Gemisch vor allem durch die Ausschaltung des Trends zu „isolieren“.

Ich gehe hier nicht auf die einzelnen statistischen Methoden ein, weil ich einen grundsätzlichen Einwand habe: jede Trend-Ausschaltung impliziert eine theoretische Hypothese, nämlich, daß Trend und Zyklus von verschiedenen Faktoren verursacht werden. Das ist durchaus richtig für die monetäre Konjunkturtheorie, die wirklich nichts mit dem Trend zu tun hat. Das gilt aber keineswegs für die Schumpeter/Sombart-Hypothese, wonach der technische Fortschritt die zentrale Determinante des Zyklus, aber zugleich doch auch der wesentliche Bestimmungsgrund des langfristigen Trends ist. Mit anderen Worten: im Gegensatz zum Atom ist der empirisch vorgefundene Zustand der Wirtschafts-

bewegung nicht aufspaltbar. Wir haben es in der Tat mit dem Phänomen eines zyklischen Wachstums zu tun.

Ich habe schon angedeutet, daß diese zweite Stufe der Entwicklung letztlich auf Marx zurückgeht. Er hat die Problematik eines zyklischen Wachstums klar antizipiert. Nun fällt Marx historisch aus dem Rahmen der mir zuerteilten Periode heraus, und offen gestanden bin ich ganz froh, denn das würde allein einen Vortrag brauchen. Ich beschränke mich auf einen von Sombart und Schumpeter übersehenen Punkt, der bei Marx zentrale Bedeutung gewinnt.

Für Marx folgt zyklisches Wachstum, in seiner Sprache, aus dem allgemeinen Gesetz der kapitalistischen Akkumulation. Aus diesem Gesetz leitet Marx aber zwei grundverschiedene zyklische Typen ab, je nachdem, ob im Zirkulationsprozeß die Proportion von Kapital zu Arbeit (capital labor ratio) konstant bleibt oder wächst. Der erste Fall, eine bloße Erweiterung des Kapitalstocks, führt nach Marx notwendig zur Überinvestition. Der Aufschwung absorbiert allmählich die Arbeitsreserven der Depression, die anfänglich niedrigen Löhne steigen, und damit wird ein Teil der Investitionen unrentabel. Der zweite Fall, arbeitssparender technischer Fortschritt, reproduziert schon während des Aufschwungs durch Freisetzung laufend die Reservearmee. Diese dynamische Unterkonsumtionstheorie beschreibt eine Entwicklung, die notwendig zum Zusammenbruch der Konsumgüterindustrien führen muß, der über den Akzelelator auch die Produktionsmittelindustrien erfaßt. In dieser letzten Phase werden die Profite nicht länger in der Produktion verwendet, sondern wenden sich der Börsenspekulation zu, womit genau die Situation beschrieben ist, die in Amerika die große Depression einleitete.

Im Hinblick auf meine spätere Arbeit ist es vielleicht von Interesse, daß Marx in seiner Betonung von zyklischem Wachstum nicht ganz konsequent war. Der erste Band des „Kapital“ behandelt die Ableitung des Mehrwerts und der Freisetzung auf der Basis eines stationären Gleichgewichts, und sogar die Theorie der erweiterten Reproduktion im zweiten Band geht vom statischen Gleichgewicht aus.

Zum Schluß nun einige kurze Bemerkungen über meine eigene weitere Entwicklung. Durch Marx angeregt, ging ich von Anfang an, wie die Brentano-Festschrift<sup>28</sup> und der Aufsatz von 1926<sup>29</sup> zeigen, davon aus, daß in einem freien Marktsystem der Zyklus *die* reale Form des industriellen Kreislaufs ist. Die letzte Konsequenz, daß nämlich — nun über Marx hinausgehend — nicht nur Makroprozesse, sondern auch partielle Mikroprozesse in einem zyklischen Koordinatensystem erforscht werden müssen, zog ich freilich erst 1935 in England in meinem Buch „Economics and Sociology“<sup>30</sup>. Die Formel „ceteris

---

<sup>28</sup> A. Lowe, Der gegenwärtige Stand der Konjunkturforschung in Deutschland, a. a. O.

<sup>29</sup> A. Lowe, Wie ist Konjunkturtheorie überhaupt möglich? A. a. O.

<sup>30</sup> A. Lowe, Economics and Sociology. A Plea for Co-Operation in the Social Sciences, London 1935.

paribus“ kann nicht länger der Analyse zugrunde gelegt werden. Jede Datenänderung muß im Rahmen einer bestimmten Konjunkturphase untersucht werden. So wirkt eine Nachfragesteigerung in einer Depression ganz anders auf Preise und Produktionsmengen als in einer Hausse.

Im übrigen kann man in meinen Arbeiten auch eine Betonung der anderen, vorher erörterten Grundstrukturen finden: die historische Begrenztheit des Zyklus, die dominierende Rolle des technischen Fortschritts und vor allem die Selbsttransformation des Systems von Zyklus zu Zyklus. In dieser Hinsicht stimmte ich 1935 vollkommen mit den späten Arbeiten Sombarts, die ich damals nicht kannte, überein. Der Trend verläuft in Richtung einer *wachsenden öffentlichen Kontrolle* im Rahmen einer Marktwirtschaft. Damit wird nun eine neue, dritte Stufe des Zirkulationsprozesses erreicht, nämlich ein Prozeß, der durch konjunkturpolitische Maßnahmen mit dem Ziel der Ausschaltung der Wellenbewegung gelenkt wird. Alsdann treten die Wachstumsprobleme in den Vordergrund, auf deren Analyse ich mich in den letzten 30 Jahren konzentriert habe.

Bertram Schefold: Herzlichen Dank!

# **Zur Entwicklung der Konjunkturtheorie im deutschen Sprachraum in der Zwischenkriegszeit**

Von *Gertrud Pütz-Neuhauser*, Salzburg

Marshall hat einmal den Ausspruch getan: „All short statements are wrong“. Mein Referat ist zwar etwas länger als ein kurzes Statement, aber hoffentlich reizt es trotzdem zum Widerspruch und läßt auch genügend Zeit für den Widerspruch und dessen allfällige Abwehr.

Ich beginne mit drei Bemerkungen über die spezifische Problematik einer Untersuchung, die sich mit der Entwicklung der Konjunkturtheorie, eingeschränkt auf die Zwischenkriegszeit und den deutschen Sprachraum, beschäftigt. (I).

Anschließend gehe ich auf das Urteil ein, das Schumpeter über die Entwicklung der Konjunkturtheorie in der Zwischenkriegszeit fällt. (II).

Zuletzt versuche ich, einige Überlegungen darüber anzustellen, ob und inwiefern die Nationalökonomie des deutschen Sprachraums in der Zwischenkriegszeit dazu beigetragen hat, die Konjunkturtheorie weiterzuentwickeln, d. h. einen Fortschritt in der Erklärung der Konjunkturschwankungen zu erzielen, und die konjunkturpolitischen Probleme einer Lösung näher zu bringen. (III).

## **I.**

Die Beschränkung meines Themas auf die Entwicklung der Konjunkturtheorie im deutschen Sprachraum während der Zwischenkriegszeit ist in zeitlicher, sprachräumlicher und theoriegeschichtlicher Hinsicht problematisch.

1. Die Zwischenkriegszeit dauerte nur zwei Jahrzehnte. Das ist auch in der Geschichte einer so jungen Wissenschaft wie der unseren ein recht kurzer Zeitraum. Die Einschränkung des Themas auf die konjunkturtheoretische Literatur des deutschen Sprachraums engt diesen Zeitraum noch weiter ein.

In den ersten Jahren nach 1918 war das Interesse der deutschsprachigen Nationalökonomien auf andere als konjunkturtheoretische Probleme konzentriert. Die Inflation stand im Vordergrund. Erst im Laufe des Jahres 1924 wandten sich die Nationalökonomien wieder dem Konjunkturproblem zu.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. H. S. *Ellis*, *German Monetary Theory 1905–1933*, Cambridge (Mass.), 1934, S. 299.

Nach 1933 verwandelte sich der Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre kräftig fließende Strom deutschsprachiger Veröffentlichungen über das Konjunkturphänomen<sup>2</sup> in ein dünnes Rinnsal. Die stattliche Zahl von Autorennamen schrumpfte zu einer kurzen Liste. Fast alles, was dem deutschen Sprachraum verloren ging, wuchs dem angelsächsischen zu. Diese „Ausziehung“ ging nicht nur auf das Konto von Hitlers Machtübernahme in Deutschland, die viele Nationalökonominnen in die Emigration trieb und dazu führte, daß Nationalökonominnen aus kleinen Sprachgruppen, die bis dahin in Deutschland publiziert hatten, sich aus den deutschsprachigen Publikationsorganen zurückzogen und den angelsächsischen zuwandten. Österreich verlor die meisten seiner besten Köpfe schon vor 1933, weil sie Berufungen an englische oder amerikanische Universitäten oder in den Economic Intelligence Service des Völkerbundes folgten. Die 1933 erschienene Spiethoff-Festschrift ist fast so etwas wie ein Abgang der deutschen Konjunkturforschung in der Zwischenkriegszeit.

Die Geschichte der deutschsprachigen Konjunkturtheorie drängt sich also praktisch auf ein Jahrzehnt zusammen — mit ein paar Ausläufern in beiden Richtungen.

2. Die Untersuchungen über das Konjunkturproblem, die in der Zwischenkriegszeit von deutschsprachigen Nationalökonominnen geschrieben wurden, sind alle in engem Kontakt mit der nichtdeutschen, vor allem englischen und amerikanischen Literatur und deren Autoren entstanden. Gerade in der Zwischenkriegszeit, in der sich die Nationalökonominnen überall neuen, schweren Problemen gegenübergestellt sahen, wurde die internationale Zusammenarbeit in der Wirtschaftswissenschaft sehr viel enger und entfaltete sich erst richtig.<sup>3</sup> Die Entwicklung der deutschsprachigen Konjunkturtheorie der Zwischenkriegszeit kann daher nicht allein für sich betrachtet werden. Sie muß in Zusammenhang mit den Leistungen gesehen werden, die in anderen Sprachräumen erbracht worden sind. Eine geschlossene Entwicklungslinie der deutschsprachigen Konjunkturtheorie gibt es nicht, weder in der Zwischenkriegszeit noch in den Jahrzehnten vorher — auch dann nicht, wenn man „deutschsprachig“ weit faßt und alle Angehörigen kleiner Sprachgruppen, die überwiegend in deutscher Sprache publiziert haben, zu den Deutschsprachigen rechnet. Hayek z. B. baut auf Mises und Spiethoff, aber auch unmittelbar auf Wicksell auf, Mises u. a. auf Wicksell und Hawtrey; Spiethoff hat Tugan-Baranowsky verarbeitet. Geht man einen Schritt weiter zurück, erscheinen Böhm-Bawerk und Jevons. Dazu kommen weitere Verknüpfungen, so etwa die mit den Vertretern der Kreditschöpfungslehre usw.

---

<sup>2</sup> Ein gutes Bild von der Anzahl der Autoren, der Vielfalt der Meinungen und der Qualität der Diskussion geben u. a. Karl *Diehl* (Hrsg.), Beiträge zur Wirtschaftstheorie. Zweiter Teil: Konjunkturforschung und Konjunkturtheorie. Wissenschaftliche Gutachten, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 173, München, Leipzig 1928, und die Festschrift für Arthur *Spiethoff*, Der Stand und die nächste Zukunft der Konjunkturforschung. Mit einem Vorwort von Josef *Schumpeter*, München 1933.

<sup>3</sup> *Ellis* äußerte diese Meinung schon 1934. Vgl. H. S. *Ellis*, a. a. O., S. 299.

3. Wenn man die Entwicklung der Konjunkturtheorie im deutschen Sprachraum während der Zwischenkriegszeit untersuchen will, steht man vor der Frage, wodurch die Konjunkturtheorie der Zwischenkriegszeit als abgrenzbare Periode in der geschichtlichen Entwicklung der Konjunkturtheorie gekennzeichnet ist.

*Wirtschaftsgeschichtlich* gesehen ist die Zwischenkriegszeit unbestritten eine eigene *konjunkturgeschichtliche Epoche*. Das Erscheinungsbild der Konjunkturschwankungen in dieser Zeit unterscheidet sich in vielen typischen Zügen vom Konjunkturverlauf vor 1914 und nach 1945. Es wird nicht nur von der Weltwirtschaftskrise geprägt. Zu seiner Eigenart gehört auch das Fehlen eines internationalen Gleichschritts der Konjunkturbewegung: Dauer und Stärke der Schwankungen sind von Volkswirtschaft zu Volkswirtschaft sehr unterschiedlich.

Betrachtet man die Zwischenkriegszeit aus dem Blickwinkel der *Geschichte der Konjunkturtheorie* im allgemeinen und der Geschichte der deutschsprachigen Konjunkturtheorie im besonderen, vermißt man eine solche ausgeprägte Eigenart. Es läßt sich vor allem keine überzeugende Grenze zwischen der Konjunkturtheorie der Vorkriegszeit und jener der Zwischenkriegszeit ziehen. Mit welchen Namen, welchen Werken endet die alte, welche Namen, welche Entwicklungen leiten um die Jahre 1914–1918 die neue Epoche ein?

Der Umstand, daß der Wandel im Erscheinungsbild der Konjunkturschwankungen allem Anschein nach zeitlich nicht mit der Herausbildung einer neuen *theoriegeschichtlichen Periode* zusammenfällt, ist im Prinzip leicht mit dem unvermeidlichen lag zwischen dem Auftreten neuer Sachverhalte und der „Anpassung“ der Wissenschaft an die veränderte Situation zu erklären. Die Wissenschaft kann auf bisher unbekannte Sachverhalte erst reagieren, d. h. neue Fragen stellen und neue Methoden entwickeln, wenn diese Sachverhalte deutlich hervorgetreten sind, beobachtet und — eventuell quantitativ — beschrieben worden sind. Darüber vergeht Zeit. Je tiefgreifender die Veränderungen sind, um so länger wird es dauern, bis sich die Wissenschaft, nach und nach und keineswegs auf einen Schlag, auf die Erklärung der neuen Sachverhalte eingestellt hat. Eines Tages müßten dann freilich die Versuche, die neuen Probleme mit neuen Methoden zu lösen, da sein.

Die Frage nach dem „Markstein“, der um die Zeit des zweiten Weltkriegs das *Ende* der Epoche kennzeichnet und von dem aus neue Wege der Konjunkturerklärung beschritten werden, könnte mit dem Hinweis auf „Keynes“ beantwortet werden. Aber *Keynes* hat zwar in der „Allgemeinen Theorie“ einige Ausführungen zum Konjunkturphänomen gemacht, jedoch keine Konjunkturtheorie entwickelt. Ist nicht eher Haberlers „Prosperity and Depression“<sup>4</sup> der Grenzstein und Wegweiser — die Verarbeitung und Zusammenfassung aller Beiträge zur Konjunkturerklärung der Zwischenkriegszeit und gleichzeitig der Aufbruch

---

<sup>4</sup> Vgl. G. *Haberler*, Prosperity and Depression, 1. Aufl., Genf 1937.

in eine Epoche der „synthetischen Konjunkturerklärung“? Oder — eine dritte Möglichkeit — markieren weder Keynes noch Haberler diese *konjunkturtheoriegeschichtliche* Epochengrenze? Kommt diese Bedeutung nicht viel eher Hicks' „A Contribution to the Theory of the Trade Cycle“<sup>5</sup> zu, die freilich erst Jahre nach dem zweiten Weltkrieg erschienen ist? Oder beginnt eine neue Epoche gar schon mit Kaleckis „A Macrodynamic Theory of Business Cycles“<sup>6</sup>, oder etwa mit Harrods „The Trade Cycle“?<sup>7</sup> Alle in Frage kommenden Werke und Autoren müssen wohl dem englischen Sprachraum zugerechnet werden.

Nach Schumpeters Auffassung beginnt etwa um die Zeit des ersten Weltkriegs eine „neue Periode der ökonomischen Analyse“<sup>8</sup>. Dieser zeitliche Zusammenfall mit dem ersten Weltkrieg sei zufällig, betont Schumpeter. Die neue Periode sei gekennzeichnet durch „noch nie dagewesenen Reichtum an statistischem Material, durch die Gewinnung neuer Resultate mit dem alten analytischen Apparat“, durch die Entwicklung der dynamischen Theorie und der Ökonometrie. Schumpeter zieht diese Periodengrenze im Hinblick auf die ökonomische Analyse im allgemeinen. Ob er sie auch für die Konjunkturtheorie im besonderen gelten lassen will, muß in Frage gestellt werden. Seine Meinung über die Entwicklung der Konjunkturtheorie in den drei Jahrzehnten nach 1914 läßt jedenfalls nicht darauf schließen. Schumpeter hat diese Meinung in der „History“ in einem „wichtigen Lehrsatz“ formuliert.

## II.

Im IV. Teil von Schumpeters „History of Economic Analysis“, überschrieben mit „1870 bis 1917 (und später)“, beginnt das 9. Unterkapitel („Nichtmonetäre Konjunkturanalyse“) des 8. Kapitels („Geld, Kredit und Konjunkturzyklus“) mit folgenden Sätzen:

„Wir wollen nunmehr weitergehen, um kurz einige Analysen der Konjunkturphänomene zu betrachten, die sich von der Hayekschen unterscheiden und nichtmonetär im *oben definierten Sinne* sind, obwohl wir dabei die Grenzen dieses Kapitels überschreiten müssen. Wir werden jedoch nicht weiter gehen als für den Beweis eines wichtigen Lehrsatzes erforderlich ist, nämlich, daß um 1914 bereits *alle* wesentlichen Fakten und Ideen der Konjunkturanalyse existierten; die folgenden dreißig Jahre brachten eine Flut statistischen und historischen Materials sowie viele neue statistische und theoretische Verfahren; durch

<sup>5</sup> Vgl. J. R. Hicks, A Contribution to the Theory of the Trade Cycle, Oxford 1950.

<sup>6</sup> Vgl. M. Kalecki, A Macrodynamic Theory of Business Cycles, Econometrica, Vol. 3 (1935).

<sup>7</sup> Vgl. R. F. Harrod, The Trade Cycle, Oxford 1936. In der Diskussion hat J. Schumann auf dieses Werk besonders hingewiesen.

<sup>8</sup> Vgl. J. A. Schumpeter, Geschichte der ökonomischen Analyse, Göttingen 1965. Aus dem Amerikanischen übersetzt nach der 2. Auflage der „History of Economic Analysis“, London 1955. Im folgenden beziehen sich alle Seitenangaben auf die deutsche Ausgabe.



Klarstellungen und Weiterentwicklungen wurde die Konjunkturforschung zum anerkannten Zweig der Volkswirtschaftslehre erweitert; sie konnten aber weder Prinzipien noch Fakten hinzufügen, die vorher nicht bereits bekannt gewesen wären.“<sup>9</sup>

In der Fußnote 107 bemerkt Schumpeter aber: „Diese Behauptung ... darf nicht in abwertendem Sinne interpretiert werden. Ich bin im Gegenteil der Ansicht, daß die in dieser Literatur verkörperte Arbeit zu der wertvollsten gehört, die jemals von Ökonomen geleistet wurde. Dies wird auch aus dem hervorgehen, was ich in Teil V darüber zu sagen habe. Und dennoch ist es wichtig zu erkennen, wie weit diese Arbeit auf den vor 1914 gelegten Fundamenten ruht.“<sup>10</sup>

Diese Bemerkung bezieht sich offensichtlich auf die *empirische* Konjunkturforschung. Im Fragment gebliebenen V. Teil — Schumpeter starb vor seiner Fertigstellung — hebt Schumpeter die Bedeutung der statistischen und nicht-statistischen Beschreibung der Konjunkturphänomene hervor und würdigt kritisch die Arbeiten der Konjunkturforschungsinstitute. Wie hoch Schumpeter das wissenschaftliche Werk seines ehemaligen Bonner Kollegen Spiethoff einschätzte, geht aus mehreren einschlägigen Stellen der „History“ hervor.

Im drittletzten Absatz des 9. Unterkapitels — und damit am Ende des IV. Teiles, kommt Schumpeter auf seinen „wichtigen Lehrsatz“ zurück. „All dies scheint ... unsere These zu erhärten: Das Wesentliche der Methoden und erklärenden Prinzipien, die in der heutigen Konjunkturanalyse Verwendung finden, stammt — wenn wir von Verfeinerungen absehen — aus der Zeit vor 1914; dieses Beispiel für die Kontinuität der Entwicklung oder die Filiation der Ideen ist um so interessanter, als nach dem ersten Weltkrieg bewußt in anderer Richtung gearbeitet wurde. Eine recht befriedigende Synthese, die alle schwerwiegenden Fakten berücksichtigt und eine ausgezeichnete Grundlage für weitere Forschungen abgegeben hätte, wäre um 1914 bereits ‚objektiv‘ möglich gewesen. Warum hat man sich nicht darum bemüht? Die Antwort scheint darin zu liegen, daß die objektive Möglichkeit eine, ihre Realisierung aber eine ganz andere Sache ist: Die Forschungsgeschichte kann ebenso wenig wie jede andere Geschichte das persönliche Element vernachlässigen. In oftmals unbedeutende Kontroversen verwickelt und in eigene Ideen und Präferenzen verliebt, haben sich die Wirtschaftswissenschaftler tapfer genug geschlagen, aber niemand stand auf, um die Leistung zu vollbringen, die in der Tat schwierig, aber richtungsweisend gewesen wäre.“ Um keinen Zweifel daran zu lassen, daß diese Synthese auch in der Zwischenkriegszeit nicht vollzogen wurde, setzt Schumpeter in der Fußnote 136 hinzu: „In der Periode nach dem ersten Weltkrieg kam Pigou (op. cit.) dieser Leistung am nächsten.“<sup>11</sup>

<sup>9</sup> Vgl. *Schumpeter*, a. a. O., S. 1362.

<sup>10</sup> Vgl. *Schumpeter*, a. a. O., S. 1362f.

<sup>11</sup> Vgl. *Schumpeter*, a. a. O., S. 1377. Es handelt sich hier um *Pigous Industrial Fluctuations*, 1. Aufl., 1927.

Im Text entschuldigt Schumpeter die NationalökonomInnen der Zwischenkriegszeit zwar dafür, daß sie es unterlassen haben, sich der schwierigen Aufgabe einer Synthese der vorliegenden Forschungsergebnisse zu unterziehen — aber nicht ohne einen leicht ironischen Unterton. Die Ökonomen hätten „damals Erklärungen für die Arbeitslosigkeit“ ausgearbeitet, „die sicherlich nicht völlig unzulänglich waren. ... Partielle und generelle, technologische und ‚monetäre‘ sowie temporäre und ‚permanente‘ Formen der Arbeitslosigkeit hätten alle in dem Bild enthalten sein müssen, das das Ergebnis eines Versuches zur Ausarbeitung einer ausgewogenen Synthese gewesen wäre ...“<sup>12</sup>.

Nur wenige Seiten später kommt, kurz nach Beginn des V. Teils, der „wichtige Lehrsatz“ erneut zur Sprache. Diese Wiederholung geht aber nicht auf Schumpeter selbst zurück. Sie ist in dem unvollendeten Manuskript der „History“ nicht enthalten. Sie entstammt der Kurzfassung der Vorlesungen, die Schumpeter 1948 in Mexiko gehalten hat. Die Herausgeberin hat diese Kurzfassung als Ersatz für die nicht fertiggestellte Einleitung des V. und letzten Teiles des Werkes eingefügt.<sup>13</sup> Die Stelle lautet: „Als aufschlußreiches Beispiel wollen wir kurz die Konjunkturtheorie besprechen, um zu zeigen, daß alle wesentlichen Ideen bereits vor 1914 entwickelt worden waren.“ In Klammern fügt die Herausgeberin hinzu: „Teil V, Kap. 4“.<sup>14</sup>

Dort findet man das Verdikt über die Entwicklung der Konjunkturanalyse noch einmal<sup>15</sup> — es ist fast wie eine Obsession: „In Teil IV, Kapitel 8, haben wir festgestellt, daß alle grundsätzlichen Ideen hinsichtlich der Phänomene der Konjunkturzyklen bereits vor 1914 erarbeitet worden waren.“ An dieser Stelle fügt Schumpeter in einer Fußnote<sup>15</sup> hinzu: „Dies gilt auch für Professor von Hayeks Theorie, soweit wir diese mit der von Professor von Mises in Verbindung bringen dürfen; andernfalls muß ich um Verzeihung bitten.“

Im Text heißt es weiter: „Außer einer kritischen Weiterentwicklung dieser Ideen ergänzte unsere Periode<sup>16</sup> diese Leistung zunächst durch reichhaltiges Datenmaterial und neue statistische Methoden für dessen Behandlung.“ Schon vor dem ersten Weltkrieg seien sogar ökonomische Programme „von der höheren Mathematik abgesehen“ von so hervorragenden Gelehrten wie Juglar, Mitchell<sup>17</sup> und Spiethoff entwickelt worden. „Nach 1919 aber boten sich unvergleichlich größere Möglichkeiten. Einige Autoren waren bereit, alle Zahlen einzubeziehen, die ihr analytischer Apparat überhaupt fassen konnte.“<sup>18</sup>

<sup>12</sup> Vgl. Schumpeter, a. a. O., S. 1377.

<sup>13</sup> Vgl. Schumpeter, a. a. O., S. 1383, Fußnote (2).

<sup>14</sup> Vgl. Schumpeter, a. a. O., S. 1390.

<sup>15</sup> Vgl. Schumpeter, a. a. O., S. 1414.

<sup>16</sup> Das ist die Zwischenkriegszeit.

<sup>17</sup> Gemeint ist W. C. Mitchells *Business Cycles*, 1913. Dieses Buch war der Vorläufer von Mitchells 1927 erschienenem Werk „*Business Cycles: The Problem and its Setting*“.

<sup>18</sup> Als Beispiel führt Schumpeter hier Pigou, *Industrial Fluctuations*, 1. Aufl., 1927, an. Dieses Werk hätte nach Schumpeters Meinung „ein Wirtschaftswissenschaftler des gleichen Typs“ vor 1914 nicht hervorbringen können.

... Andere zeigten die Tendenz, direkt im statistischen Material unterzutauchen und sowohl den bestehenden Apparat als auch die bestehenden erklärenden Hypothesen zu verschrotten.“<sup>19</sup>

Schumpeter rechnet Spiethoff ausdrücklich zu den Autoren der Zeit vor dem ersten Weltkrieg und begründet das in einer Fußnote (16): „Spiethoffs vorläufige Darstellung seiner Konjunkturanalyse als Ganzes erschien allerdings erst 1923 (sic) und sein umfassendes Werk wie auch dessen englische Übersetzung stehen noch aus. Dieser Verzug aber hatte und hat seine Ursache in dem heroischen Versuch, gewaltige Mengen an Material allein zu bewältigen.“<sup>20</sup>

Spiethoff hat die theoretische Grundlage seines Werkes, seine nichtmonetäre Überinvestitionstheorie, tatsächlich schon vor dem ersten Weltkrieg entwickelt und publiziert.<sup>21</sup>

Muß man angesichts dieses Schumpeterschen Urteils die Frage nach der Entwicklung der Konjunkturtheorie während der Zwischenkriegszeit im deutschen Sprachraum ad acta legen? Ist diese Frage etwa gar keine Frage? Wenn die Konjunkturanalyse während der Zwischenkriegszeit in allen Ländern wirklich nichts wesentlich Neues an Ideen, Methoden und erklärenden Prinzipien hervorgebracht hat, wie Schumpeter meint, kann wohl kaum ein Fortschritt in der Erklärung der Konjunkturschwankungen erzielt worden sein; dann kann die Konjunkturtheorie des deutschen Sprachraums dazu auch keinen Beitrag geleistet haben. Man muß aber die Flinte nicht ins Korn werfen. Man braucht nur den „wichtigen Lehrsatz“ Schumpeters ins richtige, d. h. ins Schumpeterische Licht zu setzen:

1. Für Schumpeter sind die Konjunkturschwankungen die Bewegungsform der kapitalistischen Wirtschaft. Konjunkturschwankungen und wirtschaftliche Entwicklung müssen daher in ihrem Zusammenhang behandelt und erklärt werden.

2. Die dem Gegenstand angemessene Analysemethode ist für Schumpeter die makrodynamische Analyse.<sup>22</sup> „Konjunkturforschung heißt Untersuchung von

---

<sup>19</sup> Schumpeter gibt dafür zwei Beispiele an: das Werk des Harvard Committee (W. M. Parsons) und Mitchell, *Business Cycles: The Problem and its Setting*, 1927. Schumpeter stellt dieses Werk Mitchells der 1928 erschienenen Konjunkturlehre *Wagemanns* an die Seite. Beide seien „eine ordnende Übersicht über Probleme, Standpunkte und Material“. (Vgl. Schumpeter, a. a. O., S. 1416).

<sup>20</sup> Siehe Schumpeter, a. a. O., S. 1414f. Die Jahreszahl 1923 muß irrtümlich angegeben sein. Spiethoffs Artikel „Krisen“ erschien in der 4. Ausgabe des Handwörterbuchs der Staatswissenschaften, Bd. IV, 1925. Das Werk wird von Schumpeter in der Fußnote 26 auf S. 996 der „History“ auch korrekt zitiert.

<sup>21</sup> Vgl. z. B. A. Spiethoff, *Vorbemerkungen zu einer Theorie der Überproduktion*, Schmollers Jahrbuch, Bd. XXVI (1902), und weitere, in Schmollers Jahrbuch erschienene Aufsätze Spiethoffs, auf die A. Löwe in seinem Beitrag zur Festgabe für Lujo Brentano hinweist. Vgl. A. Löwe, *Der gegenwärtige Stand der Konjunkturforschung in Deutschland*, in: M. J. Bonn und M. Palyi (Hrsg.), *Die Wirtschaftswissenschaft nach dem Kriege*, 2. Band: *Der Stand der Forschung*, München, Leipzig 1925, S. 331 ff.

Sequenzen von Wirtschaftslagen, die gleichzeitig Gegenstand, oder ein Teil des Gegenstandes, der Makrodynamik sind. Somit ist offensichtlich die Zusammenarbeit dieser beiden Zweige der Volkswirtschaftslehre angezeigt. Und alle Konjunkturforscher, die nicht durch mangelndes mathematisches Verständnis daran gehindert werden, hätten dies von Anfang an erkennen sollen.“<sup>23</sup>

3. Die Theorie<sup>24</sup> muß so beschaffen sein, daß sie, mit Fakten und Zahlen „ausgefüllt“, zur Erklärung realer Konjunkturphänomene und für wirtschaftspolitische Empfehlungen verwendet werden kann.

Eine Konjunkturtheorie, die die Anforderungen erfüllt, die Schumpeter an sie stellt, ist in der Zwischenkriegszeit und darüber hinaus zu Lebzeiten Schumpeters nicht entwickelt worden — außer vielleicht von Schumpeter selber in seinen „Business Cycles“<sup>25</sup>; auf diese Frage kann hier aber nicht eingegangen werden.

Die überwiegende Mehrheit der Nationalökonomien der Zwischen- und der Vorkriegszeit hat das Konjunkturphänomen unter Absehung vom Prozeß der wirtschaftlichen Entwicklung — d. h. des Wachstums unter den Bedingungen einer marktwirtschaftlichen Ordnung — analysiert. Die meisten Theorien, auch die rein monetären, sind letzten Endes nur, wie Schumpeter sagt, „verschiedene Zweige des gemeinsamen Stammes“ der „Investitionstheorien“, die die Konjunkturschwankungen lediglich als Investitionszyklen interpretieren.<sup>26</sup> Zu den Ausnahmen gehört Spiethoff. „Mit der möglichen Ausnahme von Marx hat Spiethoff als erster explizit erkannt, daß die Zyklen nicht eine unwesentliche Begleiterscheinung der kapitalistischen Evolution, sondern die wesentliche Form des kapitalistischen Wirtschaftslebens sind.“<sup>27</sup> Zur Auffassung von Schumpeter und Spiethoff neigte schon früh auch Löwe.<sup>28</sup>

Die dynamische Analyse im allgemeinen und die Makrodynamik im besonderen hat sich in der Zwischenkriegszeit — sogar ziemlich rasch — entwickelt. Es sind auch Ansätze dazu gemacht worden, die Makrodynamik zur Lösung konjunkturtheoretischer und -politischer Probleme einzusetzen. Eine integrierte makroökonomische Konjunktur- und Wachstumstheorie, die, sobald sie mit dem verfügbaren Faktenmaterial angereichert ist, konkrete, auch zur Lösung

---

<sup>22</sup> *Schumpeter* verwendet in der „History“ den Ausdruck „Dynamik“ bzw. „dynamische Analyse“ nur mehr in der Bedeutung, die ihm R. *Frisch* gegeben hat: Verknüpfung von Variablen mit verschiedenen Zeitindices. Vgl. z. B. *Schumpeter*, a. a. O. S. 1409.

<sup>23</sup> Vgl. *Schumpeter*, a. a. O., S. 1417.

<sup>24</sup> *Schumpeter* benützt das Wort „Theorie“ ausdrücklich nur in der Bedeutung von „Forschungsinstrument“, „analytischer Apparat“ u. ä., nicht im Sinne von „erklärender Hypothese“.

<sup>25</sup> J. *Schumpeter*, *Business Cycles. A Theoretical, Historical and Statistical Analysis of the Capitalist Process*, 2 Bde., New York 1939.

<sup>26</sup> Vgl. *Schumpeter*, *Geschichte der ökonomischen Analyse*, S. 1368 f.

<sup>27</sup> Vgl. *Schumpeter*, a. a. O., S. 1367.

<sup>28</sup> Vgl. A. *Löwe*, *Wie ist Konjunkturtheorie überhaupt möglich*, *Weltwirtschaftliches Archiv*, Bd. 24 (1926), S. 195.

wirtschaftspolitischer Probleme beitragende Resultate hervorbringt,<sup>29</sup> ist aber nicht entwickelt worden.

Vom Standpunkt Schumpeters aus gesehen haben die Konjunkturtheoretiker der Zwischenkriegszeit tatsächlich keinen wissenschaftlichen Fortschritt erzielt.

### III

Man muß die dargelegte Auffassung Schumpeters nicht teilen; aber auch dann, wenn man sie nicht teilt, wird man einräumen müssen, daß die Konjunkturtheorie in der *Zwischenkriegszeit* keine spektakulären Fortschritte gemacht hat. Ein radikaler Neubeginn hat sicher nicht stattgefunden. Die Konjunkturtheorie hat sich vielmehr in kleinen Schritten weiterentwickelt und letzten Endes gewandelt. Sie hat sich — wie üblich verzögert — an die veränderte Realität angepaßt. Der klassische „Konjunkturzyklus“ der Vorkriegszeit ist verschwunden und das Konjunkturproblem vom Problem der Beschäftigung und der Entwicklung des Sozialprodukts abgelöst worden. Im Zusammenhang damit ist es auch zu einer Verschiebung der Schwerpunkte im Bereich der Methoden gekommen. Das Denken in Makrogrößen, das Kreislaufdenken, die dynamische Analyse und die empirische Ausrichtung haben im Gebäude der ökonomischen Theorie, in dem bisher die mikroökonomische Statik und die „reine“ Theorie dominiert hatten, mehr und mehr an Boden gewonnen. Diese Entwicklung wird auch in der Nationalökonomie des deutschen Sprachraums deutlich sichtbar.

Sieht man von den ersten Jahren nach Krieg und Inflation ab, in denen andere ökonomische Probleme als das Konjunkturproblem im Vordergrund standen, kann man die Entwicklung der Konjunkturtheorie im deutschen Sprachraum grob in zwei Phasen unterteilen, die nicht streng voneinander geschieden sind.

In der *ersten* Phase wurde an der Erklärung des klassischen Konjunkturzyklus weitergearbeitet. Sie erreichte einen Höhepunkt mit der Züricher Tagung des Vereins für Socialpolitik im Jahr 1928. Im Vorbereitungsband dieser Tagung<sup>30</sup> präsentierte Hayek die Grundzüge seiner kreditären Überinvestitionstheorie. In dieser Phase wurde nicht nur intensiv darüber diskutiert, welche Rolle die Geldmenge und das Kreditangebot der Banken für den Konjunkturablauf

---

<sup>29</sup> In der „History“ geht *Schumpeter* ausführlich auf die Entwicklung der Makrodynamik und die Ansätze zu ihrer Verwendung für die Konjunkturerklärung ein. „Das Material, die Methode und die Resultate der modernen Makrodynamik“ seien auch „grundsätzlich im Hinblick auf die Konjunkturtheorie entwickelt“ worden (S. 1414). *Schumpeter* warnt ausdrücklich vor einer Überschätzung des Erkenntniswertes *makro-dynamischer Modelle*: „Dürftige, auf willkürliche Annahmen gegründete Konstruktionen“ dürften nicht „sofort ‚angewendet‘ und als Richtschnur für die Wirtschaftspolitik“ dargeboten werden (S. 1418). In der Entwicklung der *dynamischen* Analyse-methode sieht *Schumpeter* einen „echten Neubeginn“ (S. 1409).

<sup>30</sup> Vgl. K. Diehl (Hrsg.), a. a. O.

spielen. Auch die Bedeutung des psychologischen Faktors wurde stärker als bisher beachtet. Der schärfer werdende Blick für Methodenprobleme führte zu oft temperamentvoll geführten Auseinandersetzungen über das Verhältnis von Theorie und Empirie und zu wachsenden Zweifeln an der Brauchbarkeit der statischen Analyse für die Untersuchung von „dynamischen“ (d. h. Bewegungs-) Vorgängen in der Wirtschaft.<sup>31</sup> Dazu kamen Kontroversen über die Frage, ob und wie der konjunkturelle Prozeß wirtschaftspolitisch beeinflußt werden kann, und ob er überhaupt beeinflußt werden soll.<sup>32</sup> In dieser Diskussion trat R. Stucken für eine Politik der Konjunkturstabilisierung ein, wandte sich aber gegen das von von Mises empfohlene — ordnungspolitische — Mittel: Eine Geldverfassung, die — in der Terminologie von heute ausgedrückt — nur voll durch Primärgeld gedecktes Sekundärgeld zuläßt und damit eine Kreditexpansion der Banken mit Hilfe von zusätzlich geschaffenem Giralgeld ausschließt. Wenn man so vorgehe, schreibt Stucken, dann würde „eine Konjunkturstabilisierung wohl nur in einem ganz bestimmten Sinne erreicht: *Stabilisierung der Dauerdepression*.“<sup>33</sup>

Neben den Diskussionen, die die Entwicklung der Konjunkturtheorie förderten, gab es in der ersten Phase der Zwischenkriegszeit aber auch eine Fülle von unfruchtbaren Auseinandersetzungen — oft über Methodenfragen. Vielfach waren diese Diskussionen nur Gefechte um Worte wie „endogen“ und „exogen“, „statisch“, „stationär“ und „dynamisch“, „Konjunktur“ und „Struktur“ u. ä., wobei sich die streitenden Parteien nicht sonderlich darum bemühten, genau anzugeben, was sie jeweils mit diesen Worten meinten.

Die zweite Phase beginnt kurz nach dem Tiefpunkt der Weltwirtschaftskrise, d. h. zu der Zeit, in der sich die Zweifel daran verdichten, daß diese Krise als

<sup>31</sup> Vgl. A. Löwe, Wie ist Konjunkturtheorie überhaupt möglich?, a.a.O. Diese Abhandlung hat die Methodendiskussion auf der Züricher Tagung des Vereins für Socialpolitik angeregt. Darauf weist auch R. Stucken hin in seiner Miszelle über Neue deutsche Konjunkturliteratur, *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft*, Bd. 86 (1929), S. 146.

<sup>32</sup> In der Diskussion verwies B. Schefold auf die Meinungsverschiedenheiten darüber, ob konjunkturelle Prozesse vorhersehbar und steuerbar oder zwar vorhersehbar, aber nicht steuerbar, oder keines von beidem seien. Schumpeter und Spiethoff lehnten jede Konjunkturstabilisierungspolitik ab. Auf die Auffassung Schumpeters in dieser Frage machte in der Diskussion C. L. Holtfrerich aufmerksam. Lowe schloß sich, wie K. H. Schmidt in der Diskussion vorbrachte, der Meinung Schumpeters und Spiethoffs an.

<sup>33</sup> Vgl. R. Stucken, a.a.O., S. 149ff. Mises und Stucken gehen von der damals noch bestehenden Goldwährung aus. J. Starbatty meinte in der Diskussion, die deutsche Konjunkturtheorie der Zwischenkriegszeit habe sich als konjunkturpolitisch recht brauchbar erwiesen. Mises, Hayek und den anderen Vertretern der kreditären Überinvestitionstheorie wurde und wird aber vorgeworfen, ihre Theorie und die daraus abgeleiteten konjunkturpolitischen Empfehlungen hätten dazu beigetragen, die Weltwirtschaftskrise in Deutschland und besonders in Österreich durch deflationspolitische Maßnahmen zu vertiefen und zu verlängern. Selbstverständlich gab es Autoren, die, wie z. B. Stucken, ganz andere konjunkturpolitische Vorstellungen hatten und in der zweiten Hälfte der Zwischenkriegszeit auch Einfluß auf die Wirtschaftspolitik ausübten.



konjunkturelles Phänomen im Sinne der klassischen Konjunkturtheorie interpretiert und erklärt werden kann.<sup>34</sup> In dieser Phase wird, zunächst fast unmerklich, die Umwandlung der traditionell mikroökonomischen und statischen Konjunkturtheorie eingeleitet. Diese Umwandlung wird dann in der Zeit weitergeführt, in der die anfänglich große Zahl von Stimmen, die sich zu ökonomischen Problemen geäußert haben, sehr klein geworden ist.

Eine Sonderstellung nehmen in der Zwischenkriegszeit F. Lutz und W. Eucken ein. Beide sind der Meinung, daß Konjunkturtheorie nicht möglich und nicht notwendig sei. Beim Konjunkturphänomen handle es sich „nicht um ein allgemeines, im Wege der reinen dynamischen Theorie zu lösendes Problem“ schreibt Lutz. Jede Konjunktur sei „als einmaliges historisches Ereignis anzusehen, das es mit Hilfe der Werkzeuge der ökonomischen Theorie zu erklären gilt“.<sup>35</sup> Es sollte „der Versuch, eine allgemeine Konjunkturtheorie aufzustellen, aufgegeben werden“.<sup>36</sup> Ähnlich äußerte sich Eucken: „*Es gab und gibt keinen eigengesetzlich-zwangsläufigen Verlauf der Konjunkturen.*“ „Jede Konjunkturbewegung, also jede Veränderung des wirtschaftlichen Alltags ist *individuell*. ... Daraus ergibt sich, daß ‚dynamische Theorien‘ oder ‚Konjunkturtheorien‘, die allgemein gültige Aussagen über angeblich regelmäßig wiederkehrende Verschiebungen des konkreten wirtschaftlichen Alltags versuchen, scheitern *müssen*.“<sup>37</sup>

Die wichtigen Beiträge zur Entwicklung und Umwandlung der Konjunkturtheorie, die während der Zwischenkriegszeit im deutschen Sprachraum geleistet worden sind, lassen sich in vier Gruppen gliedern. Es sind 1. Beiträge zur Weiterentwicklung des Denkens in Makrogrößen und des Kreislaufdenkens, 2. Beiträge zur Entwicklung der dynamischen Analyse, 3. Beiträge zur Weiterentwicklung der empirisch-quantitativ ausgerichteten Konjunkturforschung und 4. Ansätze zu einer „synthetischen Konjunkturforschung“ etwa im Sinne von Haberler (und später Jöhr).

1. Die Vertreter der österreichischen Schule der Nationalökonomie standen dem Denken in aggregierten Größen ablehnend gegenüber. Der „Sieg“ ihrer Konjunkturtheorie — Haberler nennt sie „monetäre Überinvestitionstheorie“ — stand für Mises 1928 fest. Mit Hayek, dem Hauptvertreter dieser Theorie, stimmten damals die meisten Nationalökonomien darin überein, daß die Konjunkturtheorie aus der mikrostatistischen Gleichgewichtstheorie heraus ent-

<sup>34</sup> *Stucken* war einer der wenigen, die noch vor dem Ende der zwanziger Jahre erkannten, daß sich das Erscheinungsbild der Konjunkturschwankungen gewandelt hatte. Vgl. R. *Stucken*, Neue deutsche Konjunkturliteratur, a. a. O., S. 147.

<sup>35</sup> Vgl. F. *Lutz*, Spiethoff-Festschrift, a. a. O., S. 163.

<sup>36</sup> Vgl. F. *Lutz*, Spiethoff-Festschrift, a. a. O., S. 165.

<sup>37</sup> Siehe W. *Eucken*, Grundlagen der Nationalökonomie, zitiert nach der 8. Aufl., Berlin, Heidelberg, New York 1965, S. 181f. In der Diskussion sind E. *Heuß* und J. *Kromphardt* auf die von *Lutz* vertretene Meinung eingegangen. Man könnte aber argumentieren, daß *Lutz* genau genommen gar kein Konjunkturtheoretiker ist und nicht recht in die Geschichte der Konjunkturtheorie hineinpaßt. Das gleiche gilt für *Eucken*.



wickelt werden müsse. Das makroökonomische Denken und das Kreislaufdenken waren zwar nicht ganz vergessen, fanden aber erst wieder mehr Beachtung, als man sich in der Weltwirtschaftskrise von den Problemen der „klassischen“ Konjunkturbewegung abwandte und die neu aufgetretenen Probleme zu erforschen begann.

Den weitaus wichtigsten Beitrag zur Weiterentwicklung des Denkens in Makrogrößen und des Kreislaufdenkens hat im deutschen Sprachraum Carl Föhl geleistet. Föhl war Ingenieur, als er im Dezember 1935 das Manuskript seines Buches „Geldschöpfung und Wirtschaftskreislauf“<sup>38</sup> abschloß; das Studium der Wirtschaftswissenschaften hatte er damals noch gar nicht begonnen. Föhl veröffentlichte das Buch erst 1937, als Keynes' „General Theory“ schon erschienen war. Es zeigte sich, daß zwischen beiden eine enge Verwandtschaft bestand. Mit Keynes' „Treatise on Money“ setzt sich Föhl in seinem Buch eingehend auseinander. Wie E. Schneider in der Einleitung der von ihm herausgegebenen Festschrift für C. Föhl sagt, hat Föhl die Grundlage einer Theorie des Wirtschaftskreislaufes neu erarbeitet.<sup>39</sup>

Vorläufer von Föhl sind in gewisser Weise Neisser, Nöll von der Nahmer und Donner. Neisser befaßt sich in der Spiethoff-Festschrift mit der Beziehung zwischen Konjunkturtheorie und Kreislauftheorie. Er meint, die Fortschritte der Konjunkturtheorie seien im Grunde deshalb so gering gewesen, weil die Theorie des volkswirtschaftlichen Kreislaufs gegenüber den Problemen der Preis- und Einkommensbestimmung vernachlässigt worden sei. Er hält es für „sehr zweifelhaft“, ob die Konjunkturtheorie für ihre Fortschritte auf „die letzten Verfeinerungen der mathematischen Preis- und Einkommenstheorie angewiesen ist und nicht vielmehr auf einen gründlichen Ausbau der Kreislauftheorie, die methodisch an den Anfang des theoretischen Systems gehört.“<sup>40</sup>

Nöll von der Nahmer habe, so betont Föhl am Anfang seines Buches, als erster die „Unterscheidung zwischen dem Verhalten der Wirtschaft bei Vollbeschäftigung und bei Unterbeschäftigung“ bewußt hervorgehoben und „gezeigt, daß die Schlußfolgerungen, zu denen der Theoretiker gelangt, wenn er vom Zustand der Unterbeschäftigung ausgeht, durchaus verschieden sind von den Ergebnissen einer Betrachtung, die in der üblichen Weise unter stillschweigender Voraussetzung der Vollbeschäftigung angestellt wird.“<sup>41</sup>

Föhl weist auch darauf hin, daß Nöll von der Nahmer<sup>42</sup> und Donner bereits die Größen Investition, Sparen und Unternehmergewinn als neue Elemente in ihre Untersuchungen einbezogen hätten, fügt jedoch hinzu: „Aber das Eigen-

<sup>38</sup> C. Föhl, Geldschöpfung und Wirtschaftskreislauf, München, Leipzig 1937.

<sup>39</sup> Vgl. E. Schneider (Hrsg.), Wirtschaftskreislauf und Wirtschaftswachstum, Festschrift für C. Föhl, 1966, S. 2.

<sup>40</sup> Vgl. H. Neissers Beitrag zur Spiethoff-Festschrift, a. a. O., S. 207.

<sup>41</sup> Siehe C. Föhl, a. a. O., S. 8f.

<sup>42</sup> Vgl. R. Nöll von der Nahmer, Der volkswirtschaftliche Kreditfonds, Berlin 1934.

tümliche, vom Herkömmlichen Abweichende dieser Betrachtung scheint kaum erkannt worden zu sein.“<sup>43</sup>

2. Die Geschichte der dynamischen Analyse<sup>44</sup> beginnt mit Hanau, berühmt gewordenem „Schweinezyklus“. Die Untersuchung ist von Hanau, dem Landwirtssohn und Landwirtschaftstudenten, ursprünglich als Dissertation geschrieben worden.<sup>45</sup> Wenn und soweit wir Tinbergen als Nationalökonom des deutschen Sprachraums „annektieren“ dürfen, können wir auch die Leistungen des zweiten Pioniers der dynamischen Analyse den Beiträgen zur Entwicklung der Konjunkturtheorie zuordnen, die im deutschen Sprachraum erbracht worden sind. Tinbergen hat einige Abhandlungen, in denen er die dynamische Analyse verwendet, auf Deutsch publiziert: „Konjunkturforschung und Variationsrechnung“<sup>46</sup> — trotz des Titels keine konjunkturtheoretische Untersuchung —, „Ein Schiffbauzyklus?“<sup>47</sup> und „Der Einfluß der Kaufkraftregulierung auf den Konjunkturverlauf“<sup>48</sup>. Alle drei Publikationen sind *Schritte* auf dem Weg zur makrodynamischen Konjunkturanalyse. Im letzten der genannten Aufsätze geht es um die Ableitung einer „endogenen Bewegung“, für deren Entstehen, wie Tinbergen im Einklang mit Frisch sagt, die Existenz „dynamischer Zusammenhänge“ notwendig sei (S. 291).

An dritter Stelle muß O. von Zwiedineck-Südenhorst mit seinem „Gesetz der zeitlichen Einkommensfolge“ genannt werden.<sup>49</sup>

Zur Entwicklung der dynamischen Analyse haben im deutschen Sprachraum auch noch Hunscha<sup>50</sup>, Lorenz<sup>51</sup> und Mitnitzky<sup>52</sup> beigetragen.<sup>53</sup>

<sup>43</sup> Vgl. C. Föhl, a. a. O. S. 9f.

<sup>44</sup> In der Definition von R. Frisch. In der Zwischenkriegszeit verwendeten die meisten Nationalökonomien die Bezeichnung „Dynamik“ oder „dynamische Analyse“ noch im Sinne von „Analyse evolutorischer Prozesse“, häufig ohne ausdrückliche Definition.

<sup>45</sup> Vgl. A. Hanau, Die Prognose der Schweinepreise, Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung, Sonderhefte 2 und 18, Berlin 1927 und 1930. Schumpeter weist darauf hin, daß der Schweinezyklus schon 1876 von S. Benner („Benner's Prophecies of Ups and Downs in Prices“) entdeckt worden ist. Die methodische Bedeutung dieser Entdeckung blieb aber unerkannt. Vgl. J. Schumpeter, a. a. O., S. 1376f., Fußnote (135).

<sup>46</sup> Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 62 (1929).

<sup>47</sup> Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 29 (1931).

<sup>48</sup> Zeitschrift für Nationalökonomie, Bd. 5 (1934).

<sup>49</sup> Vgl. O. v. Zwiedineck-Südenhorst, Die Arbeitslosigkeit und das Gesetz der zeitlichen Einkommensfolge, Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 29 (1931).

<sup>50</sup> Hunscha, Die Dynamik des Baumarktes, Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung, Sonderheft 17, Berlin 1930.

<sup>51</sup> Lorenz, Eine Differentialgleichung der Wirtschaftsforschung und ihr Integral, Blätter für Versicherungsmathematik und verwandte Gebiete, Beilage zur Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft, Bd. 29 (1929).

<sup>52</sup> Mitnitzky, Lohn und Konjunktur vor dem Kriege, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 68 (1933).

<sup>53</sup> Tinbergen würdigte diese deutschen Autoren neben Hanau in seinen Literaturübersichten in *Econometrica*, Vol. I (1933) und Vol. III (1935).

Last not least ist Erich Schneider zu nennen, der in seinem Beitrag zur Spiethoff-Festschrift ein Programm für die Entwicklung einer dynamischen Theorie des Konjunkturablaufs entwirft.<sup>54</sup>

3. Hervorragende, international hochgeschätzte Beiträge zur Lösung der Konjunkturprobleme hat während der Zwischenkriegszeit die im deutschen Sprachraum betriebene empirisch-quantitative Konjunkturforschung geleistet. An erster Stelle sind Spiethoff (und vielleicht auch Cassel mit seiner 1918 erschienenen „Theoretischen Sozialökonomie“), das 1925 von Wagemann gegründete Berliner Institut für Konjunkturforschung und das Kieler Institut für Weltwirtschaft zu nennen. B. Harms, Gründer und Leiter des Kieler Instituts, beauftragte 1926 A. Löwe mit dem Aufbau einer Abteilung für statistische Weltwirtschaftskunde und internationale Konjunkturforschung. Die Abteilung erwarb sich rasch hohes wissenschaftliches Ansehen. Löwe stand ihr vor, bis er 1931 einem Ruf an die Universität Frankfurt folgte. Auch das Österreichische Konjunkturforschungsinstitut, von Mises ins Leben gerufen, hat fruchtbar gearbeitet. Hayek war von 1927 bis 1931 wissenschaftlicher Leiter dieses Instituts. Es war, anders als Wagemanns Berliner Institut, auf theoretisch unterbaute empirisch-statistische Forschung ausgerichtet.

Die wertvolle Arbeit des Berliner Instituts hätte für die Konjunkturerklärung viel nutzbringender sein können, wenn Wagemann nicht, auf alle „weltfremde Theorie“ verzichtend, seine eigene, auf der „Basis von Empirie und Induktion“ gründende „Konjunkturlehre“ entwickelt<sup>55</sup> und in einer jahrelangen heftigen Auseinandersetzung zäh verfochten hätte.<sup>56</sup> Die oft als „Methodenstreit“ apostrophierte Kontroverse zwischen den Vertretern der theoretischen oder deduktiven Richtung auf der einen Seite und den Vertretern der „untheoretischen“ (wie Haberler sagt) oder induktiven Richtung auf der anderen Seite hat den Fortschritt der Wissenschaft gehemmt. Die Polemiken waren nicht selten erheiternd.<sup>57</sup>

In der Spiethoff-Festschrift treten die Fronten der Auseinandersetzung deutlich hervor — trotz der gebotenen Rücksicht auf Spiethoff! Die Festschrift zeigt aber auch, daß 1933 die Fronten nicht mehr völlig verhärtet waren. Es begann sich die Einsicht zu verbreiten, daß Konjunkturtheorie und Tatsachenforschung einander brauchen. So meint auch Haberler in seinem Beitrag zur Spiethoff-Festschrift: „Daß die *Konjunkturtheorie*, die es doch mit *Massenerscheinungen* zu tun hat, der *statistischen* Bearbeitung des Erfahrungsmaterials nicht entraten und sich nicht auf die gewöhnliche Lebenserfahrung verlassen

<sup>54</sup> Vgl. E. Schneider, Spiethoff-Festschrift, a. a. O., S. 259 ff.

<sup>55</sup> Vgl. E. Wagemann, Konjunkturlehre. Eine Grundlegung zur Lehre vom Rhythmus der Wirtschaft, Berlin 1928.

<sup>56</sup> Wagemann war, wie G. Eisermann in der Diskussion hervorhob, ein guter, beeindruckender Lehrer.

<sup>57</sup> Vgl. z. B. E. Wagemann, a. a. O., S. 15 und S. 166.

kann, sollte man meines Erachtens nicht bestreiten.“<sup>58</sup> Auch Åkermann, Bruck, Colm, Löwe u. a. sprechen einer „Versöhnung“ von Theorie und empirisch-statistischer Forschung das Wort. „Ursachen und Tatsachenforschung streben in einer fruchtbaren Weise aufeinander zu — das ist wohl das wichtigste Ergebnis aus der neuesten Entwicklung der Konjunkturlehre“, schreibt Löwe.<sup>59</sup>

4. Erste Ansätze zu einer Synthese der verschiedenen Auffassungen darüber, wie die Konjunkturbewegung zu erklären ist, kann man schon darin sehen, daß gegen Ende der zwanziger Jahre die rein monetäre Konjunkturtheorie und die Unterkonsumtionstheorie immer weniger diskutiert wurden. Die rein monetäre Theorie wird im deutschen Sprachraum zu dieser Zeit nur mehr von Hahn, Röpke und Stucken vertreten. Spiethoffs Meinung, daß die Standfestigkeit der Unterkonsumtionstheorie sowohl hinsichtlich der Argumentation wie der Übereinstimmung mit den Tatsachen bedenklich sei<sup>60</sup>, findet immer mehr Zustimmung. Die monetären und die nicht-monetären Überinvestitionstheorien, die das Feld behaupten, werden in einem Prozeß von Kritik und Gegenkritik modifiziert und variiert. Dieser Prozeß, an dem Haberler und Tinbergen maßgeblich beteiligt sind, verlagert sich freilich bald nach 1933 zum großen Teil in den englischen Sprachraum. Überspitzungen und Übertreibungen werden abgebaut, Theorieelemente differenziert und relativiert, manches eliminiert, Neues aufgenommen, Akzente verlagert.

Hayek kann schon in seinem Beitrag zur Spiethoff-Festschrift feststellen: „Zumindest bezüglich der Bestimmungsgründe der Hochkonjunktur und der unmittelbaren Ursachen der Krise besteht heute zwischen den Anschauungen etwa Spiethoffs, Cassels, Wicksells und Mises' und einer großen Gruppe, im übrigen so verschieden eingestellter Autoren wie J. Åkermann, B. M. Anderson, Bresciani-Turroni, Budge, Eucken, Fanno, Fasiani, Haberler, Halm, Landauer, Machlup, Morgenstern, Robertson, Robbins, Röpke, Strigl und Ad. Weber kein wesentlicher Unterschied.“<sup>61</sup>

Wenige Jahre später, 1937, kann Haberler seine synthetische Konjunkturerklärung publizieren — auf Englisch. Die wachsende Einsicht, daß alle Theorie sich letztlich an der Erfahrung bewährend muß, hat maßgeblich zu diesem Ergebnis beigetragen. Diese Einsicht war vor allem auch eine wichtige Voraussetzung dafür, den Konflikt zwischen theoretischer und empirisch-quantitativer Konjunkturforschung zu lösen.

Ich möchte mit den Sätzen schließen, mit denen Haberler seinen Beitrag zur Spiethoff-Festschrift beendet: „Anschließend sei auch noch bemerkt, daß entgegen der Ansicht vieler Theoretiker ‚eklektische‘ Konjunkturtheorien ‚logisch‘ durchaus nicht minderwertig sind. Der Erklärungswert einer Theorie

---

<sup>58</sup> Vgl. G. Haberler, Spiethoff-Festschrift, a. a. O., S. 94.

<sup>59</sup> Vgl. A. Löwe, Spiethoff-Festschrift, a. a. O., S. 158.

<sup>60</sup> Vgl. den Beitrag von G. Clausing in der Spiethoff-Festschrift, a. a. O., S. 52.

<sup>61</sup> Vgl. den Beitrag Hayeks in der Spiethoff-Festschrift, a. a. O., S. 110.

hängt von ihrer Übereinstimmung mit der Wirklichkeit ab, und ob die Wirklichkeit ‚eklektisch‘ oder ‚rein‘, ob sie einfach oder kompliziert ist, läßt sich a-priorisch nicht entscheiden.“<sup>62</sup>

---

<sup>62</sup> Vgl. den Beitrag *Haberlers*, a. a. O., S. 103.

# **Zur Entwicklung der monetären Konjunkturtheorien: Wicksell, Schumpeter, Hahn, Mises und Hayek**

Von *Carl-Ludwig Holtfrerich*, Berlin

## **I. Einleitung**

In den Lehrbüchern zur Geschichte der Wirtschaftstheorie wird im allgemeinen konstatiert, daß die große Weltwirtschaftskrise zu Beginn der dreißiger Jahre der „modernen“ Nationalökonomie in der wirtschaftspolitischen Praxis zum Durchbruch verholfen habe, daß seitdem die besonders mit dem Namen John Maynard Keynes verknüpfte antizyklische Stabilisierungspolitik zur Milderung der Konjunkturschwankungen und zur Sicherung eines hohen Beschäftigungsstandes als theoretisch notwendige und politisch gebotene Konzeption der Wirtschaftspolitik erkannt worden sei. In der Tat hat Keynes seine Theorie vom Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung — einem Zustand, dem man nicht allein durch eine lockere Geldpolitik entgegenwirken könne, sondern durch zusätzliche Nachfrageschöpfung mittels zentralbankfinanzierter staatlicher Defizite — nach den Erfahrungen der großen Wirtschaftskrise während der dreißiger Jahre entwickelt<sup>1</sup>. Der antizyklische Einsatz der Fiskalpolitik wurde also tatsächlich erst durch die große Krise nach 1929 zum allgemeinen Bestandteil nationalökonomischen Wissens, obwohl es gerade in Deutschland schon vorher Wirtschaftstheoretiker<sup>2</sup> und Wirtschaftspolitiker gegeben hatte, die staatliche Defizite als Mittel zur Förderung der Beschäftigungslage in den Jahren des wirtschaftlichen Wiederaufbaus nach dem Ersten Weltkrieg und in dem starken Konjunktureinbruch von 1925/26 in Deutschland erkannt und befürwortet hatten<sup>3</sup>.

<sup>1</sup> John M. *Keynes*, *The General Theory of Employment, Interest, and Money*, London 1936.

<sup>2</sup> George *Garvy*, *Keynesianer vor Keynes*, in: Gottfried *Bombach* u. a., *Der Keynesianismus II: Die beschäftigungspolitische Diskussion vor Keynes in Deutschland — Dokumente und Kommentare*, Berlin 1976, S. 21–34; Claus-Dieter *Krohn*, *Wirtschaftstheorien als politische Interessen. Die akademische Nationalökonomie in Deutschland 1918–1933*, Frankfurt, New York 1981.

<sup>3</sup> Peter-Christian *Witt*, *Bemerkungen zur Wirtschaftspolitik in der ‚Übergangswirtschaft‘ 1918/19. Zur Entwicklung von Konjunkturbeobachtung und Konjunktursteuerung in Deutschland*, in: Dirk *Stegmann* (Hrsg.), *Industrielle Gesellschaft und politisches System. Beiträge zur politischen Sozialgeschichte. Festschrift für Fritz Fischer zum 70. Geburtstag*, Bonn 1978, S. 79–96; Fritz *Blaich*, *Die Wirtschaftskrise 1925/26 und die Reichsregierung. Von der Erwerbslosenfürsorge zur Konjunkturpolitik*, Kallmünz 1977; Dieter *Hertz-Eichenrode*, *Wirtschaftskrise und Arbeitsbeschaffung. Konjunkturpolitik 1925/26 und die Grundlagen der Krisenpolitik Brünnings*, Frankfurt, New York 1982.

Ansonsten aber waren bereits die zwanziger Jahre die Periode, in der sich in der Wirtschaftstheorie die Erkenntnis durchsetzte, daß der Staat eine aktive Rolle zur Stabilisierung der Konjunktur zu übernehmen habe, allerdings mittels einer Steuerung und Kontrolle der Zentralbankgeldmenge und auf diese Weise des Kreditvolumens der Wirtschaft. Das rückt die damalige Entwicklung der Theorie an den Anfang moderner Vorstellungen von Milton Friedman und seiner Schule. Die Monetaristen Friedmanscher Prägung anerkennen bekanntlich die Notwendigkeit einer staatlichen Stabilisierungspolitik mittels einer Verstetigung des Geldmengenwachstums, während die extremen Vertreter der Theorie der rationalen Erwartungen nicht nur die antizyklische Fiskalpolitik, sondern auch eine antizyklische oder geldmengenorientierte Stabilisierungspolitik der Zentralbank für vergeblich, ja für störungsverstärkend halten.

In den angelsächsischen Ländern standen für diese Entwicklung der sog. *monetären* oder *kreditären* Konjunkturtheorie besonders die Namen Irving Fisher, Ralph G. Hawtrey, Dennis H. Robertson und der frühe John M. Keynes<sup>4</sup>. Sie alle rückten den Zusammenhang zwischen realwirtschaftlichen Entwicklungen und Änderungen im Geld- und Kreditvolumen der Wirtschaft als zentrale Erklärung des Konjunkturphänomens ins Blickfeld und leiteten daraus die Forderung nach einer stabilitätsorientierten Kreditkontrolle durch die Zentralbank ab. Irving Fisher ging sogar so weit, die lange amerikanische Hochkonjunktur der zwanziger Jahre bei fast völliger Preisstabilität für den Anfang einer „ewigen Prosperität“ zu halten, die durch die Kreditpolitik des Federal Reserve Systems ermöglicht würde<sup>5</sup>. Er bewahrte diesen Optimismus bis tief in die Weltwirtschaftskrise hinein, verlor dabei allerdings den Großteil seines Vermögens.

---

<sup>4</sup> Irving Fisher, *The Purchasing Power of Money*, New York 1911; Ralph G. Hawtrey, *Currency and Credit*, London 1919; Dennis H. Robertson, *Banking Policy and the Price Level*, London 1926. John M. Keynes, *Treatise on Money*, London 1930.

<sup>5</sup> Wilhelm Röpke, *Ewige Prosperität?* in: *Der Deutsche Volkswirt*, Nr. 19 vom 6. Februar 1931. Vgl. W. Röpke, *Krise und Konjunktur*, Leipzig 1932, S. 83 u. 108. In der Diskussion des Referates regte Jochen Schumann an, darauf hinzuweisen, daß bis in die dreißiger Jahre hinein „Konjunkturtheorien der vollbeschäftigten Ressourcen“ entwickelt wurden. Der eigentliche Schritt zur „modernen“ Theorie sei erst in und nach der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre mit der Entwicklung von „Konjunkturtheorien nicht-vollbeschäftigter Ressourcen“, also mit der theoretischen Begründung aktiver Beschäftigungspolitik vollzogen worden. Ernst Heuss wies in der Diskussion vor allem auf Wilhelm Lautenbachs und Wilhelm Röpkes bahnbrechende Rolle bei der Entwicklung einer „modernen“ Beschäftigungstheorie in Deutschland hin. Vgl. dazu Wilhelm Lautenbach, *Zins, Kredit und Produktion*, Wolfgang Stützel (Hrsg.), mit einem Vorwort von Wilhelm Röpke, Tübingen 1952, bes. das Vorwort und S. 155–166.



## II. Erkenntnisse aus der Entwicklung der monetären Konjunkturtheorie

Die monetäre Konjunkturtheorie entwickelte sich in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre im deutschen Sprachraum zu einer „herrschenden Lehre“, wenn man als ihre Vertreter alle diejenigen Konjunkturtheoretiker dazuzählt, die im Geld- und Kreditbereich eine wichtige Ursache zumindest für die Verstärkung der wirtschaftlichen Wechsellagen und damit eine zentrale Möglichkeit zur Glättung der Konjunkturausschläge sahen. In den Bänden 173/II und 175 der Schriften des Vereins für Socialpolitik im Zusammenhang mit der Jahrestagung 1928 kommt dies zum Ausdruck. Bei allen Nuancen im Detail haben die Vertreter der neuen Lehre Bahnbrechendes geleistet auf dem Weg zu einer „modernen“ Nationalökonomie. Die neuen Einsichten bedeuteten eine Überwindung der Vorstellungen, die durch die Klassiker (bes. durch Smith, Say und Ricardo) geprägt worden waren und bis ins zwanzigste Jahrhundert nachwirkten. Sie betreffen folgende Punkte:

1. Die Annahme von der Neutralität des Geldes — vom „Geldschleier“, der die realwirtschaftlichen Vorgänge und Entwicklungen nur verdeckte, nicht verändere, wird aufgegeben. Geld- und kreditpolitisches Verhalten rückt als monetäre Ursache in das Zentrum der Erklärung realwirtschaftlicher Abläufe statt nur der Preis- und Wechselkursentwicklungen.
2. Die Zyklizität oder Periodizität des Konjunkturverlaufs wird anerkannt. D. h. es wird nicht nur wie bei den Klassikern eine Erklärung der Krise oder der Überspekulation gesucht, sondern die verschiedenen Konjunkturstadien werden als integraler Bestandteil einer repetitiven wellenförmigen Bewegung sowohl der Preisentwicklung als auch der Wirtschaftsaktivität gesehen mit der Folge, daß die Bekämpfung des Konjunkturabschwungs mit der Dämpfung des Aufschwungs einsetzen muß und umgekehrt.
3. Die Möglichkeit und Notwendigkeit einer konjunkturstabilisierenden Politik durch geld- und kreditpolitische Maßnahmen der Zentralbank wird erkannt.
4. Der Geldcharakter des von Geschäftsbanken geschöpften Kredits wird voll anerkannt.
5. Es setzt sich die Erkenntnis durch, daß das Saysche Theorem (das bei der Produktion entstehende Einkommen besorgt jeweils die kaufkräftige Nachfrage für den Absatz der Produkte) nur für eine Wirtschaft mit wenig entwickeltem Kreditsektor gelten kann, daß divergierende Entwicklungen von realem Angebot und effektiver Nachfrage das Konjunkturphänomen ausmachen und daß eine Verstetigung der Nachfrageentwicklung durch kreditpolitische Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaftsentwicklung beiträgt.
6. Die Banken werden nicht mehr als *Vermittler* gesehen, die die ihnen überlassenen Spargelder und sonstigen Einlagen an verschuldungsbereite Unternehmer (oder den Staat) in Form von Krediten übertragen (Passivge-

- schaft primär, Aktivgeschäft sekundär), sondern sie sind *Produzenten* von Kredit, indem sie (befristete) Schulden ihrer Kreditnehmer ankaufen (primäres Aktivgeschäft) und ihnen in dieser Höhe zusätzliche Gutschriften auf jederzeit fälligen Girokonten übertragen (sekundäres Passivgeschäft). Der Zins wird nicht mehr als Preis interpretiert, der das Ersparnisaufkommen mit der Nachfrage nach Krediten jederzeit zum Ausgleich bringt, sondern als eine Gebühr für den Vorteil der größeren Liquidität, die für den Kreditnehmer aus dem Schuldentausch mit der Bank im Zuge des Kreditgeschäfts entsteht<sup>6</sup>.
7. Es wird die Vorstellung überwunden, daß für die Gleichheit von Sparen und Investieren die kreditfinanzierte Investitionstätigkeit jeweils nur soweit ausgedehnt werden könne, wie zuvor über erhöhte Spartätigkeit zusätzliche „loanable funds“ entstanden seien. Statt dessen wird erkannt, daß vor allem über die konjunkturtypischen Preis- und Beschäftigungsschwankungen Zwangsspar- und Zwangsentparprozesse ablaufen, die die volkswirtschaftliche Ersparnisbildung an das jeweilige Niveau der Investitionstätigkeit anpassen<sup>7</sup>.
  8. Es wird erkannt, daß die im Zeitalter der Hochindustrialisierung beobachtete überproportionale Ausdehnung und Schrumpfung der Investitionsgüterproduktion (im Vergleich zur Konsumgüterproduktion) ohne Anerkennung des Einflusses der sog. zusätzlichen (oder inflatorischen) Kreditgewährung auf die Kapitalbildung nicht erklärbar ist<sup>8</sup>.
  9. Bei einem Teil der monetären Konjunkturtheoretiker setzt sich auch folgende Ansicht durch: Bei entwickeltem Banksystem und bargeldlosem Zahlungsverkehr ist die Elastizität in der Kreditgeldversorgung der Wirtschaft so groß, daß die Nachfrage nach Kreditgeld sich ein entsprechendes Angebot selbst verschaffen kann. Es entsteht dadurch eine inhärente Instabilität des Geld- und Kreditsystems, d. h. eine Abweichung vom Gleichgewicht, gleichgültig in welche Richtung, tendiert dazu, sich zu vergrößern<sup>9</sup>.
  10. Es bildet sich weiterhin die Erkenntnis heraus, daß die traditionelle Anpassung des Kreditvolumens an die Reserven, die für das Zentral- und Geschäftsbankverhalten besonders unter dem Goldstandard typisch war, zur „immanenten Instabilität des Kreditumfangs“ (R. G. Hawtrey)<sup>10</sup> und

---

<sup>6</sup> Ludwig Albert *Hahn* hatte die später *Keynes* zugeschriebene Liquiditätspräferenztheorie des Zinses bereits 1920 erkannt. Vgl. Gottfried *Haberler*, *Prosperität und Depression. Eine theoretische Untersuchung der Konjunkturbewegungen*, 2. Aufl., Tübingen, Zürich 1955, S. 199 u. 495.

<sup>7</sup> Wie zentral die Vorstellung eines „Zwangssparens“ mit der Entwicklung der monetären Konjunkturtheorie verknüpft ist, dokumentiert die Studie von Rudolf *Nantke*, *Eine Untersuchung über den Zwangsprozeß im Konjunkturzyklus*, Diss. Frankfurt/M. 1933, Düren 1934.

<sup>8</sup> Dies wird sehr eindrucksvoll herausgestellt von Emil *Lederer*, *Konjunktur und Krise*, in: *Grundriß der Sozialökonomik*, IV. Abt., Tübingen 1925, S. 379–384. Vgl. auch E. *Lederer*, *Ort und Grenze des zusätzlichen Kredits*, *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, Bd. 63 (1930), S. 513–522.

<sup>9</sup> G. *Haberler*, *Prosperität*, S. 27.

deshalb zum Rhythmus der Konjunkturen führt. Von dort bedeutet es nur noch einen kleinen Schritt zu fordern, daß zur Vermeidung konjunktureller Störungen das Kreditvolumen der Wirtschaft dem Wachstum des Produktionspotentials statt dem Umfang der Gold- oder Bargeldreserven angepaßt werden sollte.

### III. Die Wegbereiter: Wicksell und Schumpeter

*Knut Wicksell* nimmt deshalb einen so hervorragenden Platz in der Geschichte der ökonomischen Theorien allgemein und der Geldtheorien im besonderen ein, weil er um die Wende zum zwanzigsten Jahrhundert mit der seit den Klassikern geprägten Tradition brach, geldtheoretische Fragen primär unter dem Gesichtspunkt der Wirkung des Bargeldvolumens auf die Preise zu untersuchen<sup>11</sup>. Wicksell erkannte die dominierende Rolle, die der Bankkredit, von Banken geschöpftes Buchgeld, als Tauschmittel im Geschäftsleben und als Bestimmungsfaktor der Preisniveauentwicklung gegen Ende des 19. Jahrhunderts erlangt hatte. Er stellte folgende Frage in den Mittelpunkt seiner Untersuchung:

„Hat man vielleicht unter den gegenwärtigen Verhältnissen, wo die Hauptmasse der Umsatz- und Kreditmittel immer mehr durch die Hände der Banken geht, eben in diesem Umstand die allgemeinste Ursache zu den aktuellen Veränderungen des Preisniveaus und folglich in einer geeigneten Regelung der Bankpolitik das wirksamste Mittel zur Stabilisierung der Preise zu erblicken?“<sup>12</sup>

Wicksell erkannte die Elastizität, die durch die gewachsene Bedeutung des Bankensektors in die Geldversorgung der Wirtschaft hineingekommen war, und die daraus für die Erklärung und Steuerung der Preisniveauentwicklung zu ziehenden Konsequenzen. Charakteristisch für den Unterschied zwischen Wicksells Betrachtung der Rolle des Geldes und der bis dahin dominierenden klassischen Quantitätstheorie ist folgende Äußerung Wicksells: Durch die zunehmende Bedeutung des Kreditgeldes werde das Geld immer flüssiger, ...

„... das Angebot an Geld schmiegt sich mehr und mehr jeder beliebigen Höhe der Nachfrage an. Und vollends bei dem mehrfach erwähnten idealen Zustand, wo alle und jede Zahlung — und folglich auch alle Darlehnsengeschäfte — auf dem Weg des Check- und Giroverkehrs geschehen, kann man von einem Angebot (supply) an Geld als selbständiger, von der Nachfrage nach Geld verschiedener Grösse nicht mehr reden. So

<sup>10</sup> Zit. n. Albrecht *Forstmann*, Volkswirtschaftliche Theorie des Geldes, 2. Bd.: Monetäre Ökonomie, Berlin 1955, S. 640.

<sup>11</sup> Bahnbrechend war: Knut *Wicksell*, Der Bankzins als Regulator der Warenpreise, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 68 (1897), S. 228–243; K. *Wicksell*, Geldzins und Güterpreise. Eine Studie über die den Tauschwert des Geldes bestimmenden Ursachen, Jena 1898. Die Beiträge von *Wicksell*, *Schumpeter*, *Hahn*, *Mises* und *Hayek* zur Entwicklung der Geld- und Währungstheorie werden — unter einer anderen Fragestellung — auch in dem Beitrag von Gerd *Hardach* zu diesem Band diskutiert. Berührungspunkte gibt es auch mit dem Referat von Gertrud *Pütz-Neuhauser*.

<sup>12</sup> *Wicksell*, Geldzins, S. 73.

viel Geld bei den Banken nachgefragt wird, so viel können sie — die Solidität des Borgers vorausgesetzt — auch leihen. ... Das ‚Angebot an Geld‘ wird also durch die Nachfrage selbst geschaffen.“<sup>13</sup>

Wicksell stellte die Frage nach der Wirkung monetärer Entwicklungen nicht nur auf die Preise, sondern auch auf das Niveau der Investitionen sowie der Produktion und Beschäftigung und forderte ein Konzept für die Untersuchung des Einflusses der jeweiligen monetären Nachfrage auf das gesamtwirtschaftliche Produktionsniveau. Wie Schumpeter besonders hervorhebt, sagte sich Wicksell mit der Entwicklung des Konzepts einer aggregierten gesamtwirtschaftlichen Nachfragekurve vom Sayschen Theorem der Klassiker los und wurde damit zum „Schutzheiligen“ aller der späteren Wirtschaftstheoretiker, die ebenfalls mit dem Sayschen Theorem brachen<sup>14</sup>.

Darüber hinaus und für die nachfolgende Entwicklung monetärer Konjunkturtheorien noch unmittelbarer von Bedeutung wurde Wicksells bekannte „Zinsspannentheorie“ mit der Unterscheidung eines „natürlichen“ oder Realzinssatzes einerseits und eines Markt-, Bank- oder Geldzinssatzes andererseits. In der Tradition der Klassiker war vor Wicksell bis hin zu Böhm-Bawerk der Markt- oder Geldzinssatz als monetärer Reflex des Realzinssatzes, d. h. der physischen Grenzproduktivität des Realkapitals, interpretiert worden, ohne daß den damals auch beobachteten Abweichungen der beiden Zinsraten andere Wirkungen als nur rein monetäre zugeschrieben wurden, die über Geldmengen- und Preisänderungen die Übereinstimmung der beiden Zinssätze und damit des stationären Gleichgewichts der Wirtschaft bei Preisstabilität wiederherstellen würden<sup>15</sup>. Wicksell definierte den „natürlichen“ Zinssatz so, wie die Klassiker

<sup>13</sup> Ebenda, S. 101f. Gertrud *Pütz-Neuhauser* machte in der Diskussion darauf aufmerksam, daß auch Arthur *Spiethoff*, der nach der von Norbert *Kloten* erwähnten Einteilung der Konjunkturtheorien (nicht-monetäre Überinvestitionstheorie, monetäre Überinvestitionstheorie, rein monetäre Konjunkturtheorie) zu den nicht-monetären Überinvestitionstheoretikern gezählt wird, ein elastisches Kreditsystem voraussetzt. Das gilt erst recht, nachdem *Spiethoff* 1928 festgestellt hatte: „Mit dem Jahre 1914 hört jeder selbständige Einfluß des Goldes auf die Geld- und Kreditverhältnisse auf, und die heutige Goldbewirtschaftung setzt die Eigenart der Wirksamkeit des Goldes außer Kraft.“ Arthur *Spiethoff* (Hrsg.), *Der Einfluß der Goldherzeugung auf die Preisbildung 1890–1913*, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 149/I, München, Leipzig 1928, S. IX. Ich danke Gottfried *Eisermann* dafür, daß er mich in der Diskussion auf diesen Band aufmerksam machte.

<sup>14</sup> Joseph A. *Schumpeter*, *History of Economic Analysis*, New York 1954, S. 1117, Anm. 1. *Wicksell* distanziert sich vom Sayschen Theorem vor allem in K. *Wicksell*, *Vorlesungen über Nationalökonomie auf Grundlage des Marginalprinzips*, 2. Bd.: *Geld und Kredit*, 2. Aufl., Jena 1928, S. 181f. Wenn Joachim *Starbatty* in der Diskussion betonte, *Wicksell* sei trotz des zeitlichen Vorlaufs mit seinen Ansichten moderner gewesen als *Mises* und *Hayek*, so meinte er wohl vor allem diesen Bruch *Wicksells* mit der klassischen Schule. Jürgen *Kromphardt* vertrat allerdings die Ansicht, daß man bei *Wicksell* noch nicht von Beschäftigungstheorie im modernen, keynesianischen Sinn sprechen könne.

<sup>15</sup> Ebenda, S. 1118f. Valentin Fritz *Wagner*, *Geschichte der Kredittheorien. Eine dogmenkritische Darstellung*, Wien 1937, S. 244.

die Funktion des Zinses ganz allgemein gesehen hatten, nämlich als den Zinsfuß, „bei welchem die Nachfrage nach Darlehenskapital und der Vorrat an [freiwillig, C.-L. H.] ersparten Mitteln sich gerade mit einander decken.“<sup>16</sup>

Wicksell suchte nach einer Erklärung für das Entstehen unterschiedlich großer Spannen zwischen dem „natürlichen“ Zins und dem Geldzins sowie für die darauf beruhenden Wirkungen im „kumulativen“ Wirtschaftsprozess. Wicksell kam bekanntlich zu dem Ergebnis, daß die Nachfrage nach Kredit für Investitionen die Summe freiwilliger Ersparnisse solange übersteigt, wie der Geldzins unter dem „natürlichen“ Zins liegt. Die Lücke wird durch eine Expansion der Bankkredite geschlossen. Dies hat inflatorische Wirkungen im Sinne einer Aufblähung der kaufkräftigen Nachfrage und einer Tendenz zur Preissteigerung. Dadurch werde der Gesamtheit der Konsumenten „reale Ersparnis ... aufgezwungen“. Wicksell erkannte und betonte bereits das Phänomen des Zwangssparens, „die in der Hand der Kreditanstalten liegende Möglichkeit, durch Unterstützung langfristiger Unternehmungen die hierfür nötige reale Kapitalbildung vom Publikum gewissermaßen zu erzwingen.“<sup>17</sup> Das Umgekehrte gilt in dem Fall, in dem der „natürliche“ Zins unter dem Geldzins liegt: das Aufkommen an freiwilligen Ersparnissen übersteigt die Nachfrage nach Kredit für Innovationen, Kredite werden zurückgezahlt, die kaufkräftige Nachfrage sinkt. Es ergeben sich deflatorische Wirkungen mit einer Tendenz zum Preisverfall. Da die Preisbewegungen jeweils auch das nominale Niveau des „natürlichen“ Zinssatzes verändern und die Anpassung der Geldzinssätze nach Wicksell jeweils nur zögernd erfolgt, tendieren diese inflatorischen oder deflatorischen Entwicklungen des Bankkredits und der Preise dazu, in kumulative Prozesse (Hyperinflation oder schwere Deflation) auszuarten<sup>18</sup>. Als wirtschaftspolitische Konsequenz dieser Betrachtung des Problems forderte Wicksell die rechtzeitige und schnelle Anpassung der Bankzinsen an das jeweilige Niveau des „natürlichen“ Zinses<sup>19</sup>.

Wicksell sah den Störfaktor für das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht, in dem definitionsgemäß die beiden Zinsraten übereinstimmen, primär in Erhöhungen des „natürlichen“ Zinses bei gleichbleibendem Geldzins<sup>20</sup>. Die Beharrungstendenz, das „Hinterherhinken“, des Geldzinssniveaus erklärte Wicksell zum einen mit traditionalem Verhalten, also eher an vergangenen Niveaus

<sup>16</sup> Wicksell, Vorlesungen, S. 220. Einen herausragenden Überblick über die Beiträge Wicksells zur Weiterentwicklung der Geldtheorie bietet Gunnar Myrdal, Der Gleichgewichtsbegriff als Instrument der geldtheoretischen Analyse, in: Friedrich A. Hayek (Hrsg.), Beiträge zur Geldtheorie, Wien 1933, S. 361–487. Vgl. auch Haberler, Prosperität, S. 42f. Werner Hofmann, Theorie der Wirtschaftsentwicklung. Vom Merkantilismus bis zur Gegenwart, 3. Aufl., Berlin 1979, S. 133–146; Howard S. Ellis, German Monetary Theory 1905–1933, Cambridge (Mass.) 1937, S. 300–308.

<sup>17</sup> Wicksell, Geldzins, S. 143 und 102.

<sup>18</sup> Ebenda, S. 87–93. Wicksell, Vorlesungen, S. 223f.

<sup>19</sup> Ebenda, S. 241f.

<sup>20</sup> Ebenda, S. 233.

orientierten Zinsfestsetzungen der Kreditgeber, sowie mit einer an gesetzliche Vorschriften gebundenen Währungspolitik der Zentralbank, die ihrerseits auf die Kreditpolitik der Banken einwirkt<sup>21</sup>. Während die Geldzinssätze empirisch zu beobachten sind, ist das für die „natürlichen“ Zinssätze direkt nicht möglich, zumal ihnen schon von Wicksell selbst (erst recht später in der Interpretation von Myrdal<sup>22</sup>) etwas vom Charakter einer Erwartungsgröße zugesprochen wurde.

„Die guten Zeiten, die allgemeine hoffnungsvolle Stimmung innerhalb der Geschäftswelt, sind durch die Aussicht auf Gewinn hervorgerufen, und die reale Unterlage dieser Aussicht sind ohne Zweifel die bereits realisierten Gewinne, die in gewissen Unternehmungen, durch technische oder kommerzielle Fortschritte usw., ermöglicht worden sind; der reale Kapitalzins steht also hoch, und man erwartet, daß er es auch in der nächsten Zukunft tun werde, während die Darlehnsbedingungen einstweilen unverändert sind.“<sup>23</sup>

Warum der „natürliche“ Zins immer wieder zu steigen tendiert und insofern das Gleichgewicht stört, wurde von Wicksell mit folgenden Möglichkeiten erklärt:

„Es mag nun aus irgendwelcher Veranlassung ein Unterschied zwischen dem natürlichen Kapitalzins und der Rate des ausbedungenen Zinses entstanden sein. Es sei z. B. wegen herabgedrückter Löhne (relativer Vermehrung der Arbeiterbevölkerung), erniedrigter Grund- oder sonstiger Renten, oder schließlich wegen erhöhter Produktivität der Arbeit und der Naturkräfte infolge technischer Fortschritte der natürliche Zinssatz auf  $i + 1$  Prozent gebracht, während die Banken immer noch den gewöhnlichen Zins- oder Diskontsatz  $i$  festhalten.“<sup>24</sup>

Eine derartige Erhöhung des „natürlichen“ Zinses, wie prinzipiell auch eine Senkung des Geldzinses, kommt nach Wicksell in erster Linie den Unternehmen zugute. Diese realisieren nämlich einen „Extragewinn“, solange der „natürliche“ Zins höher liegt als der Geldzins. Dadurch werde

„die *Tendenz* zur Erweiterung der Produktion (oder allgemeiner der Geschäfte) geweckt. Damit ist jedoch keineswegs gesagt, daß auch eine *wirkliche* Produktionsvermehrung zustande komme. Es wird dies im allgemeinen *nicht* oder doch nur in verhältnismäßig geringem Grade der Fall sein, wenn sonst die vorhandenen Produktionskräfte, die Arbeitskräfte u. s. f. annäherungsweise schon voll beschäftigt sind.“<sup>25</sup>

Wicksell selbst leitete aus seinen Überlegungen noch keine vollständig in sich geschlossene Konjunkturtheorie ab. Seine Untersuchung gipfelte — wie erwähnt — in der Forderung, den Geldzins, auf den das Banksystem Einfluß nehmen kann, immer so schnell der Entwicklung des „natürlichen“ Zinses

<sup>21</sup> Vgl. *Wagner*, Geschichte, S. 245 f.

<sup>22</sup> *Myrdal*, Gleichgewichtsbegriff, S. 400. Vgl. *Wagner*, Geschichte, S. 244.

<sup>23</sup> *Wicksell*, Vorlesungen, S. 236.

<sup>24</sup> *Wicksell*, Geldzins, S. 130.

<sup>25</sup> Ebenda, S. 82.



anzupassen, daß das Preisniveau tendenziell stabil bleibt. Da aber der Stand des „natürlichen“ Zinssatzes empirisch nicht direkt beobachtet oder ermittelt werden kann, empfahl Wicksell den Banken, ihre Zinspolitik an den leicht zu beobachtenden Entwicklungstendenzen der Güterpreise zu orientieren:

„... bei unveränderten Preisen würde auch der Zinssatz der Banken unverändert bleiben, bei steigenden Preisen müßte der Bankzins erhöht, bei fallenden Preisen erniedrigt und jedesmal auf dem so erreichten Stande erhalten werden, bis eine weitere Bewegung der Preise eine neue Veränderung der Zinssätze in dieser oder jener Richtung verlangt.“<sup>26</sup>

Auch wenn es ihren privaten Geschäftsinteressen nicht immer dienlich sei, müßten die Banken wegen ihrer „volkswirtschaftlichen Mission“ diese Regel befolgen. Notfalls müßten sie durch den Staat dazu gezwungen werden. Auch eine internationale Abstimmung der Kreditpolitik und damit die Überwindung eines Währungssystems „mit seinem im Grunde ziemlich sinn- und zwecklosen Hin- und Herschicken von Goldkisten, seinem Aufgraben und Wiedervergraben von Edelmetallschätzen in den Schoß der Erde“ hatte Wicksell bereits vor Augen. Es wäre Sache der Kreditanstalten, ihre Zinssätze international „derart zu regeln, daß sowohl die internationale Zahlungsbilanz im Gleichgewicht wie das allgemeine Niveau der Weltpreise auf unveränderter Höhe erhalten bliebe“.<sup>27</sup>

Die von Wicksell entwickelten theoretischen Einsichten waren als Bausteine für alle Spielarten der monetären Konjunkturtheorie von derartig zentraler Bedeutung, daß Friedrich A. von Hayek noch 1929 Wicksells Zinsspannentheorie als „die wichtigste Grundlage jeder künftigen monetären Konjunkturtheorie“ bezeichnete<sup>28</sup>.

Joseph A. Schumpeters Ansichten zur Rolle von Geld und Kredit sind schon in seinen frühen Schriften weit entwickelt und für die damalige Zeit bahnbrechend<sup>29</sup>. Schumpeter teilt Wicksells Meinung, daß die Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts, das bei beiden durch Stabilität des Preisniveaus gekennzeichnet ist, von einer erwarteten Steigerung der Ertragskraft von Investitionen (bei Wicksell gleich der Erhöhung des „natürlichen“ Zinses) und nicht von einer Senkung des Geldzinses ausgeht. Bei Schumpeter führt technischer und organisatorischer Fortschritt dazu, daß beim vorherrschenden Geldzinsniveau Investitionen mit innovativem Charakter, d. h. die „Durchsetzung neuer

<sup>26</sup> Ebenda, S. 172f.

<sup>27</sup> Ebenda, S. 174–177.

<sup>28</sup> Friedrich A. von Hayek, *Geldtheorie und Konjunkturtheorie*, Wien 1929, S. 61.

<sup>29</sup> Zum folgenden vgl. vor allem J. A. Schumpeter, *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*, 1. Aufl., Leipzig 1912, und 5. Aufl. (unveränderter Nachdruck der 2. Auflage von 1926), Berlin 1952; derselbe, *Die Wellenbewegung des Wirtschaftslebens*, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 39 (1915), S. 1–32. Vgl. auch Ellis, *German Monetary Theory*, S. 317–326; Hofmann, *Theorie*, S. 101–119.



Kombinationen“, zusätzliche Gewinnchancen bieten. Dies wird zunächst von Pionierunternehmern erkannt und genutzt. Ihnen folgen weitere Unternehmer „scharenweise“. Dieser innovative Personenkreis — nur wer ihm angehört, wird von Schumpeter als „Unternehmer“ bezeichnet — fragt zusätzliche Produktionsmittel nach. Sofern Produktionskapazitäten brachliegen, werden sie dadurch aktiviert. In der Regel müssen darüber hinaus aber auch Produktionsmittel für die innovativen Tätigkeiten aus den bisherigen Verwendungsbereichen abgezogen werden. Diesen Vorgang, d. h. den Niedergang von Unternehmen mit „alten Kombinationen“ zugunsten der Neuerer, bezeichnet Schumpeter bekanntermaßen als „Prozeß der schöpferischen Zerstörung“. In diesem Prozeß der Übertragung von Produktionsmitteln an die innovativ tätigen Unternehmer spielt die Kreditgewährung des Bankensystems eine zentrale Rolle. Sie wirkt dadurch bei der Gestaltung des Konjunkturzyklus entscheidend mit. Der Zyklus wird durch das scharenweise Auftreten innovativer Unternehmer und die dadurch bedingte Störung des Gleichgewichts ausgelöst.

Zur Durchsetzung neuer Kombinationen sind die Unternehmer auf Kaufkraft angewiesen, mit der sie die vorhandenen originären Produktionsfaktoren (Arbeits- und Bodenleistungen) aus den gewohnten Verwendungen für ihre Zwecke an sich ziehen können. Dies führte Schumpeter dazu, im Unterschied zu den überkommenen klassischen Lehrmeinungen „zwei Häresien“ zu vertreten:

„Zur Häresie, daß dabei dem Gelde, und zur weiteren Häresie, daß dabei sogar den anderen Zahlungsmitteln eine wesentliche Rolle zukommt, daß dabei die Vorgänge im Gebiete der Zahlungsmittel nicht bloße Reflexe von Vorgängen in der Güterwelt sind, in der alles Wesentliche entspränge. In allen Tonarten, mit besondrer Entschiedenheit und seltner Einmütigkeit, mit Ungeduld und moralischer und intellektueller Entrüstung sogar, versichert uns eine lange, lange Reihe von Theoretikern das Gegenteil.“<sup>30</sup>

Das Mittel, mit dem die Kaufkraftübertragung an den Unternehmer bewerkstelligt wird, ist der Kredit. Diesen unterscheidet Schumpeter in den „normalen“ und „abnormalen“ Kredit.

„Die ‚Anteilscheine‘ am volkswirtschaftlichen Güterstrom, die der normale Kredit schafft, sind Bescheinigungen vergangener Leistungen und vorhandener Güter. Jene, die der Kredit schafft, der von der herrschenden Meinung als abnormal bezeichnet wird, sind ihrem Wesen nach Bescheinigungen künftiger Leistungen und erst zu produzierender Güter ... die eine [Kategorie, C.-L. H.] umfaßt Zahlungsmittel, denen ein Einwurf in das Sozialprodukt entspricht, die andre Zahlungsmittel, denen zunächst nichts entspricht — wenigstens kein Einwurf in das Sozialprodukt.“<sup>31</sup>

<sup>30</sup> Schumpeter, Theorie, 1. Aufl., S. 199.

<sup>31</sup> Ebenda, S. 206f. Diese Sicht von Geld und Kredit als „Anweisungsscheine“ auf das Sozialprodukt wird vertieft behandelt in J. A. Schumpeter, Das Sozialprodukt und die Rechenpfennige. Glossen und Beiträge zur Geldtheorie von heute, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 44 (1917/18), S. 627–715, wiederabgedruckt in J. A. Schumpeter, Aufsätze zur ökonomischen Theorie, Tübingen 1952, S. 29–117.

Der „abnormale“ Kredit aber sei wesentlich für die industrielle Entwicklung, für die es auf eine Vermehrung der Zahlungsmittel „im richtigen Momente und an richtiger Stelle“ ankomme<sup>32</sup>. Eine Übertragung von vorhandenen Zahlungsmitteln aus ihren bisherigen Verwendungszwecken an die innovativen Unternehmer hält Schumpeter deswegen nicht für möglich, weil die Beendigung wenig produktiver Tätigkeiten, die Selbstaufgabe bisheriger Produktionsfelder, nicht *freiwillig* erfolgt. Statt dessen wird sie auf dem Wege der zusätzlichen Kredit- oder Geldschöpfung über die Steigerung der Produktionsmittel- und Konsumgüterpreise den Betroffenen aufgezwungen.

„Der Vorgang läuft auf eine Komprimierung der vorhandenen Kaufkraft, des Inhalts der vorhandenen ‚Anteilscheine‘ und ‚Leistungsbescheinigungen‘ hinaus. In *einem* Sinne entsprechen der neugeschaffenen Kaufkraft keine Güter und sicher keine *neuen* Güter. Aber es wird Raum für sie herausgedrückt auf Kosten der bisherigen Kaufkraft. Mit einer etwas andern Wendung: Die Kreditgewährung bewirkt eine neue Verwendungsweise der vorhandenen produktiven Leistungen mittels einer vorhergehenden Verschiebung der Kaufkraft innerhalb der Volkswirtschaft.“<sup>33</sup>

Diesen Prozeß nennt Schumpeter „erzwungenes Sparen“<sup>34</sup>. Die damit verbundene Preissteigerung im Konjunkturaufschwung ist aber nur vorübergehend im Unterschied zu Preissteigerungen, die durch inflatorische Konsumkredite an Private oder den Staat (z. B. Kriegskredite) oder durch zusätzliche Betriebsmittelkredite im stationären Wirtschaftskreislauf verursacht werden. Denn in der durch den „abnormalen“ Unternehmerkredit dynamisierten Volkswirtschaft kommen als Produktionsergebnisse der „Durchsetzung neuer Kombinationen“ nach einigen Jahren zusätzliche Güter auf den Markt. Der Unternehmer macht Kasse und kann nun Kredit plus Zins seiner Bank zurückzahlen. Er kann nun aber auch

„ökonomisch dem Güterreservoir Waren, den Gegenwert entnommener Produktionsmittel, zurückerstatten ... Nach vollständiger Abwicklung seiner Unternehmung ... hat er, wenn alles erwartungsgemäß verlaufen ist, den Güterstrom um Waren bereichert,

<sup>32</sup> *Schumpeter*, Theorie, 1. Aufl., S. 213.

<sup>33</sup> Ebenda, S. 216f. Wegen dieser Hervorhebung der volkswirtschaftlichen Bedeutung des „abnormalen“ oder zusätzlichen Kredits und wegen der zuvor erwähnten zwei Häresien plädierte Joachim *Starbatty* in der Diskussion dafür, *Schumpeter* nicht als Vorläufer oder Wegbereiter der monetären Konjunkturtheorie darzustellen, sondern das Gewicht seiner geldtheoretischen Leistung an sich stärker zu betonen.

<sup>34</sup> J. A. *Schumpeter*, Zinsfuß und Geldverfassung, Jahrbuch der Gesellschaft österreichischer Volkswirte, 1913, S. 38–63, wiederabgedruckt in: J. A. *Schumpeter*, Aufsätze, S. 1–28, hierzu speziell S. 19. Schumpeter meint an dieser Stelle: „Irre ich nicht, so war es v. Mises, der für diesen Vorgang den überaus glücklichen Ausdruck prägte, erzwungenes Sparen.“ J. A. *Schumpeter*, Theorie, 5. Aufl., S. 156, Anm. 14. *Mises* selbst hat darauf jedoch erwidert, er habe zwar den Vorgang 1912 in der ersten Auflage seiner Theorie des Geldes und der Umlaufmittel beschrieben, den Ausdruck selbst aber dort nicht gebraucht. Vgl. Ludwig *Mises*, Geldwertstabilisierung und Konjunkturpolitik, Jena 1928, S. 45, Anm. 1. Wenn man als Urheber des Begriffs im deutschen Sprachraum nicht *Wicksell* anerkennen will, so dürfte *Schumpeter* diese Rolle zufallen.

deren Preissumme größer ist als der aufgenommene Kredit und als die Preissumme der von ihm direkt und indirekt entnommenen Güter. Damit ist der Parallelismus zwischen Geld- und Güterstrom mehr als wiederhergestellt, die Kreditinflation mehr als beseitigt, die Wirkung auf die Preise überkompensiert.“<sup>35</sup>

Damit ist schon ein ganzer Konjunkturzyklus beschrieben, der nach Schumpeters Ansicht immer durch das „scharenweise Auftreten der Unternehmer, das die einzige Ursache der Erscheinung ‚Aufschwung‘ ist“ und die dadurch bedingte „große, ruckweise Störung des Gleichgewichtszustandes“ ausgelöst wird<sup>36</sup>. Dem folgt ein Resorptionsprozeß; in ihm wird das Neue eingepaßt bzw. paßt sich die Volkswirtschaft an das Neue an; er führt zur Liquidation, zu einer Depression, in der die „Volkswirtschaft um einen neuen, den durch die ‚Störung‘ des Aufschwungs veränderten Daten angepaßten Gleichgewichtszustand“ ringt<sup>37</sup>. Nach Schumpeters Meinung bewirken drei Faktoren das Ende des Aufschwungs und den Beginn des Resorptionsprozesses:

1. Der „Wettlauf um die Produktionsmittel“ (nach einer Formulierung von Emil Lederer) treibt im Aufschwung die Preise der Investitionsgüter nach oben und vermindert insofern die Gewinnaussichten für weitere Investitionen.
2. Wenn nach einigen Jahren die neuen Produkte auf dem Markt erscheinen, tritt der Preisverfall ein, der notwendigerweise zu einer Depression führt.
3. Den Erlös der neuen Produkte nutzen die Unternehmer zur Schuldentilgung. Sie lösen dadurch eine Kreditdeflation gerade in der Periode aus, in der die zusätzlichen Güter, die der im Aufschwung erfolgten „abnormalen“ Kreditgewährung nunmehr den inflatorischen Charakter nehmen würden, regelmäßig produziert werden können<sup>38</sup>.

Die Preissenkung in der Depression dient dem Zweck, die Realeinkommen von Lohnempfängern und Rentiers zu erhöhen und damit die „Errungenschaften des Aufschwungs über die ganze Volkswirtschaft hin“ zu verteilen<sup>39</sup>.

Schumpeter hatte die Rolle des „zusätzlichen“ oder — in seiner eigenen Terminologie — „abnormalen“ Kredits für die zum Konjunkturaufschwung führenden Gleichgewichtsstörungen und für die Erklärung der Bewegung des gesamten Konjunkturzyklus bereits vor dem Ersten Weltkrieg voll erkannt. In einer Auseinandersetzung mit Thesen von Hawtrey, Bellerby und Keynes sowie der vom Federal Reserve Board damals angestrebten Kreditpolitik wandte sich Schumpeter 1925 jedoch gegen die These, daß der Wechsel von Prosperität und Depression ein „purely monetary phenomenon“ sei und daß die dabei auftretenden Beschäftigungsprobleme, Lohnkämpfe, Krisen und Bankrotte der Instabili-

<sup>35</sup> Schumpeter, Theorie, 5. Aufl., S. 158 f.

<sup>36</sup> Ebenda, S. 342.

<sup>37</sup> Ebenda.

<sup>38</sup> Ebenda, S. 343–345.

<sup>39</sup> Ebenda, S. 365.

tät der Preise zuzuschreiben seien, die man durch eine Verbesserung des Kreditsystems bzw. der Kreditpolitik beheben könne<sup>40</sup>. Schumpeter lehnte eine Kreditpolitik ab, die auf eine Stabilisierung des Preisniveaus zwecks Ausschaltung des Konjunkturzyklus gerichtet ist und wandte sich entschieden gegen Bellerbys Ansicht, Kreditexpansion im Aufschwung gäbe „ganz systemlos den gleichen Stimulus guten und schlechten Unternehmungen, Kreditkontraktion bedeute eine ebenso sinnlose Einschränkung von Konsumtion und geschäftlicher Tätigkeit“.

Schumpeter räumte ein, daß die „technische Möglichkeit“ besteht, durch kreditpolitische Einflußnahme konjunkturelle Preisschwankungen zu verhindern. Er leugnete aber, daß die Verhütung von Depressionen ein reiner Gewinn wäre, und betonte nachdrücklich die volkswirtschaftlichen Funktionen, die die konjunkturellen Preisschwankungen in privatkapitalistischen Wirtschaftssystemen mit dezentralen Entscheidungsstrukturen zum Zwecke der Förderung des wirtschaftlichen Fortschritts ausüben:

„Die Preissteigerung der Aufschwungsperiode drückt den Inhalt der bisherigen Herrschaftsrechte über die Güterwelt zusammen und zieht dadurch aus dem Kreislauf jene Gütermengen heraus, die zur Durchführung der neuen industriellen Kombinationen nötig sind ... Und der Sinn der Preissenkung der Depressionsperiode ist die Realisierung der Errungenschaften der Aufschwungsperiode für alle Kreise der Volkswirtschaft.“<sup>41</sup>

Nur „ein ideal funktionierendes sozialistisches Zentralbüro“ könne „die gleiche Aufgabe unendlich viel vollkommener lösen“<sup>42</sup>. Dafür sei die Zeit aber noch nicht reif.

Die Richtigkeit dieser Ansichten Schumpeters muß im Lichte neuerer Erfahrungen bezweifelt werden. Denn nach dem Zweiten Weltkrieg hat es in westlichen Industrieländern über Jahrzehnte eine größere wirtschaftliche Wachstumsdynamik als je zuvor trotz der weitgehenden Ausschaltung konjunktureller Preisschwankungen gegeben. Die Verteilung der Errungenschaften des Wachstums ist auch ohne Preissenkungen und ohne Abschaffung dezentraler kapitalistischer Entscheidungsstrukturen gelungen, vor allem durch tarifvertragliche Einkommenspolitik und staatliche Transferleistungen. Allerdings war die bis in die siebziger Jahre andauernde, fast permanent gute Konjunktur bei rasantem technischen Fortschritt mit dauernden Preissteigerungen (schleichender Inflation) verbunden, die dazu beigetragen haben dürfte, entsprechend Schumpeters Vorstellung aus dem volkswirtschaftlichen Kreislauf zugunsten

<sup>40</sup> J. A. Schumpeter, Kreditkontrolle, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 54 (1925), S. 317 ff. Die gleiche Argumentation findet sich in J. A. Schumpeter, Die goldene Bremse an der Kreditmaschine (Die Goldwährung und der Bankkredit), in: Die Kreditwirtschaft, 1. Teil (Kölner Vorträge, Bd. 1), Leipzig 1927, S. 95 f. Beide Aufsätze sind wiederabgedruckt in J. A. Schumpeter, Aufsätze, S. 118–157 und 158–184.

<sup>41</sup> Schumpeter, Kreditkontrolle, S. 317 f.

<sup>42</sup> Ebenda, S. 318.

unternehmerischer Investitionen jene Gütermengen herauszuziehen, „die zur Durchführung der neuen industriellen Kombinationen nötig sind“ (s. o.).

#### IV. Der Durchbruch mit Exzessen: L. Albert Hahn

Hahns Hauptbeitrag zur „Modernisierung“ des nationalökonomischen Wissens in Deutschland liegt auf dem Gebiet der giralen Kreditschöpfungslehre. Die darin teils bankwissenschaftlich, teils volkswirtschaftlich gewonnenen Erkenntnisse führen ihn schließlich zu einer monetären oder besser kreditären Deutung des Konjunkturphänomens.

Hahn, Bankdirektor in Frankfurt und seit 1928 Honorarprofessor an der Frankfurter Universität, stand ganz unter dem Eindruck des Begründers einer modernen Kreditschöpfungslehre, des Engländers Henry Dunning Macleod<sup>43</sup>. Als Motto seines Buches „Volkswirtschaftliche Theorie des Bankkredits“<sup>43a</sup> ließ Hahn folgendes Zitat aus Macleods „Theory of Credit“<sup>43b</sup> auf der Titelseite abdrucken:

„Eine Bank ist nicht eine Anstalt zur Aufnahme und zum Ausleihen von Geld, sondern eine Anstalt zur Erzeugung von Kredit.“

Wie Macleod lehnt Hahn — darin auch Wicksell und Schumpeter folgend — die traditionelle Vorstellung von der Rolle der Banken, nur *Vermittler* von Kredit zwischen Sparern und Investoren zu sein, ab. Er sieht in der Schaffung von ungedeckten Bankguthaben durch die Geschäftsbanken ebenso einen geldschöpfenden Vorgang wie in der Ausgabe von Banknoten durch die Zentralbank. Im Unterschied zu Macleod, bei dem die Geldschöpfung der Geschäftsbanken nur neben die der Notenbanken tritt, übernimmt bei Hahn die Geldschöpfungskapazität der Geschäftsbanken die Hauptrolle, was auch vor dem Hintergrund des inzwischen weiter fortgeschrittenen Entwicklungsstandes der „gemischt-bargeldlos-bargeldlichen Wirtschaftsverfassung“ zu sehen ist<sup>44</sup>.

Während in der einschlägigen Literatur zuvor — so Hahn — Fragen der Geld-, Kredit- und Banktheorie meist am Modell einer bargeldlichen Wirtschaft diskutiert worden seien und die Berücksichtigung der bargeldlosen Zahlungsweise lediglich zu Modifikationen der am Modell gewonnenen Ergebnisse geführt habe, schlägt Hahn den umgekehrten Weg ein. Er betrachtet die Kredit- und Geldschöpfungsvorgänge am Modell einer völlig bargeldlosen Wirtschaft,

---

<sup>43</sup> Vgl. *Wagner*, Geschichte, S. 148; *Schumpeter*, History, S. 1115; Karl *Diehl*, Über neuere Kredittheorien im Lichte der Lehre von Macleod, in: Die Kreditwirtschaft, 1. Teil (Kölner Vorträge, Bd. 1), Leipzig 1927, S. 107–154.

<sup>43a</sup> Tübingen 1920.

<sup>43b</sup> London 1889–91.

<sup>44</sup> Ludwig Albert *Hahn*, Volkswirtschaftliche Theorie des Bankkredits, 3. Aufl., Tübingen 1930, S. X.

in der alle Zahlungen durch Übertragung von Bankguthaben erfolgen und behandelt sodann die Existenz bargeldlicher Zahlungen als Modifikationsfälle.

Mit seinem Modell einer bargeldlosen Wirtschaft will Hahn die *produktive* Funktion des Kredits im wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß demonstrieren, um diese Erkenntnisse alsdann für eine Theorie des Konjunkturzyklus fruchtbar zu machen.

„Es ist der Hauptzweck dieser Schrift, die relative Unabhängigkeit der Kreditexpansion von vorangegangenen und gleichzeitigen Ersparnissen zu unterstreichen und auf die starke theoretische und praktische Bedeutung einer über den Betrag gleichzeitig gemachter Ersparnisse hinausgehenden Kreditexpansion hinzuweisen.“<sup>45</sup>“

Hahn will also die in Deutschland auch nach dem Ersten Weltkrieg noch immer vorherrschende Auffassung der Klassiker überwinden, nach der jeder Kredit aus den bei Banken hinterlegten Ersparnissen resultiert. Es ist bemerkenswert, wie sehr Hahns Engagement zur Überwindung klassischer Lehren mit seinem Bemühen einhergeht, die Lehren der Klassiker als dem Entwicklungsstand der Geld- und Kreditwirtschaft ihrer Epoche angemessen zu betrachten. Er hält die Vorstellung der Klassiker, daß Kredite aus einem Vorrat an Ersparnissen von den Banken nur vermittelt würden, für realistisch in einer Wirtschaft mit noch wenig entwickeltem bargeldlosen Zahlungsverkehr. Kennzeichnend für Hahns vorwärtsdrängende Erkenntnismethode — verbunden mit unerschwerter Kritik an der eher historischen Orientierung der deutschen Wirtschaftswissenschaft seiner Zeit — ist folgende Äußerung:

„Es ist unter Umständen erforderlich, eine *zukünftige*, nach Maßgabe vorhandener Tendenzen konstruierte Wirtschaft zu beschreiben, um die *gegenwärtige* zu erkennen, anstatt, wie es heute üblicherweise geschieht, durch liebevolles Schildern einer der *Vergangenheit* angehörenden Wirtschaftsepoche der Gegenwart gerecht werden zu wollen.“<sup>46</sup>

Hahn demonstriert an seinem Modell einer bargeldlosen Wirtschaft, daß Bankkreditgewährung im volkswirtschaftlichen Sinn erst dann wirksam und damit relevant wird, „sobald der Kreditnehmer mittels des ihm eingeräumten Kredits auf den Märkten Güter und Dienste *kauft*“<sup>47</sup>. Ersparnisbildung kann sich in einer solchen Wirtschaft nicht dadurch zeigen, daß Bargeld bei Banken eingelegt wird, sondern nur darin, daß ein Kontoinhaber darauf verzichtet, sein Bankguthaben für Käufe zu verwenden. „Mit anderen Worten: das Wesentliche ist immer, ob und wieviel *Kaufkraft* in der Volkswirtschaft *ausgegeben* wird“<sup>48</sup>. Dies gelte auch, wenn man das Bargeld in die Betrachtung miteinbeziehe.

---

<sup>45</sup> Ebenda, S. 41.

<sup>46</sup> Ebenda, S. 150.

<sup>47</sup> Ebenda, S. VIII.

<sup>48</sup> Ebenda, S. IX.



Hahn bringt damit auch seine Distanzierung vom Sayschen Theorem zum Ausdruck, weil er die Höhe der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zur Vollausslastung der Produktionskapazität nicht durch die bei der Erzeugung entstehenden Geldeinkommen für jederzeit gesichert ansieht, sondern den Blick auf das Ausgabe- bzw. Nachfrageverhalten der über Kaufkraft verfügenden Wirtschaftssubjekte richtet. Wie später auch bei Keynes, wird schon von Hahn das freiwillige Sparen als tendenziell deflationär wirkendes Verhalten gesehen. Deswegen und wegen seiner Vorstellung, daß man jede Absatzstockung durch zusätzliche inflatorische Kreditgewährung vermeiden und „daß in der Theorie wenigstens die Annahme der Möglichkeit einer ‚ewigen Hochkonjunktur‘ nicht in das Reich der Utopie gehört“, <sup>49</sup> wurde Hahns Position in den zwanziger Jahren zunächst mit großer Skepsis betrachtet. Sein in der ersten (und zweiten, unveränderten) Auflage gesperrt gedruckter Satz „*Die Kapitalbildung ist nicht eine Folge des Sparens, sondern der Kredithingabe*“ <sup>50</sup> blieb so umstritten, daß er in der dritten, überarbeiteten Auflage in dieser überzogenen Form nicht mehr vorkommt.

Hahn vertritt die Ansicht, daß volkswirtschaftliche Kapitalbildung vor allem eine Folge der Güterverteilung (weniger der Gütervermehrung) ist. Je mehr der Konsum durch intertemporale oder interpersonelle Änderung der Güterverteilung zurückgehalten wird, desto höher ist der Anteil, der aus der vorhandenen Güterproduktion der Kapitalbildung zur Verfügung steht.

„Nicht mehr der reine Konsument verbraucht die aus der Vergangenheit in die Gegenwart hinüberwachsene Güter (z. B. Nähmaschinen im Haushalt, Kohlen als Hausbrand), sondern der Unternehmer verbraucht sie produktiv (Nähmaschinen in der Schneiderwerkstatt, Kohlen im Hochofen) dergestalt, daß sie in dasjenige Gut aufgehen, das als endliches Konsumgut in die Zukunft hineinwächst.“ <sup>51</sup>

Nach Hahns Meinung trägt Kredit zur Kapitalbildung bei, insoweit er auf den oben beschriebenen Prozeß der Verlängerung der Produktionsumwege durch die Veränderung der Güterverteilung einwirkt <sup>52</sup>.

Hahn unterscheidet nun „inflatorische“ und „nicht-inflatorische“ Krediteinräumung. Er greift damit die Unterscheidung auf, die von Schumpeter, dessen Ansichten sich Hahn nahe verwandt fühlt <sup>53</sup>, mit den Begriffen „abnormaler“

<sup>49</sup> Hahn, Volkswirtschaftliche Theorie, 1. Aufl., S. 159.

<sup>50</sup> Ebenda, S. 120. Ausführlich kritisiert wird Hahns volkswirtschaftliche Theorie des Bankkredits von Adolf Lampe, Zur Theorie des Sparprozesses und der Kreditschöpfung, Jena 1920, S. 130–166. Lampe bezeichnet Hahns Lehre als „die vollständigste und interessanteste Entwicklung des Standpunkts der ‚Inflationstheoretiker der Zinsabschaffung‘“ und zeigt vielerlei „Berührungspunkte ... zwischen den Anschauungen Hahns und der theoretisch sehr mangelhaft fundierten Lehre der Bewegung zur ‚Brechung der Zinsknechtschaft‘“ (S. 131), insbesondere zu Gottfried Feders Schriften, auf.

<sup>51</sup> L. A. Hahn, Artikel „Kredit“, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. 5, 1922, wiederabgedruckt in: L. A. Hahn, Geld und Kredit. Gesammelte Aufsätze, Tübingen 1924, S. 44f.

<sup>52</sup> Ebenda, S. 46.



und „normaler“ Kredit bezeichnet wurde. Der „nicht-inflatorische“ Kredit könne in dem Umfang eingeräumt werden, „in dem in der Volkswirtschaft Ersparnisse gemacht werden, d. h. banktechnisch gesprochen, in dem Scheck- oder Girokonten in Sparkonten festgelegt oder Noten und bares Geld bei den Banken eingezahlt werden“.<sup>54</sup> An anderer Stelle spricht er von den Kaufkraftbeträgen, „die aufgrund freiwilligen Entschlusses der Konsumenten eine Nachfrage auf den Gütermärkten in der Gegenwart nicht äußern“.<sup>55</sup> Inflatorischer Kredit könne in einer Volkswirtschaft ohne bargeldlosen Zahlungsverkehr nur von den Notenbanken gewährt werden, in einer Wirtschaft mit bargeldlosem Zahlungsverkehr aber auch von den übrigen Banken. Da diese aber immer noch einen Teil ihrer Kredite in Noten auszahlen müßten, blieben die inflatorischen Kreditschöpfungsmöglichkeiten der Banken prinzipiell abhängig von der Geldpolitik der Zentralnotenbank, wenngleich vorübergehend in Situationen hoher Liquidität (z. B. wenn der Privatkontsatz sich unterhalb des Notenbankdiskontsatzes befindet) die Kreditexpansion der Banken von der Diskontpolitik der Notenbank unabhängig werden könne. Das sei in der Zeit der großen Inflation 1914 bis 1923 der Fall gewesen, als die Defizitfinanzierung des Reichshaushalts bei der Reichsbank für die hohe Liquidität bei den Banken sorgte, aber auch schon in der Zeit vor 1914, als

„auf Grund des direkten Diskontgeschäftes der Reichsbank [mit privaten Kunden außerhalb des Bankensektors, was der Reichsbank damals noch erlaubt war, C.-L. H.] starke Geldmittel in den Verkehr gelangten, die die Privatkontsätze unter den Reichsbankdiskontsatz fallen ließen und den Banken dadurch die Möglichkeit weitgehender Kreditexpansion brachten“.<sup>56</sup>

Dies waren die Jahre, in denen die Verringerung der prozentualen Golddeckung des Reichsbanknotenumlaufs Anlaß zu der Klage gab, daß die Diskontpolitik nicht „die Herrschaft über den Geldmarkt“ verbürge. Denn die Reichsbank wollte an die Wurzel des Übels nicht heran; sie hielt die Einschränkung ihres eigenen Wechselgeschäfts mit privaten Kunden außerhalb des Bankensektors für nicht zumutbar, weil sie aus anderen Gründen eine unmittelbare Fühlung mit der Volkswirtschaft wünschte. Bekanntlich hat sie statt dessen die Gründung eines Konditionenkartells der Banken, die sog. „Berliner Stempelvereinigung“, betrieben mit dem Ziel, die Kreditexpansion der Geschäftsbanken durch Vereinbarungen der Kartellmitglieder über höhere Sollzinssen einzudämmen<sup>57</sup>.

---

<sup>53</sup> Bezeichnenderweise behandelt *Ellis* (German Monetary Theory, S. 317–334) die beiden in einem Kapitel mit der Überschrift „The Schumpeter-Hahn Type of Cycle Theory“ in Abgrenzung vom folgenden Kapitel „The Mises-Hayek Analysis of Cycles“.

<sup>54</sup> *Hahn*, Artikel „Kredit“, S. 46.

<sup>55</sup> Ebenda, S. 53.

<sup>56</sup> Ebenda, S. 48.

<sup>57</sup> Ebenda. Vgl. auch *Johann Plenge*, Von der Diskontpolitik zur Herrschaft über den Geldmarkt, Berlin 1913.

Bei Hahn taucht Wicksells Unterscheidung des „natürlichen“ Zinses und des Geldzinses nur indirekt wieder auf. Er sieht nämlich eine Volkswirtschaft von einem „*statischen*“ Zustande der Kreditgebarung“ (gleich unverändertes Angebot und unveränderte Nachfrage auf den Kreditmärkten bei gegebenem Zins) zu „*dynamischer*“ Kreditgebarung dann übergehen, wenn die Kreditanbieter ihre Zinsforderungen senken, was insbesondere als Folge einer entsprechenden Diskontpolitik der Zentralbank geschehe (= Zinsspanne öffnet sich wegen Senkung des Geldzinssatzes), oder wenn die Kreditnehmer wegen Steigerung der Kapitalrentabilität aufgrund technischen Fortschritts zu höheren Zinsgeboten bereit sind (= Zinsspanne öffnet sich wegen Erhöhung des „natürlichen“ Zinssatzes).

Ähnlich wie bei Schumpeter steht auch bei Hahn die Kreditvergabe an Unternehmer im Mittelpunkt, ohne daß Hahn ein exaktes Kriterium für die Definition eines Unternehmers benennt, wie Schumpeter es tat („Durchsetzung neuer Kombinationen“). Die Kreditgewährung setze den oben beschriebenen intertemporalen und interpersonellen Umverteilungsprozeß zugunsten der Unternehmer und seiner Kapitalbildung in Gang. Insoweit der Kreditgewährung freiwillige Ersparnisse zugrunde lägen, sei die Distributionsänderung eine *provisorische*. Denn die Sparer könnten später in den Genuß der zusätzlichen Güter kommen, deren Produktion sie durch vorübergehenden Verzicht auf Konsum eines bestimmten Anteils am Sozialprodukt ermöglicht hätten<sup>58</sup>. Insoweit aber „inflationärer Kredit“ gewährt werde, finde eine *definitive* Umverteilung der Kaufkraft statt, da durch Preissteigerungen die reale Kaufkraft von unveränderten Geldeinkommen dauerhaft ausgehöhlt werde. Hahn prägt hierfür den Begriff „gezwungene Konsumeinschränkung“ und verweist an dieser Stelle fälschlicherweise darauf, daß es Mises gewesen sei, der für diesen Vorgang den Ausdruck „gezwungenes Sparen“ geprägt habe<sup>59</sup>. Hahn spricht in diesem Zusammenhang auch von „Expropriation“ derjenigen, die Arbeitslöhne oder Einkommen aus Geldvermögen (Rente) beziehen. Für die Arbeitnehmer sei die Expropriation „einmalig“, weil sie „nach Anpassung der Löhne an die Preise in künftigen Konsumtionsperioden wieder ihren alten Anteil am Sozialprodukt erhalten“. Für die Rentiers sei die Expropriation dagegen eine dauerhafte, „da durch die Geldentwertung die Grundlage ihrer Kaufkraft für alle Zeiten vernichtet ist“<sup>60</sup>.

Als Hahn diese Ansichten 1922 veröffentlichte, trat die große Inflation in Deutschland in ihre hyperinflationäre Endphase ein. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrung ist seine Darstellung verständlich, weil sie nur für irreversible inflationäre Prozesse zutreffend ist. Solche Prozesse sind nach der Wicksellschen Zinsspannentheorie zwar auch auf der Grundlage der Expansion *produktiver Unternehmerkredite* denkbar; doch die historischen Fälle im Industriezeitalter

<sup>58</sup> Hahn, Artikel „Kredit“, S. 53.

<sup>59</sup> Ebenda, S. 54. Vgl. zur Herkunft des Begriffs die obige Anmerkung 34.

<sup>60</sup> Hahn, Artikel „Kredit“, S. 54.

sind stets von der Inanspruchnahme des Notenbankkredits durch den Staat zwecks Finanzierung *staatlichen Konsums* ausgelöst worden. Trotz seiner geistigen Verwandtschaft mit Schumpeter fällt Hahn hier wieder hinter Schumpeter zurück. Wie oben ausgeführt, bewirkt Schumpeters „abnormaler“ Kredit im Konjunkturzyklus lediglich eine vorübergehende Preissteigerung und deshalb auch nur einen vorübergehenden Zwangssparprozeß. Selbst dann, wenn die Arbeits- wie die Zinseinkommen nominal unverändert bleiben, kommen nach Schumpeters Vorstellung alle Schichten der Bevölkerung in den Genuß der erhöhten Produktion, die sich als Folge der „Durchsetzung neuer Kombinationen“ durch die Unternehmer im Aufschwung nach dem Ende der Ausreifungszeit der Investitionen schließlich einstellen muß. Das Auftauchen der zusätzlichen Produkte auf dem Markt bewirkt bei Schumpeter nämlich den Preisrückgang der Konjunkturabschwungsphase und damit eine Erhöhung der Realeinkommen, die den Lohn- und Zinsempfängern die zuvor zwangsweise entzogene Kaufkraft und in der Depression sogar noch darüber hinausgehende Realeinkommensbeträge zurückerstattet.

Stärker als von Schumpeter wird von Hahn allerdings die unmittelbar produktionsvermehrnde Wirkung der „inflatrischen“ Kreditexpansion betont. Insofern würden nicht alle von den Unternehmern zusätzlich nachgefragten Güter dem vorhandenen Produktionsumfang zu Lasten der Konsumenten entnommen, sondern könnten teilweise aus einer verstärkten Produktion bereitgestellt werden, da „der volkswirtschaftliche Organismus“ elastisch sei und auch „mit den vorhandenen Produktivkräften durch entsprechende Veränderung der Arbeitsmethoden auch einer gesteigerten Nachfrage bis zu einem gewissen Grade gerecht werden kann“<sup>61</sup>. Darüber hinaus führe die geschilderte Umverteilungswirkung der inflatorischen Kreditexpansion „zugunsten der produktiven und zuungunsten der unproduktiven, nur konsumierenden Glieder der Wirtschaft“ auch dazu, daß „das Werturteil über die ökonomische Nützlichkeit des Arbeitens oder Nichtarbeitens sich bei einem Teil der bisherigen Nichtarbeiter verschiebt und sie aus ‚Nichtarbeitern‘ (Rentnern usw.) zu ‚Arbeitern‘ macht“. Die Eingliederung „ganz neue(r) Schichten“ in den Produktionsprozeß wirke natürlich so lange produktionssteigernd, wie noch Reserven des Arbeitsmarktes mobilisierbar seien<sup>62</sup>.

Hahn ist über den Zusammenhang zwischen inflatorischer Kreditgewährung und Wirtschaftsaufschwung hinaus nicht wirklich zu einer umfassenden Erklärung des Konjunkturphänomens vorgedrungen. Er sieht jedoch zwei Gründe für die Möglichkeit eines Abbruchs der Kreditexpansion und damit eines Umschlagens der Hochkonjunktur in einen wirtschaftlichen Schrumpfungsprozeß. Erstens, eine Bindung der Inlandswährung an das Gold oder an feste Wechselkurse würde die Notenbank zu einer kreditverteuernden Diskonterhöhung veranlassen, um Goldabflüssen oder einer Verschlechterung der Wechsel-

<sup>61</sup> Ebenda, S. 55.

<sup>62</sup> Ebenda, S. 55f.

kurse entgegenzuwirken. Zweitens erwähnt Hahn, daß auch ohne solche außenwirtschaftlichen Begrenzungen die positive Wirkung der Kreditexpansion auf die Produktionskapazität selbst den Keim der Zerstörung der Hochkonjunktur in sich trägt, nämlich dann, wenn es an Konsumnachfrage fehlt, um die gesteigerte Produktion aufzunehmen. Hier nähert sich Hahn der Unterkonsumtionstheorie<sup>63</sup>. Er führt im Unterschied zu ihren Hauptvertretern (z. B. Emil Lederer) die zu geringe Konsumnachfrage jedoch nicht auf zu geringe Löhne, sondern auf erhöhte Sparleistungen gerade auch der Arbeiter zurück, weil deren reales Mehreinkommen in den späteren Stadien des Aufschwungs wegen des dem Menschen „innewohnenden Konservatismus“ der Lebensführung und damit auch des Konsumniveaus in stärkerem Ausmaß als die ursprünglichen Einkommensbestandteile gespart wird<sup>64</sup>.

Allerdings bleibt Hahn auch in der dritten Auflage seines Buches „Volkswirtschaftliche Theorie des Bankkredits“ (1930) ein Vertreter der These, daß die zyklische Entwicklung der Wirtschaft nicht denotwendig aus der den Aufschwung erzeugenden Kreditexpansion folge.

„Grundsätzlich und normalerweise schafft die Kreditexpansion die für die Aufnahme der gesteigerten Produktion notwendige Steigerung der Konsumtion von selbst. Denn die den neuen Arbeitskräften überwiesene Kaufkraft (Scheckguthaben oder Noten) gelangt nachfrageäußernd wieder zu den Produzenten zurück, diesen die Möglichkeit gebend, das Mehrprodukt abzusetzen und den ihnen eingeräumten Kredit zurückzahlen. Auch ist die Steigerung der Produktion ja gerade dadurch ermöglicht, daß den noch nicht zur Produktion herangezogenen Arbeitskräften höhere Löhne geboten werden, d. h. daß ihnen ein höherer Anteil im Sozialprodukt zur Konsumtion überwiesen wird. Jedenfalls: Dem Mehrprodukt steht ein Mehrkonsum gegenüber. Hieraus ergibt sich, daß aus der Kreditexpansion als solcher ein Krisen- oder Depressionsgrund nicht hergeleitet werden kann.“<sup>65</sup>

Den durch die inflatorische Kreditexpansion ausgelösten Wirtschaftsaufschwung hielt Hahn in seinen frühen Schriften sogar für „ewig“ fortsetzbar, wenn bei ungebundener Währung ohne Rücksicht auf den Wechselkurs „bei stockendem Absatz immer wieder neue durch Kredit kaufkräftig gemachte Nachfrage entsteht“<sup>66</sup>. Dafür gebe es zwei Möglichkeiten: zum einen (Privatverschuldung),

„daß die Unternehmungen in dem Augenblick, in dem die Konsumtion zu stocken beginnt, durch Erweiterung, Vermehrung und vor allem Verbilligung des Kredits zur Weiterproduktion angeregt werden“

und zum anderen (Staatsverschuldung),

<sup>63</sup> Ebenda, S. 58.

<sup>64</sup> Hahn, Volkswirtschaftliche Theorie, 1. Aufl., S. 147f.

<sup>65</sup> Hahn, Volkswirtschaftliche Theorie, 3. Aufl., S. 126.

<sup>66</sup> Hahn, Artikel „Kredit“, S. 58.

„daß jeweils ein Einkauf der konsumreifen Erzeugnisse der Produktion durch einen Großaufkäufer stattfindet ... Ein solcher privilegierter Kreditnehmer besteht in jeder Volkswirtschaft in der Person des Fiskus.“<sup>67</sup>

An anderer Stelle meint Hahn: Dies sei während der großen deutschen Inflation im und nach dem Ersten Weltkrieg geschehen, sei jedoch um den Preis völliger Zerrüttung des Geldwesens und der sozialen Struktur des Landes erkaufte worden<sup>68</sup>. Hahns Fehlurteil über die Möglichkeit einer „ewigen Fortsetzung der Kreditkonjunktur“ ist zu Recht auf heftigen Widerspruch gestoßen. Sein gleichermaßen angreifbares Urteil, die inflationäre Kreditexpansion sei „vielleicht das stärkste Mittel überhaupt, um die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes durch vollste Ausnutzung seiner Produktionskräfte anzuregen, zu beschleunigen und zur höchsten Blüte zu bringen“, kennzeichnet Hahn jedoch ebenso eindeutig als einen Vertreter der monetären Konjunkturtheorie wie sein Resümee:

„Durch die Skylla der wirtschaftlichen Stagnation und die Charybdis der Geldentwertung und der Krisen die Volkswirtschaft hindurchzuleiten dürfte daher als die Aufgabe einer zielbewußten Kreditpolitik zu betrachten sein.“<sup>69</sup>

Von der positiven Funktion der Wellenbewegung des Wirtschaftslebens, der reinigenden Kraft der Depression, die von Schumpeter ebenso wie von Arthur Spiethoff immer wieder als notwendiger Bestandteil einer dynamischen Wirtschaftsentwicklung hervorgehoben wurde, ist bei Hahn keine Rede mehr<sup>70</sup>.

Im Gegensatz zu Schumpeter sieht Hahn die Ursache der Konjunkturzyklen im Geld- und Kreditsektor. Insofern ist er derjenige, der der monetären Konjunkturtheorie in Deutschland zum Durchbruch verhilft<sup>71</sup>. In der Weltwirtschaftskrise tritt er konsequenterweise für eine Konjunkturbelebung durch „Vergebung staatlicher Aufträge großen Ausmaßes ... mit Mitteln der Notenbanken“ ein<sup>72</sup>. Jedoch hält er in jenem Vortrag vom 19. Juni 1931 ein isoliert-nationales Vorgehen dieser Art in Deutschland (und England) für verfehlt, weil die Währung wegen der Devisenverluste ohnehin unter Druck stünde. Vor allem die USA und Frankreich, denen während der Krise Gold und Devisen in großem Umfang zugeflossen seien, sollten notenbankfinanzierte öffentliche Ausgabenprogramme durchführen. Die daraus entstehende Konjunktur würde „ohne weiteres die deutsche und die englische Konjunktur mitziehen, oder aber sie würde zum mindesten diesen Ländern die Möglichkeit geben, nun gleichfalls eine auf Konjunkturbelebung hinzielende Kreditexpansionspolitik zu treiben“<sup>73</sup>.

<sup>67</sup> Hahn, Volkswirtschaftliche Theorie, 1. Aufl., S. 150 f.

<sup>68</sup> Hahn, Artikel „Kredit“, S. 58.

<sup>69</sup> Ebenda, S. 59.

<sup>70</sup> Erstaunlicherweise sieht Ellis (German Monetary Theory, S. 316) diesen Unterschied nicht.

<sup>71</sup> Dazu auch Claus-Dieter Krohn, Wirtschaftstheorien, S. 110.

<sup>72</sup> L. A. Hahn, Kredit und Krise, Tübingen 1931, S. 21.

Wegen dieser Sicht der Lage Deutschlands und wohl auch zur Entkräftung des seit langem erhobenen Vorwurfs, er sei „Inflationist“<sup>74</sup>, gehörte Hahn zu den 32 Professoren, die am 9. März 1932 mit einer öffentlichen Erklärung den Wagemann-Plan zur Schaffung zusätzlicher Kreditschöpfungsmöglichkeiten der Reichsbank ablehnten<sup>75</sup>. Zusammen mit Carl Landauer und Gustav Stolper publizierte er 1932 auch eine Broschüre mit dem Titel „Anti-Wagemann“.

## V. Die Weiterentwicklung zur monetären Überinvestitionstheorie: Mises und Hayek

Im folgenden möchte ich mich auf eine Diskussion der Beiträge von Mises und Hayek zur monetären Konjunkturtheorie beschränken, da vor allem diese beiden Geldtheoretiker die Lehre von Wicksell fortentwickelten<sup>76</sup>. Daß die Wicksellschen Ideen im deutschen Sprachraum gerade bei der Wiener Schule auf fruchtbaren Boden fielen, findet auch darin eine Erklärung, daß Wicksell ein Schüler Böhm-Bawerks war. Deshalb war seine Art des Denkens und Argumentierens den österreichischen Nationalökonomern verwandt. Bei deutschen Geldtheoretikern blieb Wicksell zunächst entweder unbeachtet, z. B. von Karl Helfferich in seiner großen Studie „Das Geld“<sup>77</sup>, oder er wurde zu Anfang nur vermittels österreichischen Einflusses in Deutschland rezipiert, wie z. B. von L. A. Hahn, der Ideen von Schumpeter aufgegriffen hatte und in vereinfachter Form in Deutschland popularisierte.

Ludwig von Mises gilt als einer der ersten Vertreter einer monetären oder kreditären Konjunkturtheorie im deutschen Sprachraum<sup>78</sup>. Schon in der ersten Auflage seines Buches „Theorie des Geldes und der Umlaufmittel“, das 1912 gleichzeitig mit Schumpeters „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung“ erschien, war die Untersuchung des Beitrags des Kreditsektors zur Verursachung und Gestaltung des Konjunkturzyklus in den wichtigsten Bestandteilen seiner später noch deutlicher formulierten Theorie bereits vollständig enthalten. Während er aber in der ersten Auflage noch betonte, daß der primäre Impuls zu einem Konjunkturaufschwung wahrscheinlich nicht von einer übermäßigen Kreditexpansion des Bankensektors ausgehe, im Kreditsektor nur eine unter

<sup>73</sup> Ebenda, S. 22.

<sup>74</sup> 1931 glaubt er, sich ausdrücklich gegen diesen Vorwurf verteidigen zu müssen. Vgl. ebenda, S. 23.

<sup>75</sup> Wilhelm *Grotkopp*, Die große Krise. Lehren aus der Überwindung der Wirtschaftskrise 1929/32, Düsseldorf 1954, S. 249.

<sup>76</sup> Vgl. G. *Myrdal*, Gleichgewichtsbegriff, S. 370.

<sup>77</sup> Ebenda.

<sup>78</sup> Vgl. Rudolf *Stucken*, Neue deutsche Konjunkturliteratur, Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 86 (1929), S. 143. Folgendes ist wohl die neueste Publikation über Mises: Eamonn *Butler*, Ludwig von Mises. Fountainhead of the Modern Microeconomics Revolution, Aldershot, Hants, England 1988, bes. S. 288–300 zur Konjunkturtheorie.



mehreren Ursachen für die Wellenbewegung des Wirtschaftslebens zu finden sei<sup>79</sup>, so hat er diese Abschwächung in der zweiten Auflage seines Buches 1924, wohl unter dem Eindruck der hyperinflationären Prozesse in Österreich (bis 1922), in Deutschland (bis November 1923) und anderswo in Europa nicht mehr vorgenommen<sup>80</sup>. In seinem Buch „Geldwertstabilisierung und Konjunkturpolitik“<sup>80a</sup>, in dem er die These vom Bankkredit als Verursacher der Konjunkturbewegungen am pointiertesten herausarbeitet, distanziert er sich ausdrücklich von der ersten Auflage seines Buches von 1912. Daß er sich nunmehr von Ansichten, wie sie z. B. nach wie vor von Schumpeter vertreten wurden, absetzt, wird aus folgender Passage deutlich:

„Manche Schriftsteller meinen, daß den Banken der Anstoß zu ihrem Verhalten von außen her kommt, daß irgendwelche Ereignisse sie dazu veranlassen, mehr Umlaufmittel in den Verkehr zu pumpen, und daß sie, wenn diese Ereignisse ausbleiben würden, anders vorgehen würden. Auch ich habe in der ersten Auflage meiner ‚Theorie des Geldes und der Umlaufmittel‘ dieser Annahme zugeneigt. Ich vermochte es mir nicht zu erklären, warum die Banken aus der Erfahrung nicht lernen sollten, und dachte, daß, wenn nicht äußere Umstände sie zur Aufgabe ihrer Politik der Vorsicht und Zurückhaltung veranlassen würden, sie gewiß bei ihr verbleiben würden. Erst später habe ich die Überzeugung gewonnen, daß es vergebens wäre, nach einem äußeren Anstoß für den Wechsel in dem Verhalten der Banken zu suchen und daß die Schwankungen der allgemeinen Konjunktur ganz aus den Verhältnissen der Umlaufmittelzirkulation abzuleiten sind.“<sup>81</sup>

Mises nennt seine Version der monetären Konjunkturtheorie die „Zirkulationskredittheorie des Konjunkturwechsels“<sup>82</sup>. Er versteht unter „Zirkulationskredit“ den „zusätzlichen Kredit“, mit dem das Bankensystem zur Kapitalbildung über das Niveau der freiwilligen Ersparnisse hinaus beiträgt<sup>83</sup>.

Mises übernimmt die Zinsspannentheorie von Wicksell. Das Bankensystem schreitet immer dann zur Schöpfung des „zusätzlichen Kredits“ und damit zur Störung des Gleichgewichts, das durch Preisstabilität gekennzeichnet ist, wenn der Geldzins unter dem „natürlichen“ Zins liegt. In zwei wichtigen Punkten setzt Mises jedoch andere Akzente als Wicksell:

1. was die Wirkung des zusätzlichen Kredits auf die Produktionsstruktur angeht und

---

<sup>79</sup> Ludwig von Mises, *Theorie des Geldes und der Umlaufmittel*, 1. Aufl., München, Leipzig 1912, S. 434. In der Diskussion meines Referats ebenso wie in seinem Beitrag zu diesem Band betont Gerd Hardach, daß Mises mit der ersten Auflage seines Buches eine wichtige Wegbereiterfunktion für alle nachfolgenden monetären Konjunkturtheorien gespielt habe.

<sup>80</sup> Mises, *Theorie*, 2. Aufl., München 1924, S. 374f.

<sup>80a</sup> Jena 1928.

<sup>81</sup> L. v. Mises, *Geldwertstabilisierung und Konjunkturpolitik*, Jena 1928, S. 57.

<sup>82</sup> Ebenda, S. 41f.

<sup>83</sup> Ebenda, S. 44.

2. was das Entstehen der Differenz zwischen „natürlichem“ Zins und Geldzins betrifft, m.a.W. worin die Ursache der Störung des Gleichgewichts und damit der Konjunkturschwankungen zu sehen ist.

Zum ersten Punkt: Mises betrachtet die Wirkung des zusätzlichen Kredits auf die Länge der Böhm-Bawerkschen Produktionsumwege. Im Gleichgewicht, d. h. bei Übereinstimmung von „natürlichem“ Zins und Geldzins, verfügt die Volkswirtschaft über einen Subsistenzmittelfonds, d. h. über Kaufkraft für fertige und noch unfertige zukünftige Konsumgüter, mit der die Arbeiter während der Ausreifungszeit der Investitionen bezahlt und ernährt werden können. Der Subsistenzmittelfonds, die Länge der Produktionsumwege und der „natürliche“ Zins sind voneinander abhängig: Der „natürliche“ Zins ist eine Funktion „der Ergiebigkeit der letzten, durch die Größe des Subsistenzfonds ökonomisch noch gestatteten Produktionsverlängerung, oder umgekehrt ausgedrückt: Der natürliche Zins bestimmt die Länge der ökonomisch richtigen Erzeugungsperiode.“<sup>84</sup>

Wenn, aus welchem Grunde auch immer, der Geldzins unterhalb des Niveaus des „natürlichen“ Zinses gesetzt wird, so erscheint den Unternehmern eine Verlängerung der Produktionsumwege rentabel, obwohl sich an der verfügbaren Menge der Subsistenzmittel gegenüber einer Gleichgewichtssituation (wenn der Geldzins gleich dem „natürlichen“ Zins ist) dadurch nichts ändert. Die Banken gewähren den Produzenten und Händlern dann den „zusätzlichen“ Kredit, im allgemeinen durch Ankauf von Wechseln. Diese verwenden ihn zum Ankauf von Produktionsmitteln und zur Lohnzahlung. Es kommt zu Lohnsteigerungen und vor allem zur Erhöhung der Produktionsmittelpreise, während die Konsumgüterpreise zunächst noch niedrig bleiben. Diese im Aufschwung charakteristische Verschiebung im Kaufkraftverhältnis zwischen Konsumgütern einerseits und Produktionsgütern andererseits sei typisch für eine durch „zusätzlichen“ Kredit ausgelöste Preissteigerung im Unterschied zu der, die durch neue Edelmetallfunde oder durch die Ausgabe von Papiergeld ausgelöst werde<sup>85</sup>.

Im Verlauf der Investitionsperiode zeigt sich jedoch, daß der Subsistenzmittelfonds, d. h. sowohl der Vorrat fertiger Konsumgüter als auch die Summe der Zwischenprodukte unterschiedlicher Bearbeitungsstufen in der Konsumgüterproduktion, nicht ausreicht, „um die Arbeiter während der verlängerten Produktionsperiode zu ernähren“<sup>86</sup>. Das schlägt sich in einer erneuten Bewegung der Preise und der Preisstruktur nieder. Nach den Produktionsmittelpreisen und nach den Löhnen steigen nunmehr auch die Konsumgüterpreise, d. h. der „zusätzliche“ Kredit hat seine inflatorische Wirkung in diesem Stadium voll entfaltet; die jetzt sichtbare allgemeine Preissteigerung ist von der durch

<sup>84</sup> Wagner, Geschichte, S. 370.

<sup>85</sup> Mises, Geldwertstabilisierung, S. 45.

<sup>86</sup> Ebenda, S. 50.

Edelmetallfunde oder Papiergeldausgabe bewirkten nicht mehr zu unterscheiden. Wenn die Unternehmer aber nun die begonnenen Investitionsprojekte zu Ende führen wollen, benötigen sie eine fortlaufende Kreditexpansion der Banken. Diese müssen aber jetzt höhere Zinsen fordern, da sie wegen der Preissteigerungen auch für ihre fremden Gelder höhere Zinsen zahlen müssen. Real gesehen mag aber auch dann der Geldzins noch hinter dem „natürlichen“ Zins zurückbleiben, und es kommen dann neue Dosen „zusätzlichen“ Kredits in Umlauf, die den geschilderten Prozeß auf einem höheren Inflationssockel erneut ablaufen lassen. Die Banken werden jedoch schließlich durch zwei Faktoren veranlaßt, ihr *permissives* Kreditverhalten aufzugeben: erstens aus Liquiditäts- und Betriebskostenerwägungen und — wenn das nicht ausreicht — zweitens durch die panikartige Flucht aus der Währung, wenn wegen der Preissteigerungen das Vertrauen auf die Wertbeständigkeit des Geldes verlorengeht. In jedem Fall wird dadurch das Stadium der Krise erreicht.

„Je später nun die Krise ausbricht, je länger die Periode war, in der durch die Ausgabe zusätzlicher Umlaufmittel die Kalkulation der Unternehmer irrefeleitet war, und je größer diese zusätzliche Menge gewesen war, desto mehr Produktionsmittel wurden in der Zwischenzeit in Verwendungen festgerannt, die nur unter der Herrschaft des künstlich ermäßigten Zinsfußes als rentabel schienen und sich nun, da der Zinsfuß wieder gestiegen ist, als unrentabel erweisen. Durch verfehlte Kapitalanlage sind große Verluste entstanden.“<sup>87</sup>

Produktionsanlagen bleiben halbfertig oder ungenutzt liegen; andere werden über Wertberichtigungen, Bankrotte und Umstellungen wieder für die Produktion nutzbar gemacht. Lagerbestände werden liquidiert, die Preise sinken. Die Banken halten sich in der Kreditgewährung zurück. Die Unternehmer und Geschäftsleute sind entmutigt. „Der Geldzins sinkt unter das Niveau des natürlichen Kapitalzinses“<sup>88</sup>. Wegen des Attentismus und der Vorsicht als Folge der Krisenerfahrung lasse die Belebung der Geschäftstätigkeit jedoch noch auf sich warten, „bis die mittlerweile durch Spartätigkeit wieder gemehrten Kapitalien einen so starken Druck auf den Darlehenszins ausüben, daß es wieder zur Erweiterung der Unternehmungstätigkeit kommt. Damit ist dann der Tiefpunkt überwunden, der neue Aufschwung setzt ein“<sup>89</sup>. Solche regelmäßig wiederkehrenden Konjunkturen seien typisch für das Zeitalter, in dem „die Umlaufmittelbanken angefangen haben, im Wirtschaftsleben der Völker eine größere Rolle zu spielen.“<sup>90</sup>

Mises erkennt wie Wicksell, daß die Störung des Gleichgewichts, nämlich das Entstehen einer positiven Zinsdifferenz zwischen „natürlichem“ Zins und Geldzins und die daraus resultierenden Preissteigerungen, Zwangssparprozesse

<sup>87</sup> Ebenda, S. 52.

<sup>88</sup> Ebenda, S. 53.

<sup>89</sup> Ebenda.

<sup>90</sup> Ebenda, S. 56.

in Gang setzt<sup>91</sup>. Bei Wicksell führt das „erzwungene Sparen“ (aufgrund des Zurückbleibens der Löhne und Grundrenten hinter den Konsumgüterpreisteigerungen) dazu, daß die Kapitalintensivierung der Produktion durch die aus dem Zwangssparprozeß resultierende Streckung des Subsistenzmittelfonds gleichsam als legitime und auch dauerhaft akzeptable Änderung der Produktionsstruktur bestätigt wird. Anders dagegen Mises: Er geht von einem stärkeren Gleichschritt zwischen Lohn- und Konsumgüterpreisteigerungen, also von geringeren Reallohnsenkungen aus als Wicksell und sieht in der durch Geldentwertung im Konjunkturaufschwung bewirkten Verschiebung der Einkommens- und Vermögensverteilung zugunsten der Schichten mit höherer Sparneigung zwar einen Beitrag zur Streckung des Subsistenzmittelfonds. Aber dieser Beitrag reicht bei Mises in keinem Falle aus, um die im Aufschwung durch die Verlängerung der Produktionsumwege bewirkte Kapitalintensivierung der Produktion wie bei Wicksell ökonomisch zu sanktionieren. Während bei Wicksell aus einer Abweichung vom Gleichgewicht ein kumulativer Prozeß resultieren kann, der eher an monetäre als an ökonomisch-strukturelle Grenzen stößt, führt bei Mises die Abweichung vom Gleichgewicht notwendigerweise dann zur Krise, wenn der durch Zwangssparen nur unzureichend aufgestockte oder gestreckte Subsistenzmittelfonds der Volkswirtschaft sich erschöpft, bevor die im Aufschwung begonnenen neuen Investitionen zur Produktionsreife gelangt sind.

Der zweite wichtige Punkt, in dem sich Mises von den Wicksellschen Überlegungen unterscheidet, betrifft die Entstehung der Zinsspanne und damit den Auslöser der Kreditexpansion und der konjunkturellen Aufwärtsbewegung. Wie oben ausgeführt, war Wicksell der Ansicht, daß das Entstehen der Zinsspanne vor allem von einer Erhöhung des „natürlichen“ Zinses ausgeht, die sich aufgrund technischen Fortschritts oder anderer produktionskostensenkender Faktoren einstellt, während die Banken ihren Geldzinssatz in gewohnter Höhe zunächst beibehalten. Die monetäre Verursachung des Aufschwungs ist also bei Wicksell — wie übrigens auch bei Schumpeter und Hahn — nur indirekt; sie liegt in der Unterlassung der Banken, den Geldzins sofort der Änderung des „natürlichen“ Zinses anzupassen. Mises dagegen liefert eine direkte monetäre Erklärung der Störung des Gleichgewichts, aus der der Aufschwung und die gesamte Konjunkturwelle hervorgehen. Er vertritt die These,

„daß der unmittelbare Anstoß zur Auslösung der Wellenbewegung im Verhalten der Banken zu suchen ist. Indem sie anfangen, den Geldzins durch Erweiterung des Zirkulationskredits unter den Satz des natürlichen Kapitalzinses herabzudrücken, lenken sie den Gang der Dinge von dem Wege der gleichmäßigen Entwicklung ab und schaffen Verhältnisse, die zwangsläufig zum Aufschwung und zur Krise führen.“<sup>92</sup>

<sup>91</sup> Ebenda, S. 45, 49–50.

<sup>92</sup> Ebenda, S. 56f.

Den Anreiz für die Banken, ihren Zinssatz auch unter das Niveau des „natürlichen“ Zinses zu senken, sieht Mises darin, daß sie durch die Kreditexpansion (= Vermehrung des nicht durch Bargeld gedeckten Buchgeldes und der ungedeckten Banknoten) ihre Rentabilität kurzfristig steigern können. Obwohl sie in der Krise und der nachfolgenden Stagnation entsprechende Geschäftseinbußen hinnehmen müssen, entschließen sie sich, besonders unter der Führung einer Zentralbank, immer wieder zu Zinssenkungen mit nachfolgender Kreditexpansion. Warum? Die Antwort von Mises lautet:

„Weil die herrschende Ideologie des Geschäftsmannes und des Wirtschaftspolitikers in der Ermäßigung des Zinsfußes ein wichtiges Ziel der Wirtschaftspolitik erblickt.“<sup>93</sup>

Die Errichtung der großen Notenbanken in Kontinentaleuropa sei fast immer mit der Erwartung vorgenommen worden, daß durch deren Banknotenausgabe eine Verbilligung des Geldzinssatzes erreicht werden könne. Die Konjunkturschwankungen seien deshalb

„auf das Vorherrschen einer Ideologie zurückzuführen, die in aufsteigenden Warenpreisen und ganz besonders in niedrigem Stand des Zinsfußes ein Ziel der Wirtschaftspolitik erblickt. ... Die letzte Wurzel der Erscheinung, daß Konjunkturwelle auf Konjunkturwelle folgt, ist mithin ideologischer Natur. Solange man glaubt, den Zinssatz durch Bankpolitik und nicht durch Kapitalbildung senken zu können, werden sie nicht verschwinden.“<sup>94</sup>

Mises lehnt also die von Schumpeter und Hahn, ja auch von Wicksell vertretene produktive, kapitalbildende Kraft des „zusätzlichen“ Kredits ab. Obwohl ihm manche die Vaterschaft für den Begriff „erzwungenes Sparen“ zugeschrieben haben und obwohl er sich mit diesem Phänomen inhaltlich befaßt hat, bleibt er doch bei der traditionellen Vorstellung, daß Kapitalbildung durch freiwilliges Sparen zu erfolgen habe. Mises, der die Currencyschule wegen der strikten Limitierung der Banknotenausgabe in England geradezu verehrte und in den Vertretern der Bankingtheorie (z. B. Torrens) Inflationisten sah, betrachtete die vom Staat privilegierten Notenbanken mit großer Skepsis, weil diese der Nachfrage nach Kredit auf der Basis zu niedriger Zinsen immer wieder mit staatlicher Rückendeckung (Aufhebung der Goldeinlösung und Einführung des Zwangskurses für die Banknoten) fast risikolos nachkommen könnten. In Abwesenheit solcher Privilegien und bei Bankfreiheit sei die Schaffung „zusätzlichen“ Kredits durch konkurrierende Banken mit vollem Risiko verbunden und die Überexpansion des Kredits unter diesen Umständen deswegen unwahrscheinlich<sup>95</sup>.

Mises erkennt die Rolle, die der „zusätzliche“ Kredit für die Auslösung des Konjunkturaufschwungs spielt. Er sieht auch wie Wicksell, Schumpeter und Hahn, daß dadurch Zwangssparprozesse in Gang gesetzt werden, die eine

<sup>93</sup> Ebenda, S. 58.

<sup>94</sup> Ebenda, S. 59f.

<sup>95</sup> Ebenda, S. 60f.

zeitweise Verstärkung der Kapitalbildung ermöglichen. Während Schumpeter darin das Vehikel für den technischen Fortschritt und für die Erweiterung der Produktion erblickt, die aufgrund der Preissenkungen im Konjunkturausschwung allen Kreisen der Volkswirtschaft zugute kommt, und während Hahn die produktive, kapitalbildende Kraft des „zusätzlichen“ Kredits so hoch schätzt, daß er die Volkswirtschaft mit immer weiteren Dosierungen dieses Mittels in einem Zustand dauernder Hochkonjunktur halten möchte, sieht Mises im „zusätzlichen“ Kredit und der dadurch bewirkten relativen Verstärkung der Kapitalbildung im Konjunkturausschwung ein Übel. Die Opfer des Zwangssparprozesses würden schließlich ihre alten Positionen wiedererlangen, so daß die Wirtschaft in einem krisenhaften Prozeß wieder zugunsten der Konsumgüterindustrie restrukturiert werden müsse. Mises fordert starre Regeln für die Währungsdeckung in Gold entsprechend den Empfehlungen der englischen Currencyschule, und zwar nicht nur für das Notenbankgeld, sondern darüber hinaus für das Buchgeld der Geschäftsbanken, um Preis- und Konjunkturausschläge nach oben schon im Keim zu ersticken. Er übersieht, daß eine wachsende Wirtschaft auf „zusätzliche“ Kredit- und Geldschöpfung im Ausmaß der zusätzlichen Produktion angewiesen ist, wenn sie ein stabiles Preisniveau halten will. Rudolf Stucken identifiziert in den Misesschen Vorschlägen zur Konjunkturstabilisierung wohl zutreffend den gefährlichen Kern: sie bedeuten nämlich „*Stabilisierung der Dauerdepression!*“<sup>96</sup>

Friedrich A. von Hayek stellt gewissermaßen den Höhepunkt der monetären Konjunkturtheorie im deutschen Sprachraum dar, sowohl zeitlich als auch was die intellektuelle Konsequenz angeht, mit der er die Konjunkturen auf monetäre Ursachen zurückführte und dabei über die Betrachtung gesamtwirtschaftlicher Aggregate hinaus die Wirkung monetärer Änderungen auf die Struktur der Preise und der Produktion ins Blickfeld rückte<sup>97</sup>.

Zeitlich dürfte der Höhepunkt der monetären oder kreditären Konjunkturtheorie in den Jahren 1928 und 1929 erreicht worden sein, als Hayek seine neuen Erkenntnisse an verschiedenen Stellen veröffentlichte<sup>98</sup>. 1928 war das Jahr, in dem der Verein für Socialpolitik auf seiner Jahrestagung in Zürich vom 13. bis 15. September 1928 das Thema „Kredit und Konjunktur“ zum Gegenstand des

<sup>96</sup> Stucken, Neue deutsche Konjunkturliteratur, S. 150.

<sup>97</sup> Eine sehr gute Übersicht über die geldtheoretischen Leistungen Hayeks bietet Fritz Machlup, Hayek's Contribution to Economics, in F. Machlup (Hrsg.), Essays on Hayek, London 1977, S. 16–33. Zu anderen Aspekten von Hayeks Werk vgl. auch Eamonn Butler, Hayek. His Contribution to the Political and Economic Thought of Our Time, London 1983.

<sup>98</sup> Friedrich A. von Hayek, Das intertemporale Gleichgewichtssystem der Preise und die Bewegungen des ‚Geldwertes‘, Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 28 (1928), S. 33–76; derselbe, Einige Bemerkungen über das Verhältnis der Geldtheorie zur Konjunkturtheorie, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 173/II, München, Leipzig 1928, S. 247–294; derselbe, Gibt es einen ‚Widersinn des Sparens‘? Zeitschrift für Nationalökonomie, Bd. 1 (1930), S. 387–429; derselbe, Geldtheorie und Konjunkturtheorie, Wien 1929.



dritten Verhandlungstages machte<sup>99</sup>, nachdem er dem Konjunkturthema zur Vorbereitung auf die Jahrestagung einen Sammelband mit „wissenschaftlichen Gutachten“, d. h. Aufsätzen, einer Reihe der damals noch jungen, die Theorieentwicklung prägenden deutschsprachigen Wissenschaftler gewidmet hatte (E. Altschul, L. A. Hahn, F. A. v. Hayek, R. Liefmann, A. Löwe, O. Morgenstern, W. Röpke, K. Singer, R. Strigl, F. Wilken, J. Wolf)<sup>100</sup>. Auch das „Weltwirtschaftliche Archiv“ kam in jenem Jahr mit einem großen Überblicksartikel zur „Entwicklungsgeschichte der monetären Konjunkturtheorie“ auf den Markt<sup>101</sup>, der an die Mitglieder des Vereins zur Vorbereitung auf die Jahrestagung 1928 verteilt wurde<sup>102</sup>. Nachdem im folgenden Jahr die Weltwirtschaftskrise ausgebrochen war, verlor die monetäre Konjunkturtheorie wieder an Einfluß, weil die Hoffnung ihrer Anhänger, durch kreditpolitische Steuerungsmaßnahmen die Ausschläge der Konjunktur zumindest mildern zu können, durch die Erfahrung der Weltwirtschaftskrise herb enttäuscht wurde. Die Festschrift für Arthur Spiethoff zum Thema „Der Stand und die nächste Zukunft der Konjunkturforschung“ aus dem Jahr 1933 läßt bereits erkennen, daß der monetäre Faktor der Konjunktur nicht mehr im Mittelpunkt stand. Emil Lederer, dessen Unterkonsumtionstheorie von Hayek scharf abgelehnt, ja als widerlegt hingestellt wurde, kennzeichnete in jenem Band den Stand der Theorieentwicklung so:

„Die Diskussion auf der Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik 1928 zeigte klar, daß vor 4 ½ Jahren die Frage noch im Mittelpunkt stand, ob die monetäre Krisentheorie oder die nichtmonetären Theorien den Konjunkturverlauf adäquat erklären, das heißt die wichtigsten Tatsachenreihen deuten können. Das Resultat der Diskussion einschließlich der später erschienenen Literatur mit derselben Fragestellung kann man wohl so formulieren, daß das monetäre Moment in fast allen Krisentheorien insofern einen wichtigen Platz hat, als schon die Hervorhebung der Bedeutung, die der Kreditmenge zukommt, einen monetären Faktor in den Mittelpunkt rückt. Aber die monetäre Theorie in dem Sinne, daß der Konjunkturzyklus ‚ein rein monetäres Phänomen‘ sei, wird ebenso allseitig abgelehnt.“<sup>103</sup>

Auch intellektuell erreichte die monetäre Konjunkturtheorie mit Hayek einen Höhepunkt. Hayek versuchte, den monetären Erklärungsansatz mit den Konjunkturtheorien zu versöhnen, die strukturelle Verschiebungen zwischen der Produktion von Konsumgütern einerseits und Kapitalgütern andererseits für die wesentliche Ursache von Aufschwung, Krise und Stockung hielten, wie dies vor allem Spiethoff tat<sup>104</sup>. Er erreichte dies dadurch, daß er die Geldtheorie

<sup>99</sup> Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 175, München, Leipzig 1929, S. 275–392.

<sup>100</sup> Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 173/II, München, Leipzig 1928.

<sup>101</sup> Fritz Burchardt, Entwicklungsgeschichte der monetären Konjunkturtheorie, Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 28 (1928), S. 77–143.

<sup>102</sup> Dies erwähnt Karl Diehl in seinem einleitenden Vortrag auf der Jahrestagung des Vereins in Zürich. Vgl. Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 175, S. 281.

<sup>103</sup> Emil Lederer, in: Der Stand und die nächste Zukunft der Konjunkturforschung. Festschrift für Arthur Spiethoff, München 1933, S. 145.

über die bis dahin vorherrschende *Geldwerttheorie*, die die Stabilisierung des allgemeinen Preisniveaus als Zielgröße vor Augen hatte, hinauszuführen versuchte<sup>105</sup>. Für die Akzentverschiebung ist folgende Äußerung Hayeks charakteristisch:

„Das wesentliche sind aber nicht *allgemeine* Preisänderungen, die nicht nur nicht notwendig sind, sondern für die Konjunkturtheorie sogar völlig uninteressant wären, wenn sie in jeder Beziehung allgemein, d. h. gleichzeitig und gleich stark bei allen Preisen auftreten würden, sondern ausschließlich die durch an bestimmten Stellen auftretenden Veränderungen der Geldmenge bedingten Ablenkungen der Preise von jenem gegenseitigen Verhältnis, das zur Erhaltung eines Gleichgewichtszustandes der gesamten Wirtschaft notwendig ist. Jede solche Störung des Gleichgewichtssystems der Preise zieht jedoch *mit Notwendigkeit* Verschiebungen auf der ‚Warenseite‘ nach sich.“<sup>106</sup>

In dieser Einschätzung, daß monetäre Ursachen strukturelle Störungen im realwirtschaftlichen Bereich hervorbringen, befand sich Hayek ebenso auf dem Boden Wicksellscher Lehren wie mit seiner Ansicht, daß die Gleichgewichtsstörung primär von einem Anstieg des „natürlichen“ Zinssatzes ausgeht (z. B. als Folge neuer technischer Möglichkeiten oder „neuer Kombinationen“ durch geniale Unternehmer im Sinne Schumpeters), während die Banken ihre Kredite zu den noch unveränderten Zinssätzen vergeben<sup>107</sup>. Auch Hayeks Position gegenüber dem Sayschen Theorem stand der von Wicksell nahe, wenn er schrieb:

„Der allgemeine Grund für die Notwendigkeit eines monetären Ausgangspunktes der Konjunkturtheorie ist ... in dem Umstand zu suchen, daß allein das Eintreten des Geldes die automatische Anpassung von Angebot und Nachfrage zu stören vermag, die nach den am klarsten in der Sayschen Theorie der Absatzwege zum Ausdruck kommenden Gedankengängen als in der Naturalwirtschaft immer bestehend angesehen werden muß.“<sup>108</sup>

Vor allem weil Hayek die Dynamik des Wirtschaftswachstums in seine Betrachtung miteinbezog, kam er zu Erkenntnissen, die ihn über Wicksell (und vor allem auch Mises) hinausführten. Während Wicksell die Stabilität des allgemeinen Preisniveaus als Ausdruck des Gleichgewichtszustands der Wirtschaft ansah, in dem der Geldzins und der „natürliche“ Zins übereinstimmen und die Summe der Investitionen den freiwilligen Ersparnissen entspricht, erkannte Hayek, daß dies in einer wachsenden Wirtschaft nicht zutrifft<sup>109</sup>. Denn wenn die Banken Kredite nur im Umfang der freiwilligen Ersparnisse gewähren, wird das von ihnen geschöpfte Kreditgeldvolumen konstant bleiben (wenn man von Änderungen der Zahlungssitten, des Bargeldvolumens u.ä. absieht). In

<sup>104</sup> F. A. v. Hayek, *Preise und Produktion*, Wien 1931, S. 93.

<sup>105</sup> Hayek, *Geldtheorie*, S. 71.

<sup>106</sup> Ebenda, S. 66.

<sup>107</sup> Ebenda, S. 95.

<sup>108</sup> Ebenda, S. 51.

<sup>109</sup> Hayek, *Preise*, S. 25f.

einer wachsenden Wirtschaft bedeutet dies jedoch eine Tendenz zu sinkenden Preisen. Eine auf Preisstabilität gerichtete Kreditpolitik muß deshalb den Geldzins unterhalb des („natürlichen“) Zinsniveaus halten, das die Nachfrage nach Krediten mit dem Angebot freiwilliger Ersparnisse in Übereinstimmung bringen würde<sup>110</sup>. Nach Hayek muß deshalb selbst eine auf Preisstabilität gerichtete Kreditpolitik (wegen der Differenz zwischen Geldzins und „natürlichem“ Zins) in einer wachsenden Wirtschaft immer auch zu Störungen des Gleichgewichts, d. h. zu Abweichungen der relativen Preise von ihrer gleichgewichtigen Struktur, führen und auf diese Weise die Wirkungen auslösen, die den Konjunkturzyklus in Gang halten. Hayek warnte vor „der verbreiteten Illusion, daß wir bloß den Geldwert zu stabilisieren brauchen, um alle monetären Einflüsse auf die Produktion zu beseitigen“<sup>111</sup> und distanzierte sich an dieser Stelle ausdrücklich von Wicksell<sup>112</sup>.

Während die Klassiker und moderne Vertreter quantitätstheoretischer Ansichten (I. Fisher, G. Cassel) noch davon ausgingen, daß Zinssatz und Geldmenge das allgemeine Güterpreisniveau bestimmen, die relativen Preise der Güter und Produktionsfaktoren zueinander aber von güterwirtschaftlichen Faktoren abhängen, erkannte Hayek, daß die relativen Preise, und damit auch das Wachstum und die Richtung der Produktion, entscheidend immer auch von monetären Faktoren abhängen, ganz gleich ob das Preisniveau konstant bleibt oder sich nach oben oder unten verändert. Hayek stellte deshalb die Forderung auf, die herrschende Anschauung aufzugeben,

„daß die Tendenzen nach einem Gleichgewichtszustand nur dann nicht von monetären Faktoren gestört werden, wenn das Preisniveau stabil bleibt, und daß sich die störenden Einflüsse von Seite des Geldes nicht anders bemerkbar machen können, als indem sie eine Änderung des Preisniveaus hervorrufen.“<sup>113</sup>

Die Geldtheorie solle sich „mit den Ursachen der Änderung der relativen Preise und ihren Einflüssen auf die Produktion befassen“. Hayek verstand unter relativen Preisen allerdings nicht nur die Preisstruktur zu einem bestimmten Zeitpunkt, sondern „ebenso die Preise bestimmter Güter in verschiedenen Zeitpunkten“<sup>114</sup>.

„Die Frage, die die Stelle des Problems einnehmen wird, ob der Geldwert gestiegen oder gefallen ist, wird wahrscheinlich die sein, ob das Gleichgewicht der intertemporalen Tauschrelationen durch monetäre Einflüsse zugunsten der gegenwärtigen oder zugunsten der künftigen Güter beeinflußt wird.“<sup>115</sup>

<sup>110</sup> Ebenda, S. 26.

<sup>111</sup> Ebenda, S. 118.

<sup>112</sup> Ebenda, S. 119, wo sich Hayek in einer Anmerkung von Wicksell (Vorlesungen, S. 4f.) distanziert.

<sup>113</sup> Hayek, Preise, S. 27.

<sup>114</sup> Ebenda, S. 28. Vgl. auch Hayek, Das intertemporale Gleichgewichtssystem.

<sup>115</sup> Hayek, Preise, S. 29.

Zu den Beiträgen Hayeks zur Weiterentwicklung der Geld- und Konjunkturtheorie zählt neben der Betonung der Bedeutung des Konsumgüter-Produktionsgüterpreisverhältnisses auch die detaillierte Darstellung des Mechanismus, der über Verschiebungen in den Preisrelationen der *Produktionsgüter* auf den verschiedenen Produktionsstufen die Anpassung der Produktionsstruktur an Zinsänderungen mit dem Ergebnis einer Verlängerung oder Verkürzung der Produktionsumwege bewirkt<sup>116</sup>. Hayek unterscheidet „spezifische“ Produktionsmittel, die in nur einer oder wenigen Produktionsstufen verwendet werden können, von „nicht-spezifischen“ Produktionsmitteln, die in allen oder fast allen Produktionsstufen verwendet werden können<sup>117</sup>. Eine Verschiebung im Aufbau der Produktion ist gleichbedeutend mit einer Verlagerung nicht-spezifischer Produktionsmittel zwischen verschiedenen Produktionsstufen. Diese Verlagerung kommt über Änderungen in den Preisrelationen der Zwischengüter als Folge der Nachfrageverschiebung zwischen dem Konsumgüter- und Produktionsgütersektor zustande. Nichtspezifische Produktionsfaktoren werden solange in andere Produktionsstufen abwandern, wie der dort erzielbare Grenzertrag höher ist als bei der ursprünglichen Verwendung<sup>118</sup>.

Hayeks originärer Beitrag liegt darin, daß er nicht nur wie Mises einen Zusammenhang sieht zwischen der relativen Höhe des Geldzinssatzes (gegenüber dem „natürlichen“ Zinssatz) einerseits und der Länge der Produktionsumwege, also auch der zeitlichen Konsumferne der höchsten noch rentablen Produktionsstufe andererseits, sondern daß er erkennt, wie die Zinsverhältnisse die Preisrelationen der Zwischenprodukte auf den verschiedenen Produktionsstufen beeinflussen und auf diese Weise die Verlängerung oder Verkürzung der Produktionsumwege bewirken. Da der Zins als Preis für die Zeitdauer der Bindung der Leistungen originärer Produktionsfaktoren bis zum Erscheinen der damit letztlich hergestellten Konsumgüter auf dem Markt aufgefaßt wird, erlaubt eine Senkung des Zinssatzes eine zeitliche Streckung im Sinne einer Kapitalintensivierung der Produktion mit einer Vermehrung der Zahl der Produktionsstufen, während eine Zinserhöhung tendenziell in umgekehrter Richtung wirkt. Hayek erkennt, daß dieser Prozeß über Veränderungen in den „Preisspannen“ der Zwischenprodukte abläuft, „daß ceteris paribus diese Preisspannen kleiner werden müssen, so wie sich die Produktionsumwege verlängern und damit der Mehrertrag jeder weiteren Verlängerung geringer wird, und umgekehrt“ und „daß im Gleichgewichtszustand jene Preisspannen in jeder Produktionsstufe mit dem geltenden Zinssatz übereinstimmen müssen“.<sup>119</sup>

Das Hauptanliegen seiner geld- und konjunkturtheoretischen Forschungen beschreibt Hayek in Analogie zu Wicksell als die Suche danach, unter welchen

<sup>116</sup> Ebenda, Drittes Kapitel, S. 69 ff.

<sup>117</sup> Ebenda, S. 71. Zu den nicht-spezifischen Produktionsmitteln zählt *Hayek* menschliche Arbeit, die meisten Rohstoffe und „nicht sehr spezialisierte Werkzeuge“.

<sup>118</sup> Ebenda, S. 72.

<sup>119</sup> Ebenda, S. 74.

Bedingungen sich das Geld gegenüber den Güterpreisen *neutral* verhält<sup>120</sup>. Doch während für Wicksell die Stabilität des Güterpreisniveaus, des Geldwerts also, das Symptom für die Neutralität des Geldes darstellt, ist es für Hayek die Abwesenheit monetärer Störungen auf die Güterpreisrelationen und damit auf den Umfang und die Richtung der Produktion.

Für Hayeks Konjunkturtheorie ist der Einfluß der Kredit- und Geldschöpfung der Banken, des „zusätzlichen Kredits“, auf die Preisrelationen zwischen Konsumgütern einerseits und Produktionsgütern, und zwar Produktionsgütern verschiedener Bearbeitungsstufen, andererseits von zentraler Bedeutung. Er stellt die Wirkung einer Kreditexpansion der Banken, die aufgrund zusätzlicher freiwilliger Ersparnisse möglich wird, der Wirkung der „zusätzlichen“ Kredit- und Geldschöpfung gegenüber. Auch eine Erhöhung der freiwilligen Ersparnisbildung führt — so Hayek — zu veränderten Preisrelationen, die im Zusammenhang mit der Senkung der Kreditzinsen wegen des erhöhten Sparaufkommens zu einer Verlängerung der Produktionsumwege, m. a. W. zu einer Kapitalintensivierung der Produktion, führen. Da die Konsumeinschränkung in diesem Fall aber freiwillig erfolgt, ist bei einer solchen von freiwilliger Ersparniserhöhung ausgelösten Produktionsumstellung zugunsten der Produktionsmittelerzeugung und zu Lasten der Konsumgütererzeugung nicht mit dem Ausbruch einer Krise zum Zwecke der Rückverschiebung der Preisrelationen zu rechnen, wenn der Anstieg der Sparleistung von Dauer ist. Die Wirtschaft wird mit den neuen Preisrelationen dauerhaft im Gleichgewicht bleiben können<sup>121</sup>. Das Preisniveau muß in diesem Fall allerdings fallen, da durch die verlängerten Produktionsumwege schließlich auf allen Stufen der Produktion zusätzliche Güter erzeugt werden.

Mit diesem Fall kontrastiert Hayek die Wirkung einer Vermehrung der Geldmenge durch „zusätzlichen“ Kredit an die Produzenten. Da diese über zusätzliche Kaufkraft verfügen, auf die die konsumierenden Einkommensbezieher nicht freiwillig verzichtet haben, zieht die verstärkte Nachfrage der Produzenten besonders auf den noch konsumfernen Produktionsstufen Ressourcen aus der Konsumgüterproduktion ab und zwar dadurch, daß bei zunächst noch unveränderten Konsumgüterpreisen die Produktionsmittelpreise wegen der verstärkten Nachfrage der Produzenten ansteigen. Nicht-spezifische Produktionsmittel wandern deshalb aus den Konsumgüterindustrien in die rentabler erscheinenden Produktionsmittelindustrien ab, besonders zu den konsumfernen Produktionsstufen, deren Anzahl sich vermehrt. Konsumgüter werden knapp und steigen im Preis oder fallen nicht entsprechend dem Produktivitätsfortschritt oder fallen weniger, als sie bei Abwesenheit des „zusätzlichen“ Kredits gefallen wären. Das löst den Zwangssparprozeß aus, der den Konsumenten Realeinkommen entzieht in dem Umfang, wie die Produzen-

---

<sup>120</sup> Ebenda, S. 30.

<sup>121</sup> Ebenda, S. 50–53, 55.

ten aufgrund der Kreditexpansion der Banken zusätzliche Ressourcen auf sich ziehen.

In den Preisrelationen und im Stufenaufbau der Produktion kann unter Umständen zunächst genau dasselbe Ergebnis eingetreten sein wie im Falle erhöhter freiwilliger Ersparnisbildung. Nur können nach Hayek diese Verhältnisse nicht von Dauer sein, da der notwendige Konsumverzicht nicht freiwillig geleistet wurde. Weil die Konsumenten versuchen werden, ihre Realeinkommen und ihren Konsumstandard zurückzugewinnen (was ihnen wegen der guten Konjunktur tendenziell auch gelingen dürfte), verschieben sich die Preisrelationen wieder in die ursprüngliche Richtung, was den Produzenten nun wiederum einen Anreiz bietet, Ressourcen aus der Produktionsmittelerzeugung, besonders aus den konsumfernen Produktionsstufen, abzuziehen und für die Konsumgütererzeugung mit verkürzten Produktionsumwegen einzusetzen<sup>122</sup>.

Zwar können die Banken das Streben der Konsumenten nach Wiederherstellung der ursprünglichen Relationen von Preisen und Produktion dadurch unterlaufen, daß sie mit immer neuen, überproportional zunehmenden Kreditspritzen Zwangssparprozesse bei progressiv steigender Preistendenz auslösen. Doch werden entweder die Banken wegen der damit verbundenen Anspannung ihrer Liquidität den Kreditexpansionsprozeß durch höhere Zinsforderungen abbrechen oder die Kreditnehmer werden sich der Risiken ihrer Produktionsumstellung bewußt und reduzieren angesichts steigender Geldzinsen ihre Investitionstätigkeit. Über kurz oder lang wird sich also die Konsumgüternachfrage gegenüber der Produktionsmittelnachfrage wieder behaupten, und die Rückverschiebung der Preisrelationen wird sich durchsetzen. Damit sind nun aber die im Aufschwung begonnenen Investitionen, besonders auf höheren Produktionsstufen, unrentabel geworden. Sofern die Produktionsmittel nicht in konsumnähere Produktionsstufen überführt werden können, bleiben sie als halbfertige Investitionsruinen ungenutzt stehen und erfüllen allenfalls noch den Zweck, die volkswirtschaftlichen Verluste zu demonstrieren, die aus Investitionen auf der Grundlage von erzwungenen statt freiwilligen Ersparnissen resultieren.

Hayek zieht aus diesem Untersuchungsergebnis den Schluß, daß die durch „zusätzliche“ Kredite, also durch erzwungenes Sparen bewirkte Kapitalbildung zu einer Fehlallokation der Ressourcen führt, die im Niedergang des Konjunkturzyklus immer wieder korrigiert werden muß. Insofern kommt er hinsichtlich der Rolle des „zusätzlichen“ Kredits zu einer ähnlich negativen Bewertung wie Mises. Die positive Rolle für das Wirtschaftswachstum, die Schumpeter in der auch bei ihm korrekturbedürftigen Schiefelage des Konjunkturaufschwungs sieht, wird von Hayek nicht anerkannt. Zu Hahn äußert Hayek gar, daß er zur Frage des „zusätzlichen“ Kredits „mit einer überspitzten Auffassung hereinplatze“ und „einen heillosen Wirrwarr der Anschauungen geschaffen“ habe<sup>123</sup>.

<sup>122</sup> Ebenda, S. 84–87.

<sup>123</sup> Hayek, Geldtheorie, S. 84.



Hayek meint, die Geldpolitik müsse danach streben, den Geldzins möglichst weitgehend mit dem „natürlichen“ Zins in Übereinstimmung zu bringen, um die Neutralität des Geldes für die *Preisstruktur* zu gewährleisten. Da das so definierte Gleichgewicht Kreditgewährung nur im Umfang der freiwilligen Ersparnisse bedeutet, ergibt sich wegen der tendenziellen Konstanz der Kredit- bzw. Geldmenge in einer wachsenden Wirtschaft eine fallende Preistendenz. Gegen die verbreitete Forderung, die Kreditpolitik müsse auf die Stabilisierung des Preisniveaus ausgerichtet sein, glaubt Hayek nachgewiesen zu haben,

„daß die gewöhnlich als Beweis dafür angeführten Gründe, daß die umlaufende Geldmenge sich parallel mit jeder Vermehrung oder Verminderung der Produktion ausdehnen oder vermindern solle, völlig haltlos sind und ganz im Gegenteil ein der Steigerung der Produktivität entsprechender Preisverfall, wie er eintreten muß, wenn die Geldmenge unverändert bleibt, nicht nur völlig harmlos, sondern sogar das einzige Mittel ist, um Fehlleitungen der Produktion zu vermeiden.“<sup>124</sup>

Die Implikationen seiner Untersuchungsergebnisse für die Zentralbankpolitik faßte Hayek folgendermaßen zusammen:

„Da der ‚natürliche‘ oder Gleichgewichtszins, der jede Kapitalnachfrage ausschließt, die das echte Kapitalangebot übersteigt, nie festgestellt werden kann, und selbst wenn er festgestellt werden könnte, es nicht möglich wäre, in Zeiten eines allgemeinen Optimismus das Entstehen von zusätzlichem Zirkulationskredit außerhalb der Banken zu verhindern, so ist wohl die einzige praktische Regel für die Währungspolitik, die sich aus unseren Überlegungen ableiten läßt, daß die einfache Tatsache einer Zunahme der Produktion oder der Handelsumsätze noch keine Rechtfertigung für eine Kreditexpansion darstellt und daß die Zentralbanken daher außer während einer akuten Krise niemals, auch nicht zu Zeiten einer allgemeinen Depression, fürchten müssen, die Produktion durch übermäßige Vorsicht zu schädigen ... Daß wir die Konjunkturschwankungen mit den Mitteln der Geldpolitik je vollkommen beseitigen können sollten, ist wahrscheinlich eine Illusion. Das meiste, was wir erhoffen können, ist, daß eine zunehmende Einsicht des Publikums es den Zentralbanken leichter machen wird, in Aufschwungszeiten eine vorsichtige Politik zu befolgen und dadurch auch die Schärfe der folgenden Depression zu mildern, und daß dies ihren Widerstand gegen die wohlgemeinten, aber so außerordentlich gefährlichen Vorschläge festigen wird, Depressionen durch ‚ein wenig Inflation‘ zu bekämpfen.“<sup>125</sup>

Mitten in der großen Weltwirtschaftskrise vertrat Hayek die Ansicht, daß man die Depression ohne Versuche monetärer Gegensteuerung auslaufen lassen müsse. Da die Krise die notwendige Folge vorheriger Kreditexpansion und übermäßiger Ausdehnung der Investitionen sei, würde durch eine künstliche Stimulierung der Investitionstätigkeit der Anpassungsbedarf nur vergrößert und die zukünftige Krise noch schlimmer. Da der Anlaß zum Ausbruch der Krise aber die Wiederbelebung der Konsumgüternachfrage im Anschluß an den zeitweiligen Entzug von Konsumentenkaufkraft durch Zwangssparen sei, sei es auch falsch, durch expansive Maßnahmen die Konsumnachfrage weiter verstär-

<sup>124</sup> Hayek, Preise, S. 99.

<sup>125</sup> Ebenda, S. 117f.

ken zu wollen, was von den Unterkonsumtionstheoretikern empfohlen werde. Dadurch würde eine Verkürzung der Produktionsumwege bewirkt werden, die weit über den Anpassungsbedarf der Wirtschaft an das Niveau freiwilliger Ersparnisse und langfristig gewünschter Konsumniveaus hinausginge<sup>126</sup>.

Einerseits verdienen die theoretischen Leistungen, besonders auf dem Gebiet der Wirkung der Kreditexpansion auf die Preis- und Produktionsstruktur, höchste Anerkennung. Sie heben Hayek meines Erachtens weit über das Niveau von Mises mit seiner Neigung, den alten Wein der Currencyschule in neuen Flaschen anzubieten, hinaus. Andererseits muß Hayeks konjunkturpolitische Einfallslosigkeit, die allerdings konsequent aus den von ihm vertretenen theoretischen Anschauungen folgt, angesichts der großen Weltwirtschaftskrise sehr kritisch betrachtet werden. Im Lichte der Erfahrungen des weltweit außergewöhnlichen Wirtschaftswachstums in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg bei zumeist schlechender Inflation, d. h. beständiger Kreditexpansion, und vergleichsweise geringen zyklischen Rückschlägen, müssen die Ergebnisse der Hayekschen Lehren, besonders seine Behauptung, die Schöpfung „zusätzlichen“ Kredits durch die Banken störe die Stabilität der wirtschaftlichen Entwicklung, heute als empirisch widerlegt angesehen werden. Auch Hayeks Rezept für eine Konjunkturstabilisierung wäre wohl ähnlich wie das von Mises auf eine *Stabilisierung der Dauerdepression* hinausgelaufen.

## VI. Abschließende Bemerkungen

Die monetären Konjunkturtheoretiker der verschiedenen Schattierungen räumen dem Bankkredit einen herausragenden Platz bei der Finanzierung der Investitionen und damit dem Preis des Leihkapitals der Banken einen großen, ja entscheidenden Einfluß auf die Investitionstätigkeit und so auf die Schwankungen der Konjunktur ein. Dagegen ist zu Recht eingewandt worden, daß durchaus andere Quellen für die Finanzierung von unternehmerischen Investitionen zur Verfügung stehen: die Selbstfinanzierung aus Gewinnen (heutzutage eher aus „Cash-flow“), die Eigenfinanzierung aus Aktienemissionen und die Fremdfinanzierung aus Lieferantenkrediten. Die güterproduzierende Wirtschaft und die übrige Geschäftswelt können auch durch kredit-, insbesondere notenbankkreditfinanzierte Staatsausgaben reichlich mit Liquidität versorgt werden und dadurch eine relativ große Unabhängigkeit vom Bankkredit erreichen<sup>127</sup>. Dies kennzeichnet z. B. die Situation während der großen Inflation in Deutschland von 1914 bis zum Eintritt der Hyperinflation im Sommer 1922<sup>128</sup>.

<sup>126</sup> Ebenda, S. 95f.

<sup>127</sup> Hofmann, Theorie, S. 144.

<sup>128</sup> Carl-Ludwig Holtfrerich, Die deutsche Inflation 1914–1923. Ursachen und Folgen in internationaler Perspektive, Berlin, New York 1980, S. 61–76.

Aber selbst dort, wo Investitionen mit Bankkrediten finanziert werden, kann die Zinsreagibilität der Investitionen, besonders bei den im 20. Jahrhundert typischen Großunternehmen und -konzernen, so gering sein, daß eine Zinsspannentheorie der Konjunktur keinen empirisch haltbaren Erklärungswert mehr besitzt. Das Zinsniveau als Kostenfaktor spielt bei Investitionsentscheidungen von Großunternehmen mit relativ gesicherten Marktpositionen auf oligopolistischen Märkten in der Regel keine bedeutende Rolle mehr; stattdessen sind die langfristigen Gewinnerwartungen in den Vordergrund getreten. Die Dispositionen solcher Großunternehmen wirken ihrerseits auf die Entscheidungen kleinerer Unternehmen weit stärker ein als die Zinspolitik der Banken. Darauf hat schon 1932 Alfred Tismer hingewiesen<sup>129</sup>.

Überhaupt liegt in der Vernachlässigung von Erwartungsvariablen die Achillesferse der monetären Konjunkturtheorien. Sie alle sind auf der Annahme aufgebaut, daß Bewegungen des von den Noten- und Geschäftsbanken unmittelbar beeinflussbaren kurzfristigen Zinssatzes, vor allem des Diskontsatzes, auch gleichgerichtete Bewegungen des langfristigen Kapitalzinssatzes bewirken, der in die Renditeüberlegungen bei langfristigen Investitionsentscheidungen eingeht. Im System der Goldumlaufwährung vor dem Ersten Weltkrieg mag diese Annahme realistisch gewesen sein. Die sichtbar zentrale Rolle des Goldes im Währungssystem schien die Wertbeständigkeit des Geldes langfristig zu garantieren und sorgte für tendenziell auf Preisstabilität gerichtete Erwartungen trotz großer Schwankungen der Preise im Konjunkturzyklus. Die bei relativ niedrigen Geldmarktzinsen einsetzende Ausdehnung des Bankkreditvolumens mit der Folge steigender Preise im Aufschwung konnte auch auf dem Kapitalmarkt ein relativ niedriges Zinsniveau bewirken, weil sich die Erwartungen auf die Rückbildung des Preisniveaus (und des Bankkreditvolumens) nach dem Ende des Aufschwungs richten konnten.

Nach den Inflationen, die im Zusammenhang mit dem Ersten Weltkrieg in allen wichtigen Industrieländern stattfanden, war das Vertrauen in die langfristige Wertbeständigkeit des Geldes erschüttert, besonders in den Ländern, die eine starke Abwertung (z. B. Frankreich) oder einen totalen Zusammenbruch (z. B. Deutschland) ihrer Währung erlebt hatten. Zwar wurde über die Wiederanbindung der Währungen an eine Goldparität der Versuch einer Anknüpfung an die Vorkriegstradition gemacht. Doch demonstrierten die Zentralisierung der Goldreserven bei den Notenbanken (Goldkernwährung), die damit zusammenhängende Beschränkung des Bargeldumlaufs auf Banknoten und unterwertige Scheidemünzen sowie die volle Anerkennung der Banknoten als gesetzliche Zahlungsmittel (im klassischen Goldstandard war diese Eigenschaft in der Regel auf Goldmünzen beschränkt), daß zwar die Möglichkeiten für zentralbankpolitische Manipulationen des Geldwerts zur Milderung der zyklischen Schwankungen größer geworden waren, damit aber auch die Wahrscheinlichkeit eines

---

<sup>129</sup> Alfred Tismer, *Die Grenzen der Diskontpolitik*, München 1932, S. 89 ff., 126 und passim; zit. n. Hofmann, *Theorie*, S. 144.

staatlichen Mißbrauchs der Notenpresse zugenommen hatte. Dies galt erst recht, nachdem das Gold während der großen Weltwirtschaftskrise seine zentrale Rolle im internationalen Währungssystem verloren hatte. Nun konnten relativ niedrige kurzfristige Bankkreditzinsen wegen der damit verbundenen Erhöhung des Kreditgeldvolumens Erwartungen auf langfristig steigende Preise erzeugen und so eine Erhöhung des langfristigen Kapitalmarktzinses bewirken.

Während die monetären Konjunkturtheorien stets auf der Annahme aufgebaut waren, daß notenbankpolitische Maßnahmen das Niveau der Zinssätze vom kurzfristigen bis zum langfristigen Bereich in gleicher Weise und Richtung beeinflussen können, hat sich in der Realität, gerade auch seit den inflationären Entwicklungen der siebziger Jahre, gezeigt, daß Zentralbanken zwar das Niveau der kurzfristigen Zinssätze, nicht aber das der langfristigen Zinssätze im Griff haben. Die Theorie der rationalen Erwartungen hat hierfür die Begründung geliefert. Seit der Verdrängung des Goldes aus seiner zentralen Rolle im Währungssystem fehlt jedenfalls in der wirklichen Welt die Bedingungskonstellation, die den monetären Konjunkturtheorien als Prämisse zugrundeliegt<sup>130</sup>.

---

<sup>130</sup> *Schumpeter* hat schon 1913 die Bedeutung der Erwartungen betont und sich „gegen die populäre Auffassung von der zinsdrückenden Wirkung einer Zunahme der Umlaufmittel“ ausgesprochen. Vgl. *Schumpeter*, Zinsfuß, S. 14.

# Der lange Abschied vom Gold: Geldtheorie und Geldpolitik in Deutschland, 1905–1933

Von *Gerd Hardach*, Marburg

## I. Einleitung

Die Geldtheorie gilt als ein Zweig der Wirtschaftswissenschaft, der sich in enger Wechselwirkung mit der Praxis entwickelt hat. Große geldtheoretische Diskussionen haben sich immer wieder an praktischen Fragen entzündet, und theoretische Erkenntnisse haben nachhaltig auf die Praxis eingewirkt<sup>1</sup>. Dies ist die Ausgangshypothese, unter der in dem folgenden Beitrag der Abschied von der Goldwährung in Deutschland untersucht wird<sup>2</sup>. Der lange Abschied vom Gold begann theoretisch 1905 mit dem Erscheinen von Georg Friedrich Knapps Werk „Staatliche Theorie des Geldes“<sup>3</sup> und war praktisch abgeschlossen mit der Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur 1933. Dazwischen lagen der Erste Weltkrieg und die Inflation, die Währungsstabilisierung und die Rückkehr zum Gold, die Phase der relativen Stabilisierung und schließlich die Währungskrise vom Sommer 1931, die zu einer zunächst temporär gedachten Suspendierung der Goldstandardregeln und Einführung der Devisenbewirtschaftung zwang. Die Leitfrage in dem folgenden Beitrag ist, inwieweit die dramatischen geldpolitischen Geschehnisse dieses Zeitraums auf den theoretischen Diskurs über Geld eingewirkt haben, und wie andererseits die Geldtheorie die monetäre Ordnungs- und Prozeßpolitik beeinflusst hat.

Dogmengeschichte ist immer ein schwieriger Kompromiß zwischen der genauen Rekonstruktion des theoretischen Erbes und seiner aktuellen Interpretation und Wertung. Auch in der folgenden Untersuchung werden die älteren Beiträge zur Geldtheorie gewichtet, interpretiert und bewertet. Aber es geht dabei in erster Linie darum, die Entstehung und zeitgenössische Wirkung der Theorien zu verstehen, weniger um die Messung und Bewertung ihrer theoretischen Schlüssigkeit und empirischen Erklärungskraft aus heutiger Sicht. Im

---

<sup>1</sup> Vgl. Werner *Ehrlicher*, Geldtheorie und Geldpolitik I. Einführung: Der theoretisch-politische Doppelaspekt monetärer Probleme, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft, Bd. 3, Stuttgart u. a. 1981.

<sup>2</sup> Für vielfältige Anregungen und konkrete Verbesserungsvorschläge danke ich den Diskussionsteilnehmern auf der Sitzung des Dogmenhistorischen Ausschusses vom 11. März 1988, insbesondere Prof. Dr. *Holtfrerich*, Prof. Dr. *Kurz* und Prof. Dr. *Starbatty*.

<sup>3</sup> G. F. *Knapp*, Staatliche Theorie des Geldes, Leipzig 1905.

Hinblick auf die Definition und innere Systematik der Geldtheorie halte ich mich an das zeitgenössische Verständnis. Zu Anfang dieses Jahrhunderts benannte S. P. Altmann in einem Rückblick auf die Geldlehre des neunzehnten Jahrhunderts zwei Grundfragen der Geldtheorie, das statisch-qualitative und das quantitativ-dynamische Geldproblem. Zum ersteren gehörte die Frage nach Wesen, Begriff und Wertgrundlage des Geldes, zum letzteren die Frage nach den Bestimmungsgründen des Geldwertes und dem Zusammenhang zwischen Geldvermehrung und Preisen<sup>4</sup>. Zwölf Jahre später, nach einem ruinösen Krieg und in einer eskalierenden Inflation, konnte Herbert Döring diese Einteilung noch als adäquat und nützlich übernehmen<sup>5</sup>. Bald darauf verschob der Schwerpunkt der Geldtheorie sich aber durch das rasche Vordringen der Quantitätstheorie und durch die aktuellen Probleme zunächst der Inflation, dann der monetären Konjunkturpolitik deutlich zur quantitativ-dynamischen Richtung. Howard Ellis diskutierte in seiner bis heute maßgeblichen Darstellung der deutschen Geldtheorie von 1905 bis 1933 drei große Themenbereiche: das Wesen und die Wertgrundlage des Geldes, die Bestimmung des Preisniveaus und der Wechselkurse, und die monetäre Konjunkturtheorie<sup>6</sup>. Man kann diese Themenbereiche im Anschluß an W. Ehrlicher auch als die Theorie vom Wesen des Geldes, die Theorie des Geldwertes und die Theorie der Geldwirkungen bezeichnen. Dazu kommt bei Ehrlicher dann noch als vierter Bereich die Theorie der Geldordnung, in der sich statisch-qualitative und dynamisch-quantitative Aspekte treffen und in der sich darüber hinaus auch Geldtheorie und Geldpolitik besonders eng berühren<sup>7</sup>.

## II. Vom Metallismus zum Nominalismus

1. Goldwährungen reichen weit in die Geschichte zurück, aber als modernes internationales Währungssystem entstand der Goldstandard erst im letzten Drittel des neunzehnten Jahrhunderts. Die Währungskonferenz von Paris 1867 votierte mit großer Mehrheit für den Goldstandard als internationales Währungssystem. Der Goldstandard kannte kein Gründungsdatum, keinen Gründungsakt und keine internationale Vereinbarung, er entstand einfach dadurch, daß mehr und mehr Staaten dem frühen britischen Beispiel folgten und zur Goldwährung übergingen: das neue Deutsche Reich 1871, die Niederlande 1874 und bald darauf Dänemark und Schweden, Frankreich und Belgien 1878, die USA 1879, Österreich 1892, Rußland, Japan und Indien 1897, bald darauf die

<sup>4</sup> Vgl. S. P. Altmann, Zur deutschen Geldlehre des 19. Jahrhunderts, in: Die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft im neunzehnten Jahrhundert. Festschrift für Gustav Schmoller, Leipzig 1908, S. 4.

<sup>5</sup> Herbert Döring, Die Geldtheorien seit Knapp. Ein dogmenhistorischer Versuch, Greifswald 1921, S. 1–2.

<sup>6</sup> Howard S. Ellis, German Monetary Theory 1905–1933, Cambridge (Mass.) 1937.

<sup>7</sup> W. Ehrlicher, Geldtheorie, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 4, Stuttgart u. a. 1965, S. 232.



Philippinen, Thailand, Argentinien, Mexiko, Peru<sup>8</sup>. Der Goldstandard beruhte auf der Einhaltung von zwei grundlegenden „Spielregeln“ durch die partizipierenden Länder. Die erste Spielregel schrieb der nationalen Währungsbehörde die Einlösung von Banknoten in Gold und den Ankauf von Gold gegen Banknoten zu festen Paritäten vor, die zweite Spielregel schrieb der Währungsbehörde vor, bei einer Änderung der Währungsreserven das Goldvolumen entsprechend zu verändern, um damit die feste Parität aufrechtzuerhalten<sup>9</sup>. Man sprach aufgrund dieser beiden einfachen Regeln auch von einem „Goldmechanismus“ oder auch „Goldautomatismus“. Diese Begriffe dürfen allerdings nicht mißverstanden werden. Zu keiner Zeit ist die Goldwährung eine Routineangelegenheit gewesen, die Währungsbehörden haben vielmehr die Währungspolitik im Rahmen der vorgegebenen Ordnung bewußt gestaltet<sup>10</sup>.

Im Deutschen Reich wurde Ende 1871, nach einer heftigen, aber kurzen Debatte zwischen Goldwährungsvertretern und Silberwährungsvertretern eine Goldwährung als neue Reichswährung eingeführt<sup>11</sup>. Sie bestand zunächst als reine Goldwährung mit Goldmünzen zu zehn und zwanzig Mark neben den alten Landeswährungen. Durch das Münzgesetz von 1873 wurde die neue Goldwährung ausgebaut und an die Stelle der Landeswährungen gesetzt. Die Talerstücke der Landeswährungen bleiben noch bis 1907 gesetzliches Zahlungsmittel, so daß man bis dahin auch von einer „hinkenden Goldwährung“ spricht<sup>12</sup>. Die Goldwährung bestand fünf Jahre ohne eigene Zentralbank; erst mit dem Bankgesetz von 1875 wurde die Reichsbank geschaffen, auf der Grundlage der alten Preußischen Bank, um den Goldstandard zu administrieren.

Es gab im Deutschen Reich zwei Arten Papiergeld, Reichskassenscheine und Banknoten. Die Reichskassenscheine wurden 1874 eingeführt, um das Papiergeld der Bundesstaaten zu ersetzen; ihr Volumen war auf den relativ kleinen Betrag von maximal 120 Millionen Mark in Scheinen zu fünf, zwanzig und fünfzig Mark festgelegt. Die Notenausgabe der neuen Reichsbank und der damals noch recht zahlreichen Privatnotenbanken regelte das Bankgesetz von 1875. Die Ausgabe von Papiergeld wurde strengen Bestimmungen unterworfen

---

<sup>8</sup> A. G. Kenwood, A. L. Longheed, *The Growth of the International Economy 1820–1960*, London, Sydney 1971, S. 120–122; National Bureau of Economic Research, *A Retrospective on the Classical Gold Standard, 1821–1931*, Chicago, London 1984.

<sup>9</sup> Vgl. Manfred Seeger, *Die Politik der Reichsbank von 1876–1914 im Lichte der Spielregeln der Goldwährung*, Berlin 1968.

<sup>10</sup> Vgl. Arthur Bloomfield, *Monetary Policy under the International Gold Standard, 1880–1914*, New York 1959; Barry Eichengreen (Hrsg.), *The Gold Standard in Theory and Practice*, London 1985. Die monetäre Lenkung unter dem Goldstandard betonte bereits Joseph A. Schumpeter, *Geschichte der ökonomischen Analyse* (1952), 2 Bde., Göttingen 1965, Bd. 2, S. 1309.

<sup>11</sup> Vgl. Knut Borchardt, *Währung und Wirtschaft*, in: Deutsche Bundesbank (Hrsg.), *Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876–1975*, Frankfurt 1976.

<sup>12</sup> Otto Veit, *Grundriß der Währungspolitik*, Frankfurt 1961, S. 467.

und bewußt erschwert. Besonders wirksam war die Vorschrift, daß Banknoten nur über große Beträge ab 100 Mark lauten durften; das entsprach 1876 zwei Monatslöhnen<sup>13</sup>. Auslaufende Privilegien wurden nicht erneuert, und viele Notenbanken verzichteten angesichts der restriktiven Bedingungen auch von sich aus auf das Notenprivileg, so daß von 32 Privatnotenbanken, die 1875 bestanden, 1906 nur noch vier Privatnotenbanken übrigblieben<sup>14</sup>.

Für die Notenausgabe der Reichsbank und der Privatnotenbanken wurde ein Kontingent von insgesamt 385 Mio. Mark vorgeschrieben, davon 250 Mio. Mark für die Reichsbank. Bei Überschreiten ihrer Kontingente hatten die Notenbanken eine Notensteuer von 5 Prozent jährlich zu zahlen; die Kontingente stellten also nicht eine feste Grenze dar wie im englischen Bankgesetz von 1844, sondern eine Art „Warnlinie“. Die Privatnotenbanken sind stets innerhalb ihrer Kontingente geblieben, die Reichsbank dagegen ist in Zeiten starker Beanspruchung wiederholt „in die Notensteuer“ gegangen<sup>15</sup>. Die eigentliche Begrenzung der Notenausgabe der Reichsbank lag weniger in den Kontingenten als in der Deckungsvorschrift, daß die Reichsbanknoten zu mindestens einem Drittel in „coursfähigem Deutschen Gelde“, d. h. Goldmünzen und bis 1907 auch Silbertaler, in Reichskassenscheinen, in Goldbarren oder in ausländischen Goldmünzen gedeckt sein mußten; auch die Privatnotenbanken haben sich an diese Dritteldeckung gehalten. Die übrigen zwei Drittel des Notenumlaufs sollten durch Handelswechsel mit einer Laufzeit bis zu drei Monaten und in der Regel drei, mindestens aber zwei Unterschriften gedeckt sein.

Nach der Jahrhundertwende veränderte sich angesichts der starken Beanspruchung der Reichsbank in außenpolitischen Krisen und der drohenden Kriegsgefahr die offizielle Einstellung gegenüber dem Papiergeld; man zielte nunmehr auf eine „Entgoldung“ des Zahlungsverkehrs, um die Reserven der Reichsbank zu stärken. 1906 wurden kleinere Reichsbanknoten zu zwanzig und fünfzig Mark ausgegeben, die Reichsbank empfahl die Verwendung von Banknoten statt Münzen bei Lohnzahlungen, und 1909 wurden Reichsbanknoten, nicht aber die wenigen Privatbanknoten zum gesetzlichen Zahlungsmittel erklärt. Besonderen Erfolg hatte die offizielle „Entgoldungspolitik“ nicht. Die Zusammensetzung des Stückgeldvolumens bei den Nichtbanken hing offensichtlich weniger vom Angebot als von der Nachfrage ab. In stabilen Jahren konnte sich das Papiergeld durchsetzen, in wirtschaftlich oder politisch unsicheren Zeiten zog das Publikum aber Gold vor. Insgesamt stieg das Stückgeldvolumen bei Nichtbanken von 2,4 Mrd. Mark Ende 1871 auf 5,2 Mrd. Mark Ende 1913. Der Anteil des Papiergeldes variierte zwischen 32 und 50 Prozent; Ende 1913 bestand das Stückgeldvolumen zu 58 Prozent aus

---

<sup>13</sup> Durchschnittslohn in Industrie, Transportwesen und Handel nach A. Desdi, *Real Wages in Germany 1871–1913*, Oxford 1968, S. 112.

<sup>14</sup> Die Reichsbank von 1876–1910, Berlin 1912.

<sup>15</sup> Borchardt, a. a. O., S. 18–20.

Münzen, hauptsächlich Gold, und zu 42 Prozent aus Banknoten und Reichsscheinen<sup>16</sup>.

Der bargeldlose Zahlungsverkehr war in Deutschland vor der Reichsgründung, oder genauer gesagt vor der Gründung der Reichsbank, wenig entwickelt. Erst die Reichsbank baute ein leistungsfähiges Gironetz auf, das dann bald durch das Girossystem der Geschäftsbanken ergänzt wurde. Die Sparkassen erhielten ab 1909 die Möglichkeit, sich am Giroverkehr zu beteiligen. Für das Girogeld der Reichsbank und der Privatnotenbanken gab es keine Deckungsvorschrift, und es gab auch keine festen Mindestreservesätze für das Bankensystem. Das Bankensystem insgesamt konnte daher das Angebot an Giralgeld flexibel gestalten, weit mehr als das Papiergeldangebot, und hat von dieser Möglichkeit auch Gebrauch gemacht. Die finanzielle Expansion, die mit dem wirtschaftlichen Wachstum im Kaiserreich einherging, beruhte vor allem auf der Zunahme des bargeldlosen Zahlungsverkehrs. Der Anteil des Buchgeldes am Geldvolumen der Nichtbanken, im weitesten Sinne unter Einschluß der Spareinlagen (M 3), stieg von 1876–1913 von 59 Prozent auf 88 Prozent; der Anteil des Münzgeldes fiel im gleichen Zeitraum von 27 Prozent auf 7 Prozent, der Anteil des Papiergeldes von 14 Prozent auf 5 Prozent<sup>17</sup>.

2. Die geldtheoretischen Grundlagen des deutschen Währungssystems waren aus Großbritannien importiert worden. Es waren im wesentlichen die Gedanken, die in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts in der Kontroverse zwischen Currency-Theorie und Banking-Theorie entwickelt worden waren. Man versuchte einen Kompromiß aus beiden Richtungen, der ja auch dem Stand der Theorie etwa bei John Stuart Mill entsprach<sup>18</sup>. Die Notenkongingente und die anfangs vorherrschende offizielle Skepsis gegenüber dem Papiergeld waren noch Erbe der Currency-Theorie. Aber das System war nicht so starr wie das Peel'sche Bankgesetz von 1844, und in den flexiblen Deckungsvorschriften für den Notenumlauf durch Gold und Handelswechsel zeigt sich der wachsende Einfluß der Banking-Theorie, für die eine Notenausgabe aufgrund von Wechseln ja währungspolitisch unbedenklich war. Die deutsche Wirtschaftswissenschaft ist bis zum Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts über den Stand der älteren britischen Geldtheorie nicht hinausgekommen, hat dies auch nicht versucht. Man beschäftigte sich unter der Herrschaft der Historischen Schule vor allem mit der historischen Entwicklung und der institutionellen Gestaltung des Geldwesens<sup>19</sup>.

---

<sup>16</sup> B. *Sprenger*, Geldmengenänderungen in Deutschland im Zeitalter der Industrialisierung (1835 bis 1913), Köln 1982, S. 156–163.

<sup>17</sup> *Sprenger*, a. a. O., S. 166–167.

<sup>18</sup> John Stuart *Mill*, *Principles of Political Economy* (1848), *Collected Works* 2–3, 2 Bde., Toronto, London 1965, Bd. 2, S. 502–569.

<sup>19</sup> Vgl. *Altmann*, a. a. O., Zum geringen Niveau analytisch-deduktiven Denkens in der deutschen Wirtschaftswissenschaft jener Zeit vgl. Gerhard *Stavenhagen*, *Geschichte der Wirtschaftstheorie*, 4. Aufl., Göttingen 1969, S. 274.

Auch Knapps „Staatliche Theorie des Geldes“ blieb auf dem Boden der historischen Schule<sup>20</sup>. Knapps Leistung liegt auf dem Gebiet der statisch-qualitativen Geldtheorie, in einer neuen Theorie vom Wesen des Geldes. Die Wertgrundlage des Geldes ist nach Knapp nicht die substantielle Deckung durch Gold, Silber oder irgendeine andere in sich wertvolle Ware, sondern die Deklaration einer Währungsgemeinschaft, im allgemeinen des Staates, die ein bestimmtes Geld für gültig erklärt und ihm dadurch Geltung verschafft: „Das Geld ist ein Geschöpf der Rechtsordnung“<sup>21</sup>. Die Währungsgemeinschaft muß nicht unbedingt identisch mit der staatlichen Ordnung sein; Knapp verweist in diesem Zusammenhang auf die Bankowährung der Hamburger Girobank. Denn „jede Zahlgemeinschaft kann sich eine Werteinheit schaffen. Der Staat kann es, weil er eine Zahlgemeinschaft ist, nicht weil er der Staat ist. Der Staat ist nur die gewöhnlichste, älteste Zahlgemeinschaft, aber nicht die einzige.“<sup>22</sup> Die Grundlage der Geldordnung ist nicht das in sich substantiell wertvolle Geld, sondern das „definitive Geld“; dies ist in der Definition Knapps Geld, das nicht weiter einlösbar ist<sup>23</sup>.

Historisch leitet Knapp das Geld aus der Entwicklung der Zahlungsmittel ab. Am Anfang stehen „pensatorische Zahlungsmittel“; das sind Waren, vorwiegend Metalle, die bei jeder Transaktion gewogen werden. Wenn in der Rechtsordnung das Gewicht durch die Deklaration eines bestimmten Wertes ersetzt wird, entstehen „chartale Zahlungsmittel“. Die rechtliche Geltung macht ein bestimmtes „Zeichen“ zum Zahlungsmittel; es kann aus Metall, aber auch aus Papier sein. Die Entstehung und Entwicklung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs läßt schließlich als drittes das Giroguthaben als „giralet Zahlungsmittel“ entstehen. Giroguthaben sind nach Knapp Zahlungsmittel, aber nicht „Geld“; den Begriff Geld beschränkt er auf die „chartalen Zahlungsmittel“. Eine bargeldlose Wirtschaft mit ausschließlich giralem Zahlungsverkehr durch Transfer zwischen nicht einlösbaren Bankguthaben ist nach Knapp zwar theoretisch denkbar, empirisch aber „nicht im Kreise der Erfahrung“<sup>24</sup>.

Knapp konzentrierte sich in seiner Analyse auf das Geld in seiner Funktion als Zahlungsmittel. Dies war keineswegs zwingend, denn daß die Zahlungsmittelfunktion nur eine von mehreren Geldfunktionen war, gehörte zum Standardwissen der Zeit. Conrad nennt in seinem weit verbreiteten Lehrbuch der Politischen Ökonomie vier Funktionen des Geldes: als Tauschmittel, als Wertmaß, als Sparmittel und als Leihmittel<sup>25</sup>. Wenn man die letzten beiden

---

<sup>20</sup> G. F. Knapp, *Staatliche Theorie des Geldes*, Leipzig 1905; 2. Aufl., München, Leipzig, 1918; 3. Aufl., 1921; 4. Aufl., 1923.

<sup>21</sup> Knapp, a. a. O., 1. Aufl., S. 1.

<sup>22</sup> Ebenda, S. 137.

<sup>23</sup> Ebenda, S. 92.

<sup>24</sup> Knapp, a. a. O., S. 139. — Den Begriff „bargeldlos“ verwende ich hier im modernen Sinne. Knapp verstand unter Bargeld, wie zu seiner Zeit üblich, nur die vollwertigen Münzen.

Funktionen zusammenfaßt, ist man der heute üblichen Trias von Tauschfunktion, Wertmaßfunktion und Wertaufbewahrungsfunktion und der modernen Gelddefinition recht nahe<sup>26</sup>. Andererseits enthält Conrads Gelddefinition aber auch noch traditionelles Gedankengut der Banking-Theorie, denn der funktionalen Definition des Geldes genügen nach Conrad nur Münzgeld und staatliches Papiergeld, wie etwa die deutschen Reichskassenscheine, während Banknoten ebenso wie Schecks, Wechsel und der Giroverkehr der Zentralbank nur „Geldsurrogate“ seien<sup>27</sup>. In bezug auf die Praxis war diese Unterscheidung eher verwirrend, denn die Reichsbanknoten waren seit 1909 gesetzliches Zahlungsmittel, die Reichskassenscheine nicht.

Was in Knapps Theorie ganz fehlt, ist die dynamisch-quantitative Analyse, die Theorie des Geldwertes und der Geldwirkungen. Soweit es um die Theorie des Geldes im Inland geht, spricht Knapp bewußt von der „Geltung“ und nicht vom „Wert“ des Geldes, um damit das Problem des Geldwertes zu umgehen. Die „Geltung“ des Geldes im Inland ist nach Knapp von konkreten wirtschaftlichen Bedingungen ganz unabhängig, sie ist autoritativ und nicht merkantil bestimmt. Nur der Wechselkurs<sup>28</sup> zwischen verschiedenen Währungen ist merkantil bestimmt, er ist ein Preis, der von Angebot und Nachfrage abhängt; Knapp bezeichnet ihn auch als „pantopolische Erscheinung“<sup>29</sup>. Knapp betont, gegen die Metallisten gerichtet, daß feste Wechselkurse nicht allein durch die Goldparität der Währungsverfassung gewährleistet sind, sondern einer regulierenden Politik bedürfen; aber das war zu der Zeit auch allgemein bekannt.

Knapps Staatliche Theorie des Geldes hat in Deutschland eine ganz ungewöhnliche Wirkung ausgeübt<sup>30</sup>. Döring feierte sie als „Markstein in der Geschichte der deutschen Geldliteratur“<sup>31</sup>, Max Weber nannte sie „das großartigste Werk des Fachs“<sup>32</sup>. Noch 1924, nach Krieg und Inflation, schrieb Fritz Neumark, der Streit um die staatliche Theorie des Geldes habe seit 1905

<sup>25</sup> J. Conrad, Grundriß zum Studium der politischen Ökonomie. Erster Teil: Nationalökonomie, 7. Aufl., Jena 1910, S. 73–74, 76.

<sup>26</sup> Vgl. Otmar Issing, Einführung in die Geldtheorie, 4. Aufl., München 1981, S. 2; Peter Schaal, Monetäre Theorie und Politik, München, Wien 1981, S. 17–18.

<sup>27</sup> Conrad, a. a. O., S. 78. Banknoten galten für die Currency-Theorie als Geld, für die Banking-Theorie als Kreditzahlungsmittel; vgl. H. Rieter, Die gegenwärtige Inflations-theorie und ihre Ansätze im Werk von Thomas Tooke, Berlin, New York 1971.

<sup>28</sup> Ich halte mich hier wieder an den modernen Begriff. Der allgemeine Begriff, der dem heutigen „Wechselkurs“ entspricht, ist bei Knapp der „intervalutarische Kurs“. Unter dem „Wechselkurs“ versteht Knapp, wie zu seiner Zeit noch üblich, den Kurs speziell für Handelswechsel auf dem kurzfristigen internationalen Kapitalmarkt.

<sup>29</sup> Knapp, a. a. O., S. 203–219.

<sup>30</sup> Vgl. Claus-Dieter Krohn, Geldtheorien in Deutschland während der Inflation 1914 bis 1924, in: G. D. Feldmann, C.-L. Holtfrerich, G. A. Ritter, P.-C. Witt (Hrsg.), Die Anpassung an die Inflation, Berlin 1986.

<sup>31</sup> Döring, a. a. O., S. 1.

<sup>32</sup> Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1922, S. 40.

kaum einen Augenblick geruht<sup>33</sup>. Auch für die moderne Geldtheorie bietet die Staatliche Theorie des Geldes noch manche Ansatzpunkte<sup>34</sup>. In dogmenhistorischer Perspektive war das wichtigste Ergebnis der Staatlichen Theorie des Geldes die Verbreitung der nominalistischen Geldauffassung. Knapps Einteilung der Geldtheorie in Metallismus und Nominalismus allerdings war eine Vereinfachung. Jeder der beiden Begriffe bezeichnet nicht so sehr eine geldtheoretische Richtung, als vielmehr eine bestimmte Auffassung über die Wertgrundlage des Geldes, ein Theorieelement also, das jeweils mit unterschiedlichen Geldtheorien kompatibel ist. Metallistische Auffassungen vertraten unter anderem in der Historischen Schule Karl Knies<sup>35</sup>, in der neoklassischen Theorie Carl Menger<sup>36</sup> und in der sozialistischen Wirtschaftstheorie Rudolf Hilferding<sup>37</sup>. Für den Metallismus der praktisch orientierten Geldlehre ist der Knapp-Schüler Karl Helfferich repräsentativ, dessen Buch „Das Geld“ als Standardwerk viele Auflagen erlebte<sup>38</sup>.

Auf der anderen Seite gab es nominalistische Auffassungen auch außerhalb der Staatlichen Theorie des Geldes. Otto Heyn hat vor Knapp eine nominalistische Geldauffassung vertreten, wenn auch wenig systematisch<sup>39</sup>. Während Carl Menger noch am Metallismus festhielt, gingen die neueren neoklassischen Geldtheoretiker zum Nominalismus über, zuerst Ludwig von Mises<sup>40</sup>. Auch Schumpeter, der in seiner ersten großen Arbeit noch im Hinblick auf die Wertfunktion des Geldes am Metallismus festhielt, wandte sich in der „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung“ dem Nominalismus zu<sup>41</sup>. Unter den deutschen Ökonomen der Zeit vertrat Plenge eine nominalistische Geldauffassung<sup>42</sup>. Bendixen sah in ihm sogleich einen „Proselyten der Staatlichen Theorie“, weil

---

<sup>33</sup> Fritz Neumark, Bemerkungen zum Streit um die Staatliche Theorie des Geldes, Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 122 (1924), S. 52.

<sup>34</sup> Vgl. die zahlreichen Hinweise auf Knapp bei Rudolf Richter, Geldtheorie. Vorlesung auf der Grundlage der Allgemeinen Gleichgewichtstheorie und der Institutionenökonomik, Berlin u. a. 1987.

<sup>35</sup> Karl Knies, Geld und Credit, Abt. 1, Das Geld, Berlin 1873; 2. Aufl., 1885.

<sup>36</sup> Carl Menger, Artikel „Geld“, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. 3, 1892; 2. Aufl., Bd. 4, 1900; 3. Aufl., Bd. 4, 1909.

<sup>37</sup> Rudolf Hilferding, Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus (1910), Frankfurt 1968, S. 34.

<sup>38</sup> Karl Helfferich, Das Geld, Leipzig 1903; 2. Aufl., 1910.

<sup>39</sup> Otto Heyn, Papierwährung mit Goldreserve für den Auslandsverkehr, Berlin 1894; derselbe, Irrtümer auf dem Gebiete des Geldwesens, Berlin 1900. Knapp erwähnt Heyn im Vorwort der „Staatlichen Theorie“, 1. Aufl., S. VI.

<sup>40</sup> Ludwig von Mises, Theorie des Geldes und der Umlaufmittel, Leipzig 1912, S. 44, 48, 56–57.

<sup>41</sup> Joseph Schumpeter, Wesen und Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie, Leipzig 1908, S. 276–297; derselbe, Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Leipzig 1912.

<sup>42</sup> Johann Plenge, Von der Diskontopolitik zur Herrschaft über den Geldmarkt, Berlin 1913.



die Knapp-Schule jegliche nominalistische Geldauffassung dem Einfluß der Staatlichen Theorie des Geldes zuschrieb<sup>43</sup>. Tatsächlich stand Plenge der Knappschen Theorie aber sehr kritisch gegenüber, er begründete die Nominalität der Werteinheit auch nicht mit der staatlichen Sanktion, sondern mit der Akzeptanz im Geschäftsverkehr<sup>44</sup>. Daß die nominalistische Geldauffassung sich vor allem in der Form der Staatlichen Theorie durchsetzte, war ein deutscher Sonderweg; er hängt zusammen mit der methodischen Vorherrschaft der Historischen Schule und der engen Beziehung der herrschenden Volkswirtschaftslehre zum Staat. In anderen Ländern hat es eine vergleichbare Diskussion nicht gegeben<sup>45</sup>.

Der Streit um die Staatliche Theorie des Geldes hat neben der allgemeinen Ablehnung analytisch-deduktiven Denkens in Deutschland dazu geführt, daß das quantitativ-dynamische Geldproblem vernachlässigt wurde. Im Prinzip wurde das Problem gesehen; Knapp hielt eine Ergänzung seiner primär rechtlich-institutionellen Theorie für wünschenswert, wollte diese Aufgabe selbst aber nicht mehr übernehmen<sup>46</sup>. Der Hamburger Bankdirektor Friedrich Bendixen, Knapps frühester Anhänger außerhalb des Straßburger Doktorandenkreises<sup>47</sup>, hat als erster versucht, die Staatliche Theorie des Geldes zur wirtschaftlichen Seite hin zu ergänzen<sup>48</sup>. Im Mittelpunkt von Bendixens Theorie steht die Geldschöpfung der Banken. War für Knapp vor allem die österreichische Papierwährung von 1857–1892 die empirische Basis der Staatlichen Theorie, so bezog Bendixen sich auf die deutsche Goldwährung seiner Zeit, die sich ja in der Praxis des Zahlungsverkehrs nicht so sehr zu einer Papierwährung als vielmehr zu einer Buchgeldwährung entwickelte. Im Unterschied zu Knapp betrachtet Bendixen das Giralgeld nicht nur als Zahlungsmittel, sondern ebenso wie Münzen und Papiergeld als Geld. Bendixen versucht, eine rationale Geldschöpfung zu bestimmen, die die legitimen Ansprüche des Zahlungsverkehrs befriedigt und das Preisniveau nicht verändert; diese Geldschöpfung

<sup>43</sup> Bendixen an Knapp, 28. Juni 1913; G. F. Knapp, F. Bendixen, Zur Staatlichen Theorie des Geldes. Ein Briefwechsel 1905–1920. Ausgewählt und hrsg. von Kurt Singer, Basel, Tübingen 1958, S. 157.

<sup>44</sup> Plenge, a. a. O., S. 14–21. Nach Plenge überschätzt Bendixen die Originalität und Bedeutung der Knappschen Theorie; a. a. O., S. 425. Insofern ist es problematisch, Plenge zu den „Anhängern und Schülern Knapps“ zu zählen; Krohn, a. a. O., S. 19.

<sup>45</sup> Darauf verweist schon Joseph Schumpeter, Das Sozialprodukt und die Rechenpfennige. Glossen und Beiträge zur Geldtheorie von heute, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 44 (1917/18), S. 629. Abgedruckt in: Derselbe, Aufsätze zur ökonomischen Theorie, Tübingen 1952. Im Folgenden wird nach dem Wiederabdruck zitiert.

<sup>46</sup> Knapp an Bendixen, 3. August 1906 und 17. Oktober 1911. Knapp, Bendixen, Zur Staatlichen Theorie des Geldes, S. 29–30, 146–147.

<sup>47</sup> Knapp an Bendixen, 9. November 1905. Knapp, Bendixen, Zur Staatlichen Theorie des Geldes, S. 14.

<sup>48</sup> Friedrich Bendixen, Das Wesen des Geldes, Leipzig 1908; München, 2. Aufl., Leipzig 1918; 3. Aufl., 1922; 4. Aufl., 1926; derselbe, Geld und Kapital. Gesammelte Aufsätze, Leipzig 1912.

nennt er „klassisches Geld“<sup>49</sup>. Die Theorie enthält also ähnlich wie die Quantitätstheorie die Zielvorstellung einer Stabilisierung des Preisniveaus. Den Begriff „Geldwert“ lehnt Bendixen ab, er sei ein „metallistischer Atavismus“, weil er an die alte Vorstellung erinnert, daß das Geld in sich wertvoll sein müsse. Geld hat aber nach Bendixen keinen Wert; wenn man vom Geldwert spreche, so meine man die Preise<sup>50</sup>. Bendixen meint im Gegensatz zur Quantitätstheorie, daß preisneutrales „klassisches Geld“ immer dann vorliegt, wenn die Geldschöpfung auf Handelswechseln beruht, da der Wechselkredit sich selbst liquidiert. Das ist, ohne daß Bendixen sich dessen bewußt gewesen wäre, im Prinzip die alte Banking-Theorie, und es gelten die gleichen Einwände, die seinerzeit in der englischen Währungsdebatte die quantitätstheoretische Currency-Theorie erhob<sup>51</sup>.

Auf der Grundlage der österreichischen neoklassischen Theorie entwickelte Ludwig von Mises seine Geldtheorie<sup>52</sup>. Wie bei Bendixen, so geht es auch bei Mises um eine Analyse des modernen Geldwesens, in dem das eigentliche „Geld“ weitgehend durch die vom Bankensystem emittierten „Umlaufmittel“ (Banknoten und Sichtguthaben) verdrängt worden ist<sup>53</sup>. Die entscheidende Variable für das Volumen an Umlaufmitteln sieht Mises im Anschluß an Wicksell in der Spanne zwischen dem Kapitalzins, der Wicksells „natürlichem Zins“ entspricht, und dem Geldzins<sup>54</sup>. Während der Kapitalzins durch die Ergiebigkeit der längeren Produktionswege real bestimmt ist, wird der Geldzins von den Banken festgelegt. Wenn die Banken den Geldzins unter dem Kapitalzins halten, regen sie die Investitionstätigkeit und die Kreditnachfrage der Unternehmer an. Die Geldschöpfung gibt den Unternehmern die zusätzliche Kaufkraft, um neue Produktionsmittel zu erwerben; dies löst Preissteigerungen aus und führt zu Zwangssparen, das im Volumen den zusätzlichen Produktionsmitteln entspricht. Die Banken bestimmen somit zwar nicht unmittelbar, aber mittelbar, über den Preis des Geldes, das Volumen an Umlaufmitteln. Eine äußere Grenze hat die Geldschöpfung nur in der Liquiditätsvorsorge der Banken oder, in einer hypothetischen reinen Buchgeldverfassung, in den Kosten des Bankbetriebes. Im Unterschied zu Wicksell sieht Mises in dem Prozeß der Geldschöpfung aber eine endogene Grenze. Der Preisanstieg wird die Banken veranlassen, den Geldzins zu erhöhen, so daß Geldzins und Realzins sich wieder annähern. Das führt dann zur Einschränkung der Produktionsgüternachfrage und zur Krise<sup>55</sup>. Implizit ist damit ein endogener monetärer Zyklus angelegt, der

---

<sup>49</sup> Bendixen, *Wesen des Geldes*, S. 38–44.

<sup>50</sup> Bendixen, *Geld und Kapital*, S. 31.

<sup>51</sup> Ritter, a. a. O.; *Stavenghagen*, a. a. O., S. 430–432.

<sup>52</sup> Ludwig von Mises, *Theorie des Geldes und der Umlaufmittel*, München, Leipzig 1912.

<sup>53</sup> Ebenda, S. 328–329.

<sup>54</sup> Vgl. Knut Wicksell, *Geldzins und Güterpreise*, Jena 1898.

<sup>55</sup> Mises, a. a. O., S. 401–433.

einen Krisenzyklus induziert. Mises meint aber, daß die Expansion der Umlaufmittel nur eine von mehreren Krisenursachen ist. Krisen würden auch ohne monetären Anlaß aus der Disparität von Produktion und Konsum periodisch hervorgehen<sup>56</sup>.

Auf der österreichischen neoklassischen Theorie beruht auch Schumpeters Geldtheorie, die implizit schon in der „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung“ enthalten ist<sup>57</sup>. Schumpeter sieht das Geld im Zusammenhang mit dem Innovationsprozeß, der der Motor der kapitalistischen Entwicklung ist. Durch die Geldschöpfung des Bankensystems erhalten die Unternehmer die Mittel, um neue Kombinationen von Produktionsfaktoren durchzuführen. Die zusätzliche Nachfrage löst Preissteigerungen aus, die bei den Konsumenten zu Zwangssparen führen. Die dynamische Variable in Schumpeters Modell ist nicht die Veränderung des Geldzinses gegenüber dem natürlichen Zins oder Kapitalzins, sondern die Veränderung des Unternehmergewinns im Verhältnis zum Geldzins. Die Betrachtung verschiebt sich damit von der monetären zur realen Sphäre. Schumpeter kommt auf dem Boden der neoklassischen Theorie zu ganz anderen Ergebnissen als der pessimistische Ludwig von Mises. Die Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts mit Hilfe der Geldschöpfung ist nicht ein Moment des Zerfalls, sondern ein Moment der Entwicklung.

3. Niemand zuvor hatte in Deutschland das Golddogma theoretisch so radikal zurückgewiesen wie Knapp. Daß Knapp nicht analytisch-deduktiv, sondern anschaulich und historisch argumentierte und überdies sein Werk mit unzähligen neugeschaffenen Begriffen und Definitionen befrachtete, tat der Wirkung keinen Abbruch, sondern hat sie im Gegenteil gefördert, denn genau damit traf er die herrschende Historische Schule auf ihrem eigenen Felde. Aber Knapp bestritt vehement, aus der theoretischen Kritik des Metallismus geldpolitische Konsequenzen zu entwickeln. Er bekämpfte den Metallismus, schrieb er in der Einleitung der „Staatlichen Theorie“, ohne die Metallverwendung zu bekämpfen<sup>58</sup>. Er wollte sein Werk nicht als Empfehlung für das Papiergeld verstanden wissen, sondern meinte ausdrücklich, daß es für das Deutsche Reich „unter den jetzt herrschenden Umständen“ keinen Grund gab, von der Goldwährung abzugehen<sup>59</sup>.

Von Knapps Anhängern war Friedrich Bendixen der erste, der aus der Staatlichen Theorie Überlegungen für die währungspolitische Praxis ableitete. Bendixen empfahl, die in der Entwicklung des britischen und auch des deutschen Währungssystems sichtbare „Emanzipation des Zahlungsverkehrs vom Goldgebrauch“ bewußt zu fördern. Für den inländischen Zahlungsverkehr schlug er, schon vor der gesetzlichen Regelung von 1909, die Deklaration der Banknoten

<sup>56</sup> Ebenda, S. 433–436.

<sup>57</sup> Joseph *Schumpeter*, *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*, Leipzig 1912.

<sup>58</sup> *Knapp*, a. a. O., 1. Aufl., S. VII.

<sup>59</sup> Ebenda, S. 1.

zum gesetzlichen Zahlungsmittel vor und eine flexiblere Handhabung der Dritteldeckung, z. B. bei der regelmäßigen Geldverknappung zu den Quartalsterminen. Für den internationalen Zahlungsverkehr empfahl Bendixen, auf Pfund Sterling laufende Wechsel für deckungsfähig zu erklären und in die Primärdeckung einzubeziehen<sup>60</sup>; dieser Gedanke wurde in den zwanziger Jahren im Gold-Devisen-Standard realisiert, ohne daß man sich dabei allerdings auf Bendixen bezog. Bendixen hoffte, mit seinen Vorschlägen auf die anstehende Bankenquôte und Reform der Goldwährung Einfluß zu nehmen<sup>61</sup>. Tatsächlich wurden die Reichsbanknoten 1909 zum gesetzlichen Zahlungsmittel erklärt, auch wenn das wahrscheinlich nicht an Bendixens Einfluß lag. Auf die Dauer sah Bendixen ein Ende der Goldwährung kommen, ein Gedanke, den er mit Rücksicht auf seine Stellung als Bankdirektor allerdings nur intern äußerte. „Meine Gesinnung läßt sich als revolutionär-konservativ bezeichnen. Ich will die Goldwährung konservieren, um sie allmählich — im Laufe der Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte — in eine freie Währung umzuwandeln“<sup>62</sup>. Insgesamt zielten Bendixens geldpolitische Empfehlungen darauf, die Buchgeldwährung, wie sie sich damals im deutschen Zahlungsverkehr weitgehend durchgesetzt hatte, anzuerkennen und behutsam weiterzuentwickeln.

Genau die entgegengesetzte geldpolitische Konsequenz zog Ludwig von Mises aus seiner Geldtheorie. Er sah in der Expansion der Umlaufmittel eine Gefahr ständiger Preissteigerungen. Da die Umlaufmittel in ihrem Wesen vom Geld kaum verschieden sind und auf dem Markt in gleicher Weise als Geldangebot wirken wie das echte Geld, wäre es konsequent, auch in bezug auf die Umlaufmittel „nach Möglichkeit menschliche Beeinflussung des zwischen dem Gelde und den übrigen wirtschaftlichen Gütern bestehenden Austauschverhältnisses auszuschalten“<sup>63</sup>. Mises empfahl daher nach dem Grundgedanken des englischen Bankgesetzes von 1844 eine absolute Limitierung der Umlaufmittel, in die auch das Buchgeld einbezogen werden müßte.

Mit einer systematischen Theorie der Geldordnung hat Johann Plenge in die zeitgenössische Diskussion um die Reform der Reichsbankpolitik und die Zukunft des Goldstandards eingegriffen, die nach der Bankenquôte von 1908 die Gemüter bewegte<sup>64</sup>. Plenge warf der Reichsbank vor, in enger Kooperation mit den Geschäftsbanken von der traditionellen „Diskontpolitik“ zu einer neuen „Herrschaft über den Geldmarkt“ zu streben, um unmittelbar die Geschäftsbanken und mittelbar die Volkswirtschaft zu lenken. Die wachsende interventionistische Aktivität der Reichsbank sah Plenge im Zusammenhang mit der

<sup>60</sup> *Bendixen*, *Wesen des Geldes*, 1. Aufl., S. 16–20.

<sup>61</sup> *Bendixen* an *Knapp*, 10. 12. 1907. *Knapp, Bendixen*, *Zur Staatlichen Theorie des Geldes*, S. 75–76.

<sup>62</sup> *Ebenda*, S. 76.

<sup>63</sup> *Mises*, a. a. O., S. 473.

<sup>64</sup> *Johann Plenge*, *Von der Diskontpolitik zur Herrschaft über den Geldmarkt*, Berlin 1913.

Konzentration in der Wirtschaft und der allgemein zunehmenden staatlichen Intervention, mit jenem Wandel der Wirtschaftsordnung also, den man heute nach Hilferdings treffendem Begriff als Beginn des „Organisierten Kapitalismus“ bezeichnet<sup>65</sup>. Plenge hielt den Prozeß aber in bezug auf die Geldpolitik für reversibel und empfahl für die Reichsbank eine Rückkehr zu der „Diskontpolitik“, eine bewußte Beschränkung auf die traditionelle Rolle als Hüterin der Währung. Um die Stellung der Reichsbank zu stärken, sollte das Gold so weit wie möglich als Währungsreserve konzentriert und die Goldumlaufwährung zu einer Goldkernwährung umgestaltet werden. Plenge argumentierte hier im Hinblick auf die wachsenden internationalen Spannungen auch bewußt nationalstaatlich; die Konzentration der nationalen Währungsreserven bei der Reichsbank sollte zugleich auch Vorbereitung für die finanzielle Mobilmachung sein: „Es ist seit Jahren die Aufgabe, unsere Geldordnung ganz systematisch für den Kriegsfall vorzubereiten, weil die Zuspitzung der internationalen Verhältnisse seit Jahren erkennbar war“<sup>66</sup>. Plenges Vorschläge trafen sich, ohne daß er es wissen konnte, mit Plänen, die von offizieller Seite seit den 1890er Jahren für die finanzielle Mobilmachung vorbereitet wurden<sup>67</sup>.

### III. Inflation und Stabilisierung

1. Der Erste Weltkrieg zerstörte den klassischen Goldstandard. Schon in der Julikrise, den letzten Tagen vor der Katastrophe, stellten einige große Zentralbanken von sich aus noch vor einer formalen gesetzlichen Ermächtigung die Goldeinlösung ihrer Währungen ein. Nach Kriegsausbruch wurde in den kriegführenden Ländern und auch in einigen neutralen Ländern die Goldeinlösung suspendiert und der Goldtransfer staatlichen Kontrollen unterworfen. Offiziell waren die einzelnen Staaten bemüht, für ihre nationale Währung den Schein einer Goldwährung zu wahren. Die Währungsgesetze wurden möglichst wenig geändert, und die Zentralbanken waren mit Unterstützung der jeweiligen Regierung bestrebt, ihre Goldreserven zu halten oder zu erhöhen, um wirtschaftliche Stärke zu demonstrieren. Faktisch ging man überall vom Goldstandard zum Papierstandard über, der die währungspolitische Grundlage der Kriegsfinanzierung war<sup>68</sup>. Im Deutschen Reich wurden am 4. August 1914 die vorbereiteten Gesetze zur finanziellen Mobilmachung verabschiedet. Unter der Verwaltung der Reichsbank, aber rechtlich selbständig, wurden sogenannte Darlehenskassen mit dem Recht der Notenausgabe geschaffen. Diese Kassen

---

<sup>65</sup> Vgl. Dieter Krüger, *Nationalökonomie im wilhelminischen Deutschland*, Göttingen 1983, S. 82–91.

<sup>66</sup> Plenge, a. a. O., S. 31.

<sup>67</sup> Vgl. W. Lotz, *Die deutsche Staatsfinanzwirtschaft im Kriege*, Stuttgart u. a. 1927; Reinhold Zilch, *Die Reichsbank und die finanzielle Kriegsvorbereitung von 1907 bis 1914*, Berlin (Ost) 1987.

<sup>68</sup> G. Hardach, *Der Erste Weltkrieg (Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert, Bd. 2)*, München 1973, S. 151–162.

gaben eigene Banknoten, die Darlehenskassenscheine, gegen Lombardierung von Waren und Wertpapieren aus. Die Geldschöpfung für die private Wirtschaft wurde durch entsprechende Zinsgestaltung von der Reichsbank auf die neuen Institute verlagert, und die Reichsbank erhielt mehr Spielraum für die staatliche Kriegsfinanzierung. Die meisten Bestimmungen des Reichsbankgesetzes, besonders auch die Deckungsvorschriften, wurden formal beibehalten, dabei aber durch zwei Änderungen praktisch umgangen. Die Reichsbank durfte die neuen Darlehenskassenscheine neben Gold und Reichskassenscheine als Primärdeckung und neu geschaffene staatliche „Schatzwechsel“ neben Handelswechseln in unbeschränkter Höhe als Sekundärdeckung ausweisen. Dadurch gab es für die staatliche Geldschöpfung keine Beschränkung mehr, und der Bestand der Reichsbank an Schatzwechseln stieg ebenso wie der Notenumlauf schnell an. Durch Preiskontrollen und Rationierung versuchte man, die Kriegsinflation einigermaßen unter Kontrolle zu halten. Im November 1918 war die Kaufkraft der Mark, an den Großhandelspreisen gemessen, auf etwa 40 Prozent des Vorkriegsniveaus gesunken. Auch der Außenwert der Mark hielt sich überraschend gut, er betrug bei Kriegsende noch etwa 56 Prozent des Vorkriegsniveaus<sup>69</sup>. Neben Devisenkontrollen und der offiziellen Kurspflege spielten positive Spekulationserwartungen eine große Rolle; viele internationale Anleger erwarteten, daß die Goldwährung nur vorübergehend suspendiert war und daß die Mark zur Vorkriegsparität stabilisiert werden würde<sup>70</sup>.

Auf die Kriegsinflation folgte fast ohne Bruch die Nachkriegsinflation, die dann schließlich zu der berühmt-berüchtigten Hyperinflation des Jahres 1923 eskalierte<sup>71</sup>. Erst das völlige Scheitern der Inflationspolitik im Sommer 1923 verschaffte der Forderung nach Stabilisierung und Währungsreform den erforderlichen politischen Rückhalt. Die Hyperinflation demonstrierte die Grenzen der Staatlichen Theorie des Geldes. Während Knapp insistiert hatte, daß die Geltung des Geldes und der Geldwert nichts miteinander zu tun hätten, hing tatsächlich beides zusammen. Die extreme Geldentwertung stellte die Geltung der Währung in Frage, obwohl der Staat an der gesetzlichen Qualität der Papiermark festhielt. Ende Juli 1923 mußte die Regierung Cuno das Scheitern ihrer Katastrophenpolitik konstatieren. „Auf den Devisenmärkten des Auslandes ist das letzte Vertrauen entschwunden, die Mark nahezu unverkäuflich. Im Inland hat die Mark die Bedeutung als Wertmesser und Wertaufbewahrungsmittel verloren“<sup>72</sup>. Die Währungsfrage wurde als Existenz-

<sup>69</sup> Heinz *Haller*, Die Rolle der Staatsfinanzen für den Inflationsprozeß, in: Deutsche Bundesbank (Hrsg.), *Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876–1975*, Frankfurt 1976.

<sup>70</sup> C.-L. *Holtfrerich*, *Die deutsche Inflation 1914–1923*, Berlin, New York 1980, S. 283–287.

<sup>71</sup> Vgl. *Holtfrerich*, a. a. O.; G. D. *Feldman*, C.-L. *Holtfrerich*, G. A. *Ritter*, P.-C. *Witt* (Hrsg.), *Die deutsche Inflation. Eine Zwischenbilanz*, Berlin, New York 1982; *dieselben* (Hrsg.), *Die Erfahrung der Inflation im internationalen Zusammenhang und Vergleich*, Berlin, New York 1984; *dieselben* (Hrsg.), *Die Anpassung an die Inflation*, Berlin, New York 1986.



frage der bürgerlichen Ordnung eingeschätzt: „Es geht um Staat und Wirtschaft. Eine kapitalistische Privatwirtschaft, die den Begriff des Geldes aus der Wirtschaft verschwinden läßt, gibt sich selbst auf und bereitet dem bolschewistischen Chaos den Weg“<sup>73</sup>.

Die Währungsreform wurde im Oktober 1923 auf der Grundlage eines Ermächtigungsgesetzes beschlossen. Parallel zur Papiermark wurde eine neue Währung, die Rentenmark, zum Kurs von 1 Goldmark eingeführt und im November 1923 in den Verkehr gebracht. Der Rentenmarkumlauf wurde auf 2,4 Mrd. Goldmark begrenzt. Eine Deckung im üblichen Sinne hatte die Rentenmark nicht, sie konnte aber in wertbeständige Anleihen eingelöst werden. Die Rentenmark durfte nicht ins Ausland gebracht werden und war auch nicht gesetzliches Zahlungsmittel. Parallel zur Ausgabe der Rentenmark wurde seit November 1923 der Wechselkurs der Papiermark durch eine restriktive Kreditpolitik auf dem Kurs von 4,2 Billionen Mark für 1 US-Dollar stabilisiert. Der freie Kurs, der am 19. November noch an der New Yorker Börse 5 Bill. Mark und an der Kölner Börse sogar 10 Bill. Mark betragen hatte, wurde bis Anfang Dezember auf die neue Parität gedrückt. Nach diesem Erfolg garantierte die Reichsbank ab 15. Dezember 1923 einen festen Annahme- und Abgabekurs von 1 Billion Mark zu 1 Rentenmark; seitdem liefen Mark („Billmark“) und Rentenmark bis zur Ablösung der Mark durch die Reichsmark im Oktober 1924 unterschiedslos nebeneinander um. Der Geldwert von Mark und Rentenmark und der Wechselkurs der Mark wurden bis zur Wiedereinführung der Goldwährung durch die Kreditpolitik der Reichsbank erfolgreich stabilisiert<sup>74</sup>.

2. Krieg und Inflation brachten eine Fülle von Geldliteratur hervor; insofern bestätigt sich zunächst einmal die generelle Hypothese, daß geldpolitische Krisen die Wachstumslokomotive der Geldtheorie sind. Das quantitativ eindrucksvolle Wachstum der Geldliteratur vermittelte allerdings nur eine enttäuschend geringe qualitative Entwicklung; aus der Fülle der Literatur ragen nur wenige theoretische Innovationen heraus.

Die Geldliteratur der Kriegszeit und der ersten Nachkriegszeit wurde dominiert von der Staatlichen Theorie des Geldes, die in dieser Zeit ihre größte Wirksamkeit entfaltete. Zu Knapp, Bendixen und Kurt Singer, dem Knapp-

---

<sup>72</sup> Aufzeichnung für die Besprechung mit Wirtschaftsführern am 31. Juli und 1. August 1923. Akten der Reichskanzlei, Das Kabinett Cuno, Boppard 1968, Nr. 234, S. 697ff.

<sup>73</sup> Ebenda.

<sup>74</sup> G. Hardach, Weltmarktorientierung und relative Stagnation. Währungspolitik in Deutschland 1924–1931, Berlin 1976, S. 14–28; Otto Pfleiderer, Die Reichsbank in der Zeit der großen Inflation, die Stabilisierung der Mark und die Aufwertung der Kapitalforderungen, in: Deutsche Bundesbank (Hrsg.), Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876–1975, Frankfurt 1976; Hans Otto Schötz, Der Kampf um die Mark 1923–24. Die deutsche Währungsstabilisierung unter dem Einfluß der nationalen Interessen Frankreichs, Großbritanniens und der USA, Berlin, New York 1987.

Schüler und zeitweiligen Privatsekretär Bendixens, kamen unter andern Rudolf Dalberg, Karl Elster, Alfred Schmidt, in einiger Distanz auch Robert Liefmann. Diese Entwicklung hängt sicherlich mit dem Übergang von der Goldwährung zur staatlichen Papierwährung zusammen, der Knapps bis dahin recht abstrakte Theorie praktisch zu bestätigen schien. Gerade die Staatliche Theorie war aber aufgrund ihrer Fixierung auf das statisch-qualitative Geldproblem denkbar wenig geeignet, die Probleme der Kriegs- und Nachkriegsinflation zu erhellen; denn dazu gehörte vor allem eine brauchbare dynamisch-quantitative Analyse. Knapps eigene Äußerungen machen das Dilemma deutlich. Er ergänzte die zweite Auflage der „Staatlichen Theorie des Geldes“ von 1918 um ein Kapitel über den „sogenannten Geldwert“, das im wesentlichen auf den kurzen „Erläuterungen zur staatlichen Theorie des Geldes“ von 1906 beruht<sup>75</sup>. Den Begriff des Geldwertes lehnt Knapp immer noch als „nebelhaften Ausdruck“ ab<sup>76</sup>. Bei den vermeintlichen Geldwertveränderungen im Weltkrieg handle es sich entweder um eine Veränderung der Wechselkurse oder um Preissteigerungen. Weder das eine noch das andere hat nach Knapp etwas mit dem Geld zu tun. Da das Geld seine staatliche Geltung unbedingt behalten hat, sind die Veränderungen nur von der Warensseite her zu erklären, der Wechselkursverfall der Mark durch die „gestörten Handelsbeziehungen“, der Preisanstieg durch „Störungen auf dem inneren Markte“<sup>77</sup>.

Auch Bendixen erklärt in seiner Stellungnahme zur Kriegsinflation zunächst, daß die Steigerung der Preise auf Vorgängen auf dem Warenmarkt beruht<sup>78</sup>. Darauf folgt aber unvermittelt die Einsicht, daß falsche Geldschöpfung notwendig zu Preissteigerungen führt, weil sie neue Kaufkraft schafft. Damit nähert Bendixen sich deutlich der Quantitätstheorie in ihrer einfachsten Form, ohne aber den Widerspruch aufzulösen oder zu erklären<sup>79</sup>.

Die Anhänger der Staatlichen Theorie des Geldes bildeten keine geschlossene Gruppe. Die Gemeinsamkeit lag vor allem in der Berufung auf die Staatliche Theorie als statisch-qualitative Theorie vom Wesen des Geldes und in der Ablehnung der Quantitätstheorie. Darüber hinaus gab es aber deutliche Unterschiede zwischen den Geldtheorien von Singer, Dalberg, Elster und Liefmann<sup>80</sup>. Die Ablehnung quantitätstheoretischer Überlegungen zum Zu-

<sup>75</sup> Knapp, a. a. O., 2. Aufl., S. 434–445; derselbe, Erläuterungen zur staatlichen Theorie des Geldes. Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, Bd. 30 (1906). Abgedruckt in: Derselbe, Einführung in einige Hauptgebiete der Nationalökonomie (Ausgewählte Werke, Bd. 1), München, Leipzig 1925, S. 243–255.

<sup>76</sup> Knapp, Staatliche Theorie, 2. Aufl., S. 443.

<sup>77</sup> Ebenda, S. 443.

<sup>78</sup> Friedrich Bendixen, Das Inflationsproblem, Stuttgart 1917; derselbe, Währungspolitik und Geldtheorie im Lichte des Weltkrieges. Neue Folge von „Geld und Kapital“, München, Leipzig 1916.

<sup>79</sup> Darauf verweist schon Döring, a. a. O., S. 114.

<sup>80</sup> Kurt Singer, Das Geld als Zeichen, Jena 1920; Rudolf Dalberg, Die Entthronung des Goldes, Stuttgart 1916; derselbe, Die Entwertung des Geldes, Berlin 1918; Karl Elster, Die

sammenhang zwischen Geldmenge und Güterpreisen setzte allen Versuchen, die Staatliche Theorie zur wirtschaftlichen Seite hin auszubauen, eine enge Grenze.

Diesen geschlossenen Zirkel zu durchbrechen gelang erst Fritz Neumark, der sich in seiner Inflationstheorie formal zwar noch vielfach auf die Vertreter der Staatlichen Theorie des Geldes bezog, inhaltlich aber quantitätstheoretisch argumentierte<sup>81</sup>. Neumark untersucht Ursachen, Verlauf und Wirkungen der Inflation sowie Möglichkeiten der Stabilisierung. Im Mittelpunkt der Untersuchung steht die übermäßige Geldschöpfung als Ursache der Inflation. Neumark argumentiert vorwiegend theoretisch, verweist aber immer wieder auf die Rolle von Reichsbank und Reichsfinanzen in der aktuellen Inflation. Seine Untersuchung ist eine weitere Bestätigung dafür, daß die Beendigung der Inflation nicht durch einen Mangel an Wissen, sondern durch einen Mangel an Willen zur Stabilisierung hinausgezögert wurde.

Der deutsche Sonderweg der Staatlichen Theorie des Geldes erwies sich in der dynamisch-quantitativen Geldtheorie insgesamt als wenig ergiebig. Der Anschluß an die internationale Forschung konnte, wie schon Neumarks Beitrag zeigt, nur über eine intensive Rezeption und Weiterentwicklung der Quantitätstheorie gehen<sup>82</sup>. Denn bis in die dreißiger Jahre galt, daß die Quantitätstheorie des Geldes jedermanns Theorie des Geldes war. Sie wurde zwar kritisiert, aber es gab keine rivalisierende Theorie, die ihren Platz hätte einnehmen können, so daß alle führenden Ökonomen der Quantitätstheorie in einer ihrer Varianten anhängen<sup>83</sup>.

Zum wichtigsten deutschsprachigen Geldtheoretiker der Zeit wurde Joseph Schumpeter, der die in seiner „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung“ implizit enthaltene Geldtheorie in dem berühmten Aufsatz über „Das Sozialprodukt und die Rechenpfennige“ vom Frühjahr 1918 systematisch ausbaute<sup>84</sup>. Schumpeter will dazu beitragen, die Geldtheorie, die seiner Meinung nach lange Zeit ein Sonderdasein geführt hat, in die allgemeine Wirtschaftstheorie zu integrieren. Die Autoren, auf die er sich bezieht, sind in deutscher Sprache Menger, Wieser, Wicksell und Schlesinger, in italienischer Sprache Del Vecchio und Fanno, in französischer Sprache Walras und Aupetit, in englischer Sprache Marshall, Keynes, Irving Fisher und Kemmerer<sup>85</sup>.

---

Seele des Geldes, Jena 1920, 2. Aufl., 1923; Robert *Liefmann*, Geld und Gold. Ökonomische Theorie des Geldes, Stuttgart, Berlin 1916.

<sup>81</sup> Fritz *Neumark*, Begriff und Wesen der Inflation, Jena 1922.

<sup>82</sup> Irving *Fishers* „Purchasing Power of Money“ (1911) erschien während des Weltkrieges in deutscher Übersetzung: Irving *Fisher*, Die Kaufkraft des Geldes, ihre Bestimmung und ihre Beziehung zu Kredit, Zins und Krisen, Berlin 1916.

<sup>83</sup> Mark *Blaug*, Economic Theory in Retrospect, Homewood (Ill.) 1968, S. 615.

<sup>84</sup> Joseph *Schumpeter*, Das Sozialprodukt und die Rechenpfennige.

<sup>85</sup> Ebenda, S. 31. Vgl. auch *Stavenhagen*, Geschichte der Wirtschaftstheorie, S. 435–436; *Krohn*, Geldtheorien, S. 33–42.

Die Geldtheorie muß nach Schumpeter vom wirtschaftlichen Kreislauf von Produktion und Konsum ausgehen. In Schumpeters Modell ist die Wirtschaftsgesellschaft in zwei funktionale Klassen geteilt, Unternehmer und Konsumenten. Die Konsumenten bieten als Besitzer der Produktionsmittel (Boden, Arbeit, Kapital) produktive Leistungen an, die von den Unternehmern zur Durchführung der Produktion nachgefragt werden; die Unternehmer bieten Konsumgüter an, die von den Konsumenten zum Zwecke des Verbrauchs nachgefragt werden. Die Konsumgüter enthalten auch das Äquivalent der Abschreibungen, und die Unternehmer können, soweit sie Produktionsmittel besitzen, gewissermaßen in Personalunion auch Anbieter von Produktionsmitteln und Konsumenten sein, so daß das Modell in sich geschlossen ist. Durch das Dazwischentreten des Geldes zerfällt der Naturaltausch von produktiven Leistungen und Konsumgütern zwischen Konsumenten und Unternehmern in zwei getrennte Märkte. Auf dem Produktionsmittelmarkt kaufen die Unternehmer von den Konsumenten produktive Leistungen gegen Geld, auf dem Konsumgütermarkt kaufen die Konsumenten von den Unternehmern Konsumgüter gegen Geld. Das Geld hat in diesem Kreislauf eine reine Vermittlerfunktion, es stellt die Spielmarken oder „Rechenpfennige“ dar, die die Konsumenten für ihre produktiven Leistungen erhalten und mit denen sie von den Unternehmern das „Sozialprodukt“, das im Modell als die Summe der Konsumgüter definiert wird, kaufen. Im stationären Zustand ist offensichtlich die Preissumme der Produktionsgüter gleich der Preissumme der Konsumgüter und beides identisch gleich der Summe aller Geldeinkommen<sup>86</sup>. Dies ist die verkehrswirtschaftliche Funktion des Geldes.

Schumpeter definiert den ökonomischen Geldbegriff außerordentlich weit, so daß alle Zahlungsmittel im weitesten Sinne zur Geldmenge gehören: Münzen, Papiergeld, Giroguthaben, aber auch die Beträge der Zahlungen, die durch Verrechnung oder Clearing erledigt werden, sowie Wechsel und andere Kreditinstrumente oder Forderungsrechte aller Art, sofern sie zu Zahlungen verwandt werden. Für den Zusammenhang zwischen Geldmenge und Güterkreislauf ist aber nicht die gesamte Geldmenge relevant, sondern nur die zirkulierende Geldmenge. Nicht zur zirkulierenden Geldmenge gehören die Horte, die Währungsreserven, die unbeschäftigten, aber auf Verwendung wartenden Summen sowie die eigentlichen Kassenreserven der Banken und des Publikums. Ferner sind die Summen auszuschneiden, die zwischen den Konsumenten und Produktionsmittelbesitzern untereinander auf dem Effekten-, Grundstücks-, Hypothekenmarkt usw. zirkulieren. Nur die Geldmenge, die auf dem Produktionsmittelmarkt und dem Konsumgütermarkt zirkuliert, übt eine direkte Wirkung auf die Kaufkraft aus<sup>87</sup>. Unter den Voraussetzungen des Modells ergibt sich als Grundgleichung der Geldtheorie, daß die Summe der Einkommen (oder Produktsomme) gleich ist dem Produkt aus der zirkulierenden Geld-

<sup>86</sup> *Schumpeter*, Sozialprodukt, S. 36–37.

<sup>87</sup> Ebenda, S. 56–68. Vgl. auch *Ellis*, German monetary theory, S. 127–129.

menge und der durchschnittlichen Umsatzgeschwindigkeit („Effizienz“) des Geldes. Schumpeter will mit der Grundgleichung lediglich den arithmetischen Zusammenhang zwischen Produktsomme, Geldmenge und Effizienz aufzeigen, nicht aber die quantitätstheoretische Interpretation übernehmen, daß (nach einer Zerlegung der Produktsomme in Warenmenge und Preisniveau) Geldmenge und Effizienz das Preisniveau bestimmen<sup>88</sup>.

Wirtschaftliche Dynamik bedeutet im Unterschied zum stationären Kreislauf, daß die Unternehmer neue Produktionsprozesse organisieren, bevor der konsumtive Zweck früherer Produktionsprozesse realisiert ist. Die Mittel dazu erhalten sie durch die Geldschöpfung des Bankensystems. Die Geldschöpfung bewirkt eine Kaufkraftverschiebung zugunsten der innovativen Unternehmer, sie ist die spezifisch kapitalistische Methode der Durchsetzung wirtschaftlichen Fortschritts. Dies ist im Unterschied zur verkehrswirtschaftlichen Funktion die kapitalistische Funktion des Geldes<sup>89</sup>. Die Finanzierung von Investitionen durch Kreditschöpfung ist die Ursache für Preissteigerung und Zwangssparen.

Das Geldschöpfungspotential des Bankensystems ist, wenn keine metallische Deckungsvorschrift vorliegt, praktisch unbegrenzt. Das Geldangebot paßt sich flexibel der Nachfrage an. Die Kreditnachfrage der Unternehmer leitet Schumpeter in der Tradition Wicksells aus der Spanne zwischen dem Realzinsfuß und dem Geldzins ab. Da die Banken den Geldzins frei bestimmen und eine Geschäftsausweitung in ihrem Interesse liegt, sieht Schumpeter eine systemimmanente Tendenz zur Preissteigerung, die allein durch die Liquiditätsvorsorge der Banken nicht wirksam gebremst wird. Gerade deshalb plädiert Schumpeter in praktischer Hinsicht für die Goldwährung, um die Kaufkraft des Geldes durch die äußere Bremse der Währungsreserven und die damit erzwungene Diskontpolitik zu stabilisieren<sup>90</sup>.

Schumpeters Geldtheorie wurde von dem Frankfurter Bankier Albert Hahn weiterentwickelt<sup>91</sup>. Hahn war nach den vorausgegangenen Untersuchungen von Bendixen, Mises, Plenge und Schumpeter der konsequenteste Theoretiker der Geldschöpfung. Im Mittelpunkt seiner Untersuchung steht das Modell einer reinen Buchgeldwirtschaft, das schon Knapp als Denkmöglichkeit erwähnt hatte. Das Geldvolumen wird nach Hahn vor allem durch die Zinspolitik des Bankensystems bestimmt. Die Kreditschöpfung gibt den Unternehmern die Mittel zu investieren. Nicht-inflationäre Kreditexpansion liegt nur dann vor, wenn der Kreditschöpfung eine freiwillige Ersparnis durch Konsumverzicht entspricht; der Normalfall ist nach Hahn aber eher die inflationäre Kreditschöp-

<sup>88</sup> Schumpeter, a. a. O., S. 77–78.

<sup>89</sup> Ebenda, S. 109.

<sup>90</sup> Ebenda, S. 114. Schumpeter hat sich zeitlebens mit der Geldtheorie beschäftigt, sein geldtheoretisches Hauptwerk wurde aber erst posthum veröffentlicht: Das Wesen des Geldes, F. K. Mann (Hrsg.), Göttingen 1970.

<sup>91</sup> Albert Hahn, Volkswirtschaftliche Theorie des Bankkredits, Tübingen 1920; 2. Aufl., 1924; 3. Aufl., 1930.

fung, mit Preissteigerungen, Zwangssparen und einer realen Umverteilung von Ressourcen zu den Unternehmern. Hahn sieht den durch inflationäre Kredit-schöpfung induzierten Preisanstieg im Unterschied zu Schumpeter als dauerhaft an, betont aber andererseits die Elastizität des Produktionsapparates. Kreditausweitung führt zu Produktionssteigerungen, und durch eine expansive Kreditpolitik der Banken wäre nach Hahn theoretisch eine dauerhafte Konjunkturstabilisierung möglich. Während bei Schumpeter das Geld dem realen Zyklus untergeordnet ist, mündet Hahns Geldtheorie in eine monetäre Konjunkturtheorie. Sein optimistischer Schluß ist, „daß in der Theorie wenigstens die Annahme der Möglichkeit einer ‚ewigen Hochkonjunktur‘ nicht in den Bereich der Utopie gehört“<sup>92</sup>. Das Ergebnis ist also den pessimistischen Erwartungen von Ludwig von Mises genau entgegengesetzt<sup>93</sup>.

3. Schumpeter beanspruchte für seine Geldtheorie trotz des hohen Abstraktionsgrades praktische Relevanz, allerdings unter der Voraussetzung einer klaren Trennung von Wissenschaft und Politik. Seine Auffassung über die Arbeitsteilung zwischen Theorie und Praxis hat deutliche Parallelen zu der Position, die Max Weber im Werturteilsstreit entwickelt hatte. Die Theorie kann nicht die währungspolitischen Entscheidungen diktieren, denn diese hängen ab von den gewählten Zielen und von der Einschätzung der Daten. Was die Theorie aber leisten kann und soll, ist Klarheit über die Grundfragen und das Wesen der monetären Zusammenhänge zu schaffen. Dazu hatte sich die Wissenschaft aber nach Schumpeters kritischer Einschätzung, der man nur zustimmen kann, bis dahin „völlig unfähig“ gezeigt<sup>94</sup>. Für einen großen Teil der Wissenschaftler galt dies Verdikt auch in den folgenden Jahren.

Vor allem die theoretische Diskussion über die Inflation war in erheblichem Maße durch politische Vorgaben geprägt<sup>95</sup>. Nach quantitätstheoretischen Überlegungen mußte die exzessive Zunahme des Geldvolumens zwangsläufig die Kaufkraft und den Wechselkurs der Mark reduzieren; der Zusammenhang zwischen dem inländischen Preisniveau und dem Wechselkurs der Mark wurde in diesem ablauftheoretischen Modell durch die Kaufkraftparitätentheorie hergestellt. Demgegenüber wurde in Deutschland von offizieller Seite die „Zahlungsbilanztheorie“ favorisiert. Nach der Version von Helfferich steht die Verschlechterung der Zahlungsbilanz, ausgelöst vor allem durch den Repara-

<sup>92</sup> Ebenda, 1. Aufl., S. 159.

<sup>93</sup> Vgl. Claus-Dieter Krohn, Wirtschaftstheorien als politische Interessen. Die akademische Nationalökonomie in Deutschland 1918–1933, Frankfurt, New York 1981, S. 110–111.

<sup>94</sup> Schumpeter, Sozialprodukt, S. 29–30.

<sup>95</sup> Karl Hardach, Zur zeitgenössischen Debatte der Nationalökonomien über die Ursachen der deutschen Nachkriegsinflation, in: H. Mommsen, D. Petzina, B. Weisbrod (Hrsg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1974; C.-L. Holtfrerich, Reichsbankpolitik 1918–1923 zwischen Zahlungsbilanz- und Quantitätstheorie, Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Bd. 97 (1977).



tionstransfer, am Anfang der Kausalkette. Die defizitäre Zahlungsbilanz verschlechtert den Wechselkurs, dadurch verteuern sich die Importe, und die Verteuerung der Importe führt zu einem allgemeinen Preisanstieg. Die Reichsbank ist nicht Urheber der Inflation, sondern sie befriedigt mit ihrer Geldschöpfung den durch die allgemeine Preissteigerung hervorgerufenen legitimen Geldbedarf der Wirtschaft und des Staates<sup>96</sup>. Die Zahlungsbilanztheorie hatte deutlich apologetischen Charakter. Intern hat auch die Reichsbank den Zusammenhang zwischen Geldschöpfung und Währungsverfall deutlicher gesehen, als ihre nach außen zur Schau gestellte Naivität vermuten ließ; sie glaubte aber, aus politischer Loyalität der Katastrophenpolitik der Reichsregierung folgen zu müssen. Vor allem aber die Währungsreform von 1923 zeigte ganz deutlich, daß Reichsregierung und Reichsbank im Grunde durchaus richtig die Ursache der Inflation bei der Geldschöpfung der Reichsbank lokalisierten. Trotz der umständlichen und in der Öffentlichkeit breitgetretenen „Deckung“ der neuen Rentenmark war sowohl Reichsbankpräsident Schacht als auch Finanzminister Luther durchaus klar, daß die Rentenmark ebenso wie die Papiermark einzig und allein durch die restriktive Kreditpolitik der Reichsbank stabil gehalten wurde<sup>97</sup>.

Albert Hahn hatte bei der Einführung der Rentenmark auf die Vorteile einer stabilisierten Papiergeldwährung hingewiesen; eine Goldwährung sei weder erforderlich noch genügend zur Herbeiführung von stabilen Währungsverhältnissen<sup>98</sup>. Die verantwortlichen Währungspolitikern hielten aber an metallistischen Vorstellungen fest. Finanzminister Luther betonte im April 1924 in völliger Übereinstimmung mit Reichsbankpräsident Schacht, die Rentenmark sei nur als Zwischenlösung anzusehen, sie sei im Ausland nicht verwertbar, und man müsse daher auf eine „Goldlösung“ zuarbeiten<sup>99</sup>. Luther sprach von der Rentenmark auch später nur als von einem „privilegierten Notgeld“, einem „Quasi- oder Hilfswährungsgeld“<sup>100</sup>. Schacht meinte 1926 im Enquête-Ausschuß, eine Währung ohne Golddeckung wie die Rentenmark könne vielleicht „in einem geschlossenen Wirtschaftsstaat“ funktionieren, aber nicht im internationalen Verkehr<sup>101</sup>.

<sup>96</sup> Helfferich, *Das Geld*, 6. Aufl., 1923, S. 648.

<sup>97</sup> Sitzung des Rhein-Ruhr-Ausschusses des Kabinetts, 19. März 1924. Akten der Reichskanzlei, Kabinette Marx I und II, 2 Bde., Boppard 1973, Bd. 1, S. 477 ff. Sitzung des Reichsbank-Kuratoriums, 29. April 1924. Bundesarchiv Koblenz (= BA) R 43 I/632.

<sup>98</sup> L. A. Hahn, *Zur Einführung der Rentenmark* (1923), in: *Derselbe*, *Geld und Kredit*, Neue Folge, Tübingen 1929, S. 4.

<sup>99</sup> Sitzung des Reichsbank-Kuratoriums am 29. April 1924. BA R 43 I/632.

<sup>100</sup> Hans Luther, *Politiker ohne Partei: Erinnerungen*, Stuttgart 1970, S. 141, 147.

<sup>101</sup> Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft (= Enquête-Ausschuß), *Die Reichsbank* (V. Unterausschuß), Berlin 1929, S. 155.

#### IV. Rekonstruktion und Ende des Goldstandards

1. Die Währungsreform von 1923 galt von vornherein nur als Übergangslösung. Für die maßgeblichen Währungspolitiker in Deutschland war eine neue Goldwährung notwendige und hinreichende Bedingung, um die Stabilisierung zu konsolidieren, obwohl die Erfahrung lehrte, daß sowohl die Mark als auch die Rentenmark seit November 1923 auch unter schwierigen Bedingungen stabil gehalten werden konnten. Schacht legte schon Anfang Dezember 1923, damals noch als Währungskommissar, im Kabinett einen Plan zur Gründung einer Goldnotenbank in Personal- und Sachunion mit der Reichsbank vor; diese Bank sollte mit Beteiligung des Auslandes errichtet werden<sup>102</sup>. Als Reichsbankpräsident verfolgte Schacht das Projekt zielstrebig weiter und gründete im März 1924 die „Deutsche Golddiskontbank“; mit ihr sollte, falls über die von der Dawes-Kommission anvisierte Gold-Dollar-Lösung keine Einigung erzielt würde, ein Sterling-Devisenstandard in enger Anlehnung an die Bank of England als Zwischenlösung auf dem Wege zur Goldwährung realisiert werden<sup>103</sup>. Durch den Bericht der Dawes-Kommission vom April 1924 wurden die Pläne eines Sterling-Devisenstandards überholt; mit dem Schlußprotokoll der Londoner Konferenz und den deutschen Währungsgesetzen vom August 1924 erhielt Deutschland wieder eine Goldwährung<sup>104</sup>. Das Bankgesetz von 1924 wurde dem alten Bankgesetz von 1875 so weit wie möglich nachgebildet. Die neue Reichsmark hatte die gleiche Goldparität wie die alte Mark. Geändert wurde die gesetzliche Notendeckung. Die Primärdeckung betrug nicht mehr mindestens ein Drittel der Noten in Gold, sondern mindestens 40 Prozent der Noten in Gold und Devisen, davon wiederum mindestens drei Viertel — d. h. 30 Prozent des Notenumlaufs — in Gold<sup>105</sup>. Die Wiedereinführung des Goldumlaufs wurde zeitweilig erwogen, dann aber doch nicht durchgeführt, so daß es bei einer Goldkernwährung blieb.

Die Rückkehr zum Gold 1924 entsprach zwar den Interessen von Reichsregierung und Reichsbank, sie war aber vor allem ein Ergebnis der amerikanischen Stabilisierungspolitik. Die USA waren schon 1919 zum Goldstandard zurückgekehrt. Die Brüsseler Finanzkonferenz empfahl 1920 die Wiederherstellung des internationalen Goldstandards<sup>106</sup>. Man war sich allerdings darüber klar, daß dies ein längerer Prozeß sein würde, da zunächst die in vielen Ländern

<sup>102</sup> Kabinettsitzung vom 3. Dezember 1923. Akten der Reichskanzlei, Kabinette Marx I und II, Bd. 1, Nr. 4, S. 17.

<sup>103</sup> Sitzung des Reichsbankkuratoriums vom 29. April 1924. BA R 43 I/632.

<sup>104</sup> Rudolf Stucken, Schaffung der Reichsmark, Reparationsregelungen und Auslandsanleihen, Konjunkturen (1924–1930), in: Deutsche Bundesbank (Hrsg.), Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876–1975, Frankfurt 1975.

<sup>105</sup> Bankgesetz vom 30. August 1924. RGBl. 1924 II, S. 135–146. Vgl. auch Jürgen Flakamp, Aufgaben und Wirkungen der Reichsbank in der Zeit des Dawes-Planes, Bergisch Gladbach, Köln 1986.

<sup>106</sup> League of Nations (Hrsg.), Brussels Financial Conference 1920. The Recommendations and their Application, Genf 1922.

herrsche Nachkriegsinflation zu beenden und als Voraussetzung dafür die öffentlichen Haushalte zu stabilisieren wären<sup>107</sup>. Auf der Währungskonferenz von Genua 1922 wurde ein modifizierter Goldstandard empfohlen, der seitdem als Gold-Devisen-Standard (Gold Exchange Standard) bekannt ist. Nur die internationalen Leitwährungen — man dachte dabei an Dollar und Sterling — sollten echte Goldwährungen sein; die übrigen Notenbanken sollten ihre Währungsreserven vornehmlich in Devisen dieser „gold centres“ halten. Einige Notenbanken folgten dieser Empfehlung; der Anteil der Devisen an den Währungsreserven der europäischen Zentralbanken betrug 1913 12 Prozent, 1927 27 Prozent und 1928 42 Prozent<sup>108</sup>. Das deutsche Bankgesetz von 1924 erlaubte in diesem Sinne eine Ergänzung der Goldreserven durch Devisen; die Reichsbank bevorzugte aber aus Gründen des internationalen Prestiges faktisch die Golddeckung.

Die USA waren nicht nur für die Gründung, sondern auch für die laufende Aufrechterhaltung des zweiten Goldstandards der entscheidende Faktor. Angesichts des anhaltenden Leistungsbilanzüberschusses der USA waren hohe amerikanische Kapitalexporte erforderlich, um das komplizierte Netz von Leistungsbilanzsalden, Reparationen und Kriegsschulden zu stabilisieren. Governor Benjamin Strong von der Federal Reserve Bank of New York versuchte, die Rekonstruktion des internationalen Goldstandards durch direkte Kooperation der wichtigsten Notenbanken — Federal Reserve System, Bank of England, Reichsbank und Banque de France — zu unterstützen. Das gelang aber nur mit Mühe und unter günstigen äußeren Umständen von 1925 bis 1928. Ab 1928 gewannen die zentrifugalen Kräfte die Oberhand, auch in den USA. Strong's Nachfolger George L. Harrison vermochte unter ungleich schwierigeren Bedingungen das internationale Währungssystem nicht mehr zusammenzuhalten<sup>109</sup>. Im Sommer 1931 begann mit dem Ausscheiden Deutschlands und Großbritanniens die Auflösung des Zweiten Goldstandards.

Der Interventionismus hatte nicht nur in den internationalen Währungsbeziehungen zugenommen, auch in der Konjunkturpolitik waren die Zentralbanken sehr viel mehr gefordert als vor dem Ersten Weltkrieg. Die deutsche Wirtschaft hatte sich durch die Inflation gegenüber der Weltwirtschaftskrise von 1921 einigermaßen abschirmen können, fand dadurch aber relativ spät Anschluß an den konjunkturellen Aufschwung der Weltwirtschaft. Erst die Währungsstabilis-

<sup>107</sup> Bericht des Stellvertretenden Reichsbankpräsidenten *von Glasenapp* an das Reichswirtschaftsministerium über seine Tätigkeit als Delegierter bei der Brüsseler Konferenz, 20. Oktober 1920. Zentrales Staatsarchiv Potsdam, Reichswirtschaftsministerium 1802.

<sup>108</sup> League of Nations (Hrsg.), *International Currency Experience. Lessons of the inter-war period*, Genf 1944; W. A. Brown, *The International Gold Standard Reinterpreted, 1914–1934*, 2 Bde., New York 1940.

<sup>109</sup> Stephen V. O. Clarke, *Central Bank Cooperation 1924–31*, New York 1967; G. Hardach, *Die Kooperation der Zentralbanken als Element der internationalen Politik 1924–1933*, in: Gustav Schmidt (Hrsg.), *Konstellation internationaler Politik 1924–1932*, Bochum 1983.

sierung, der Dawes-Plan und die Rückkehr zur Goldwährung signalisierten nach zehn Jahren Krieg und Inflation die Rückkehr zur Normalität. Die Wirtschaft erholte sich in der Phase der relativen Stabilisierung 1924–1928 relativ schnell von ihrem Tiefpunkt. Das Sozialprodukt (Nettosozialprodukt zu Marktpreisen) pro Kopf der Bevölkerung lag 1928 in konstanten Preisen um 7 Prozent, nach einer anderen Berechnung (Wertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen) sogar um 14 Prozent über dem Niveau von 1913<sup>110</sup>. Trotz der schnellen Erholung relativierten aber die hohe Arbeitslosigkeit und die Abhängigkeit von Kapitalimporten den Eindruck der Stabilität, und überdies war der konjunkturelle Rhythmus äußerst hektisch. Die Erholung von der Stabilisierungskrise wurde schon im Sommer 1924 durch einen kurzen Rückschlag unterbrochen. Auf den neuen Aufschwung folgte dann im Herbst 1925 die Zwischenkrise 1925–26, und der nächste starke Aufschwung von 1926–27 wurde schon 1928 durch eine Rezession abgelöst. Die Reichsbank befand sich in einem Dilemma. In der Öffentlichkeit wurde ihr eine erhebliche konjunkturpolitische Verantwortung zugeschrieben, andererseits hatte sie aber unter den herrschenden Bedingungen des Goldstandards, des Reparationstransfers und der Abhängigkeit von Auslandskriterien nur wenig währungspolitischen Spielraum<sup>111</sup>.

Die Weltwirtschaftskrise ließ die latenten Spannungen zum Ausbruch kommen. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten wurden durch den außenpolitischen Konfrontationskurs der Regierung Brüning noch gesteigert; im Juli 1931 erzwangen schließlich der Rückzug von Auslandsgeldern und massive Kapitalflucht die Einführung von Devisenkontrollen<sup>112</sup>. Die feste Parität zum Gold blieb zwar erhalten, aber die freie Konvertierbarkeit der Währung in Gold, ein Eckpfeiler des Goldstandards, war suspendiert. Diese Suspendierung galt zunächst bei der Reichsbank ebenso wie bei in- und ausländischen Beobachtern als temporäre Maßnahme, die nicht die Substanz des Goldstandards erschütterte. Spätestens das Ende der Weimarer Republik bedeutete aber auch das Ende des Goldstandards, denn nach der Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur wurde die Währungspolitik in den Dienst der Militarisierung, Aufrüstung und Autarkie gestellt<sup>113</sup>.

<sup>110</sup> Berechnet nach W. G. Hoffmann, F. Grumbach, H. Hesse, Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin u. a. 1965, S. 172–174, 454–455, 827–828.

<sup>111</sup> G. Hardach, Weltmarktorientierung und relative Stagnation. Währungspolitik in Deutschland 1924–1931, Berlin 1976; Harold James, The Reichsbank and Public Finance in Germany 1924–1933, Frankfurt 1985.

<sup>112</sup> Vgl. Gerd Hardach, Währungskrise 1931: Das Ende des Goldstandards in Deutschland, in: H. Winkel (Hrsg.), Finanz- und wirtschaftspolitische Fragen der Zwischenkriegszeit, Berlin 1973; Harold James, The Causes of the German Banking Crisis of 1931, *Economic History Review*, Vol. 37 (1984); derselbe, The German Slump. Politics and Economics 1924–1936, Oxford 1986; Jürgen Schiemann, Die deutsche Währung in der Weltwirtschaftskrise 1929–1933, Bern, Stuttgart 1980.

<sup>113</sup> Avraham Barkai, Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Der historische und ideologische Hintergrund 1933–1936, Köln 1977.

2. Der Paradigmenwechsel von der statisch-qualitativen zur dynamisch-quantitativen Geldtheorie, der mit den Arbeiten von Mises, Schumpeter und Hahn begonnen hatte, setzte sich nach der Währungsstabilisierung vollends durch. Die Kontrahenten aus der Debatte um Metallismus und Nominalismus meldeten sich zwar noch einmal zu Wort. Diehl bekräftigte in einer Synthese seiner wirtschaftswissenschaftlichen Auffassungen seine metallistische Position<sup>114</sup>, Knapp war mit einem Beitrag über die Staatliche Theorie des Geldes in der vierten Auflage des Handwörterbuchs der Staatswissenschaften vertreten<sup>115</sup>. Aber dies waren im Grunde dogmenhistorische Zeugnisse einer vergangenen Epoche. Der theoretische Nominalismus hatte sich als herrschende Meinung durchgesetzt, aber er erschien nicht mehr in der Gestalt der Staatlichen Theorie. Die geldtheoretische Forschung wandte sich der Theorie des Geldwertes und vor allem auch der Theorie der Geldwirkungen zu.

Auf dem Gebiet der Geldwerttheorie ist vor allem Hans Neisser zu nennen, der den quantitativ-theoretischen Ansatz weiterentwickelte<sup>116</sup>. Neisser interpretiert die Grundgleichung der Quantitätstheorie als Kausalitätsbeziehung, in der der Geldwert die abhängige Variable ist und Gütermenge, Geldmenge und Umlaufgeschwindigkeit die voneinander weitgehend unabhängigen Bestimmungsfaktoren des Geldwertes sind. Neissers Untersuchung gilt vor allem der Analyse dieser drei Bestimmungsfaktoren, ihrer möglichen Wechselwirkungen und ihres Einflusses auf den Geldwert. Zur Geldmenge zählt Neisser Münzen, Papiergeld und Buchgeld, er folgt also nicht der extrem weiten Definition Schumpeters. Er folgt andererseits Schumpeter auch nicht in der Ausschaltung der Kassenreserven und der schrittweisen Reduzierung der Geldmenge auf die in Transaktionen aktive Geldmenge. Die Kassenbestände der Einzelwirtschaften, die sich aus Kassenreserven und Betriebsfonds zusammensetzen, sind in Neissers Theorie eine wichtige Variable bei der Bestimmung der Umlaufgeschwindigkeit. Die Buchgeldmenge wird durch den Zinssatz reguliert, sie steigt bei niedrigem und sinkt bei höherem Zinssatz entsprechend der Kreditnachfrage der investierenden Unternehmer. Kreditschöpfung löst auch in Neissers Modell Preissteigerungen, eine Umlenkung von Ressourcen von der Konsumgüterproduktion in die Kapitalgüterproduktion und Zwangssparen aus. Der Preisanstieg kann aber durch eine mehr oder weniger große Elastizität der Produktion gedämpft werden, wie sie etwa bei technischem Fortschritt oder bei Unterbeschäftigung von Produktionsfaktoren gegeben ist<sup>117</sup>. Insgesamt meint Neisser, daß die Umlaufgeschwindigkeit und die Gütermenge verhältnismäßig geringe Variationen aufweisen, so daß wenigstens für praktische Zwecke in erster Linie

<sup>114</sup> Karl Diehl, *Theoretische Nationalökonomie*, Jena 1927.

<sup>115</sup> G. F. Knapp, F. Gutmann, Artikel „Geld“ (Geldtheorie, staatliche), in: *Handwörterbuch der Staatswissenschaften*, 4. Aufl., Bd. 4, Jena 1927, S. 752–762. — Die Veröffentlichung hat Knapp nicht mehr erlebt, er starb 1926.

<sup>116</sup> Hans Neisser, *Der Tauschwert des Geldes*, Jena 1928.

<sup>117</sup> Ebenda, S. 136–137.

die Veränderung des Geld- und Kreditvolumens als Bestimmungsfaktor des Geldwertes anzusehen ist. Daher mißt Neisser der Geld- und Kreditpolitik große Bedeutung zu; da das Buchgeldvolumen an die Bargeldbasis gebunden ist, hat die Zentralbank innerhalb weiter Grenzen den entscheidenden Einfluß auf das Preisniveau<sup>118</sup>.

Die instabile Konjunktur und gleichzeitig die neuen Erwartungen an wirtschaftspolitisches Krisenmanagement führten nach dem Ersten Weltkrieg in vielen Ländern zu einem Aufschwung der theoretischen und empirischen Konjunkturforschung. In der Geldtheorie wurde in dieser Zeit die Theorie des Geldwertes ausgebaut zur monetären Konjunkturtheorie, einer Theorie der Geldwirkungen, in deren Mittelpunkt als Zielsetzung nicht nur die Stabilisierung des Preisniveaus, sondern im weiteren Sinne die Stabilisierung der Konjunktur stand<sup>119</sup>.

Die monetäre Konjunkturtheorie war methodisch eine Weiterentwicklung quantitätstheoretischer Ansätze. Ludwig von Mises hatte schon 1912 den Einfluß von Geldmengenänderungen auf die Konjunktur untersucht. Diesen Ansatz baute er in den zwanziger Jahren zu einer monetären Konjunkturtheorie aus. Hatte Mises in seiner frühen Geldtheorie sowohl monetäre als auch reale Krisenursachen angenommen, so stellte er in den späteren Arbeiten monetäre Faktoren als Determinanten des Konjunkturzyklus dar<sup>120</sup>. Sein Schüler Friedrich A. Hayek hat diese Theorie weitergeführt<sup>121</sup>.

Schumpeter hat die monetäre Konjunkturtheorie zwar vielfältig angeregt, vertrat selbst aber eine reale Konjunkturtheorie. Die Veränderungen des Kreditvolumens sind nach seiner Auffassung zwar ein wesentliches Element des Konjunkturverlaufs und die unmittelbare Ursache der für den Konjunkturverlauf charakteristischen Preisbewegung, aber nicht die Erklärung dafür, daß es Konjunkturschwankungen überhaupt gibt<sup>122</sup>. Schumpeter wird in der monetären Konjunkturtheorie vor allem in Verbindung mit Albert Hahn gesehen<sup>123</sup>, dessen Geldtheorie in der Tat von Anfang an zugleich auch eine monetäre Konjunkturtheorie war. In der 1930 erschienenen dritten Auflage der „Volkswirtschaftlichen Theorie des Bankkredits“ bezieht Hahn sich positiv auf die neueren Geldtheorien von Mises und Hayek. Nachdem er in der ersten Auflage von 1920 bereits konstatiert hatte, daß die Kreditschöpfung der Banken die

<sup>118</sup> Ebenda, S. 156.

<sup>119</sup> Fritz Burchardt, Entwicklungsgeschichte der monetären Konjunkturtheorie, Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 28 (1928).

<sup>120</sup> Ludwig von Mises, Theorie des Geldes und der Umlaufmittel, München, Leipzig 1912; 2. Aufl., 1924; derselbe, Geldwertstabilisierung und Konjunkturpolitik, Jena 1928.

<sup>121</sup> Friedrich A. Hayek, Einige Bemerkungen über das Verhältnis der Geldtheorie zur Konjunkturtheorie, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 173, München, Leipzig 1928; derselbe, Geldtheorie und Konjunkturtheorie, Wien 1929.

<sup>122</sup> Joseph Schumpeter, Die goldene Bremse an der Kreditmaschine (1927), in: Derselbe, Aufsätze zur ökonomischen Theorie, Tübingen 1952, S. 173–174.

<sup>123</sup> Vgl. Ellis, German Monetary Theory, S. 317–334.



Ursache der Konjunkturbewegung sei, wird diese These 1930 erweitert und systematisch begründet<sup>124</sup>. Mises und Hayek repräsentierten die konservative Position, in der die Stabilität des Geldwertes unbedingte Priorität hatte und wirtschaftspolitische Intervention als destabilisierend abgelehnt wurde. Hahn dagegen war der konsequenteste Vertreter einer expansiven Kreditpolitik, auch wenn er seine frühe optimistische Auffassung von der Möglichkeit einer „ewigen“ Konjunkturstabilisierung später deutlich einschränkte<sup>125</sup>.

3. Während zur Zeit des klassischen Goldstandards geldtheoretischer Metallismus vorherrschte, hatte sich bei der Einführung des zweiten Goldstandards theoretisch der Nominalismus durchgesetzt. Man wußte, daß die Golddeckung nicht zum Wesen des Geldes gehörte, sondern nur eines von mehreren möglichen währungspolitischen Arrangements war. Unabhängig davon gab es aber einen weit verbreiteten praktischen Metallismus. Angesehene Wissenschaftler — es dürfte sogar die herrschende Meinung gewesen sein — sahen im Goldstandard die geeignetste Währungsverfassung, um die Stabilität des Preisniveaus zu gewährleisten. Schumpeter brachte sein geldpolitisches Plädoyer für die Goldwährung auf die bekannte Formel von der „goldenen Bremse an der Kreditmaschine“<sup>126</sup>.

Auf die Währungsordnung hatten die geldtheoretischen Überlegungen allerdings nicht viel Einfluß. Die Rückkehr zum Gold war eine politische Entscheidung, und der Goldstandard stand aufgrund seiner internationalen Verankerung währungspolitisch nicht zur Disposition. Reichsbankpräsident Schacht, der ohnehin gerne damit kokettierte, daß er die wissenschaftliche Diskussion über Geld und Währung nicht zur Kenntnis nahm, machte das Primat der Geldpolitik gegenüber der Geldtheorie ganz deutlich. Er halte die Goldwährung für die einzig mögliche, äußerte er 1926 vor dem Enquête-Ausschuß, aber er sei bereit, „jede andere Theorie unbesehen anzunehmen, die von Amerika und England angenommen wird“<sup>127</sup>.

Die Entwicklung der Geldtheorie trug allerdings dazu bei, daß der Gold-Devisen-Standard der zwanziger Jahre nicht mehr so starr und unflexibel angewandt wurde wie der klassische Goldstandard der Vorkriegszeit. Neben der traditionellen währungspolitischen Rolle der Zentralbank wurde zunehmend auch deren konjunkturpolitische Bedeutung betont. Die von Plenge kritisch beobachtete Entwicklung der Reichsbankpolitik von der Diskontpolitik zur Herrschaft über den Geldmarkt wurde keineswegs revidiert, sondern im Gegenteil weiter verstärkt; in der deflationären Phase nach der Rückkehr zum

<sup>124</sup> L. Albert *Hahn*, *Volkswirtschaftliche Theorie des Bankkredits*, Tübingen 1920, S. 156–159, 3. Aufl., 1930, S. 141–150.

<sup>125</sup> L. Albert *Hahn*, *Geld und Kredit. Gesammelte Aufsätze*, Tübingen 1924; *derselbe*, *Geld und Kredit. Gesammelte Aufsätze. Neue Folge*, Tübingen 1929. Vgl. auch *Krohn*, *Wirtschaftstheorien als politische Interessen*, S. 108–123.

<sup>126</sup> *Schumpeter*, *Die goldene Bremse an der Kreditmaschine*, S. 158–184.

<sup>127</sup> Enquête-Ausschuß, *Die Reichsbank*, S. 155.

Gold hatte die Reichsbank eine außerordentlich starke Stellung. Die konjunkturpolitische Rolle der Reichsbank fand daher gerade in dieser Zeit starke Beachtung<sup>128</sup>.

Sicherlich haben die Erfahrungen mit der konjunkturpolitischen Bedeutung der Währungspolitik die Weiterentwicklung der dynamisch-quantitativen Geldtheorie zur monetären Konjunkturtheorie beeinflußt, und umgekehrt verhalf die neuere Geldtheorie zu einem besseren Verständnis der Währungspolitik. Dieser Erkenntnisfortschritt blieb aber auf einen engeren Kreis von Experten beschränkt; in der Praxis ist zu jener Zeit noch ein deutlicher Lag gegenüber den neueren Entwicklungen der Geldtheorie festzustellen. Die Wachstumsschwäche der deutschen Wirtschaft in der Phase der relativen Stagnation wurde allgemein als Folge eines realen „Kapitalmangels“ betrachtet, obwohl unter anderen Albert Hahn den vermeintlichen Kapitalmangel schlüssig als Kreditmangel identifizierte<sup>129</sup>. Die Erkenntnisse, die die Geldtheorie seit Wicksell über die realwirtschaftliche Bedeutung von Geldzins und Geldschöpfung gewonnen hatte, wurden weitgehend ignoriert<sup>130</sup>.

In der Weltwirtschaftskrise stritt Albert Hahn dafür, die „Deflationskrise“ durch eine Kreditexpansion zu bekämpfen: „Das Leben der Weltwirtschaft ist nach meiner festen Überzeugung in höchstem Grade bedroht, es kann aber durch eine antideflationistische Politik gerettet werden.“<sup>131</sup> Er konnte sich aber nicht durchsetzen gegenüber der herrschenden Deflationspolitik, die nicht zuletzt aus geldtheoretischer Unkenntnis eine Inflationsgefahr beschwor<sup>132</sup>.

Die Währungs- und Bankenkrise vom Juli 1931 bedeutete nicht nur das Ende des Gold-Devisen-Standards, sondern sie war auch eine konjunkturelle Zäsur. Die Abwärtsbewegung trat „in ein neues, erst wirklich katastrophales Stadium ein“<sup>133</sup>. Die Entwicklung der Geldtheorie in der Krise kann hier nicht weiter verfolgt werden. Festzuhalten bleibt nur, daß weder die praktischen Erfahrungen der Krise noch die theoretische Diskussion das Golddogma der Währungsbehörde erschütterten. Die Reichsbank hielt im März 1933 die Goldwährung immer noch für die geeignetste Währungsverfassung<sup>134</sup>. Nicht neue geldtheore-

<sup>128</sup> Vgl. Alfons *Schmitt*, Kreditpolitik und Konjunkturpolitik in Theorie und Praxis, Jena 1932.

<sup>129</sup> L. Albert *Hahn*, Kapitalmangel, Bankarchiv, Bd. 25 (1925/26), Abgedruckt in: *Derselbe*, Geld und Kredit. Gesammelte Aufsätze. Neue Folge, Tübingen 1929.

<sup>130</sup> Vgl. *Hardach*, Weltmarktorientierung und relative Stagnation, S. 144–149.

<sup>131</sup> L. Albert *Hahn*, Kredit und Krise. Ein Vortrag über Aufgaben und Grenzen der monetären Konjunkturpolitik, Tübingen 1931, S. 24. — Der Vortrag wurde am 19. Juni 1931, kurz vor der Währungskrise, gehalten. Vgl. auch rückblickend L. Albert *Hahn*, Fünfzig Jahre zwischen Inflation und Deflation, Tübingen 1963, S. 73–107.

<sup>132</sup> Vgl. *Knut Borchardt*, Das Gewicht der Inflationsangst in den wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozessen während der Weltwirtschaftskrise, in: *Gerald D. Feldman* (Hrsg.), Die Nachwirkungen der Inflation auf die deutsche Geschichte 1924–1933, München 1985.

<sup>133</sup> *Hahn*, Fünfzig Jahre zwischen Inflation und Deflation, S. 83.

tische oder geldpolitische Einsichten, sondern neue politische Zielsetzungen waren der Grund, daß die Goldwährung unter dem Naziregime ab 1933 durch eine staatlich kontrollierte Währung abgelöst wurde.

## V. Theorie und Praxis

Zum Schluß sollen einige Ergebnisse hervorgehoben werden, freilich ohne den Anspruch, die historischen Lehren von Geldtheorie und Geldpolitik zwischen 1905 und 1933 damit voll auszuschöpfen.

Der Abschied vom Gold ist in historischer Perspektive eine Phase in der zunehmenden Abstraktion des Geldes oder nach Plenges Formulierung „Entkörperung des Geldes“. Unter dem Gesichtspunkt des definitiven Geldes folgen aufeinander Goldumlaufwährung, Papierwährung, Goldkernwährung und schließlich endgültig Papierwährung. Unter dem Gesichtspunkt des praktischen Zahlungsverkehrs hatte man schon am Vorabend des Ersten Weltkriegs weitgehend eine Buchgeldwährung. Mit den Veränderungen im Geldwesen hat sich auch die Geldtheorie gewandelt, nicht so sehr durch systematische Weiterentwicklung als vielmehr durch einen Wandel der Paradigmen. Am Ende des klassischen Goldstandards kommt die Debatte um Metallismus und Nominalismus auf, in der Inflation steht der Einfluß der Geldmenge auf Preisniveau und Wechselkurse im Vordergrund und in der Phase der relativen Stabilisierung beschäftigt man sich mit der monetären Konjunkturtheorie. Das soll nicht heißen, man habe in der Geldtheorie nur jeweils über diese Themen und nichts anderes diskutiert, aber dies waren die Themen, die im Vordergrund des Interesses standen.

Während man im großen und ganzen schon eine gewisse Parallelität erkennen kann, gab es im Detail deutliche Ungleichzeitigkeiten in der Entwicklung von Geldtheorie und Geldpolitik. Schumpeters Ideal einer theoretisch gut informierten Geldpolitik scheiterte sowohl an Praxis-„lags“ wie an Theorie-„lags“. Die ersteren ergaben sich aus dem Widerstreit kontroverser Theorien, aus der langsamen Diffusion theoretischer Innovationen und nicht zuletzt auch aus der politischen Selektion der jeweils opportunen Theorie; jedenfalls herrschten in der Geldpolitik häufig rückständige oder gar ausgesprochen falsche Vorstellungen über das, was man gerade tat. Umgekehrt gab es aber auch Theorie-„lags“, wenn man in der Geldpolitik durch Versuch und Irrtum neue Wege fand, die von der herrschenden Lehre nicht verstanden oder gar erbittert bekämpft und erst mit einiger Verzögerung rezipiert wurden. Das Festhalten an Theorien konnte ausgesprochen kontraproduktiv werden, wenn es die falschen Theorien waren, an denen man sich orientierte. Ein währungspolitischer Empirismus oder Opportunismus, wie ihn Schacht verkörperte, war dann unter Umständen überlegen.

<sup>134</sup> Zur Stellung und Lage der Reichsbank. Memorandum der Volkswirtschaftlichen und Statistischen Abteilung der Reichsbank, 6. März 1933. BA Nachlaß Luther 358.

Die Ausgangshypothese, daß die Geldtheorie sich in enger Wechselwirkung mit der Geldpolitik entwickelt, hat sich bestätigt. Große geldtheoretische Innovationen vom Range eines Wicksell, Fisher oder Keynes sind aus den Krisen und Umbrüchen der deutschen Geldpolitik im ersten Drittel dieses Jahrhunderts nicht hervorgegangen, aber man ist dem Verständnis des Geldes ein gutes Stück nähergekommen.

# **Die Produktion von ästhetischer Monotonie und Vielfalt. Zur Praxis der Gemeinwirtschaftstheorie im Wohnungssektor**

Von *Klaus Novy*, Berlin

Blickt man zurück auf die Geschichte des Massenwohnungsbaues seit Beginn der Industrialisierung, so nimmt der Reformwohnungsbau der zwanziger Jahre bis heute eine herausragende Stellung ein. Seine städtebaulichen, architektonischen und wohnkulturellen Qualitäten ebenso wie seine Wirtschaftlichkeit werden bis heute geschätzt. Dies gilt auch im international vergleichenden Maßstab. Die große Wertschätzung dieser baukulturellen Leistungen kommt beispielsweise auch darin zum Ausdruck, daß der lange Zeit einzige deutsche Bau des zwanzigsten Jahrhunderts auf der UNESCO-Weltliste denkmalwürdiger Bauten die Hufeisensiedlung in Berlin-Britz (1924–26) von den Planern und Architekten Martin Wagner und Bruno Taut war.

Dieser Befund überrascht auch deshalb, weil die Zeit der Weimarer Republik wirtschaftlich und politisch durch größte Instabilität gekennzeichnet war. Eine relative Stabilisierung und Prosperität gab es eigentlich nur in den Jahren 1926 bis 1928, die aufgrund der Rationalisierungseuphorie vorschnell zur falschen Verallgemeinerung einer „prosperity for ever“ Anlaß geben. Anders auch als in den anderen Wirtschaftsbranchen sorgten politische (Maßnahmen der passiven Wohnungspolitik: Mietbindung und Wohnraumbewirtschaftung) und wirtschaftliche (hohe Material- und Kapitalkosten, geringe Kaufkraft) Bedingungen für den fast totalen Kollaps des privaten Wohnungsbaues und für den Zwang, nicht privatwirtschaftliche Alternativen zu finden.

Folgender Beitrag möchte einige Hypothesen entwickeln und illustrieren,

1. die den bisher kaum behandelten Zusammenhang von Gemeinwirtschaftstheorie und -praxis auf der einen und Städtebau-, Architektur- und Wohnkulturreform auf der anderen Seite betreffen;
2. die den Zusammenhang von Gemeinwirtschaft, Konkurrenz und der Produktion von ästhetischer Monotonie oder Vielfalt betreffen;
3. die damit zur Korrektur falscher Rezeptionen sowohl in der Dogmengeschichte der Wirtschaftsreformtheorie wie auch
4. in der Baugeschichtsschreibung beitragen sollen.

Die hier essayistisch vorgetragenen Argumente und aus Platzmangel nur illustrativ-exemplarisch belegten Thesen beruhen auf mehreren eigenen empirischen und sekundäranalytischen Untersuchungen sowohl der Gemeinwirtschaftstheorie und -praxis wie der Geschichte der Wohnreformbewegung, auf die an den entsprechenden Stellen verwiesen wird.

## Gemeinwirtschaftliche Wohnreform vor 1914

Das Denken in den abstrakten ordnungspolitischen Alternativen „Markt oder Staat“ hat fast durchgängig auch den Rückblick auf die Besonderheiten gerade der deutschen Wohnreformbewegung verstellt. So werden die „Ursachen der „Wohnungsfrage“ als Marktversagen im Bereich eines Gutes mit allzu vielen Besonderheiten (inhomogen, lange Produktionszeiten, geringe Markttransparenz, hohe Transaktionskosten, keine Substituierbarkeit usw.) analysiert und daraus die Gründe für das frühe Entstehen des Staatsinterventionismus im Wohnungssektor abgeleitet. Während die intellektuellen Wegbereiter, ihre Organisationen, an der Spitze der „Verein für Socialpolitik“, sowie die staatlichen Maßnahmen mir hinreichend untersucht und gewürdigt erscheinen<sup>1</sup>, erlangt die Rolle der gewissermaßen intermediären Organisationen, der entstehenden gemeinnützigen Unternehmen in ihrer Dynamik und Differenziertheit kein vergleichbares Interesse. Obwohl neuere Untersuchungen<sup>2</sup> auf die ordnungspolitische Bedeutung und Eigenständigkeit solcher intermediärer Organisationen, ja eines intermediären Sektors, hinweisen, hat sich diese Sichtweise bislang kaum in der historischen Analyse niedergeschlagen. Dabei würde sichtbar werden — so meine These — welche prägende Rolle Struktur, Ausdifferenzierung und Organisationsdynamik der zwischen „Markt“ und „Staat“ entstehenden Reformunternehmen auf Stadtentwicklung, Architektur- und Wohnkulturreform hatten.

Die Prädominanz abstrakt-modellhafter Analyse wirkt sich heuristisch in einem Desinteresse an kategorialer Differenzierung im Bereich der Reformträger aus. Dies gilt gleichermaßen für die Wirtschaftswissenschaften wie auch für Bauhistoriker, Architekten und Denkmalschützer, die die Mehrzahl der bisherigen Untersuchungen über den Reformwohnungsbau verantworten<sup>3</sup>. In meinen Untersuchungen<sup>4</sup> habe ich vorgeschlagen, den historischen, von fast allen

<sup>1</sup> Zuletzt in den Schriften des Vereins für Socialpolitik vgl. H. J. *Teuteberg*, Die Debatte der deutschen Nationalökonomie im Verein für Socialpolitik über die Ursachen der „Wohnungsfrage“ und die Steuerungsmittel einer Wohnungsreform im späten 19. Jahrhundert, in: J. *Teuteberg* (Hrsg.), *Stadtwachstum, Industrialisierung, sozialer Wandel. Beiträge zur Erforschung der Urbanisierung im 19. und 20. Jahrhundert*, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F., Bd. 156, Berlin 1986, S. 13 ff.; in den Anmerkungen auch Hinweise auf die für diese Zeit wichtigsten Quellen und Literaturangaben.

<sup>2</sup> Vgl. D. *Krischausky*, K. *Mackscheidt*, *Wohnungsgemeinnützigkeit. Zwischen bedarfswirtschaftlicher Tradition und wohnungspolitischer Neuorientierung*, Köln, Berlin, Bonn, München 1984; und K. *Gretschmann*, *Steuerungsprobleme der Staatswirtschaft*, Göttingen 1981.

<sup>3</sup> Noch heute gibt es Schriften und Dokumentationen selbst von Denkmalschutzbehörden, die ohne Bauherrenangabe auszukommen glauben. Wohnbauten seien offensichtlich nur eine Frage des Architekten und Baujahres.

<sup>4</sup> Zuerst K. *Novy*, Die veralltäglichte Utopie — Richtungen genossenschaftlicher Wohnreformen in Berlin vor 1914, in: K. *Schwarz* (Hrsg.), *Die Zukunft der Metropolen*, Paris, London, New York, Berlin, Bd. 1: Aufsätze, Berlin 1984, S. 385 ff.



Fachrichtungen verwendeten Begriff der „Wohnungsreform“ präziser zu fassen und von „Wohnreform“ abzugrenzen. Mit „Wohnungsreform“ sollen nur die sichtbaren, also städtebaulich-architektonischen, baulich-technischen Verbesserungen bezüglich der Ästhetik, Wohnkultur, Hygiene gemeint sein, was man zeitgenössisch gern mit der Formel „Luft, Licht und Sonne“ faßte. Diese baulichen Verbesserungen sind fast allen Bemühungen um Alternativen zur Mietskaserne gemein: dem Werkswohnungsbau ebenso wie dem philanthropischen, staatlich-kommunalen oder genossenschaftlichen. Diese alle unterscheiden sich jedoch deutlich im Grad sozialreformerischer Ansprüche. Ich möchte wohnungsreformerische Bemühungen nur dann zur „Wohnreform“ zählen, wenn es neben den baulichen auch zu wirtschaftlichen und sozial-organisatorischen Reformen kommt, also zum Ausbau der Rechte der Bewohner: Dauerwohnrecht, Kostentransparenz und -kontrolle, kapitalmarkunabhängige Finanzierungskreisläufe, Mitbestimmungs- oder Selbstverwaltungsrechte in bezug auf Verwaltung, Instandsetzung, Belegung, Gemeinschaftseinrichtungen, Wohnumfeld usw. Unterläßt man diese Differenzierung (wie in der gesamten Literatur üblich), so behandelt man unter „Wohnungsreform“ sowohl den Werkswohnungsbau wie auch den genossenschaftlichen Reformwohnungsbau und verstellt sich den Blick auf jene entscheidenden Differenzen, die beispielsweise die Sozialdemokraten und engagierten bürgerlichen Wohnreformer den Werkswohnungsbau als „Fabrik-Feudalismus“ und modernes Sklavenhaltertum geißeln ließen<sup>5</sup>. Die fatale Verkürzung der Perspektive um die sozialreformerische Bedeutung der Träger kommt auch darin zum Ausdruck, daß die meisten Standardwerke nur mit der Nennung von Architekt, Baujahr und Standort auskommen bzw. — wenn der „soziale Bauherr“ genannt wird — bemerkenswert unsicher mit den Angaben umgehen.

Alle wichtigen sozial-organisatorischen Innovationen für den Durchbruch des Reformwohnungsbauens waren schon vor 1914 entwickelt:

1. Auf vorgesetzlicher Grundlage bildete sich die Wohnungsgemeinnützigkeit heraus. Ich möchte sie als rechtsförmigen Tausch zwischen Staat/Kommune und freigemeinnützigen Trägern interpretieren. Dabei entsteht ein solidarisch-subsidiärer Verbund folgender Art<sup>6</sup>:

2. Neben philanthropischen Stiftungen und reformbürgerlichen Gesellschaften bildete sich schon vor 1914 eine Vielfalt genossenschaftlicher Richtungen heraus. Am entwickeltsten, dem Berliner Beispiel habe ich versucht, vier Richtungen genossenschaftlicher Wohnreform zu unterscheiden<sup>7</sup>:

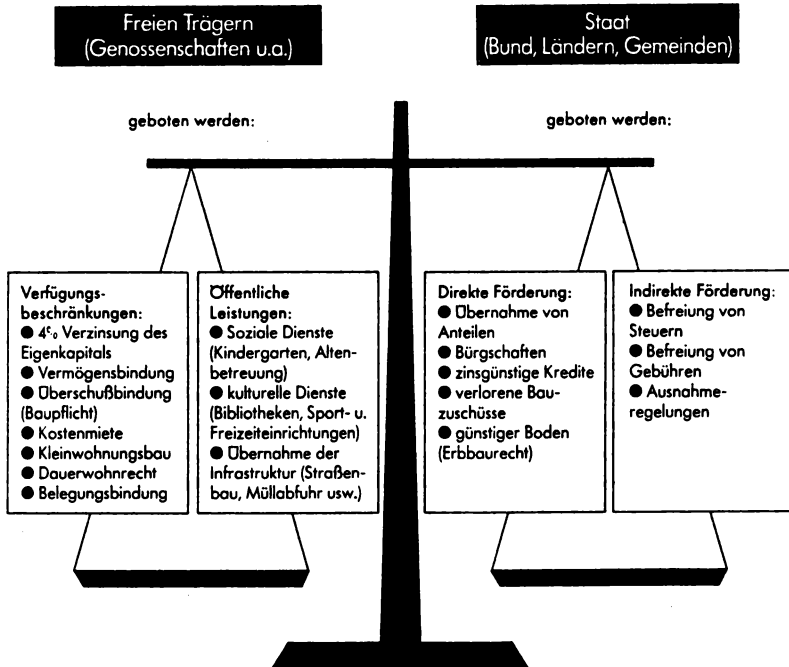
- a) die mittelständisch-besitzindividualistische Richtung,
- b) die Arbeitgeber- oder Beamten-genossenschaften,

<sup>5</sup> Vgl. *Düwell*, Fabrik-Feudalismus, in: *Die Neue Zeit* 1901/02, S. 117.

<sup>6</sup> Vgl. K. *Novy*, W. *Förster*, *Einfach Bauen. Genossenschaftliche Selbsthilfe nach der Jahrhundertwende. Zur Rekonstruktion der Wiener Siedlerbewegung*, Wien 1985, S. 22.

<sup>7</sup> Vgl. K. *Novy*, *Die veralltäglichte Utopie ...*, a. a. O., S. 287ff.

### Wohnungsgemeinnützigkeit als rechtsförmiger Tausch zwischen



- c) die paternalistisch-sozialreformerischen und  
 d) die oppositionell-sozialreformerischen Baugenossenschaften.

3. Mit der gemeinnützigen Baugenossenschaft tritt historisch ein neuer Bauherrntypus auf, ein sozialer Kollektivbauherr. Dieser Bauherr, gewissermaßen die Konsumentenorganisation organisierter Arbeiterhaushalte, sollte wie ein Magnet die besten Architekten anziehen und die moderne Stadtentwicklung revolutionieren. Auf die Architektur bezogen hat der bekannte Bauhistoriker Posener die baugenossenschaftlichen Pionierleistungen auf die Formel gebracht<sup>8</sup>: „Die gemeinnützige Miethausbauerei von Messel bis Mebes stellt einen Höhepunkt der Architektur und des Städtebaues in Berlin dar. Sie ist ohne Präzedenz: die einmalige Antwort fortschrittlich-kritischer Tendenzen auf die einmalige Ungeheuerlichkeit der Mietskasernenstadt“. Mit der baugenossenschaftlichen Selbsthilfe erlangen die Arbeiterwohnung und ihre städtebauliche Anordnung die Würde, ein kulturpolitisch relevantes Thema zu sein. Erstmalig nehmen sich die ‚großen‘ Architekten der kleinen Wohnung an; und sie bleibt Thema der Architekten-Avantgarde für Jahrzehnte („Wohnung für das

<sup>8</sup> J. Posener, Berlin auf dem Weg zu einer neuen Architektur. Das Zeitalter Wilhelms II, München 1979, S. 357.

Existenzminimum“). Die paradox anmutende Aufgabenstellung — wie man denn für die Masse der sich durchsetzenden Arbeitnehmer-Normalhaushalte qualitativ hochwertige städtebaulich-architektonische Wohnformen herstellen könne, wenn doch große Architektur nur im Zusammenspiel von guten Architekten und selbstnutzenden Bauherrn entsteht — konnte durch den Aufstieg der Baugenossenschaften, die aufgrund des genossenschaftsspezifischen Identitätsprinzips als Selbstnutzergemeinschaften und kollektive Bauherrn der Arbeiterschaft interpretiert werden können, historisch gelöst werden.

4. Mehr als in anderen Sektoren waren die Bau-Genossenschaften als Selbsthilfeeinrichtungen von vornherein strukturell überfordert<sup>9</sup> und auf organisatorische und finanzielle Hilfe zur Selbsthilfe angewiesen. Die entstehende Wohnungsgemeinnützigkeit als Tausch von direkter und indirekter Förderung gegen Bindungs- und Leistungsbereitschaft (vgl. Schema) ist ein komplexer institutioneller Lösungsversuch der finanziellen Hilfe zur Selbsthilfe. Der organisatorischen Überforderung suchte man abzuweichen durch die Gründung von vorgelagerten Hilfsorganisationen wie ideellen Fördervereinen (zuerst Rheinischer Verein zur Förderung des Arbeiterwohnungswesens 1897, dann Folgegründungen in allen Provinzen; Deutsche Gartenstadtgesellschaft, Bund deutscher Bodenreformer usw.); sowie bald danach spezialisierte Genossenschaftsverbände. Es blieb jedoch eine spezifische funktionale Überforderung der Wohnungsbaugenossenschaften, die über das hinausreicht, was allen Genossenschaften mit ihrem Doppelcharakter (Unternehmen und Personengemeinschaft) ohnehin inhärent ist<sup>10</sup>, nämlich sowohl Baugemeinschaft (Bauträgerfunktion) wie Wohngemeinschaft (Bestandsverwaltungsfunktion) zu sein. Diese strukturellen Spannungen — ehrenamtliche Selbstverwaltung vs. professionelles Management, Bestandspflege vs. Neubaupflicht, Selbstversorgung vs. Fürsorge, Kostenmiete vs. Solidarmiete, freie Assoziation vs. kommunale Belegung, Lebensgemeinschaft vs. Wirtschaftsunternehmen, kulturelle Innovation vs. normierte Standardlösung<sup>11</sup> — wurden meines Wissens erstmals 1911 theoretisch erfaßt und in einem organisatorischen Reformvorschlag zum partiellen Ausgleich gebracht. Im Sinne der genossenschaftswissenschaftlichen Kooperationstheorie<sup>12</sup> wurde eine vertikale Funktionstrennung zwischen Bauträger (Sekundär-genossenschaft) und Bestandsverwaltern (Primär-genossenschaften) vorgeschlagen. Ein solcher professioneller Bauträger (Bauentwicklung und -betreuung) als genossenschaftliches Service-Unternehmen entstand — gemäß des Vorschlages von 1911 — erstmalig in Köln 1913 unter Beteiligung der Stadt und der Altgenossenschaften<sup>13</sup>.

<sup>9</sup> Zur These der „strukturellen Überforderung“ vgl. K. Novy, Genossenschaftsbewegung. Zur Geschichte und Zukunft der Wohnkultur, Berlin 1983, S. 164 ff.

<sup>10</sup> Vgl. zur These der Doppelnatur G. Draheim, Die Genossenschaft als Unternehmungstyp, Göttingen 1952.

<sup>11</sup> Vgl. Fußnote 9.

<sup>12</sup> Vgl. hierzu die Arbeiten der sog. Münsteraner Schule, beispielsweise E. Boettcher (Hrsg.), Theorie und Praxis der Kooperation, Tübingen 1972.

Diese vier Dimensionen der baugenossenschaftlichen Organisationsentwicklung — öffentliche Finanzierung gegen Auflagen (Äquivalenzprinzip), Architekturreform, Konkurrenz durch sozial-kulturelle Ausdifferenzierung, Verbundbildung — waren alle vor 1914 angelegt, jedoch erst experimentell wirksam. Im Durchschnitt machte der Anteil gemeinnütziger Bautätigkeit am Neubau vor 1913/14 kaum mehr als 3 % aus, in einigen Großstädten jedoch schon 30 %<sup>14</sup>.

### **Skizze zur Entwicklung der Gemeinwirtschaftsdebatte während der Weimarer Republik**

Anders als das eher finanzwissenschaftliche Gemeinwirtschaftsverständnis, das im Umkreis des Kathedersozialismus entstand, wurde der Begriff schon während des Ersten Weltkrieges, besonders aber nach der Novemberrevolution um den Preis der Klarheit inhaltlich erweitert und synonym mit Sozialismus oder Sozialisierung gesetzt. Ausdruck dieser Verwendungsweise ist die gleichnamige antisozialistische „Kampfschrift“ von L. v. Mises<sup>15</sup>, die — nach einigen ersten Aufsätzen — die Wirtschaftsrechnungsdebatte auslöste und wo Mises Sozialismus bzw. Gemeinwirtschaft als jene Wirtschaftsform kennzeichnet, in der es kein Sondereigentum an den Produktionsmittel gibt, eine Formulierung, die an der Realität der Gemeinwirtschaftsformen der zwanziger Jahre vorbeiging.

Die in diesem Lichte gesamtwirtschaftlich-ordnungspolitisch geführte Debatte läßt sich in verschiedene Phasen unterteilen<sup>16</sup>:

- Kriegswirtschaftsdebatte (1914–1918): O. Neurath, Moellendorff, R. Goldscheid, E. Lederer, W. Rathenau, R. Wissell, L. v. Wiese
- Sozialisierungsdebatte (1918–1921): A. Amonn, O. Bauer, E. v. Beckerrath, E. Bernstein, K. Bücher, R. Deumer, F. Eulenburg, E. Fischer, R. Goldscheid, E. Heimann, R. Hilferding, K. Kautsky, K. Korsch, E. Lederer, O. Leichter, R. Liefmann, L. v. Mises, O. Neurath, F. Oppenheimer, Parvus, L. Pohle, O. Prange, W. Rathenau, J. Schumpeter, Eu. Schwiedland, W. Sombart, F. Staudinger, H. Ströbel, F. Tönnies, P. Umbreit, M. Wagner, M. Weber, F. Weiß, L. v. Wiese, R. Wilbrandt, R. Wissell,

<sup>13</sup> Vgl. K. Novy (Hrsg.), Wohnreform in Köln. Geschichte der Baugenossenschaften, Köln 1986, S. 43 ff.

<sup>14</sup> Vgl. Angaben bei H. Kruschwitz, Deutsche Wohnungswirtschaft und Wohnungspolitik seit 1913, in: W. Zimmermann (Hrsg.), Beiträge zur städtischen Wohn- und Siedlungswirtschaft, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 177/I, München, Leipzig 1930, S. 10.

<sup>15</sup> K. Novy, Strategien der Sozialisierung. Die Diskussion der Wirtschaftsreform in der Weimarer Republik, Frankfurt, New York 1978, S. 15 ff.

<sup>16</sup> L. v. Mises, Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus, Jena 1922.

- Wirtschaftsrechnungsdebatte (1921 ff.): ausgelöst von M. Weber und L. v. Mises beteiligten sich: O. Bauer, E. Heimann, R. Kerschagl, O. Leichter, J. Marschak, O. Neurath, K. Polanyi, später O. Lange und A. Lerner
- Planwirtschaftsdebatte (1929–1933): H. Bräutigam, G. Halm, E. Heimann, P. Hermberg, G. Klein, K. Landauer, A. Lauterbach, E. Lederer, O. Leichter, K. Mandelbaum, K. Mendelsohn, G. Meyer, F. Naphtali, W. Pahl, F. Pollock, K. Renner, R. v. Ungern-Sternberg.

Aus wirtschaftswissenschaftlicher und dogmenhistorischer Sicht ist nur die Wirtschaftsrechnungsdebatte historischer Bezugspunkt jüngerer Untersuchungen; einzig sie entspricht dem relativ abstrakten Theorieverständnis der modernen Nationalökonomie. Die institutionalistische Theorie der Wirtschaftsreform, der Mischformen und des Übergangs, der man den größten Teil dieser Theoriebildung der zwanziger Jahre zuzurechnen hat, stieß in der späteren Rezeption auf keinerlei Interesse. Selbst in der Darstellung der Geschichte der Ökonomie des Sozialismus findet sich keine Rezeption dieser Debatte. Heimann<sup>17</sup>, Lange<sup>18</sup> und Brus<sup>19</sup> erscheint der neoliberale Sozialismus-Kritiker L. v. Mises bedeutender als die ganze Gruppe der deutschen Theoretiker der Planwirtschaft, Wirtschaftsdemokratie oder Gemeinwirtschaft, auf die überhaupt nicht eingegangen wird. Ein knappes Jahrhundert marginalistisch geprägten Ökonomieverständnisses haben den Zugang zur Problematik der Wirtschafts- und Sozialreform, der gemischten Ökonomieformen und der spezifischen Transformationsprobleme gründlich versperrt. In neoklassischer Rückprojektion erscheint selbst den Vertretern der sozialistischen Wirtschaftstheorie die Geschichte der Wirtschaftsreform- und Gemeinwirtschaftstheorie als quantität negligible. Dem liberal-konservativen v. Mises hingegen wird eine Statue in der Vorhalle des Ministeriums für Sozialisierung vorgeschlagen<sup>20</sup>. Während die ökonomische Theorie des Sozialismus ohne Sozialisten auszukommen scheint, so verkümmerte die Geschichtsschreibung von Theorie und Praxis der Gemeinwirtschaftsbewegung der Zwischenkriegszeit weitgehend zur Hausgeschichtsschreibung<sup>21</sup>.

---

<sup>17</sup> Vgl. E. Heimann, Zur Geschichte der Theorie der sozialistischen Wirtschaft, in: *derselbe*, Sozialistische Wirtschafts- und Arbeitsordnung, 2. Aufl., Offenbach 1948, S. 66 ff.

<sup>18</sup> Vgl. O. Lange, Zur ökonomischen Theorie des Sozialismus (1936/37), in: *derselbe*, Ökonomisch-theoretische Studien, Frankfurt, Wien o. J., S. 260 ff.

<sup>19</sup> Vgl. W. Brus, Funktionsprobleme der sozialistischen Wirtschaft, Frankfurt 1971, S. 51 ff.

<sup>20</sup> Vgl. O. Lange, a. a. O., S. 260.

<sup>21</sup> Vgl. beispielsweise E. Hasselmann, Geschichte der deutschen Konsumgenossenschaften, Frankfurt 1971; H. Faust, Geschichte der Genossenschaftsbewegung, Frankfurt 1977; A. Lösch, Die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen der deutschen Gewerkschaften, Köln 1979.

Nicht nur in der wirtschaftswissenschaftlichen Rezeption kommt die Theorie und Praxis der Gemeinwirtschaftsbewegung kaum zum Ausdruck. Auch in der Sozialgeschichtsschreibung der Arbeiter- und Angestelltenbewegung findet sich keine der realen Bedeutung angemessene Darstellung der „positiven Ökonomie“<sup>22</sup> dieser sozialen Bewegungen. Keine Geschichte der linken Parteien (1. Säule), keine Geschichte der Gewerkschaften (2. Säule) geht auf Theorie und Praxis der sog. 3. Säule, der Genossenschafts- und Gemeinwirtschaftsbewegung, ein<sup>23</sup>. Im Gegensatz zu den zentralstaatlichen Wirtschaftsreformversuchen nach 1919 (3 Sozialisierungsgesetze, Reichswirtschaftsrat usw.), die uneingeschränkt als gescheitert angesehen werden müssen, war dagegen die Erfolgsbilanz der Wirtschaftsreformversuche „von unten“ — also des Kommunalsozialismus, der freien Gemeinwirtschaft einschließlich der genossenschaftlichen Selbsthilfebewegungen — auf weiten Strecken erstaunlich erfolgreich. Merkwürdigerweise verteilt sich das heutige Interesse an den gemeinwirtschaftlichen Wirtschaftsreformversuchen — soweit überhaupt vorhanden — falsch, nämlich gleichsam kontrapunktisch. Vergessen oder bis zur Karikatur verzerrt erscheinen die Leistungen dieser Sozialreformbemühungen. Dabei hätte schon die quantitative Dynamik einiger dieser Bewegungen großes Interesse verdient. Allein die sozialdemokratisch orientierte Konsumgenossenschaftsbewegung (parallel gab es die kleinere christliche) hat es innerhalb von drei Jahrzehnten auf knapp 3,5 Millionen Mitglieder gebracht; rechnet man die mitversorgten Familienmitglieder hinzu, kommt man in den Großstädten zu einem genossenschaftlichen Organisationsgrad von über 25 %<sup>24</sup>. Das m.E. interessante wirtschaftsreformpolitische Experiment der Weimarer Republik — die „Förderung der Sozialisierung durch die Bauarbeiter“ durch die gewerkschaftlich geförderte Gründung von Bauhütten und gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Bauherrnorganisationen — ist sowohl als theoretisches Konzept wie auch als reale Bewegung vergessen; nicht einmal der Name „Bauhütte“ ist noch bekannt. Dabei entstanden innerhalb von wenigen Jahren über 200 Bauhütten (ab 1919) mit mehr als 20.000 Beschäftigten und an die 200 gewerkschaftlich-genossenschaftliche Wohnungsunternehmen, die weit über 100.000 Wohnungen errichtet haben. In der Bau- und Wohnungswirtschaft einschließlich der vorgelagerten Märkte entstand der Versuch eines geschlossenen innergemeinwirtschaftlichen Kreislaufes. Paradox, aber wahr: Während die entstandenen Siedlungen bis heute sowohl vom alltäglichen Wohnwert wie auch von der Bau- und

---

<sup>22</sup> Zum Begriff vgl. K. Novy, Praxis und Theorie der Wirtschaftsreformen. Zur positiven Ökonomie des Reformsozialismus, in: H. Heimann, Th. Meyer (Hrsg.), Reformsozialismus und Sozialdemokratie, Berlin, Bonn 1982, S. 279; und derselbe, Wirtschaftswissenschaften, wirtschaftspolitische Alternativen und Wirtschaftsreformpraxis, Leviathan, Bd. 7 (1979), S. 466ff.

<sup>23</sup> Vgl. beispielsweise A. Klönne, Die deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte. Ziele. Wirkungen, Düsseldorf, Köln 1980.

<sup>24</sup> A. Garbai, Die Bauhütten. Vergangenheit und Zukunft. Der Weg zum gemeinwirtschaftlichen Aufbau der Arbeitsorganisation im Baugewerbe, Hamburg 1928, S. 197.



Kunstgeschichte her hohe, ja oft höchste Anerkennung finden, ist über ihre entstehungsgeschichtlichen Hintergründe als Wirtschaftsreformkonzept fast nichts bekannt.

Zur glatten Geschichtsfälschung wird die Ausblendung der Gemeinwirtschaftsbewegung im Bereich der Geschichtsschreibung der Gewerkschaftsbewegung. Denn hier machte der Aufbau einer gewerkschaftlichen Gemeinwirtschaft seit 1919 als neue Kampffront in der Gewerkschaftsstrategie eine bedeutende Linie aus. Schon sah man die Hauptwaffe des gewerkschaftlichen Kampfes, den Streik, tendenziell überflüssig werden — ersetzt durch die Gemeinwirtschaft als Mittel des „positiven Wirtschaftskampfes“. „Dem Kampf um den Aufbau der Bauhütten kommt für die endgültige Befreiung der Bauarbeiter und die Verdrängung kapitalistischer Baubetriebe eine größere Bedeutung zu, als unter kapitalistischer Produktionsweise dem Streik für die Besserung der Arbeitsverhältnisse“<sup>24</sup>, hieß es 1928 — schon damals überzogen. Nicht nur die unmittelbar beteiligten Gewerkschafter beschlossen, Teile der Mitgliederbeiträge als „Sozialisierungspfennige“ — gleichsam eine private Sozialisierungssteuer — in den Aufbau der Gemeinwirtschaft fließen zu lassen. Die Debatte um die Gründung der Arbeiterbank, an der sich auch Martin Wagner engagiert beteiligt hat, deutet ebenfalls auf die Bedeutung, die man der Gemeinwirtschaft als Reformstrategie gab. Eine wissenschaftlich-kritische Auseinandersetzung mit diesem Aufbruch blieb in der Gewerkschaftsgeschichtsschreibung gänzlich aus. In der vorgefertigten Ablehnung dieser „Eigenwirtschaft der Arbeiterschaft“ als offensive Strategie des positiven Wirtschaftskampfes sind sich sogar die größten ideologischen Gegner einig. DDR-orientierte Geschichtsschreibung<sup>25</sup> und DGB-Hausgeschichtsschreibung<sup>26</sup> verdrängen gleichermaßen die Gemeinwirtschaftsdebatte und -bewegung der zwanziger Jahre. Am krassesten geht die Bauarbeitergewerkschaft mit ihrer eigenen Geschichte um. Jene Gewerkschaft, die gemeinwirtschaftlich die größten Erfolge aufzuweisen hatte (200 Bauhütten, 20.000 Beschäftigte, 100.000 Wohnungen teilweise in berühmten Reformsiedlungen), läßt in einer Festschrift von 326 Seiten anlässlich ihres hundertjährigen Jubiläums gerade auf einer Seite über das Scheitern (nach 1945) berichten<sup>27</sup>. Es entbehrt nicht der Pikanterie — und für die Gewerkschaften der bitteren Ironie — daß das wirkliche Scheitern erst kommen sollte: mit dem Fiasko ihrer *Neuen Heimat*. Denn dieses Unternehmen trat das Erbe der von den Nationalsozialisten erbeuteten Gemeinwirtschaftsstrukturen der zwanziger Jahre an, ohne allerdings je eine kritische Traditionspflege oder ernsthafte wissenschaftliche Rekonstruktion und Konzeptbildung zu betreiben.

---

<sup>25</sup> Vgl. beispielsweise das stark umstrittene Buch von F. Deppe u. a., *Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung*, Köln 1977.

<sup>26</sup> Vgl. beispielsweise B. Otto, *Gewerkschaftsbewegung in Deutschland*, Köln 1975.

<sup>27</sup> Vgl. K. Anders, Stein für Stein. Die Leute von Bau-Steine-Erden und ihre Gewerkschaften 1869–1969, Frankfurt, Wien, Zürich 1969, S. 196.

In der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur der zwanziger Jahre (beispielsweise bei Cassau, Röpke und Schumpeter) kam bald die Sterilitätsthese auf, wonach der Sozialismus „kaum jemals so viele Ausbaumöglichkeiten gehabt (habe) und ... kaum jemals so steril gewesen (sei)“<sup>28</sup>. Dies gilt uneingeschränkt für die abstrakte Theorie einer sozialistischen Ökonomie und eingeschränkt für die wirtschaftspolitisch-institutionellen Reformvorschläge auf zentralstaatlicher Ebene<sup>29</sup>. Dieser Sterilitätsvorwurf läßt sich aber sicherlich nicht für die Ebene einer „Theoriebildung mittlerer Reichweite“, nämlich der Ebene der praxisnahen Gemeinwirtschaftstheorie halten. Der spektakuläre Aufbau der Gemeinwirtschaft in den zwanziger Jahren, nicht zuletzt als Reaktion auf die gescheiterten Sozialisierungserfahrungen auf zentralstaatlicher Ebene, verlief theoriegeleitet. Eine Vielzahl von Fachorganen<sup>30</sup> belegt, wie sehr diese Reform- und Aufbaubemühungen fachlich begleitet wurden. Der m.E. wichtigste Promotor von Theorie und Praxis der Gemeinwirtschaftsbewegung der zwanziger Jahre, Martin Wagner, ist heute eigentlich nur als Stadtplaner bekannt. Aufgrund seiner theoretischen und politischen Bedeutung, aber auch wegen des so typischen Emigrantenschicksals soll hier exemplarisch auf Werk und Wirken Wagners eingegangen werden.

### **Exkurs: Biographische Skizze Martin Wagners als Gemeinwirtschaftstheoretiker und -praktiker**

Martin Wagner, 1885 geboren, ist vor allem als Stadtbaurat Großberlins (1926–1933) während der „goldenen Zwanziger“ bekannt. Eine Ausstellung der Akademie der Künste Berlin, deren Mitglied er bis 1933 war, anlässlich der hundertjährigen Wiederkehr seines Geburtstages stellt ihn vor allem als „Regisseur der Großstadtarchitektur“ und als „konsequentesten Vertreter des Fortschrittsgedankens im Städtebau“ (Scarpa) heraus<sup>31</sup>. Zusammen mit Rudolf Eberstadt<sup>32</sup> und Robert Schmidt, Leiter des Planungsverbandes Ruhrkohlebezirk, zählt Wagner zu den entschiedensten Vertretern eines wirtschaftlichen Städtebaues und einer radikalen Verwaltungs- und Organisationsreform als Basis für regionalpolitische Planungskompetenz.

---

<sup>28</sup> Th. Cassau, Die sozialistische Ideenwelt vor und nach dem Kriege, in: Die Wirtschaftswissenschaft nach dem Kriege. Festgabe für Lujo Brentano zum 80. Geburtstag, J. Bonn und M. Palyi (Hrsg.), Bd. 1, München, Leipzig 1925, S. 152. Vgl. auch W. Röpke, Artikel „Sozialisierung“, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. VII, Jena 1926, S. 852; oder J. Schumpeter, Sozialistische Möglichkeiten von heute, Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik, Bd. 48 (1920/21), S. 307.

<sup>29</sup> Vgl. das Schlußkapitel meiner Arbeit: Strategien der Sozialisierung, a. a. O., S. 267 ff.

<sup>30</sup> Eine Auflistung findet sich in meiner Arbeit: Praxis und Theorie des Reformsozialismus, a. a. O., S. 289 ff.

<sup>31</sup> Vgl. Akademie der Künste Berlin (Hrsg.), Martin Wagner 1885–1957, Berlin 1985; L. Scarpa, Martin Wagner und Berlin, Braunschweig 1986; K. H. Hüter, Architektur in Berlin 1900–1933, Dresden 1988.

Wagner hatte zwar ein Architekturstudium (in Berlin) begonnen, ergänzte es aber durch Städtebau und Volkswirtschaftslehre. Seine Promotion (1915) erfolgte u. a. bei Julius Wolf. Während sich diese noch vorrangig mit stadtplanerischen Fragen (Freiflächenpolitik) auseinandersetzt, sind seine nächsten Schriften vorrangig bau- und wohnungswirtschaftlich. Als Heft 34 der „Finanz- und Volkswirtschaftliche Zeitfragen“ erscheint 1917 „Bauwirtschaft, Realkredit und Mieten in und nach dem Kriege“, wo er faktisch die wirtschaftspolitische Begründung für die spätere Hauszinssteuer (ab 1924) liefert. Allein bis zum Antritt seiner Funktion als Stadtbaurat 1926 verfaßt er 9 selbständige Schriften und mehr als 200 Aufsätze, wovon sich die Mehrzahl mit Reformvorschlägen für die Bau-, Wohnungs- und Stadtwirtschaft befassen. Er wird Mitglied der 2. Sozialisierungskommission, wo er auch Eduard Heimann kennenlernt. Ähnlich wie Otto Neurath und auf andere Weise Walther Rathenau, die während des Krieges Planungskonzepte für eine „neue Wirtschaft“ nach Kriegsende entwickelten, war auch Wagner — mehr als alle parteisozialistischen Theoretiker — theoretisch besser auf die Nachkriegsproblemstellungen vorbereitet und geriet als Außenstehender zum theoretischen und praktischen Schrittmacher der Sozialisierungs- und Gemeinwirtschaftspolitik der Sozialdemokratie und freien Gewerkschaften. 1919 entwickelt er die Idee der „Bauhütten“, der sozialen Baubetriebe, gründet die erste („Bauhütte Berlin“), gewinnt die Bauarbeitergewerkschaften für dieses Konzept der „freien“ Sozialisierung der Bauwirtschaft, gründet 1920 den Dachverband („Verband sozialer Baubetriebe“), dessen Geschäftsführer er wird und dessen Zeitschrift „Soziale Bauwirtschaft“ er 1921 gründet und als Schriftführer prägt. 1922 kommt es zum internationalen Zusammenschluß der jungen europaweiten gildensozialistischen Bewegung. Wagner wird 1. Sekretär des „Internationalen Baugildenverbandes“.

Nach der Währungskonsolidierung und Einführung der Hauszinssteuer propagiert er 1924 seine Vorstellungen für eine, die gewerkschaftliche Gemeinwirtschaft im Baubereich vertikal ergänzende wohnungswirtschaftliche Organisation (gemeinwirtschaftliche Konsumentenorganisation). Es kommt zur Gründung der REWOG, später DEWOG als freigewerkschaftlich-genossenschaftliche Wohnungsfürsorgegesellschaft, die nationale Spitze eines reichsweiten Verbundes werden sollte und somit der wirkliche Vorläufer der „Neuen Heimat“ ist (anders als in der Hausgeschichtsschreibung der „Neuen Heimat“<sup>33</sup>). Wiederum wechselt Wagner an die Spitze der neuen Organisation (DEWOG) und gründet und prägt die neue Zeitschrift „Die Wohnungswirtschaft“.

---

<sup>32</sup> R. Eberstadt (Hrsg.), Handbuch des Wohnungswesens und der Wohnungsfrage, Jena 1909.

<sup>33</sup> Die Nachkriegs-NEUE HEIMAT führt ihr Gründungsdatum auf die Vorläuferorganisation in Hamburg 1926 und nicht auf die DEWOG-Gründung 1924 zurück.

Völlig vergessen — auch im Werkverzeichnis<sup>34</sup> — sind seine Beiträge zur Debatte um die Gründung einer gewerkschaftlichen Arbeiterbank als Einstieg in die Sozialisierung des Bankenwesens. Diesesmal konnte er seine zweifellos überzogenen Vorstellungen — er träumte schon von der „wirtschaftlichen Internationale des Arbeiterkapitals“ — bei den Gewerkschaften nicht durchsetzen<sup>35</sup>; die 1924 gegründete „Bank für Arbeiter, Angestellte und Beamte“ blieb wesentlich Hausbank der Gewerkschaftsbewegung<sup>36</sup>.

1926 wechselte Wagner von der gewerkschaftlichen Gemeinwirtschaft, die er aufgebaut hatte, zur Stadt Berlin, wurde Stadtbaurat. Schon März 1933 wurde er von den Nationalsozialisten entlassen; 1936 Emigration in die Türkei. Durch Vermittlung von Walter Gropius erhält Wagner 1938 einen Ruf an die Harvard-Universität, wo er bis zur Emeritierung 1950 bleibt.

Seine Hoffnungen, nach Berlin zurückgerufen zu werden, gehen nicht in Erfüllung. Allzu kompromißlos ist seine Ablehnung der bis dann vollbrachten Wiederaufbauarbeit, vor allem der Bauausstellung und Vorzeige-Siedlung im Hansa-Viertel. Er kritisiert sie scharf öffentlich als „Potemkin in Westberlin“<sup>37</sup> und meint — in alter sozialengagierter Manier — Bauausstellungen sollten nicht zeigen, wie man mit mehr, sondern mit weniger Geld besser bauen könne. Verbittert starb er 1957.

### **Aufbau der freigewerkschaftlichen Gemeinwirtschaftsbewegung im Bau- und Wohnungssektor**

Nach Ausbruch der Novemberrevolution von 1918 richteten sich zunächst alle Hoffnungen auf den neuen Staat; die „Sozialisierung“, als leere Hoffnungsformel über Nacht zum politischen Schlagwort dieser Monate geworden, wurde von den 6 Volksbeauftragten versprochen. Zweimal wurde eine prominent besetzte „Sozialisierungskommission“ eingesetzt, die eine entsprechende Gesetzgebung vorbereiten sollte. Die Frühjahrsergebnisse überrollten die junge Regierung. Die Massenaktionen im Ruhrgebiet und in Sachsen erzwangen die sog. Sozialisierungsgesetze des Jahres 1919, die — wie Walter Rathenau, selber Mitglied in der Sozialisierungskommission, rückblickend zu Protokoll gab<sup>38</sup> —

---

<sup>34</sup> Vgl. Werkverzeichnis im Katalog der Akademie der Künste Berlin (Fußnote 31), S. 179ff.

<sup>35</sup> Vgl. u. a. M. Wagner, Die wirtschaftliche Internationale. Arbeiterkapital gegen Privatkapital. Eine Anregung zur Gründung einer internationalen Arbeiterbank, Internationale Gewerkschaftsbewegung, Bd. 4 (1924), S. 56–62.

<sup>36</sup> Vgl. Novy/Prinz, Illustrierte Geschichte der Gemeinwirtschaft. Wirtschaftliche Selbsthilfe in der Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1945, Berlin, Bonn 1985, S. 165ff.

<sup>37</sup> Berlin 1957.

<sup>38</sup> Verhandlungen der Sozialisierungskommission über die Neuregelung des Wohnungswesens, Berlin 1921, S. 254.

„reine Farcen ... Kinderspiele ... Lächerlichkeiten ... im Dunkeln blinde Kuh spielen“ waren.

Im Frühsommer 1919 bereitete sich tiefe Enttäuschung in den Reihen vor allem der sozialistischen Arbeiterschaft aus: Politik und Parteien hätten versagt. Um so größer wurde der Druck auf die Gewerkschaften, die von einer Beitrittswelle erfaßt wurden und nun in eine ordnungspolitische Gestaltungsrolle gedrängt wurden. Die „Sozialisierung“ sollte nun — gleichsam „von unten“ — als freie Gemeinwirtschaft von den Gewerkschaften aufgebaut werden. Dieser Wechsel in der Rolle der Gewerkschaften von der arbeitsmarktpolitischen Schutzfunktion hin zur ordnungspolitischen Gestaltungsfunktion wurde zuerst von dem „Deutschen Bauarbeiterverband“ Mai 1919 vollzogen und ab Herbst 1919 als „Sozialisierung durch Selbsthilfe“ im Bau- und Wohnungssektor praktisch umgesetzt: durch gewerkschaftliche Selbsthilfeförderung.

In dieser Situation (Herbst 1919), in der trotz extremer Wohnungsnot weder die Privatwirtschaft in Gang kam, noch staatliche Reformmaßnahmen griffen, die nachrevolutionäre Aufbruchsstimmung (anders als nach 1945) noch vorhanden war, griffen viele zur Selbsthilfe. Dem historischen einmaligen Zusammenreffen dieser Umstände entsprach eine ebenso einmalige Gründungswelle von Selbsthilfeinitiativen vor allem genossenschaftlicher Art. Zur Wohnungsversorgung entstanden innerhalb von wenigen Jahren mehrere tausend von neuen Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaften<sup>39</sup>, wobei zum ersten Mal im großen Maßstab Eigenarbeit in Gruppenselbsthilfe (Muskelhypothek) eingesetzt wurde. Während in den Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaften (Konsumentenorganisationen) die Mitarbeit nur der unmittelbaren einmaligen Selbstversorgung mit Wohnraum diente, gründeten arbeitslose Bauarbeiter, Bauingenieure und Architekten genossenschaftliche Bauproduktivunternehmen (Produzentenorganisationen), die auf fremde Rechnung arbeiteten und Arbeitsplätze für die Genossenschaftsmitglieder sichern sollten.

Die historischen Erfahrungen in Deutschland sprachen gegen die wirtschaftlichen Chancen von Produktivgenossenschaften<sup>40</sup>. Schon 1896 hatte Franz Oppenheimer in seinem ersten, ihn bekannt machenden Werk „Die Siedlungsgenossenschaften“<sup>41</sup> alle ihm zugänglichen empirischen und wissenschaftlichen Untersuchungen zur Genossenschaftsfrage zusammengetragen und in das auch oft nach ihm benannte „Gesetz der Transformation“ gegossen: „Nur äußerst selten gelangt eine Produktivgenossenschaft zur Blüte, wo sie aber zur Blüte gelangt, hört sie auf, eine Produktivgenossenschaft zu sein.“ Im Erfolgsfalle

---

<sup>39</sup> Vgl. die Fallstudien für Wien und Köln. *Novy, Förster*, Einfach Bauen, a. a. O.; *Novy* (Hrsg.), Wohnreform in Köln, a. a. O.

<sup>40</sup> Vgl. Ch. *Eisenberg*, Frühe Arbeiterbewegung und Genossenschaften, Bonn 1985.

<sup>41</sup> F. *Oppenheimer*, Die Siedlungsgenossenschaft. Versuch einer positiven Überwindung des Kommunismus durch Lösung der Genossenschaftsfrage und der Agrarfrage, Leipzig 1896, S. 147.

sorgt nämlich der Gruppenegoismus der Gründungsmitglieder für die Umwandlung in eine Kapitalgesellschaft, die die Neueingestellten nicht mehr als gleichberechtigte Genossenschaftsmitglieder, sondern nur noch als lohnabhängige Arbeitnehmer aufnimmt. Aber diese Transformation aufgrund von Erfolg ist die Ausnahme, da die meisten Produktivgenossenschaften schon vorher an mangelndem Kapital, an Führungs- und Disziplinproblemen sowie an Absatzmangel eingehen.

1919/20 geschah jedoch das überraschende: Innerhalb von zwei Jahren entstanden an die 200 Bauproduktivgenossenschaften allein im sozialistischen Lager; noch einmal 20 entstanden aus der christlichen Arbeiterbewegung hauptsächlich im Rheinland. Es war Martin Wagner, der konzeptionell und praktisch-organisatorisch in Debatte und Bewegung eingriff und der auf alle vier von Oppenheimer formulierten Restriktionen Antworten fand. So entstand einer der interessantesten, zugleich bis heute unbekanntesten Unternehmensexperimente in der kargen Geschichte von Wirtschaftsreformprojekten, die Bauhütte. Die Umwandlung von Produktivgenossenschaften in gewerkschaftlich getragene Bauhütten und die sonst damit verbundene Organisationsdynamik habe ich an anderer Stelle ausführlich behandelt<sup>42</sup>. Abschließend sei nur erwähnt, daß die Bauhütten eine weitgehende Belegschaftsmitbestimmung erprobten, sich die Verwissenschaftlichung und Industrialisierung der Bauwirtschaft vornahmen, um Arbeitsplatzqualität zu erhöhen und Saisonabhängigkeit durch Vorfabrikation zu senken und die Preiskartelle der Privatwirtschaft sprengten (daher die ursprüngliche Berechtigung der Metapher von der gemeinwirtschaftlichen „Hecht im Karpfenteich-Funktion“<sup>43</sup>).

Hier kommt es nur auf einen Aspekt an, den Versuch, die schon von Oppenheimer prognostizierten strukturellen Absatzprobleme dieser Produzentenorganisationen durch Aufbau von im Verbund kooperierenden Absatz- und — das heißt im genossenschaftlichen Sinne — Konsumentenorganisationen, also genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen, zu lösen. Dies — 1924 — ist die Geburtsstunde des unmittelbaren gewerkschaftlichen Engagements in der Wohnungswirtschaft, damit also der eigentlichen Ursprünge der späteren NEUEN HEIMAT. Und wieder ist es Martin Wagner, der dafür Konzepte<sup>44</sup> und die praktische Gründungsarbeit liefert. Dabei werden die Erfahrungen der Vorkriegs-genossenschaften und die im Kölner Modell entwickelte vertikale Funktionstrennung im Verbund aufgenommen und eingebracht in ein Modell einer nicht-staatlichen, politisch-kulturell lagergebundenen freien Gemeinwirtschaft, in das die vielen überforderten Selbsthilfe-Gründungen und die freien, d. h. sozialistischen Gewerkschaften ihren Platz haben sollten. Ein reichsweiter dreistufiger Verbund — die nach der Muttergesellschaft benannte DEWOG-

<sup>42</sup> Vgl. Novy, Prinz: Illustrierte Geschichte ..., a. a. O., S. 82 ff.

<sup>43</sup> A. v. Loesch, Die gemeinwirtschaftliche Unternehmung, Frankfurt 1977.

<sup>44</sup> Vgl. M. Wagner, Neue Wege zum Kleinwohnungsbau. Ein Programm der Selbsthilfe, Berlin 1924.



Bewegung — wurde hauptsächlich durch Mittel der freien Gewerkschaften aufgebaut. An der Spitze eine programmatische Muttergesellschaft, in allen Großstädten eine gewerkschaftlich-genossenschaftliche Entwicklungs- und Betreuungsgesellschaft, die Reformsiedlungen professionell und schlüsselfertig errichten sollte und schließlich genossenschaftliche oder genossenschaftsähnliche Verwaltungsunternehmen als Selbstverwaltungseinrichtungen in jeder größeren Siedlung.

In gewisser Funktionsanalogie zum konsumgenossenschaftlichen Verbund von Primärgenossenschaften, gemeinsamer nationaler Großeinkaufsgesellschaft und Eigenproduktionsbetrieben entstand nun mit Gewerkschaftshilfe ein Kooperationsverbund von Bauhütten und dreistufiger genossenschaftlicher Wohnungsorganisation. Gegenüber den Altgenossenschaften bedeutete das Wagnersche Verbundkonzept eine Halbierung der Aufgaben, weswegen sich manche ihrer Fürsprecher (G. Albrecht<sup>45</sup>) heftig gegen den Anschluß an den DEWOG-Verbund aussprachen. Da halfen auch Wagners scharfsinnige Analysen und Appelle nichts: „Die Baugenossenschaften sind Organe der Konsumenten, aber nicht der Produzenten. Das Produzieren war bei ihnen nur Mittel zum Zweck und nicht Dauerzweck. Das Produzieren verlangt eine andere Wirtschaftsform als das Konsumieren. Die rationelle Produktion zwingt zu vertikaler wirtschaftlicher Betätigung. Die Genossenschaft hat aber horizontalen, zusammenfassenden Charakter. Sie kann darum nur konsumierender, d. h. verwaltender Träger des Wohnungswesens sein... Der Aufgabenkreis der Baugenossenschaften sollte darum besonders und vertieft eingestellt werden auf die Hausverwaltung, auf die soziale Fürsorge (Kindergärten, Rechtsauskünfte usw.), auf kulturelle Fürsorge (Geselligkeit, Bibliotheken usw.), auf die wirtschaftliche Fürsorge (Beschaffung von Gartengeräten, Dungstoffen und Samen, preisgünstiger Einkauf von Lebensmitteln, Aushandeln billiger Verkehrstarife usw.) und auf die politische Fürsorge (Vertretung der Bewohner gegenüber den Gemeinden, dem Steuerfiskus usw.). Diese Aufgaben sind die Aufgaben einer konsumierenden Organisation, in der alle Interessen auf das gleiche Ziel eingestellt sind und sich durch einen horizontalen Zusammenschluß gleichmäßig und ohne wesentliche Reibungen vertreten lassen“<sup>46</sup>.

In Berlin beispielsweise erfolgte 1924 sowohl die Gründung der DEWOG als Muttergesellschaft wie auch der GEHAG als Berliner genossenschaftlich-gewerkschaftliches Betreuungsunternehmen. Wagner wechselte an die Spitze und Bruno Taut wurde Chefarchitekt des freigewerkschaftlichen Wohnungverbundes in Berlin. In diesem Verbund von Bauhütten, gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Bauherrnorganisationen auf drei Stufen, von Arbeiter-

---

<sup>45</sup> Vgl. hierzu G. Uhlig, *Sozialisierung und Rationalisierung im „Neuen Bauen“* — Martin Wagners Beitrag zu den Reformstrategien im Wohnungsbau, ARCH, Heft 45 (1979), S. 5ff.

<sup>46</sup> M. Wagner, *Neue Wege zum Kleinwohnungsbau, Soziale Bauwirtschaft*, 1924, S. 24.

bank (Bauzwischenfinanzierung) und Volksfürsorge (1. Hypothek) — unterstützt durch Mittel der 1924 als Hypothekenentschuldungsausgleichsabgabe eingeführten Hauszinssteuer — entstanden einige der bis heute anerkanntesten Siedlungen. Die GEHAG übernahm die Planung und Baudurchführung der Bauten für ihre Mitgliedergenossenschaften Paradies, Freie Scholle, Ideal, Beamten-Wohnungsverein Neukölln. Die GEHAG baute auch zahlreiche Großsiedlungen (Hufeisensiedlung, Carl-Legien-Stadt, Waldsiedlung Zehlendorf, Afa-Hof), die sie im Sinne der vertikalen Funktionstrennung einer eigens gegründeten Verwaltungsgesellschaft, der EINA, zur genossenschaftsähnlichen Verwaltung übergab. So erklärt sich, daß die sensible, sozial gebundene Moderne der Tautschen Architektur synonym wurde für die Architektur der Berliner Arbeiterbewegung.

### **Produktion von ästhetischer Monotonie oder Vielfalt. Verschiedene Wege der gemeinwirtschaftlichen Organisation des Wohnungswesens**

Anders als in dem für seinen kommunalen Wohnungsbau berühmten „Roten Wien“<sup>47</sup> oder den von der Labour Party dominierten Gemeinden Großbritanniens gab es in Deutschland weder in den Kommunen noch auf Reichsebene eindeutige und stabile politische Mehrheiten, die ein langfristiges kommunales Bauprogramm zur Voraussetzung gehabt hätte. So kommt es, daß der Reformwohnungsbau der zwanziger Jahre wesentlich von freigemeinwirtschaftlichen, das heißt nicht unmittelbar-staatlichen Organisationen getragen wurde. Je weniger gefestigt die kommunalen Machtverhältnisse waren, desto größer wurde die Bedeutung der freien Träger, desto mehr konnte sich der gesellschaftspolitische Pluralismus der jungen Republik wohnpolitisch entfalten. Nur wenige Städte hatten die politischen Vorbedingungen für eine kontinuierliche eigene Baupolitik. Dort, wo sie gelang — wie im „Neuen Frankfurt“<sup>48</sup> unter Baustadtrat Ernst May, Hamburg unter Schumacher<sup>49</sup> oder Altona unter Oelßner<sup>50</sup> — war sie weniger Wohnreform denn Architekturreform. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß hier die radikale ästhetische Reform als Surrogat für ausbleibende Sozialreformen erhalten sollte. Die politisch erzwungene Durchsetzung des *Neuen Bauens* (Bauhaus, Neue Sachlichkeit, Funktionalismus) bedeutete die Entmündigung der freien Träger, die Beseiti-

<sup>47</sup> Vgl. hierzu H. Wehsmann, *Das rote Wien. Sozialdemokratische Architektur und Kommunalpolitik 1919–1934*, Wien 1985; oder K. Novy, „Sozialisierung von unten“ — Überlegungen zur vergessenen Gemeinwirtschaft im Roten Wien 1918–1934, *Mehrwert*, Bd. 19 (1979), S. 45–90.

<sup>48</sup> Vgl. Ch. Mohr, M. Müller (Hrsg.), *Das Neue Frankfurt. Funktionalität und Moderne*, Köln 1984.

<sup>49</sup> Vgl. H. Hipp, *Wohnstadt Hamburg. Miethäuser zwischen Inflation und Weltwirtschaftskrise*, Hamburg 1986.

<sup>50</sup> Vgl. G. Kähler, *Wohnung und Stadt. Hamburg — Frankfurt — Wien. Modelle des sozialen Wohnens in den zwanziger Jahren*, Braunschweig 1985.

gung der Konkurrenz in der architektonischen Selbstdarstellung und damit die Zerstörung von Formenvielfalt als visualisierter Ausdruck sozialen Pluralismus. Denn die Verordnung des neuen Stils — mag er (wie bei Ernst May) subjektiv noch so fortschrittlich gemeint gewesen sein — schrieb die Verselbständigung des Stils und der Form gegenüber dem sozialen Inhalt fest. Selbst die konservative GAGFAH (Gemeinnützige AG für Angestelltenheimstätten) mußte sich in Frankfurt mit dem Flachdach und den anderen modernistischen Elementen der Frankfurter Normen abfinden, gegen die sie sich sonst — im Namen ihrer ständisch-deutschnationalen Mitgliedschaft — erfolgreich wehrte. Doch blieben die Städte, die auf Amtswegen eine baukulturelle Hegemonie ausübten, die Ausnahme.

In den anderen Städten entstand eine unglaubliche Vielfalt von Trägern, bestehend einmal aus den alten und vielen neuen selbständigen Wohnungsbau-genossenschaften, die sich vor allem seit 1918 massenhaft als sozial-kulturell homogene Strukturen herausbildeten, aber meist zu klein, kapitalschwach und überfordert, um allzu viel zu erreichen. Zum anderen gründeten viele Gemeinden oder Bezirke gemeinnützige Gesellschaften, um sozialpolitisch gezielt bauen zu können. Daneben — gleichsam fortgeschrittener — entstanden professionelle Entwicklungs- und Betreuungsgesellschaften, Wohnungsfürsorgegesellschaften oder Heimstätten-Gesellschaften, die in einem größerem Gebiet (meist Provinz) nicht auf eigene Rechnung Baubetreuung im Bereich des Kleinwohnungsbaues betrieben. Hier wiederum gab es zwei Typen: die „neutralen“ und die „richtungs-gebundenen“. Viele Gruppen suchten Anlehnung und Betreuung bei den Organisationen, die die eigenen sozialkulturellen Anliegen zu fördern bereit waren (beispielsweise die Gewerkschaften und anderen Berufsverbände, Kirchen, Vereine usw.), als daß sie sich den staatlich-neutralen Wohnungsfürsorgegesellschaften überlassen hätten, die tendenziell die spezifischen Anliegen zugunsten des Standardtyps zu egalisieren suchten. Die Geschichte der Wohnungspolitik in der Weimarer Republik nach 1924 ist auch die der verstärkten Abkehr von „neutralisierten“ und der Zuwendung zu sozialkulturell gebundenen Bauträgern. Die vergessene Vielzahl der damaligen Richtungsgewerkschaften (sozialistisch, christlich, liberal, deutschnational) wurden zum Hauptträger dieser wohnkulturellen architektonischen und städtebaulichen Vielfalt, die nicht nur jene Gründungswelle von gewerkschaftlichen Unternehmen bedingte, sondern auch die örtliche bunte Mischung von Reformsiedlungen aller Schattierungen zur Folge hatte. Waren zu Beginn der Weimarer Republik noch die „neutralen“ Einheitslösungen in der Verbund- und Verbandsfrage vorherrschend, vielleicht deshalb, weil die Linke sich ohnehin in der Mehrheit wähnte, bildeten sich später deutlich abgegrenzte Lager heraus, wobei die freien (sozialistischen) und christlichen Gewerkschaften die geschlossensten gemeinschaftlichen Verbundsysteme aufbauten: Bauproduktivunternehmen, Wohnungsfürsorgegesellschaften, Siedlungsgenossenschaften, Banken, Konsumgenossenschaften usw.

Meist mit Blick auf die Nutzung der staatlichen Kapitalsubventionen (Hauszinssteuerhypotheken) für die eigenen Mitglieder und unter Konkurrenzdruck durch die sozialistischen und christlichen Gewerkschaften gründeten auch alle anderen Berufsverbände und Gewerkschaftsrichtungen Wohnungsfürsorgeunternehmen. GAGFAH (vom reaktionären Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband dominiert) und HEIMAT AG (im Besitz der liberalen Hirsch-Dunckerschen Angestelltengewerkschaften) waren ständisch orientierte Unternehmen, die deutlich auf kulturelle Abgrenzung der Angestellten- von der Arbeiterschaft achteten und dies baulich auch zu symbolisieren trachteten. Der bei weitem größte Block, die freien (sozialistischen) Gewerkschaften, achteten auf eine wohnpolitische und lebenskulturelle Mischung von Arbeitern, Angestellten und Beamten. Anders die konservativen Beamtenverbände, die in Berlin beispielsweise die DEGEWO AG gründeten, die sich ebenfalls architektonisch von der „gleichmacherischen“ Formensprache des „Neuen Bauens“ der freigewerkschaftlichen GEHAG abzusetzen suchte. In all jenen Städten, in denen die Vielfalt der freigemeinnützigen Träger auch symbolisch zum Ausdruck kommen konnte, kam es zum sog. Dächerkrieg. Das Flachdach (neben horizontalen Fensterbänden, Ornamentlosigkeit, kubisch-serielle Formen usw.) wurde in den Städten zum Symbol für Modernität und Sozialismus. Das „deutsche“ Satteldach war sichtbar gemachte Frontstellung gegen die Hochburgen des „neuen Geistes“: Heimatschutzstil gegen Internationalismus. Berühmt sind zwei Berliner Beispiele: der Dächerkrieg zwischen der eher traditionalistischen DEGEWO-Siedlung und der „modernen“ Hufeisensiedlung der sozialistischen GEHAG, wobei der Architekt Taut die Dramatik der symbolischen Abgrenzung noch kämpferisch durch eine „rote Mauer“ als Trennungslinie überhöhte. Gegen die freigewerkschaftliche GEHAG-Siedlung in Zehlendorf (Waldsiedlung/Onkel Toms Hütte) setzte die deutschnationale GAGFAH einen städtebaulichen Riegel, die Siedlung am Fischtalgrund, für konservative, gehobene Angestellte, geplant von der Prominenz der konservativen Architektur (Schmitthenner, Tessenow, Behrens usw.).

Das Berlin der zwanziger Jahre zeichnet sich durch eine vorher und nachher nie wieder erreichte ästhetische und sozialkulturelle Vielfalt der Wohnungsangebote im Bereich des Kleinwohnungsbaues aus<sup>51</sup>. Radikale Moderne (Gropius, Mies van der Rohe, Scharoun usw.), sozial engagiertes Neues Bauen (B. u. M. Taut, Wagner usw.) stehen expressionistischen oder neobiedermeierlich-neoklassizistischen Stilen oft direkt und gleichzeitig erbaut gegenüber. Anders als in den Siedlungen der kommunalen Wohnungsunternehmen sorgten die richtungsgebundenen Trägergesellschaften und Genossenschaften für sozialkulturell homogene Bewohnerstrukturen, die oft für mehr Identifikation der Bewohner und eine ausgeprägte Siedlungsidentität sorgten. Sieht man von den

---

<sup>51</sup> Vgl. K. Novy, Hochburg der Wohnreform. Die kleine Wohnung und die großen Architekten, in: Die Metropole. Industriekultur in Berlin im 20. Jahrhundert, München 1986, S. 120ff.

eher „neutralen“ kommunal getragenen Unternehmen ab, so stand hinter allen anderen gemeinnützigen Wohnungsunternehmen ein spezifisches sozialkulturelles Konzept — heute als „corporate identity“ hochgeschätzt —, das sich in der Bewohnerzusammensetzung bis hin zur Architektur ausdrückte. Die Entwicklung und Würdigung dieser Vielfalt als Reichtum und großstädtische Qualität hat kaum begonnen.

### **Gleichschaltung: Das politische Ende des wirtschaftlichen, politischen, sozialen und ästhetischen Pluralismus**

Schon mit der Weltwirtschaftskrise — nicht erst mit der nationalsozialistischen Machtergreifung — und mit der politischen Umleitung der Hauszinssteuermittel brach der Reformwohnungsbau jäh zusammen. Ab 1932 gab es nur noch wilden oder durch Notprogramme geförderten Primitivsiedlungsbau. Der Zusammenbruch wohnkultureller Normen war wohl nie so total wie in den Jahren 1931/32: vom gebauten Pathos der Reformsiedlung zur Banalität der Siedlerhütte.

Die Nationalsozialisten waren es dann ab Mai 1933, die systematisch die politischen, wirtschaftlich-sozialorganisatorischen Voraussetzungen des Pluralismus der Weimarer Republik und seiner ästhetisch-wohnkulturellen Entsprechung zerstören. In der verblüffenden semantischen Klarheit der NS-Sprachpolitik wurden dieser Prozeß „Gleichschaltung“ genannt. Das war er auch. Gewaltvoll wurden die frei gewählten Organmitglieder der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft gegen bewährte Parteigenossen ausgetauscht. Die fünf (!) Richtungsverbände wurden zum Einheitsverband mit Verbandspflicht „gleichgeschaltet“. Viele kleine, ursprünglich sozialkulturell homogene oder gebundene Genossenschaften und Gesellschaften wurden zwangsverschmolzen und verloren somit ihr Profil, ihre ursprüngliche „corporate identity“. Die meisten Unternehmen der vier Gewerkschaftsrichtungen wurden beschlagnahmt und — im Wohnungssektor — zu Unternehmen der *Deutschen Arbeitsfront* reorganisiert — genannt *Neue Heimat*. Fast alle Verbundformen der Gemeinwirtschaft wurden aufgelöst; mit Ausnahme der Wohnungsunternehmen wurden die Betriebe der anderen vor- und nachgelagerten Märkte zugunsten des Mittelstandes oder der Privatwirtschaft privatisiert. Komplementär zur politisch-wirtschaftlichen „Gleichschaltung“ wurde die ästhetisch-kulturelle durchgesetzt. Im Wohnungsbau wurde Heimatschutzstil und Traditionalismus verordnet: statt architektonischer Vielfalt wurde ästhetische Monotonie produziert. Mehrfach wurden gar die symbolischen Spuren der „Moderne“ und damit des vormaligen visualisierten Pluralismus getilgt; man setzte den Flachdächern „deutsche“ Sattel- oder Walmdächer auf. 1940 war es dann soweit; per Führererlaß wurde Robert Ley, Leiter der *Deutschen Arbeitsfront*, Reichskommissar für den „sozialen Wohnungsbau“ und erstmalig wurden reichseinheitliche Baunormen verordnet. Nun waren nicht mehr die um Mitglieder mit einem bestimmten

sozialkulturellem Profil konkurrierenden freigemeinnützigen Unternehmen Subjekte des „sozialen Wohnungsbaues“, sondern der NS-Staat, der sich der Gemeinnützigen als „Organe staatlicher Wohnungspolitik“ bediente. Übrig blieb das Konzept eines reichseinheitlichen Wohnungsbaues, eine Mischung von Schlichtwohnungsbau und Heimatschutzstil.

### Revisionsbedürftige Rezeptionen

Die in jeder Architektur- und Baugeschichte historisch hochgelobten Bauleistungen der Weimarer Republik, ja der Durchbruch des „Neuen Bauens“ in Deutschland (und nicht anderswo), sind nur vor dem Hintergrund der Gemeinwirtschaft als junger reformpolitischer Bewegung zu verstehen. Aber nicht allein das schon vor 1914 zu beobachtende Bündnis von Reformunternehmen in Gestalt genossenschaftlich-selbstnutzender kollektiver Bauherren mit fortschrittlichen Architekten (in Berlin beispielsweise Messel und Mebes) kann diesen spektakulären Aufstieg des Reformwohnungsbaues mit seinen auffälligen städtebaulich-architektonischen Qualitäten erklären, sondern erst — so meine These — die Konkurrenz mitglieder- oder klientelbezogener Träger. Die dadurch bedingte Produktion ästhetischer Vielfalt findet sich bisher kaum gewürdigt; immer noch dominiert in der Rezeptionsgeschichte der Fortschrittspathos der „Moderne“. Manchen Baugeschichtswerken folgend, müßte man glauben, in den zwanziger Jahren sei nur „modern“ gebaut worden. Zwar war die „Moderne“ in Gestalt sozialengagierter Architekten des „Neuen Bauens“ vielfach Schrittmacher — vor allem bei der Politisierung der Ästhetik — doch waren im deutschen Reformwohnungsbau auch während der zwanziger Jahre mehrheitlich ältere Baustile vertreten. Bezüglich ihrer städtebaulichen, architektonischen und sozialkulturellen Qualitäten stehen die so gebauten Siedlungen jenen prominenten der „Moderne“ keineswegs immer nach. Hier ist eine Revision der bisherigen Rezeption bis hin zum Denkmalschutz erforderlich.

Wenige Siedlungen der zwanziger Jahre sollten nicht bloß — wie bisher — als Denkmäler avantgardistischer Architekturgesinnung aufgenommen werden, sondern — in größerer Breite und Vielfalt — als visualisierter Ausdruck neuer ordnungspolitischer Leitbilder und der Konkurrenz kulturell je spezifischer gemeinwirtschaftlicher Reformunternehmen, die auch als Bauherren genannt und spezifiziert werden müßten. Denn es waren nicht nur die Architekten, die hier für Denkmäler sorgten, sondern gerade auch die sozialen Bewegungen und ihre Wirtschaftsorganisationen. Letztere waren es, die das neue Bauen überhaupt erst ermöglichten, die jene heute noch geschätzten besonderen, ja oft unverwechselbaren Orte im Brei der Vorstadtentwicklung zur Folge hatte.

Ironie der Geschichte: das „Neue Bauen“, elitär-avantgardistisch, das von der Spitze her die Gesellschaft zu hegemonialisieren hoffte, das alle Stile, ja die Geschichte endgültig ablösen wollte, hat historisch nur deshalb und so lange kulturell Erfolg gehabt, wie es minoritär blieb. Im provozierten Pluralismus der



Stile und Milieus brach sich der Doktrinarismus der „Neuen Sachlichkeit“. Nur dadurch, daß er bloß Anstoß und Ferment blieb, nicht beherrschende Kraft werden konnte, entfaltete er — gleichsam unfreiwillig — wirklich fortschrittliche, moderne Wirkungen — in Richtung der Pluralisierung der Kraftzentren der Gesellschaft, des Ausbaues ihrer Selbststeuerung und des Verlustes der Idee eines Staatsstiles, der mit Gewalt noch kommen sollte.